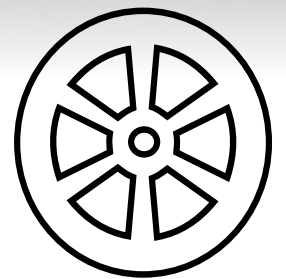




Kultur·Wein·Lebensqualität



Rheingau-
Taunus-Kreis



Beteiligungsbericht 2019

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	4
2. Vorbericht.....	5
3. Der Beteiligungsbericht	6
4. Zusammengefasste Unternehmensdaten	8
4.1. Gegenüberstellung der Segmente	11
5. Unmittelbare Beteiligungen.....	13
5.1. RTK Holding GmbH	14
5.2. Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH	25
5.3. Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH.....	32
5.4. Exina GmbH	39
5.5. ZVN Finanz GmbH.....	43
5.6. ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	47
5.7. FrankfurtRheinMain GmbH	50
5.8. Hessische Landgesellschaft mbh.....	54
5.9. Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH	58
5.10. KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH.....	61
6. Mittelbare Beteiligungen	64
6.1. edz Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH.....	65
6.2. PROJOB Rheingau-Taunus GmbH.....	74
6.3. Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH.....	86
6.4. kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus	94
6.5. CityBahn GmbH.....	104
6.6. RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund	107
6.7. Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG	110
6.8. Süwag Energie AG	112
7. Zweckverbände / Eigenbetriebe	124
7.1. Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus.....	125
7.2. Sparkassenzweckverband Nassau	132
7.3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd	134
7.4. Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal.....	136
7.5. Zweckverband Rheingau	139
7.6. Kommunales Gebietsrechenzentrum	142
7.7. ekom21.....	145

7.8. Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW	148
8. Maßgebliche Vereine.....	156
8.1. Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.....	157
9. Unmittelbare Mitgliedschaften	160
10. Weitere Bürgschaften (Hinweis EU-Beihilferecht).....	170
11. Anhang.....	171
11.1. Anlage Begriffserläuterungen.....	171
11.2. Anlage Kennzahlen.....	173
11.3. Anlage Abkürzungen.....	174
11.4. Impressum	174

1. Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

der vorliegende Beteiligungsbericht 2019 wurde zum 2. Mal mit einer Beteiligungssoftware erstellt, das Layout blieb unverändert, dafür wurden einige neue Informationen mit aufgenommen um den Anforderungen des § 123 a HGO an den Beteiligungsbericht gerecht zu werden. Redaktionsschluss für diesen Bericht war der 15.02.2021 Bis dahin nicht festgestellte Jahresabschlüsse von Gesellschaften konnten damit nicht mehr berücksichtigt werden. Der entsprechende Berichtsabschnitt beinhaltet damit den letzten festgestellten Jahresabschluss.

In § 123a HGO regelt der Gesetzgeber zudem, dass der Beteiligungsbericht bis spätestens 30.09. nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen ist. Diese Neuregelung umzusetzen ist aufgrund der teilweise erst im 4. Quartal festgestellten Jahresabschlüsse von einzelnen Beteiligungen ein schwieriges Unterfangen.

Um dem Ansinnen nach mehr Aktualität und Zeitnähe in den Beteiligungsberichten nachzukommen, wurde bereits der Halbjahresbericht zum 30.06.2020 erweitert und als vorläufiger Beteiligungsbericht des Haushaltsjahres 2019 innerhalb der gesetzlichen Frist erstellt (siehe Kreistagsbeschluss vom 20.10.2020).

Insoweit ist der vorliegende Bericht auch als endgültiger Beteiligungsbericht für das Jahr 2019 anzusehen.

§ 123 a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) gibt weiterhin vor, dass im jährlichen Beteiligungsbericht die Unternehmen darzustellen sind, welche in einer Rechtsform des Privatrechts geführt werden und an denen ein Anteil von mindestens 20 % besteht.

Um Ihnen einen möglichst umfassenden Überblick zu verschaffen, haben wir auch in diesem Bericht unter 20-prozentige Beteiligungen an Unternehmen des Privatrechts mit ihren wichtigsten Grunddaten in den Beteiligungsbericht aufgenommen.



Darüber hinaus fanden auch Körperschaften des öffentlichen Rechts, an denen der RTK beteiligt ist und des Weiteren ein ausführlicher Überblick der Mitgliedschaften Aufnahme in den Bericht.

Insgesamt gewährt der Beteiligungsbericht einen umfassenden, anschaulichen Einblick in die Aufgabenstellungen und soweit vorhanden die wirtschaftlichen Eckdaten der Beteiligungsunternehmen für das Jahr 2019, ergänzt um die Daten für das Vergleichsjahr 2018; alle Inhalte basieren auf seitens der Beteiligungen zur Verfügung gestellten Daten.

Aktuelle Entwicklungen in der Beteiligungslandschaft können dem Vorbericht entnommen werden, so dass wir dem genannten Informationsauftrag der HGO umfangreich nachkommen.

Als Landrat des RTK wünsche ich allen an unseren Beteiligungsgesellschaften interessierten Personen beim Lesen viele neue und aufschlussreiche Erkenntnisse.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Frank Kilian', written in a cursive style.

Frank Kilian

Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises

2. Vorbericht

Der Vorbericht stellt die im Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 vollzogenen Veränderungen in der Beteiligungsstruktur und bei den Mitgliedschaften dar. Des Weiteren beinhaltet er die Darstellung von wesentlichen Veränderungen des Nachjahrs 2019 bis Redaktionsschluss (15.02.2020).

Veränderungen im Jahr 2019:

Maßnahmen zur Liquiditätsverbesserung kwb

In seiner Sitzung am 28.10.2019 beschloss der Kreistag Maßnahmen zur Liquiditätsverbesserung und Eigenkapitalerhöhung der Kommunalen Wohnungsbau GmbH (kwb), siehe Berichtsteil kwb.

Beitritt Zweckverband ekom21

Dem Beitritt in den Zweckverband ekom21 hat der Kreistag mit Beschluss vom 30.10.2018 zugestimmt. Die Verbandsversammlung der ekom21 ~ KGRZ Hessen hat am 06.12.2018 den Beitritt des RTK beschlossen. Die Genehmigung durch das Regierungspräsidium Gießen erfolgte mit Datum vom 03.04.2019.

Neue Mitgliedschaften (Näheres siehe Kapitel X):

In seiner Sitzung am 28.10.2019 beschloss der Kreistag den rückwirkenden Beitritt zum 01.07.2019 in den Taunus-Touristik e.V.

Sonstiges:

Zum 24.05.19 wurde die Süwag Grüne Energien und Wasser GmbH umgewandelt in die Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co.KG.

Aktuelles aus dem Nachjahr 2020:

Citybahn

Am 1. November 2020 wurde in der Landeshauptstadt Wiesbaden über das Projekt Citybahn abgestimmt. Mit großer Mehrheit wurde das Projekt von den Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern abgelehnt. In der Gesellschafterversammlung am 11.12.2020 wurde damit gemäß § 9 Ziff. 15 des Gesellschaftsvertrags die Liquidation der CityBahn GmbH zum 31.12.2020 beschlossen. Zur Liquidatorin wurde Frau Gress von der WVV Wiesbaden Holding GmbH benannt.

Mit Datum vom 26.1.2021 wurde vom Registergericht AG Wiesbaden eingetragen, dass die Geschäftsführer der CityBahn abberufen worden sind, auch die Prokuren wurden gelöscht.

Die ehemalige Geschäftsführung unterstützt die Liquidatorin ehrenamtlich bei der Abwicklung der Citybahn GmbH, die bis 31.03.2021 erfolgen soll.

Sonstiges:

In seiner Sitzung am 09.07.2020 beschloss der Kreistag den Beitritt zur Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.

In seiner Sitzung am 17.08.2020 beschloss der Kreisausschuss den Beitritt zum „Rhein.Main.Fair e.V.“.

In seiner Sitzung am 26.10.2020 beschloss der Kreisausschuss den Beitritt zum „Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft e.V.“.

3. Der Beteiligungsbericht

Rechtsgrundlage und Aufbau

Dieser Beteiligungsbericht wurde erstellt gem. § 123 a der Hessischen Gemeindeordnung. Diese gesetzlichen Vorgaben erfassen dabei allerdings nur bestimmte Mindestangaben zu wesentlichen Beteiligungen des Rheingau-Taunus-Kreises.

Dieser Bericht beinhaltet aber auch noch weitere Informationen zu allen Beteiligungen und Mitgliedschaften des Rheingau-Taunus-Kreises.

Allgemeines

Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung

Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz garantiert Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (sog. Territorialprinzip). Diese verfassungsmäßig normierte Selbstverwaltungsgarantie räumt den Kommunen neben der Personalhoheit und Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein, d. h. das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung der Aufgaben zu geschehen hat.

Nach § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) darf ein Landkreis wirtschaftliche Unternehmen errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt und dieser Zweck durch das Unternehmen wirtschaftlich erfüllt werden kann und
- das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht und

- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann (gilt nicht für Beteiligungen, die vor dem 01.04.2004 bestanden).

Darüber hinaus wird in § 122 HGO festgelegt, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit der Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Neben den Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO muss danach

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhalten und gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buch des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Alle genannten Beteiligungsvoraussetzungen gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der der Landkreis mit insgesamt mehr als 50 von Hundert beteiligt ist, sich an einer Gesellschaft beteiligen will (vgl. § 122 Abs. 5 HGO).

Nach § 121 Abs. 8 HGO sind wirtschaftliche Unternehmen des Landkreises so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist.

Beteiligungsbeff

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsgesetzbücher definiert als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jedem Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob die Anteile in Wertpapieren verbrieft sind oder nicht. Als Beteiligungen gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten. Ob Anteile an einem Unternehmen eine Beteiligung darstellen, ist grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens. Eine Ausnahme stellt lediglich die eingetragene Genossenschaft dar. Die Mitgliedschaft in einer solchen ist nach § 271 Abs. 2 HGB keine Beteiligung im Sinne der Vorschriften der Handelsgesetzbücher.

Ein etwas umfassenderer Beteiligungsbeff liegt offensichtlich den Vorschriften des Gemeindefirtschaftsrechts zugrunde. So lässt sich aus der Zuordnung der Vorschrift des § 122 Abs. 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) zu den Vorschriften über die „Beteiligung an Gesellschaften“ schließen, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Genossenschaft als Beteiligung verstanden hat. In § 126 HGO ist zudem geregelt, dass bestimmte Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften auch für die „Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“ gelten. Dies kann z. B. ein eingetragener Verein sein. Insofern setzt die Ver-

wendung des Begriffs „Beteiligung“ offenbar nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsprojekt um ein Unternehmen i. S. des § 271 Abs. 1 HGB oder des § 121 HGO handelt.

Auch im Rahmen des Beteiligungsberichtes des Rheingau-Taunus-Kreises soll der Beteiligungsbeff weit gefasst werden. Als Beteiligungen gelten im Folgenden alle Anteile an organisatorisch nicht unmittelbar zur Verwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises gehörenden Unternehmen und Einrichtungen sowie Mitgliedschaften in Vereinen. Vorbehaltlich der kommunalrechtlichen Zulässigkeit der Beteiligung im Einzelfall kommen als Beteiligungsobjekte also in Frage:

- Eigenbetriebe
- privatrechtliche Gesellschaften
- öffentlich-rechtliche Körperschaften (Zweckverbände)
- öffentlich-rechtliche Anstalten
- öffentlich-rechtliche Stiftungen
- eingetragene Vereine

Gemeinsames Merkmal dieser Beteiligungsobjekte ist, dass sie über eine eigenständige Buchhaltung verfügen. Dies kann in der Praxis auch als Abgrenzungskriterium für den Beteiligungsbericht herangezogen werden.

Ein Regiebetrieb stellt als rechtlich wie wirtschaftlich unselbstständige Einrichtung kein Beteiligungsobjekt dar. Die Einnahmen und Ausgaben eines Regiebetriebes werden durch die Buchhaltung der ihn tragenden Körperschaft erfasst.

4. Zusammengefasste Unternehmensdaten

Der Rheingau-Taunus ist Träger bzw. Gesellschafter zahlreicher Eigen- und Beteiligungsunternehmen in öffentlicher wie privater Rechtsform. Diese erbringen Dienstleistungen in den Bereichen Wohnungsbau

und -verwaltung, Ver- und Entsorgung, Verkehr, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Gesundheit, Soziales, Jugend, Bildung und Kultur.

Beteiligung	Beteiligungsquote ¹	Eigenkapital (in Tsd. €)	Bilanzsumme (in Tsd. €)	Umsatz (in Tsd. €)
Unmittelbare Beteiligungen				
RTK Holding GmbH	d: 100,00% i: 0,00% Σ: 100,00%	15.949	28.045	266
Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH	d: 100,00% i: 0,00% Σ: 100,00%	3.109	9.537	9.018
Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH	d: 25,10% i: 0,00% Σ: 25,10%	656	2.485	262
Exina GmbH	d: 33,33% i: 0,00% Σ: 33,33%	86	175	631
ZVN Finanz GmbH	d: 20,00% i: 0,00% Σ: 20,00%	897	64.343	-
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	d: 3,21% i: 0,48% Σ: 3,69%	234	994	2.320
FrankfurtRheinMain GmbH	d: 1,00% i: 0,00% Σ: 1,00%	251	837	845
Hessische Landgesellschaft mbh	d: 0,02% i: 0,00% Σ: 0,02%	85.425	238.391	82.722
Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH	d: 6,67% i: 0,00% Σ: 6,67%	1.636	2.315	2.309
KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH	d: 4,09% i: 0,00% Σ: 4,09%	86	157	864
		108.329	347.277	99.236
Mittelbare Beteiligungen				
edz Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH	d: 0,00% i: 100,00% Σ: 100,00%	2.709	3.905	3.111

¹ d = direkt, i = indirekt, Σ = gesamt

PROJOB Rheingau-Taunus GmbH	d: 0,00% i: 100,00% Σ: 100,00%	349	1.040	1.004
Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH	d: 0,00% i: 69,74% Σ: 69,74%	199	336	401
kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus	d: 0,00% i: 29,66% Σ: 29,66%	40.685	141.068	16.091
CityBahn GmbH	d: 0,00% i: 25,47% Σ: 25,47%	71	77	-
RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund	d: 0,00% i: 3,70% Σ: 3,70%	2.172	43.831	4.380
Rüdesheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG	d: 0,00% i: 14,48% Σ: 14,48%	-	-	-
Süwag Energie AG	d: 0,00% i: 1,49% Σ: 1,49%	669.382	1.455.078	264.285
		715.566	1.645.335	289.271
Zweckverbände / Eigenbetriebe				
Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus	d: 50,00% i: 0,00% Σ: 50,00%	129	200	38
Sparkassenzweckverband Nassau	d: 12,50% i: 0,00% Σ: 12,50%	Der Verband hat keine Aufwendungen und Erträge	-	-
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd	d: 5,26% i: 0,00% Σ: 5,26%	19	19	30
Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal	d: 1,91% i: 0,00% Σ: 1,91%	2019 lag noch nicht vor	-	-
Zweckverband Rheingau	d: 12,50% i: 0,00% Σ: 12,50%	0	156	448
Kommunales Gebietsrechenzentrum	d: 5,22% i: 0,00% Σ: 5,22%	0	1.989	-
ekom21	d: 0,00% i: 0,00% Σ: 0,00%	37.597	109.250	154.207
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW	d: 100,00% i: 0,00% Σ: 100,00%	5.640	9.723	11.172
		43.385	121.337	165.895
Maßgebliche Vereine				
Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.	d: 0,00% i: 0,00% Σ: 0,00%	1.176	1.661	3.127
		1.176	1.661	3.127

Rheingau-Taunus-Kreis

Unmittelbare Beteiligungen	Mittelbare Beteiligungen	Zweckverbände / Eigenbetriebe
RTK Holding GmbH 100,00% (0,00%)	edz Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH 0,00% (100,00%)	Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus 50,00%
Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH 100,00% (0,00%)	PROJOB Rheingau-Taunus GmbH 0,00% (100,00%)	Sparkassenzweckverband Nassau 12,50%
Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH 25,10% (0,00%)	Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH 0,00% (69,74%)	Zweckverband für Terkörperbeseitigung Hessen Süd 5,26%
Exina GmbH 33,33% (0,00%)	kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus 0,00% (29,66%)	Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal 1,91%
ZVN Finanz GmbH 20,00% (0,00%)	CityBahn GmbH 0,00% (25,47%)	Zweckverband Rheingau 12,50%
ivm GmbH 3,21% (0,48%)	RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund 0,00% (3,70%)	Kommunales Gebietsrechenzentrum Zweckverband 5,22%
FrankfurtRheinMain GmbH 1,00% (0,00%)	Rüdesheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG 0,00% (14,48%)	ekom21 0,20%
Hessische Landgesellschaft mbh 0,02% (0,00%)	Süwag Energie AG 0,00% (1,49%)	Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW 100%
Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH 6,67% (0,00%)		
KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH 4,09% (0,00%)		

Maßgebliche Vereine

Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.

0,00% (0,00%)

4.1. Gegenüberstellung der Segmente

Die folgende Tabelle stellt die verschiedenen Segmente dar. Die Anzahl der Beteiligungen hat sich zum Vorjahr um zwei Beteiligungen erhöht (siehe Vorbericht).

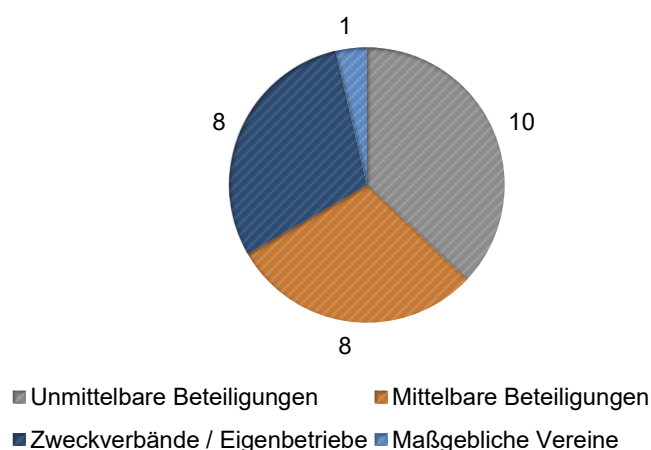
Übersicht der Kennzahlsummen pro Segment

Segment	Anzahl Beteiligungen	Eigenkapital (in Tsd. €)	Bilanzsumme (in Tsd. €)	Umsatz (in Tsd. €)
Unmittelbare Beteiligungen	10	108.329	347.277	99.236
Mittelbare Beteiligungen	8	715.566	1.645.335	289.271
Zweckverbände / Eigenbetriebe	8	43.385	121.337	165.895
Maßgebliche Vereine	1	1.176	1.661	3.127

Übersicht der Anzahl der Unternehmen nach Beteiligungshöhen pro Segment

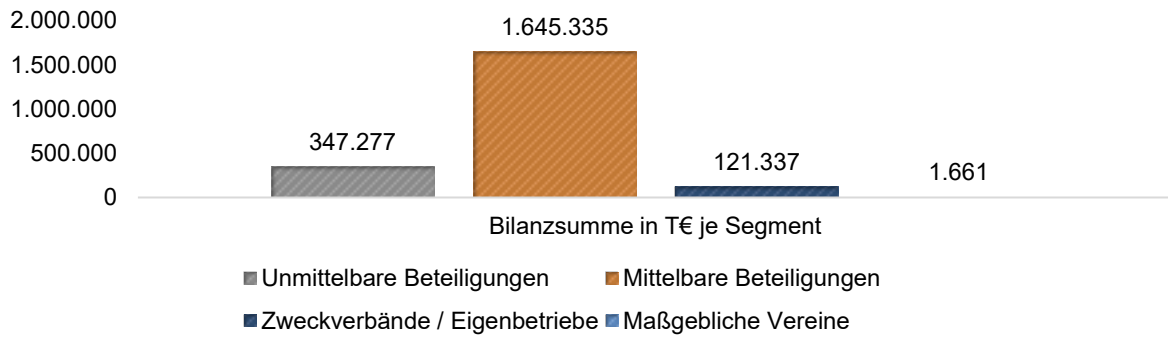
Segment	Eigenbetriebe	Zweckverbände	> 50 %	20 - 50 %	< 20 %	Gesamt ²
Unmittelbare Beteiligungen	-	-	2	3	5	10
Mittelbare Beteiligungen	-	-	3	2	3	8
Zweckverbände / Eigenbetriebe	1	6	-	-	-	8
Maßgebliche Vereine	-	-	-	-	-	1

Anzahl der Beteiligungen je Segment

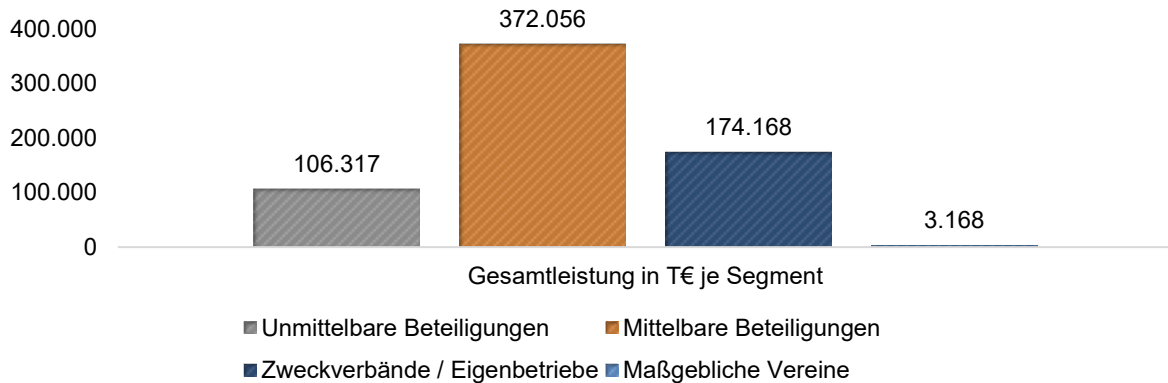


² Achtung: Unternehmen ohne wirtschaftlichen Kapitalanteil, die kein Eigenbetrieb sind, erscheinen in der Gesamtanzahl aber nicht in den Spalten.

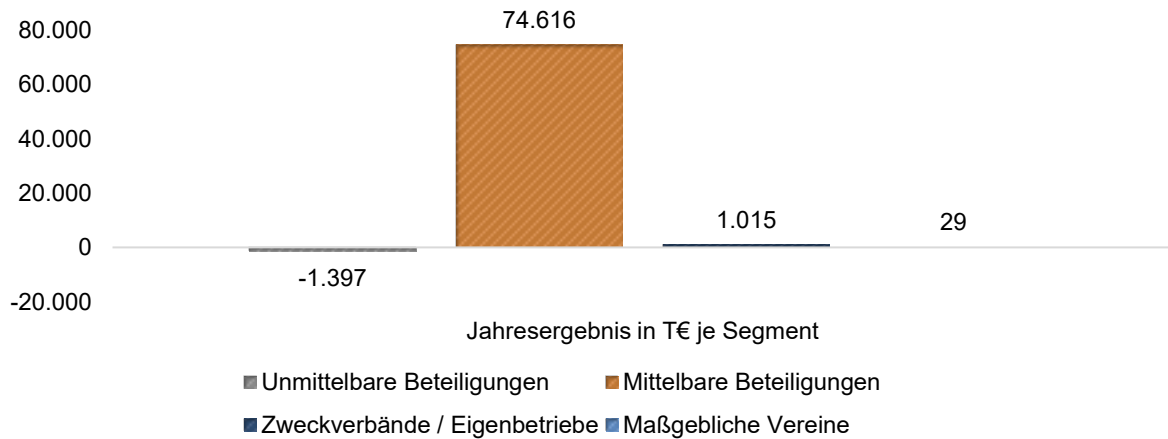
Bilanzsummen in T€ je Segment



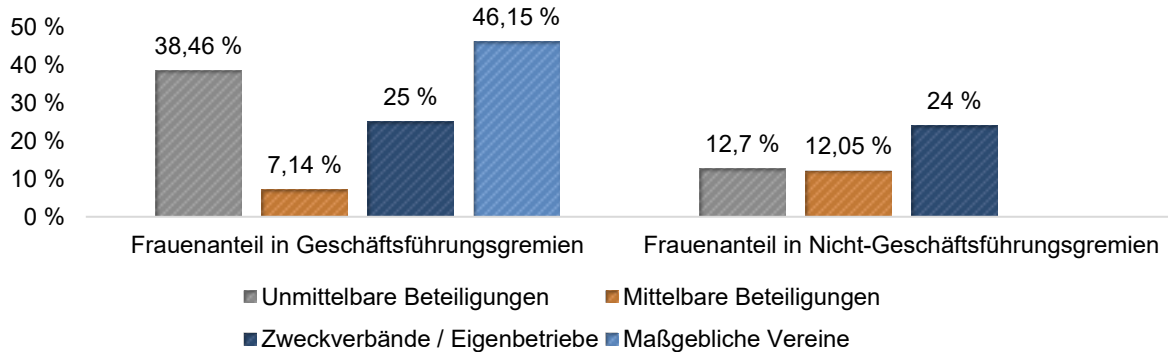
Gesamtleistung in T€ je Segment



Jahresergebnis in T€ je Segment

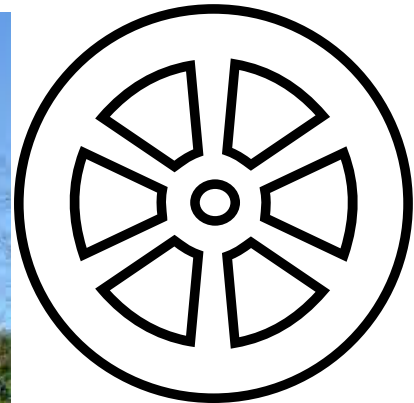


Frauenanteil in den Gremien nach Segment





5. Unmittelbare Beteiligungen



5.1. RTK Holding GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Erich-Kästner-Str. 5, 65232 Taunusstein
Tel.: 06128968260 , Fax.: 061289682629
E-Mail: info@rtk-holding.de
Webseite: www.rtk-holding.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 04.07.1997

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an anderen Unternehmen (Beteiligungsunternehmen), die Verwaltung dieser und anderer Beteiligungen sowie die Übernahme von Management- und Verwaltungsfunktionen für andere Unternehmen im Rahmen der §§ 121 ff. HGO. Die Gesellschaft kann die einheitliche Leitung über Beteiligungsunternehmen sowie alle anderen zur Zusammenfassung von Beteiligungsunternehmen unter einer Management-Holding anfallenden Tätigkeiten übernehmen.

Öffentlicher Zweck:

Im Rahmen der Holding Funktion soll die RTK Holding GmbH durch die Vereinheitlichung von Verwaltungsabläufen und des Berichtswesens die Unternehmen, an denen der Rheingau-Taunus-Kreis eine Beteiligung mittelbar oder unmittelbar hält, unterstützen. Hierbei wird auch die Transparenz für die Mitglieder in den Gremien (Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat) durch ein einheitliches Berichtswesen verbessert. Ferner sollen Steuervorteile durch die gemeinsame Führung der Gesellschaften erreicht werden.

Wesentlicher Geschäftsgegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von administrativen Funktionen für einzelne Beteiligungsunternehmen. Auf diese Weise wird der sonst notwendige, wesentlich kostenträchtigere Aufbau entsprechender Kapazitäten bei den Beteiligungsgesellschaften vermieden. Insbesondere hat die RTK Holding GmbH den

gesamten kaufmännischen Bereich für die Gesellschaften edz Energie-Dienstleistungszentrum GmbH, Projob Rheingau-Taunus GmbH, RTV Rheingau-Taunus Verkehrsgesellschaft mbH, übernommen. Dies umfasst das gesamte Rechnungswesen und Controlling, den Zahlungsverkehr und die Personalbetreuung. Darüber hinaus steht die Gesellschaft den genannten Beteiligungs-gesellschaften erforderlichenfalls mit Liquiditätskrediten zur Verfügung und steuert die Liquiditäts- und Finanzplanung. Für die kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH erbringt die RTK Holding GmbH sämtliche Dienstleistungen im Bereich Personalwesen.

Kapital:

Stammkapital	26.000	€
--------------	--------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	100,00% / - / 100,00%
---------	-----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Thorsten Reineck

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Günter Heckel

Herr Karl-Wilhelm Höhn

Herr Walter Lieber

Herr Georg Mahr

Herr Karl Mayer

Herr Stefan Müller

Herr Joachim Reimann

Herr Harald Schmelzeisen

Herr Paul Weimann

Herr Marius Weiß

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

Aufsichtsrat**Mitglied**

Herr Michael Barth
Herr Alexander Bernstorff
Herr Günther Döring
Herr Matthias Hannes
Herr Günter Linke
Herr Volker Mosler
Herr Dr. Clemens Mödden
Frau Dorothee Nabrotzky
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann
Herr Günter Retzmann
Herr Klaus-Peter Willsch

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

III. BETEILIGUNGEN**Gesellschafter**

Rheingau-Taunus-Kreis	26.000,00 €	100,00 %
-----------------------	-------------	----------

Beteiligungen

PROJOB Rheingau-Taunus GmbH	100,00 %
edz Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH	100,00 %
Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH	69,74 %
kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus	29,66 %
Rüdesheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG	14,48 %
RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund	3,70 %
Süwag Energie AG	1,49 %

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):**Wirtschaftsbericht****Umsatz, Erlös- und Aufwandssituation**

Aus der Erbringung der Dienstleistungen in den Bereichen Rechnungswesen und Personalwesen zu Gunsten einzelner Tochtergesellschaften erzielte die RTK Holding GmbH

im zurückliegenden Jahr Umsatzerlöse in Höhe von rund 251,5 Tsd.-€. Aufgrund von volumenabhängigen Honoraranpassungen sowie teilweise Weitergabe von allgemeinen Kostensteigerungen konnten diese Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um 3,1% gesteigert werden (Vorjahr: 244,0 Tsd.-€).

In einzelnen Versicherungssparten hat die RTK Holding GmbH Rahmenverträge beziehungsweise Gruppenverträge für den gesamten Unternehmensverbund mit verschiedenen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen. Die auf die mitversicherten Unternehmen entfallenden Versicherungsprämien werden an diese weiterbelastet. Die in 2018 neu verhandelten Versicherungsprämien fielen erneut in 2019 niedriger aus. Die analog dazu als Umsatzerlöse dargestellten Einnahmen der RTK Holding GmbH gingen daher um 0,6 Tsd.-€ (-4,1%) zurück.

Im Geschäftsjahr 2019 sind nach wie vor die Beteiligungserträge aus dem Besitz von Aktien an der Süwag Energie AG und der Beteiligung an der Rüdesheimer Seilbahngesellschaft große Einnahmenpositionen.

Die Süwag Energie AG zahlt seit vielen Jahren eine regelmäßige Dividende in Höhe von 1,10 € je Stückaktie sowie einzelne Sonderzahlungen in bestimmten Geschäftsjahren. Im Jahr 2013 schüttete die Süwag Energie AG über die Dividende hinaus eine Sonderdividende von 0,15 € je Stück-Aktie aus. In 2014 und 2015 beschloss die Hauptversammlung wieder die regelmäßige Dividende.

Für die Ausschüttung im Jahr 2016 folgte die Hauptversammlung dem Vorschlag des Vorstands eine Dividende in Höhe von 1,10 € je Stückaktie sowie einen Bonus von 0,25 € je Stückaktie zu zahlen.

Seit 2017 erfolgt wieder jährlich die Ausschüttung einer Dividende von 1,10 € je Stückaktie. Die RTK Holding GmbH erhielt 2019 eine Gutschrift über 784.230,70 € brutto, die um die entsprechende Kapitalertragssteuer sowie den Solidaritätszuschlag (gesamt 206.840,85 €) gekürzt wurde.

Nach wie vor ist die Aktienbeteiligung weitgehend kreditfinanziert. Durch das anhaltend niedrige Zinsniveau musste die RTK Holding

GmbH für den fremdfinanzierten Aktienbestand lediglich 39,8 Tsd.-€ aufwenden (2018: 47,1 Tsd.-€; 2017: 48,3 Tsd.-€; 2016: 45,8 Tsd.-€; 2015: 55,4 Tsd.-€)

Seit vielen Jahren erzielt die Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft sehr gute Geschäftsergebnisse. Das Geschäftsjahr 2018 war das erfolgreichste in der inzwischen über 65-jährigen Unternehmensgeschichte.

Die Gesellschafterversammlung hat im Mai 2019 erneut eine Rücklagenbildung beschlossen um unter anderem die Finanzierung der notwendigen Modernisierung der Talstation mit Eigenmitteln sicher zu stellen. Des Weiteren wurde eine Gewinnausschüttung beschlossen, die bei der RTK Holding GmbH zu Erträgen in Höhe von 219,9 Tsd.-€ führte (2018: 185,7 Tsd.-€; 2017: 124,5 Tsd.-€; 2016: 73,4 Tsd.-€).

Bei Übertragung der Seilbahn-Anteile durch den Rheingau-Taunus-Kreis auf die RTK Holding GmbH wurde der Kaufpreis vom Rheingau-Taunus-Kreis gestundet. Der hieraus resultierende Zinsaufwand betrug nach der Zinsanpassung zum 01.01.2018 in 2019 unverändert zum Vorjahr 16,1 Tsd.-€ p. a.

Der für den Einsatz des Personals entstehende Personalaufwand einschließlich Sozialabgaben hat sich aufgrund von tariflichen Gehaltserhöhungen und individueller Arbeitszeit- und Vergütungsanpassungen um 8,7% von 465,6 Tsd.-€ auf 506,2 Tsd.-€ erhöht.

Aufgrund der Geschäftsergebnisse der ProJob GmbH in vorangegangenen Jahren wurde im Geschäftsjahr 2017 durch die RTK Holding GmbH eine Barkapitalerhöhung durchgeführt. Das vorläufige Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2019 sowie die Planungen für die kommenden Geschäftsjahre der ProJob GmbH lassen eine positive Entwicklung erkennen, so dass keine Berichtigung des Beteiligungsbuchwertes vorgenommen wurde. Dennoch wird die Beteiligung in Höhe von 48,5 Tsd.-€ (Vorjahr: 160,5 Tsd.-€) über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

Abschreibungen auf die weiteren Beteiligungen waren aufgrund der Ergebnissituation bei den einzelnen Gesellschaften nicht notwendig.

Der technische Fortschritt erfordert regelmäßige Aktualisierungen und Erneuerungen der IT-Systeme. Eine ursprünglich bereits für 2018 vorgesehene Erneuerung der EDV-Anlage wurde erst im dritten Quartal 2019 durchgeführt. Dabei wurde eine Umstellung von einer bisherigen In-House-Server-Lösung auf eine Internet-basierte Rechenzentrumslösung gewählt. Somit werden weniger Abschreibungen aber mehr regelmäßige EDV-Aufwendungen anfallen.

Die Abschreibungen reduzierten sich auf 6,6 Tsd.-€ (2018: 9,2 Tsd.-€; 2017: 11,6 Tsd.-€; 2016: 15,9 Tsd.-€; 2015: 15,4 Tsd.-€).

Die regelmäßige Wartung der EDV-Anlage und die Installation notwendiger Updates bei den Softwaremodulen durch den neuen EDV-Dienstleister stellten die Betriebsbereitschaft und Funktionsfähigkeit des Systems sicher und entlasteten das eigene Personal von diesen Aufgaben.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen aufgrund der beschriebenen EDV-Umstellung und durch Inanspruchnahme weiterer kostenpflichtiger Module der Personalabrechnungssoftware im Jahresverlauf um rund 29,5 Tsd.-€ an.

Verbesserungen sind bei den Zinsaufwendungen in Summe zu verzeichnen (-10,3 Tsd.-€ / -15,4%).

Um Liquiditätsüberhänge einzelner Gesellschaften zur Zinsoptimierung zu nutzen, hat die edz GmbH bereits 2017 kurzfristig Gelder bei der RTK Holding GmbH verzinslich angelegt. Per 31.12.2019 hatte die edz GmbH 500 Tsd.-€ an die RTK Holding GmbH ausgeliehen (Zinsaufwand der RTK Holding GmbH in 2019: 1,0 Tsd.-€; 2018: 0,6 Tsd.-€).

Seit Dezember 2018 nutzt auch die RTV GmbH die Möglichkeit kurzfristig verfügbare Gelder an die RTK Holding GmbH auszuleihen. Am Bilanzstichtag waren 6 Mio.€ von der RTV GmbH zur Zinsoptimierung bei der RTK Holding GmbH bilanziert (Zinsaufwand der RTK Holding GmbH in 2019: 6,2 Tsd.-€; 2018: 0,2 Tsd.-Euro).

Im Geschäftsjahr 2019 hat die RTK Holding GmbH erneut ein positives, über dem Wirt-

schaftsplan (106,3 Tsd.-€) liegendes Jahresergebnis (258,0 Tsd.-€) erzielen können. Durch den Jahresüberschuss und die Entscheidung der Gesellschafterversammlung, den Jahresüberschuss des Vorjahres im Unternehmen zu belassen, hat sich die Eigenkapitalsituation der Gesellschaft erneut verbessert.

b) Personalsituation

Im Geschäftsjahr 2019 kam es zu keinem Wechsel in der Belegschaft. Es bestanden unverändert Mitarbeiterverträge mit insgesamt acht Personen. Von den Beschäftigten arbeiten drei in Teilzeit, vier in Vollzeit. Zusätzlich ist eine Person im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung mit der Reinigung der Geschäftsräume beauftragt.

Die Anstellungsverträge sind in Anlehnung an die Tarifvereinbarung im öffentlichen Dienst (TVöD) abgeschlossen. Die Mitarbeiterverträge beinhalten eine tariflich vorgesehene betriebliche Altersversorgung in Zusammenarbeit mit der Zusatzversorgungskasse Wiesbaden (ZVK).

Als Sicherheit für die zugesagte Altersversorgung hat die RTK Holding GmbH auf Veranlassung der ZVK Wiesbaden 250 Tsd.-Euro auf einem Tagesgeldkonto sowie 15.000 Stück-Aktien an der Süwag Energie AG zu Gunsten der ZVK verpfändet.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ein Durchschnittsalter von 52,3 Jahren und sind seit durchschnittlich 10,7 Jahren im Unternehmen beschäftigt.

Im Jahr 2019 konnten nicht alle vorhandenen Überstunden abgebaut und Urlaubsansprüche gewährt werden. Die gebildete Rückstellung liegt leicht unter dem Vorjahresniveau (2019: 21,9 Tsd.-€; 2018: 22,5 Tsd.-€; 2017: 25,9 Tsd.-€; 2016: 27,4 Tsd.-€).

Auch in 2019 kam es bei der RTK Holding zu keinem meldepflichtigen Arbeitsunfall.

c) räumliche und technische Ausstattung

Seit dem Umzug von Bad Schwalbach nach Taunusstein im Frühjahr 2016 nutzt die RTK Holding GmbH Räumlichkeiten in der Erich-Kästner-Straße 5 in 65232 Taunusstein.

Sie befindet sich auf dem gleichen Grundstück wie die ProJob GmbH und die vhs Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. und ist Nachbarin der RTV GmbH.

Da am Standort Taunusstein nach wie vor keine geeignete Lagerkapazität zur Verfügung steht, hat die RTK Holding GmbH unverändert Räume in Aarbergen-Michelbach von der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GmbH angemietet. Dort werden die beleghaften Buchhaltungsdaten der Mandanten archiviert. Um die für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen notwendigen Raumkosten zu berücksichtigen ist wie in den Vorjahren eine langjährige Rückstellung gebildet und auf den 31.12.2019 abgezinst worden.

Ein großer Anteil der Belege wird jedoch digitalisiert aufbewahrt, da ansonsten der vorhandene Raum nicht ausreichend wäre.

Jährlich werden die neu hinzugekommenen Belege soweit möglich ebenfalls digital archiviert. Die Kosten für diese Maßnahme werden den jeweils betroffenen Zeiträumen in Form von Rückstellungen zugeordnet.

Im Rahmen von Prüfungshandlungen durch das Rechnungsprüfungsamt des Rheingau-Taunus-Kreises, das Finanzamt Wiesbaden, das Finanzamt Bad Schwalbach und verschiedener Sozialversicherungsträger wurden die digitalen Buchhaltungsdaten vorgelegt und von den Prüfern nicht beanstandet.

d) Vermögenslage

Das Eigenkapital der RTK Holding GmbH stieg aufgrund des Jahresüberschusses in Höhe von 258,0 Tsd.-€ auf 15.948.642,69 € an.

Durch den gleichzeitigen Anstieg der Bilanzsumme um 705,6 Tsd.-€ ging die Eigenkapitalquote um 0,5%-Punkte auf 56,9% zurück (2018: 57,4%; 2017: 57,1%; 2016: 56,51%; 2015: 34,17%).

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat im Jahr 1997 einen großen Teil der Beteiligungen auf die RTK Holding GmbH übertragen. Dabei hat er einen Teil des Kaufpreises gestundet oder als Einlage in die Kapitalrücklagen gewährt. Die Kapitalrücklage weist unverändert zum Vorjahr einen Betrag von 12,485 Mio.-Euro aus.

Unverändert blieb auch der Besitz der RTK Holding GmbH an der Süwag Energie AG. Im Depot der RTK Holding GmbH waren zum Bilanzstichtag 712.937 Stück-Aktien dokumentiert.

In den vergangenen Jahren stiegen bei der Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft die Fahrgastzahlen, die Umsätze sowie die Jahresergebnisse stets an. In den kommenden Jahren plant die Gesellschaft die Modernisierung der Talstation insbesondere um einen barrierefreien Zugang der Fahrgäste zu ermöglichen. Finanzierungskosten und Abschreibungen können dann das Ergebnis belasten. Eine Veränderung der Beteiligungssituation ist nicht vorgesehen, da Anteile an der Kommanditgesellschaft in den vergangenen Jahren nicht verkauft wurden. Wenn es zu Veränderungen der Anteilseigner kam, dann im Falle von Erbschaftsregelungen der einzelnen Gesellschafter.

Die ProJob Rheingau-Taunus GmbH hat in den zurückliegenden Monaten erhebliche Veränderungen im Bereich Organisation, Leistungserbringung und Projektfinanzierung vorgenommen. Neben der Errichtung von sogenannten Aktivierungs- und Förderzentren zur Bündelung einzelner Maßnahmen wurden viele Projekte verlängert, die Kapazität ausgeweitet und die Verantwortungen standortbezogen zusammengefasst.

Die gewonnenen positiven Effekte führen zu im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verbesserten Jahresergebnissen. Die Hochrechnung auf das Jahresergebnis 2019 sowie die Wirtschaftsplanung für 2020 sehen jeweils ein leicht positives Jahresergebnis vor.

Da die Entwicklung auf eine voraussichtlich nicht dauernde Wertminderung schließen lässt, wurde keine Berichtigung des Beteiligungsbuchwertes vorgenommen. Die Beteiligung wird dennoch im Jahresabschluss 2019 mit 48,5 Tsd.-€ über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

Trotz des von der Gesellschafterversammlung der edz GmbH zur Konsolidierung des Unternehmens im Jahr 2017 beschlossenen Änderung des Gesellschaftszwecks und der Begrenzung der Tätigkeit auf das Gebiet des

Rheingau-Taunus-Kreises hat sich die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft stabilisiert. Erstmals seit Bestehen der edz GmbH hat die Gesellschaft einen Anteil in Höhe von 32,6 Tsd.-€ aus dem Jahresergebnis an die RTK Holding GmbH ausgeschüttet.

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat im Jahr 1997 auch die Geschäftsanteile an der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GmbH auf die RTK Holding GmbH übertragen. Der ursprüngliche Anteil am Unternehmen von 30,48% bei Übertragung, sank durch Kapitaleinlagen anderer Gesellschafter in den zurückliegenden Jahren auf 29,66%. Eine Anpassung des Bilanzwertes an den rechnerischen Anteil am bilanziellen Eigenkapital des Unternehmens erfolgte nicht, da davon ausgegangen werden kann, dass in den Immobilienwerten der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GmbH stille Reserven enthalten sind.

Ertragslage und Liquiditätssituation

Unverändert stellen die Einnahmen aus den Beteiligungen sowie die Refinanzierungssituation die größten Einflussfaktoren für das Jahresergebnis der RTK Holding GmbH dar.

Durch die bereits oben beschriebenen konstanten bzw. steigenden Ausschüttungen der Beteiligungen und das anhaltend niedrige Zinsniveau konnte erneut ein positives Geschäftsergebnis erwirtschaftet werden.

Ein Verzicht auf die Ausschüttung des Vorjahresergebnisses verbessert die Liquiditätssituation des Unternehmens in Höhe des Jahresüberschusses.

Die im Zusammenhang mit den Dividendenausschüttungen entstehende Kapitalertragsteuer wird direkt von der Süwag Energie AG an das Finanzamt abgeführt. Die sich aus dem Jahresabschluss ergebenden Forderungen gegenüber den Finanzbehörden müssen bis zum Rückzahlungszeitpunkt (in der Regel bis zu 18 Monate nach Ausschüttung) ebenfalls finanziert werden.

Zum 31.12.2019 sind im Jahresabschluss Forderungen aus Steuerüberzahlung durch die Kapitalertragsteuer sowie Solidaritätszuschlag im Wert von 435,0 Tsd.-Euro (Vorjahr 457,5 Tsd.-Euro) enthalten.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im zurückliegenden Geschäftsjahr aufgrund der bestehenden Kreditlinien stets sichergestellt. Die auf dem Geschäftskonto von der Nassauischen Sparkasse eingeräumte Kreditlinie in Höhe von 12,592 Mio.-Euro wurde bereits im Oktober 2018 bis zum 31.12.2020 prolongiert.

Im Berichtsjahr erzielte die RTK Holding GmbH aufgrund der beschriebenen Vorgänge einen Jahresüberschuss von 258.016,11 € (2018: 248.927,96 €; 2017: 285.770,20 €; 2016: 539.108,66 €; 2015: 173.099,03 €; 2014: 161.203,26 €) der deutlich über der von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung genehmigten Jahresplanung (Planüberschuss 106,3 Tsd.-€) liegt.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss in Höhe von 258 T€ (Vorjahr 249 T€) geplant war ein Jahresüberschuss in Höhe von 107 T€. Wie bereits in den vergangenen Jahren waren die Dividende der Süwag Energie AG und die für die Finanzierung der beiden Beteiligungen notwendigen Kreditzinsen die entscheidenden Größen im Jahresabschluss der Gesellschaft. Mit einer Inanspruchnahme der in 2008 gegenüber der damals von der Insolvenz bedrohten edz GmbH seitens der Holding übernommenen Patronatserklärung ist derzeit nicht zu rechnen.

VI. AUSBLICK:

Für die Jahresplanung 2020 wurde trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus ein möglicherweise leicht steigendes Zinsniveau berücksichtigt. Kalkuliert ist ein Anstieg um 15 Basispunkte in allen Finanzierungsbereichen. Bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2019 waren noch keine negativen Entwicklungen auf der Finanzierungsseite für die RTK Holding GmbH in 2020 erkennbar.

Aus der Beteiligung an der Süwag Energie AG werden auch künftig unverändert konstante Erträge (1,10 Euro je Stück-Aktie) erwartet.

Hochrechnungen der Süwag-Energie AG bestätigen den Planansatz.

Die Zinsaufwendungen für die Finanzierung der Beteiligung an der Süwag Energie AG liegen aufgrund niedriger Marktzinsen nach wie vor deutlich unter den Erträgen.

Aufgrund der guten Jahresergebnisse der RTK Holding GmbH aus den Jahren 2018 und 2019 und der Liquiditätssteuerung mit der edz GmbH und RTV GmbH wird die Kreditlinie bei der Nassauischen Sparkasse nicht so stark wie geplant in Anspruch genommen, so dass in 2020 erneut mit einem deutlichen Überschuss aus der Beteiligung an der Süwag Energie AG zu rechnen ist.

Die ersten Schritte zum Umbau der Talstation der Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft sollen im Winter 2020/2021 begonnen werden. Insgesamt sieht die Bauplanung vor, dass in drei Winterzeiten die Baumaßnahme durchgeführt wird um möglichst lange Betriebszeiten der Bahn zu ermöglichen. Der Planung zu Folge wäre mit einem Ertragsrückgang aufgrund verringerter Betriebszeiten auf das Niveau von 2018 zu rechnen.

In welchem Umfang allerdings das im Dezember in China aufgetretene Corona-Virus sich auf die Betriebszeiten der Seilbahn und die Nachfrage im Sommer auswirken wird, kann noch nicht vorausgesehen werden. Allerdings wird inzwischen mit einem deutlich schlechteren Ergebnis als in den Vorjahren und somit auch mit einer geringeren Ausschüttung durch die Seilbahngesellschaft in 2020 und 2021 gerechnet.

Die bei der ProJob GmbH eingeleiteten Maßnahmen zur Neustrukturierung und Modernisierung der Gesellschaft zeigen erfreuliche positive Wirkungen. Die durchgeführte Kapitalerhöhung hat das Unternehmen stabilisiert und inzwischen eingegangene Gelder von Fördermittelgeber, die teilweise seit über drei Jahren fällig waren, haben die Liquiditätssituation der ProJob GmbH erheblich verbessert.

Die Hochrechnungen für das Ergebnis 2019 führten bei der Erstellung des Planes 2020 für die ProJob GmbH und die RTK Holding GmbH zu keinen absehbaren Gründen für eine Risikobetrachtung der Beteiligung.

Welchen Einfluss die beginnende Corona-Welle auf die ProJob GmbH hat ist derzeit noch nicht absehbar. Auf lange Sicht wird die Gesellschaft möglicherweise an Bedeutung gewinnen, falls durch die wirtschaftlichen Entwicklungen mehr Personen als noch zur Jahreswende erwartet von Arbeitslosigkeit betroffen sein sollten.

Nach positiven Geschäftsergebnissen in den zurückliegenden vier Geschäftsjahren hat die RTKT GmbH in 2019 einen Fehlbetrag erwirtschaftet. Das vom Aufsichtsrat genehmigte Planergebnis sah einen Fehlbetrag in Höhe von 35,0 Tsd.-€ vor. Grund hierfür war die intensive personelle und finanzielle Beteiligung der RTKT GmbH in Höhe von 35 Tsd.-€ an dem in 2019 in Wiesbaden und Rheingau veranstalteten Germany Travel Mart (GTM 2019) [1], der größten Verkaufsveranstaltung für touristische Leistungen in Deutschland an der 1.200 Gäste und Facheinkäufer aus der ganzen Welt teilgenommen haben.

Somit fällt das Jahresergebnis mit einem Fehlbetrag von rund 20,6 Tsd.-€ dennoch deutlich besser als geplant aus.

Die Wirtschaftsplanung für 2020 sieht erneut einen Fehlbetrag in Höhe von 25 Tsd.-€ vor, da durch die Einführung des überarbeiteten Rheingau-Logos viele Publikationen und Werbemittel neugestaltet werden müssen und die Umsetzung der Markenimplementierung auch finanzielle Ressourcen bindet.

Die Erfüllung der Vorgaben des tourismuspolitischen Handlungsrahmens des Landes Hessen stellt nach wie vor eine große Herausforderung dar. Insbesondere die geforderte finanzielle Ausstattung der Destinations-Marketing-Organisation muss geregelt werden. Für die Einführung einer rheingauweit einheitlichen Tourismusabgabe optimal zum 01.01.2021 sind die ersten Schritte gegangen worden.

Die Geschäftsführung der RTKT GmbH ist nach wie vor nicht in Vollzeit besetzt, so dass die bevorstehenden Aufgaben nur durch das Team der RTKT als Gesamtheit wahrgenommen werden können.

In den zurückliegenden Jahren haben die Unternehmen edz Energie-Dienstleistungs-

Zentrum Rheingau-Taunus GmbH, kwb Kommunale Wohnungsbaugesellschaft Rheingau-Taunus GmbH und RMV Rhein-Main-Verkehrsverbund keine Ausschüttungen der Jahresergebnisse vorgenommen. Für die Geschäftsentwicklung der RTK Holding GmbH wird mit der Beibehaltung der Geschäftsstrategie gerechnet.

Durch Ausleihungen von Liquidität verbundener bzw. nahestehender Unternehmen werden Zinsvorteile innerhalb der Beteiligungen des Rheingau-Taunus-Kreises genutzt. Diese Vorgehensweise führt bei der RTK Holding GmbH zu einer Senkung der Zinsaufwendungen, solange die Unternehmen die Liquidität innerhalb der Holding belassen. Die Beträge können mit kurzer Frist wieder an die Gesellschaften zurückgezahlt werden. Die Dispo-Linie auf dem Geschäftskonto ist hierfür ausreichend hoch ausgelegt.

Um die Liquidität und Refinanzierungsmöglichkeiten der kwb GmbH zu verbessern haben der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises sowie der Aufsichtsrat der RTK Holding GmbH beschlossen, im Jahresverlauf 2020 insgesamt 8,35 Mio.-€ als Kapitalerhöhung in die kwb GmbH einzubringen. Die Kapitalerhöhung wird im Wege der Barkapitalerhöhung durchgeführt und die Kapitalanteile werden von der RTK Holding GmbH übernommen. Dadurch wird die RTK Holding GmbH mit rund 52,46% größter Gesellschafter der kwb GmbH.

Zusätzlich stellt die RTK Holding GmbH der kwb GmbH befristet bis 31.12.2020 eine kurzfristige Liquiditätshilfe in Höhe von bis zu 2 Mio.-€ zur Verfügung.

Zur Finanzierung der Kapitalerhöhung wird der Rheingau-Taunus-Kreis seine Beteiligung an der RTK Holding GmbH um 5 Mio.-€ erhöhen und einen zu Gunsten der kwb GmbH gewährten Kredit im Volumen von 1,35 Mio.-€ an die RTK Holding GmbH abtreten. Die weiteren Beträge sind aus Mitteln der RTK Holding GmbH zur Verfügung zu stellen.

Im ersten Quartal 2020 wird die kwb GmbH mit dem Bau des Wohn- und Geschäftszentrums „Hahner Mitte“ in Taunusstein-Hahn beginnen. Nach Fertigstellung des Gewerbetells im Sommer 2022 wird die RTK Holding GmbH

ihre Geschäftsräume in die „Hahner Mitte“ verlegen. Die Zustimmung des Aufsichtsrates liegt vor und der Abschluss eines entsprechenden Mietvertrages ist zwecks Planungssicherheit für das erste Quartal 2020 vorgesehen.

Eine Ausweitung des Dienstleistungsumfanges der RTK Holding GmbH ist aufgrund der Regelungen der hessischen Gemeindeordnung nur eingeschränkt möglich. Daher kann eine Anpassung des Geschäftsvolumens nur über erweiterte Aufgaben zu Gunsten der bisherigen Vertragspartner erfolgen.

Mit Hilfe von regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Auswertungen sowie Liquiditätsübersichten für die RTK Holding GmbH werden mögliche Risiken überprüft. Eventuell notwendige Maßnahmen zur Steuerung der Unternehmung leitet die Geschäftsführung dann umgehend ein. Eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Erhebliche Abweichungen und besondere Vorgänge werden im Aufsichtsrat erörtert.

Um die Gremien des Rheingau-Taunus-Kreises regelmäßig über die Entwicklung aller Unternehmen, die direkt oder indirekt im Besitz des Landkreises sind, zu informieren, hat der Rheingau-Taunus-Kreis eine Beteiligungsrichtlinie verabschiedet. Diese sieht die Berichterstattung jeder einzelnen Unternehmung in halbjährlichen Abständen vor.

Die Gesellschafterversammlung der RTK Holding GmbH hat im November 2019 die von der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020 aufgestellte und vom Aufsichtsrat beratene Planung einschließlich einer mittelfristigen Vorschaurechnung genehmigt. Der Plan sieht aufgrund der enthaltenen Sicherheitspositionen einen Jahresüberschuss von 190,5 Tsd.-€ vor.

[1] <https://www.hessen.tourismusnetzwerk.info/terminkalender/gtm-germany-travel-mart-2019/>

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Die RTK Holding GmbH hat mit den Beteiligungsgesellschaften

- edz GmbH
- Projob Rheingau-Taunus GmbH
- KWB- GmbH Rheingau-Taunus
- RTV-mbH
- RTKT GmbH

Geschäftsbesorgungsverträge abgeschlossen, im Rahmen derer sie umfangreiche Dienstleistungen in den Bereichen Rechnungswesen, Controlling, Zahlungsverkehr, Finanzmanagement und Personalabrechnung übernimmt.

Seit Dezember 2010 hat die RTK Holding GmbH auch das Rechnungswesen für den neu gegründeten Verein Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien übernommen.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Aufgrund der positiven Jahresergebnisse sind derzeit keine negativen Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des RTK zu erwarten.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

XI. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Geschäftsordnung für die Geschäftsführung und für den für den Aufsichtsrat mit Stand vom 21.07.1997.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten eine pauschale Aufwandsentschädigung i.H. von 51,13 € pro Sitzungsteilnahme.

Im Zusammenhang mit § 123 a, Abs. 2 der HGO und § 286, Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angabe der Geschäftsführervergütung zu verzichten

XII. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

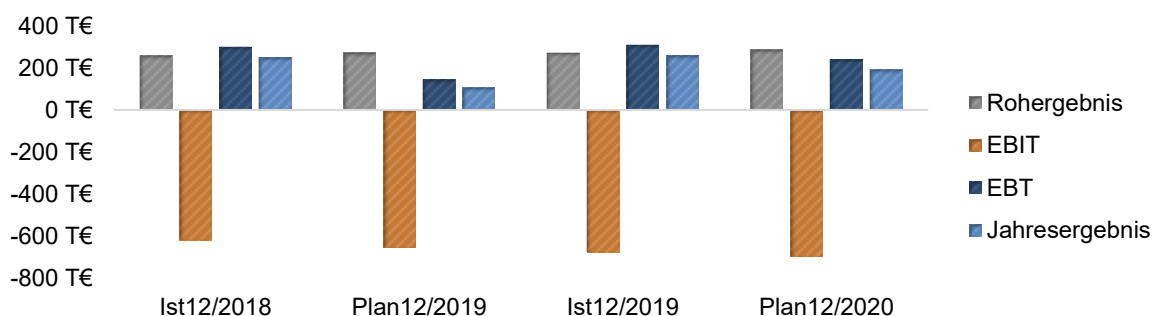
Die Eigenkapitalquote sank aufgrund der höheren Bilanzsumme von 57,4 % im Vorjahr auf 56,9 %.

Die hohe Personalaufwandsquote (Gesamtleistung / Personalaufwand x 100) der RTK

Holding ist bedingt durch die relativ geringen Umsatzerlöse der Holding, deren Hauptertragsquelle in Form von Beteiligungserträgen sich im Ergebnis vor Steuern (EBT) wiederfindet. Gleiches gilt für das Rohergebnis.

XIII. KENNZAHLEN

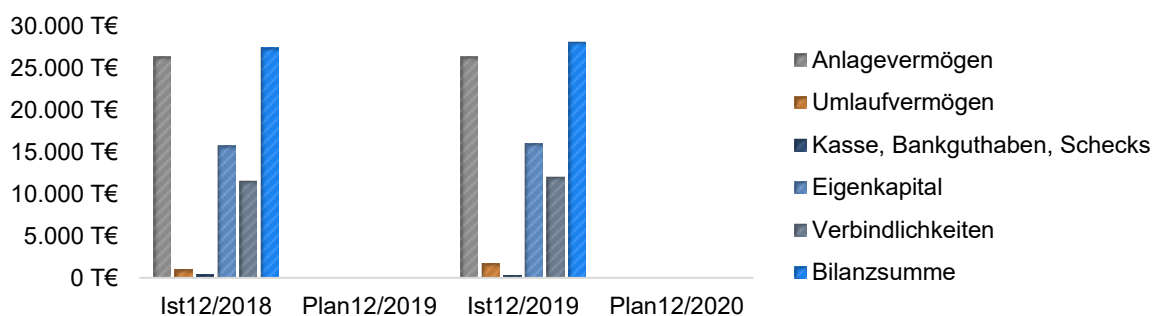
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	259	271	266	286
Sonstige betriebliche Erträge	0	-	3	0
Gesamtleistung	259	271	269	286
Materialaufwand	-	-	-	0
Rohergebnis	259	271	269	286
Personalaufwand	466	494	506	552
Sonstige betriebliche Aufwendungen	403	415	433	421
Abschreibungen	9	15	7	12
EBIT	-619	-653	-677	-699
Erträge aus Beteiligungen	186	884	252	1.017
Erträge aus a. Wertpapieren und Aus-leih. des Finanz-AV	787	-	784	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	8	5	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67	95	57	99
EBT	298	144	308	238
Steuern vom Einkommen und Ertrag	49	37	50	48
Ergebnis nach Steuern	249	107	258	191
Jahresergebnis	249	107	258	191

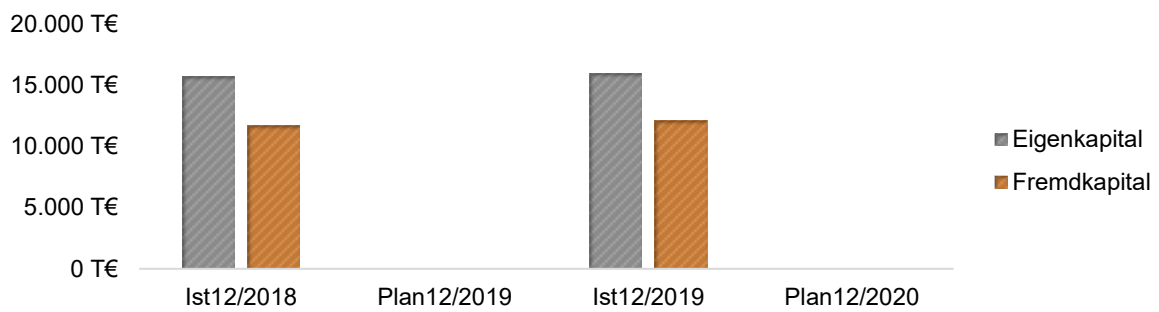
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	26.314	26.322
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
Sachanlagen	14	22
Finanzanlagen	26.300	26.300
Umlaufvermögen	1.026	1.714
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	655	1.464
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26	15
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	162	4
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	3	1.003
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	465	441
Kasse, Bankguthaben, Schecks	370	250
Rechnungsabgrenzungsposten	0	9
Bilanzsumme	27.339	28.045
Eigenkapital	15.691	15.949
Gezeichnetes Kapital	26	26
Kapitalrücklage	12.485	12.485
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	2.931	3.180
Jahresergebnis	249	258
Rückstellungen	179	113
Verbindlichkeiten	11.469	11.984
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	7.394	4.924
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1	29
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	532	500
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	500	496
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	28	28
Sonstige Verbindlichkeiten	3.015	6.007
Rechnungsabgrenzungsposten	0	-
Bilanzsumme	27.339	28.045

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in %)	179,7	182,3	188,3	192,9
Finanzergebnis	917	797	984	937
Eigenkapital	15.691	-	15.949	-
Fremdkapital	11.649	-	12.096	-
Eigenkapitalquote (in %)	57,4	-	56,9	-
Fremdkapitalquote (in %)	42,6	-	43,1	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

5.2. Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Erich-Kästner-Straße 3, 65232 Taunusstein
Tel.: 06128-51 08 85; Fax.: 06128-51 03 79
E-Mail: service@r-t-v.de
Webseite: www.r-t-v.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 19.12.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Interessen und Aufgaben der Gesellschafter im Rheingau-Taunus-Kreis im öffentlichen Personennahverkehr und sonstiger Linienverkehren, soweit öffentlich-rechtliche Vorschriften dies nicht zwingend ausschließen. Im Einzelnen ist Gegenstand des Unternehmens:

- Im Rahmen der Angebots- und Finanzverwaltung:
 - die Festlegung des Flächendeckungsgrades,
 - die Festlegung der Bedienungshäufigkeit,
 - die Festlegung der Tarifstruktur,
 - der Minderertragsausgleich aus einzelvertraglichen Regelungen mit kooperierenden Nahverkehrsunternehmen
 - die Vereinnahmung von Drittmitteln und Zuschüssen
- Im Rahmen der Organisation:
 - Verkehrsplanung, Liniennetz, Fahrpläne, Wagenumläufe und ggf. Dienstpläne,
 - Absatz Marktforschung, Verkauf, Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Marketing,
 - Einrichtung und Führung einer Geschäftsstelle,
 - Abstimmung mit kooperierenden Nahverkehrsunternehmen zur Erbringung der Beförderungsleistungen.

Das Unternehmen unterhält keinen eigenen Fuhrpark zur Durchführung öffentlicher Nahverkehrsaufgaben. Es kann sich dazu Dritter

bedienen, mit denen dann Verträge zur Übernahme von Konzessionsrechten abgeschlossen werden.

Öffentlicher Zweck:

Die RTV hat die Aufgabe, den ÖPNV flächendeckend und bedarfsgerecht nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Sie bietet somit der Bevölkerung auch ohne eigenes Verkehrsmittel Mobilität im „Flächenkreis“ Rheingau-Taunus. Über die Schnittstellen im Verbund mit dem RMV und anderen Nahverkehrsunternehmen wird Mobilität auch über die Kreisgrenzen hinaus geboten und verbessert.

Kapital:

Stammkapital	25.570 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	100,00% / - / 100,00%
---------	-----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Thomas Brunke

Herr Roland Buitkamp (bis 30.06.2019)

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Frau Annette Reineke-Westphal

Herr Harald Schmelzeisen

Herr Thomas Schnell

Herr Rainer Scholl

Herr Winfried Steinmacher

Herr Paul Weimann

Herr Sandro Zehner

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Rheingau-Taunus-Kreis	25.570,00 €	100,00 %
-----------------------	-------------	----------

Beteiligungen

CityBahn GmbH	25,10 %
---------------	---------

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Dank der Einführung einer neuen Zwischenpreisstufe werden Fahrten zwischen Wiesbaden und angrenzenden Kommunen im Rheingau-Taunus-Kreis zum Fahrplan-wechsel 2019 noch attraktiver. Auf Fahrten von Eltville, Kiedrich, Niedernhausen, Schlangenbad und Taunusstein bis in die Landeshauptstadt sinken die Fahrpreise um fast 20 Prozent.

Die neue Preisstufe ist ein wichtiger Schritt der Tarifentwicklung. Immer mehr Flatrate-Tickets, wie das Senienticket, machen Bus und Bahn für Vielfahrer attraktiv. Und für Gelegenheitsfahrer ermöglicht der fein abgestufte Tarif ein passgenaues Angebot.

Rund 75.000 Menschen leben in den an Wiesbaden angrenzenden Kommunen und profitieren damit direkt vom neuen Nachbarschaftstarif.

Mit den Zwischenpreisstufen wird auch eine weitere Maßnahme aus dem Wiesbadener Luftreinhalteplan Realität. Im Dezember 2018 hatte der RMV für Fahrten über die Grenzen des Frankfurter Tarifgebiets hinaus die Preisstufe 30 eingeführt, wodurch die tatsächliche Wegelänge bei der Tarifbildung noch stärker berücksichtigt wird. Dieses Prinzip wird nun auch zwischen Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis umgesetzt.

Auf dem Streckenabschnitt Bad Schwalbach Bahnhof – Eiserne Hand und Eiserne Hand – Stadtgrenze Wiesbaden haben die Vorplanungen nach den Leistungsphasen 1+ 2 HOAI begonnen. Diese wurden bis zum 31.12.2019 zu 80% abgeschlossen.

Mit den Städten Taunusstein und Bad Schwalbach wurden Verhandlungen mit dem

Ziel aufgenommen, dass durch diese mindestens die jeweils anteiligen Planungs-, Bau- und Betriebskosten anhand der Einwohnerzahl ab dem Jahr 2019 geleistet werden. Dies hat den Hintergrund, dass diese beiden Kommunen direkte Vorteile durch die Reaktivierung der Aartalbahn als CityBahn haben. Mit den Städten Taunusstein und Bad Schwalbach sind zwischenzeitlich öffentlich-rechtliche Vereinbarungen getroffen.

Am 1. November 2020 wurde in der Landeshauptstadt Wiesbaden über das Projekt CityBahn abgestimmt. Mit großer Mehrheit wurde das Projekt von den Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern abgelehnt

Seitens der CityBahn GmbH wurden schon seit etwa einem halben Jahr grundsätzlich keine neuen Aufträge vergeben. Das gilt auch für den RTK für die HOAI-Leistungsphase 3+4, die nicht vergeben worden sind. Seitens der CityBahn GmbH werden zurzeit alle Verträge gesichtet und auf ihre Kündigungsklauseln hin untersucht.

Der Rheingau-Taunus-Kreis will die Grundstücke der Aartalbahntasse von der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz bis zur Kreisgrenze (Eiserne Hand) kaufen und führt mit der Deutschen Bahn Verhandlungen. Zur Reaktivierung der Aartalbahn zwischen Diez und Bad Schwalbach ist eine Machbarkeitsstudie beauftragt.

Die Bedeutung von On-Demand-Verkehren als Teil des öffentlichen Personennahverkehrs im Rheingau-Taunus Kreis wird immer wichtiger. Nach Prüfung der monetären und strategischen Rahmenbedingungen wurde im Dezember 2019 im Rahmen einer Gesellschaftersammlung der Projektstart beschlossen.

Das Vorhaben On-Demand-Verkehre soll in das Rahmenkonzept des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) zum bedarfsorientierten Verkehr (On-Demand-Mobilität „ODM“) integriert werden. Satzungsgemäß obliegt dem RMV die Rahmenplanung für Produkte des Verbundes. Bedarfsorientierte Verkehre gelten als zielgruppenspezifische und individualisierte Mobilitätsangebote des ÖPNV. Sie ergänzen das Verbundangebot, in dem sie an

der Überwindung der systemischen Schwächen (Fahrplanbindung, Haltestellenentfernungen, Fahrzeiten, starre Linienverläufe, Komfortdefizite) ansetzen.

Die Bezüge des ODM-Teilprojektes Taunusstein ergeben sich insbesondere durch den Bezug zur Maßnahme V2-3 „Simulation und Einführung On-Demand Shuttle“ im Maßnahmenbündel V-2 „Weiterentwicklung ÖPNV und bedarfsorientierte/ ergänzende Mobilitätsangebote“, welche mit sehr hoher Effizienz bewertet wurde (vgl. Masterplan S.30, Tabelle 6 und Abbildung 17). Für Wiesbaden werden, über die bereits bewilligten Projektansätze für Binnenverkehre hinaus, durch die ergänzende Einbeziehung von Pendlerverkehren zusätzliche Emissionssenkungs-Effekte erzielt.

Mit Beginn des On Demand Projektes und Vorlaufbetriebes in Taunusstein ist das erklärte Ziel, zukünftig einen flächendeckenden Einsatz im Rheingau-Taunus-Kreis zu erreichen.

Bei den Verkehren der Linien in den einzelnen Linienbündel Niedernhausen/Idstein, Stadtverkehr Idstein und Rheingau kam es im Jahr 2019 zum wiederholten Male zur Nichterfüllung der erteilten Beförderungspflicht durch das Verkehrsunternehmen Nassauische Verkehrsgesellschaft (NVG).

Nachdem schon in der Vergangenheit in zahlreichen Fällen die Beförderungspflicht missachtet wurde und damit die nach dem Personenbeförderungsrecht obliegenden Pflichten von der NVG mehrfach und wiederholt nicht erfüllt haben, hat das Regierungspräsidium Darmstadt eine letztmalige Verwarnung ausgesprochen.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

Die größte Einnahmenposition stellt die Einnahmenezuscheidung des RMV dar. Diese sagt aus, welche Fahrgeldeinnahmen von allen verkauften Fahrausweisen im RMV der RTV für ihre lokalen Linien zustehen. Der Anteil wird durch periodische (etwa alle 7 Jahre) Verkehrserhebungen festgestellt. Gegenüber

2018 sind die Einnahmenpositionen leicht gestiegen. Die Anwendung der Verbunderhebung 2015, deren Auswirkungen die RTV in 2018 erstmals vollständig trafen, führt zu einer um 200 T€ geringeren Einnahmenezuscheidung gegenüber der Erhebung 2010. Das Land Hessen zahlt für die Kompensation der Einnahmenausfälle durch die Einführung des Hessenweiten Schülertickets 740 T€ an die RTV. Diese Summe konnte nach langwierigen Verhandlungen um jährlich 200 T€ von ursprünglich 540 T€ erhöht werden durch einen Wechsel des zu Grunde liegenden Basis-schuljahrs von 2015/2016 auf 2016/2017. Auch der RTK profitiert dabei mit einer jährlich um 45 T€ niedrigeren Ausgleichszahlung an den RMV. Die Stadt Idstein für ihren Stadtverkehr, die Stadt Bad Schwalbach für den Rufbusverkehr, die Gemeinde Niedernhausen für die Linie 22 und die Stadt Taunusstein für Zusatzleistungen im Bereich Taunussteins, haben jeweils eine Finanzierungsvereinbarung unterzeichnet und die Verpflichtungen daraus erfüllt. Im Rahmen des CityBahn Projektes hat die RTV Zuwendungen des Kreises i.H.v. 1.186,08 T€ zum Ausgleich der in dieser Höhe entstandenen Aufwendungen erhalten.

Die Steigerung der Kosten für Personal auf 792,4 T€ entsteht überwiegend durch die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst zzgl. der Geringverdiener für verstärkte Fahrausweis- und Qualitätskontrollen sowie die Einstellung einer Marketingfachkraft (0,5 Stellen), eines Assistenten der Geschäftsführung (1,0 Stellen) und eines Verkehrsplaners (1,0 Stellen) mit Start zum 01.07.2019. Es entfiel dafür ab 01. Juli das Gehalt des weiteren Geschäftsführers, Herrn Buitkamp, wegen Ruhestands. Die weiteren sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit 312,01 T€ (ohne CityBahn-Effekt) gegenüber 303,14 T€ in 2018 aufgrund höherer Buchhaltungs- (RTK-Holding) und Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gestiegen. Die Abschreibungen (2019 161,93 T€ ggü. 152,53 T€ in 2018) sind um 9,4 T€ gestiegen.

Der Zuschuss des Gesellschafters wird aufgrund neuer Bilanzierungsregeln ab 2016 nicht mehr als außerordentlicher Ertrag, sondern als Sonstiger betrieblicher Ertrag gezeigt. Der Zuschuss wurde vom Gesellschafter in 2019 erneut um 250 T€ gekürzt.

Die Verkehrsverträge sind seit 2019 hinsichtlich der Fortschreibungsindizes und der Fortschreibungsvergleichsjahre harmonisiert. Sie werden entsprechend der Entwicklung der Indizes Jahresvergleich 2019 zu 2018 fortgeschrieben. Seit 2018 wird für die Personalkosten der vom Land Hessen initiierte Hessenindex zur Fortschreibung verwendet. Seit 31.03.2019 wird ein angepasster Hessenindex berechnet, der die tatsächliche Tarifentwicklung in Hessen besser widerspiegelt. Für 2019 betragen die Faktoren +7,7 % für Personal und -1,36 % für Dieselmotorkraftstoffe.

Derzeit erfolgt eine Ausleihe überschüssiger liquider Mittel verzinslich an die RTK-Holding GmbH (Stand 31.12.2019 3 Mio. €). Dazu wurde Liquidität bis 31.10.2019 in jährlich kündbare Festzinskonten und ein 35-Tage kündbares Festgeld jeweils bei der Rheingauer Volksbank angelegt.

Bei den erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen handelt es sich um den ursprünglichen Zuschuss des RMV von insgesamt 900 T€ für Zusatzverkehre im Rahmen der LGS 2018 und Umsetzung eines ITCS Systems im lokalen Verkehr, der entsprechend der Aufwendungen aufgelöst wird.

Am 1. November 2020 wurde in einem Bürgerentscheid das Projekt Bau einer CityBahn von Mainz bis Bad Schwalbach gekippt. Die bisherigen Aufwendungen (Aufwendungen für das CityBahn-Projekt (1.186,08 T€) und Erträge durch Kostenausgleich des RTK (Sonstige Erlöse CityBahn-Projekt 1.186,08 T€) wurden in der GuV erfasst. Im Rahmen der Schlussabrechnung Citybahn werden auch in 2020 die nicht von der RTV selbst veranlassten Kosten in voller Höhe durch den RTK erstattet.

VI. AUSBLICK:

Bericht über die Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

Durch regelmäßige Beteiligungsberichte wird dem Rheingau-Taunus-Kreis eine Kontrolle über Chancen und Risiken der RTV GmbH jederzeit gewährleistet.

Zu jeder Gesellschafterversammlung berichtet die Geschäftsführung über die aktuellen Entwicklungen sowie die zukünftig geplanten

Geschäftstätigkeiten. Das Gremium tagte turnusmäßig.

Der ÖPNV steht in Zukunft vor großen Herausforderungen. Der aktuelle Fachkräftemangel ist auch weiterhin eine der größten Herausforderungen, vor der der öffentliche Nahverkehr derzeit steht. Neben den Diskussionen um Dieselfahrverbote und dem Erreichen der Klimaziele lässt auch die Corona-Krise die Erwartungen und Anforderungen an den ÖPNV hinsichtlich Fahrer- und Fahrgastenschutz kontinuierlich steigen. Corona-bezogene Maßnahmen (Desinfektion, Maskenpflicht) werden die Fahrgäste nicht in hinreichender Zahl in die Fahrzeuge zurückbringen. Wenn Fahrplan-, Anschluss- und Informationssicherheit gegeben sind, ist ein großer und wichtiger Schritt getan. Zufriedenheit erhöht die subjektive Sicherheit und nutzt somit eher das Angebot.

Die Akteure im ÖPNV sind an dieser Stelle gefordert für all diese Anforderungen kurz- bzw. mittelfristig Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Der aufgebaute Druck bietet daher jetzt die Chance die notwendige massive Ausweitung eines qualitativ hochwertigen Nahverkehrsangebotes umzusetzen.

Zum Thema Bürgerbegehren CityBahn in Wiesbaden ist hinzuweisen, dass der negative Bürgerentscheid über die kommunale Grenze hinaus Auswirkungen auf eine ganze Region hat, hier die Region Mainz -Wiesbaden -Rheingau -Taunus- Kreis mit rund 700.000 Bürgerinnen und Bürgern. Welche Gesamtkosten für das Projekt CityBahn entstehen, kann noch nicht abschließend beziffert werden. Das ist damit zu begründen, dass Aufträge für das Gesamtprojekt für alle Gebietskörperschaften von der ESWE ausgelöst werden und die Abrechnungen der Gemeinkosten dann in Jahresscheiben gebündelt werden. Ebenso sind im Nachgang zum Bürgerentscheid noch einige Fragen zu klären, die Kosten nach sich ziehen, z.B. wie lange die Projektsteuerung und die Gesamtprojektleitung zur Abwicklung des Projekts und zur Liquidation der CityBahn GmbH benötigt wird.

Ausgehend von der Linienführung der Aartalbahn ist der Bau einer Aar-Taunus-Ringbahn angedacht. Die Aar-Taunus-Ringbahn könnte

mit modernem Wagenmaterial von Wiesbaden bis nach Diez fahren. Um eine Ringlinie zu etablieren, wäre zudem die Verlängerung der Ländchesbahn und die Durchbindung bis nach Idstein sinnvoll.

Prognosebericht

Für 2020 ergibt sich derzeit eine Verlustsituation nach Gesellschafterumlage (5.750 T€) von ca. 2,61 Mio. €. Aufgrund der Preisentwicklung im Personal- und Treibstoffkostenbereich, der Bestellungen im Busverkehr (Projekt FridaysForFuture, OnDemand, Autonomes Fahren etc.), wird sich der Verlust vor Gesellschafterumlage in 2021 auf ca. 9,06 Mio. € erhöhen. Der Kreis als alleiniger Gesellschafter hat bereits signalisiert, die notwendigen Mittel bereitzustellen.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Mit Kreistagsbeschluss vom 11.07.2011 erfolgte eine Beleihung der RTV gemäß § 6 ÖPNVG mit der Wahrnehmung der Aufgaben des ÖPNV und deren Zuständigkeiten und Befugnisse.

Mit vorgenannten Kreistagsbeschluss erfolgte ebenfalls eine Aufgabenübertragung an die RTV für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern zu Vorklassen an Grundschulen, für die Organisation und Abrechnung von Fahrten zu Förderschulen und zur Wahrnehmung der Aufgaben für die sogenannten Querverkehre (Fahrten zum Schwimm-, Sport- und Verkehrsunterricht gemäß § 161 Absatz 9 HSchG in der Fassung vom 14.06.2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.11.2011.

Die RTV übernimmt alle mit diesen Fahrten zusammenhängenden Aufgaben, von der jährlichen Abfrage und Planung des schulischen Bedarfs, über die Ausschreibung und Vergabe der Verkehrsleistungen, bis hin zur Organisation und Abrechnung der Fahrten mit den Verkehrsunternehmen sowie dem Rheingau-Taunus-Kreis. Basis ist der Status Quo der Fahrten zum Schwimm-, Sport- und Verkehrsunterricht im Schuljahr 2014/15. Zusätzliche Anforderungen seitens der Schulen

sind mit dem Kreis abzustimmen, insbesondere, wenn damit Mehrkosten verbunden sind.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Wie schon im Ausblick beschrieben, wird die derzeitige Gesellschafterumlage (ab 2019: 5750 T€) zukünftig nicht ausreichend sein um die Jahresergebnisse auszugleichen. In absehbarer Zeit ist damit eine Erhöhung der Gesellschafterumlage unumgänglich. Für 2021 ist eine deutliche Erhöhung der Gesellschafterumlage auf 7,9 Mio. € im Haushaltsplan vorgesehen.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

XI. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Die Angaben der Gesamtbezüge der Geschäftsführung nach § 285 Nr. 9a HGB unterbleiben unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB.

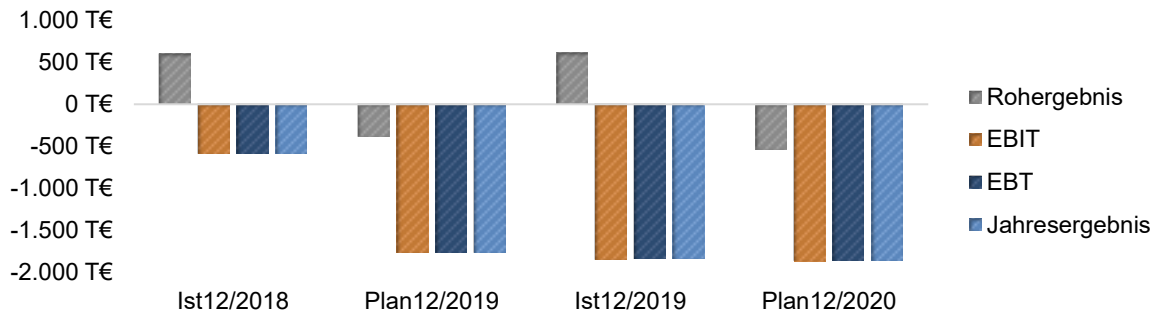
XII. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Die Eigenkapitalquote verringerte sich um 18,6% auf 32,6 %, während die Fremdkapitalquote um 19,5 % auf 66,5% anstieg. Die Verringerung des Eigenkapitals ist bedingt durch das negative Jahresergebnis...

Die Sonderposten sind mit 0,9 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

XIII. KENNZAHLEN

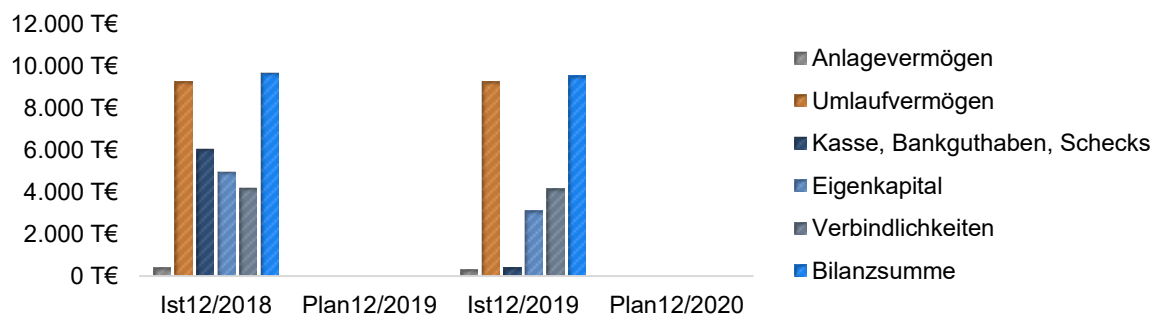
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	9.006	6.075	9.018	6.167
Erträge aus Zuwendungen	-	3.365	-	3.144
Sonstige betriebliche Erträge	6.074	5.623	6.990	5.626
Gesamtleistung	15.080	15.064	16.007	14.937
Materialaufwand	14.478	15.448	15.395	15.476
Rohergebnis	602	-384	612	-539
Personalaufwand	733	970	792	875
Sonstige betriebliche Aufwendungen	302	257	1.498	300
Abschreibungen	153	150	162	151
EBIT	-585	-1.760	-1.841	-1.866
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	8	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	0	-	1
EBT	-582	-1.759	-1.832	-1.862
Ergebnis nach Steuern	-582	-1.759	-1.832	-1.862
Sonstige Steuern	1	-	0	-
Jahresergebnis	-583	-1.759	-1.833	-1.862

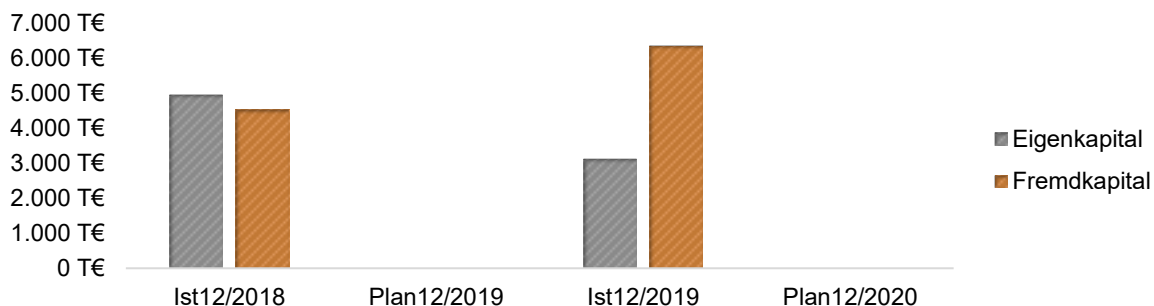
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	401	293
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
Sachanlagen	382	273
Finanzanlagen	19	19
Umlaufvermögen	9.243	9.245
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.205	8.847
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	101	436
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.000	6.000
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	47	2.210
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	57	200
Kasse, Bankguthaben, Schecks	6.037	398
Bilanzsumme	9.644	9.537
Eigenkapital	4.942	3.109
Gezeichnetes Kapital	26	26
Kapitalrücklage	801	801
Jahresergebnis	-583	-1.833
Sonderposten	173	87
Rückstellungen	350	2.175
Verbindlichkeiten	4.179	4.166
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	27	28
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	621	590
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.446	2.799
Sonstige Verbindlichkeiten	1.085	748
Bilanzsumme	9.644	9.537

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in %)	4,9	6,4	5,0	5,9
Finanzergebnis	3	1	8	4
Eigenkapital	4.942	-	3.109	-
Fremdkapital	4.529	-	6.341	-
Eigenkapitalquote (in %)	51,2	-	32,6	-
Fremdkapitalquote (in %)	47,0	-	66,5	-

Die Sonderposten sind mit 1,8 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

5.3. Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Heimbacher Str. 7, 65307 Bad Schwalbach
Tel.: 06126-9302 203
E-Mail: bernd.vergin@syna.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 17.02.2009

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Mit Gesellschafterbeschluss vom 21. Juni 2017 wurde der Gesellschaftsvertrag neu gefasst und insbesondere die Firma von Solar-Projekt Rheingau-Taunus GmbH in Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH (e²) geändert. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 11. Juli 2017. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom und/oder Wärme aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK). Zudem werden Maßnahmen zur Energieeffizienz durchgeführt. Tätigkeitsraum der Gesellschaft ist das Kreisgebiet des Rheingau-Taunus-Kreises und das regionale Umfeld

Öffentlicher Zweck:

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung, Unterhalt, Wartung und sonstiger Betrieb von Photovoltaikanlagen auf der Grundlage des "Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG)" vom 28.10.2008 (BGBL, I S.2074).

Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	25,10% / - / 25,10%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Bernd Vergin

Herr Manfred Vogel

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Volker Diefenbach

Anstalt für Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus

Herr Dirk Gerber

Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG

Herr Manfred Kohl

Anstalt für Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus

Herr Axel Menze

Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG

Herr Joachim Reimann

Anstalt für Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus

Herr Lutz Sand

pro regionale energie eG

Herr Stefan Scholz

pro regionale energie eG

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Anstalt für Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus	6.275,00 €	25,10 %
Rheingau-Taunus-Kreis	6.275,00 €	25,10 %
Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG	6.275,00 €	25,10 %
pro regionale energie eG	6.175,00 €	24,70 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2019 war vor allem durch die weitere Umsetzung der nachstehenden Projekte geprägt:

Für die beiden Solarparks in Laufenselden und Wallrabenstein wurden die Bauleitverfahren durchgeführt und weitestgehend abgeschlossen. Mit der Rechtskräftigkeit des Bebauungsplans sowie der Änderung des Flächennutzungsplans für die beiden genannten Solarparks wird noch im ersten Halbjahr 2020 gerechnet.

Mit dem Bau des Quartierkraftwerks Laufenselden wurde im Geschäftsjahr 2019 planmäßig begonnen. Die Inbetriebnahme soll im 2. Quartal 2020 erfolgen.

Für den Solarpark Rabenwald in Niedernhausen wurde die Bauleitplanung beauftragt und ein erster Entwurf des Bebauungsplans erstellt. Die zweistufige Veröffentlichung soll in 2020 erfolgen, so dass die Rechtskräftigkeit des Bebauungsplans und die Änderung des Flächennutzungsplans Anfang 2021 erwartet wird.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden weiterhin 10 Elektroladesäulen nebst entsprechender Infrastruktur in den Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises sowie in den Kommunen Bad Camberg, Hünfelden und Weilrod installiert. Die Abwicklung und Inbetriebnahme der verbleibenden Ladesäulen wird voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 2020 abgeschlossen sein.

· In 2019 wurde zudem die Planung der Quartierkraftwerke Fuchshöhl in Oestrich-Winkel und Schlossterrassen in Geisenheim vorangetrieben.

Im Geschäftsjahr 2019 konnten die bestehenden Photovoltaikanlagen weitestgehend störungsfrei betrieben werden. Lediglich zwei defekte Wechselrichter der Anlagen Schule Wallrabenstein und Johannes-de-Laspöe-Schule Geisenheim führten zu einer Minder einspeisung von ca. 10.000 kWh. Kleinere Störungen wurden durch die Anlagenüberwachung innerhalb kurzer Zeit erkannt und abgestellt.

Die Globalstrahlung in Deutschland betrug im Jahresdurchschnitt ca. 1.146 kWh/m² und war somit um rund 9 % höher als das langjährige Mittel, allerdings ca. 5 % niedriger als im Vorjahr. Im Rheingau-Taunus-Kreis betrug die positive Abweichung zum langjährigen Mittel rund 7 bis 8 %. Durch weniger Defekte der Anlagen als im Geschäftsjahr 2018 konnte die geringere Globalstrahlung im Vergleich zum Vorjahr teilweise kompensiert werden. Über alle Anlagen betrachtet sanken die Einspeisemengen gegenüber den Vorjahreswerten um ca. 3 %. Die Einspeisemengen der einzelnen Anlagen stellen sich wie folgt dar:

	2019 kWh	2018 kWh
Turnhalle Astrid-Lindgren-Schule	18.848,30	19.925,07
Grundschule Rauenthal	43.431,23	45.733,96
Schule Wallrabenstein	68.849,10	78.339,29
Niedernhausen, Theißstalschule, Turnhalle	62.524,59	63.722,60

Heidenrod, Fle- dermausschule, Turnhalle	43.337,80	30.713,47
Idstein, Limes- schule Neubau Gymnasiale Ober- stufe	48.216,04	48.551,96
Idstein, Tauben- bergschule, Bau- teil A	46.405,36	47.281,44

Für das Geschäftsjahr 2019 ergibt sich ein Rückgang des Jahresüberschusses um 11 T€ auf 64 T€, der im Wesentlichen aus geringeren Einspeisungen und höheren Instandhaltungsaufwendungen resultiert.

2. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2019 2.485 T€ (Vj. 2.518 T€).

Das Vermögen der Gesellschaft wird hauptsächlich von Sachanlagen (1.505 T€; Vj. 1.577 T€) geprägt. Als weitere wesentliche Positionen werden auf der Aktivseite Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (55 T€; Vj. 5 T€), Forderungen gegen Gesellschafter (182 T€; Vj. 190 T€) sowie Guthaben bei Kreditinstituten (715 T€; Vj. 736 T€) ausgewiesen. Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultiert aus der begonnenen Projektumsetzung zum Ausbau der Elektroladesäuleninfrastruktur im RTK und in benachbarten Kommunen.

Das Eigenkapital erhöhte sich unter Berücksichtigung einer Ausschüttung an die Gesellschafter und des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2019 auf 656 T€. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beläuft sich zum 31. Dezember 2019 auf 26,4 % (Vj. 23,9 %).

Maßgeblichen Anteil an der Kapitalstruktur der Gesellschaft hat der Sonderposten für Investitionszuschüsse. Dieser beläuft sich auf 1.006 T€ (Vj. 1.089 T€) und beinhaltet Fördergelder aus dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm und dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes für den Bau von Photovoltaikanlagen auf Schuldächern des Rheingau-Taunus-Kreises. Des Weiteren bestehen neben Rückstellungen in Höhe von 50 T€ (Vj. 64 T€) auch Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Rheingau-Taunus-Kreis aus Darlehen in Höhe von 633 T€ (Vj.

713 T€). Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projekts zum Ausbau der Elektroladesäuleninfrastruktur ist ein Anstieg bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (47 T€; Vj. 1 T€) und beim Passiven Rechnungs-abgrenzungsposten (16 T€; Vj. 0 T€) festzustellen.

Dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von +108 T€ stehen Cashflows aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -54 T€ bzw. aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -75 T€ gegenüber, so dass sich der Finanzmittelbestand zum 31. Dezember 2019 um 21 T€ auf 715 T€ (Vj. 736 T€) verringert hat. Das ausgewiesene Bankguthaben ist in Höhe der gebildeten Gewinnrücklagen für Reinvestitionsprogramme zweckgebunden.

3. Ertragslage

Die Umsatzerlöse erhöhten sich trotz der geringeren Einspeisungen aufgrund der im Geschäftsjahr 2019 begonnenen Projektumsetzung im Zusammenhang mit dem Ausbau der Elektroladesäuleninfrastruktur auf 262 T€ (Vj. 244 T€).

Die Sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen die im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 83 T€.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 37 T€ auf 63 T€. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die Abwicklung des Projekts zum Ausbau der Elektroladesäuleninfrastruktur und Wartungsarbeiten an den bestehenden Photovoltaikanlagen.

Weitere wesentliche Aufwendungen betreffen die Abschreibungen auf die Photovoltaikanlagen in Höhe von 131 T€ (Vj. 131 T€) sowie die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 38 T€ (Vj. 36 T€). In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere auch Aufwendungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Projektvorhaben enthalten.

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Zinsen aus Gesellschafterdarlehen.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 28 T€

(Vj. 32 T€) weist die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss (Steuerungsgröße) in Höhe von 64 T€ (Vj. 75 T€) aus, der hinter den Erwartungen liegt. Diese Entwicklung resultiert insbesondere aus noch nicht erfolgten Inbetriebnahmen zweier neuer Freiflächen-Photovoltaikanlagen, die nunmehr in das Geschäftsjahr 2020 verlagert wurden.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

S.o.

VI. AUSBLICK:

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

1. Chancen und Risiken

Jedes unternehmerische Handeln birgt neben Chancen auch Risiken. Unser Ziel ist es, Chancen erfolgsorientiert zu nutzen und möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und die daraus resultierenden Auswirkungen zu gewinnen, um mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern zu können.

Die Gesellschaft unternimmt stetig Maßnahmen zur Identifikation, Bewertung und Steuerung von Chancen und Risiken. Folgende Instrumente sind zur Risikofrüherkennung im Einsatz:

- Wirtschaftsführung nur im Rahmen des genehmigten Wirtschaftsplans,
- Regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den Gesellschaftern und der Geschäftsführung,
- Untersuchung von Schadens- und Störfällen der Photovoltaik-Anlagen und Einleitung von geeigneten Maßnahmen zur Behebung und Sicherstellung des Betriebs,
- Soll-Ist-Vergleiche, insbesondere im Rahmen der jährlichen Erstellung des Wirtschaftsplanes und der Ergebnishochrechnung,

- Fortlaufende Prüfung von Eingangsrechnungen mit Fokus auf Sicherstellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit,
- Stetige Überwachung der Einhaltung von gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen.

Risiken, die auf bautechnischen Notwendigkeiten basieren (Statik, Sicherheitseinrichtungen, etc.), wurden bereits bei der Planung berücksichtigt. Wesentliche Betriebsgefährdungen bestehen hauptsächlich durch Beschädigungen und Zerstörung der Anlagen durch Steinschlag, Vandalismus oder Hagelschlag. Die vorhandene Elektronikversicherung deckt diese Risiken ab.

Weitere Risiken betreffen die witterungsbedingten Stromertragsmöglichkeiten der Anlagen. Starker Schneefall im Winter und verregnete Sommer können die Ertragslage gegenüber dem prognostizierten 10-jährigen Mittel negativ beeinflussen.

Günstige Witterungsbedingungen hingegen, wie ein sonnenreicher Winter oder ein Sommer mit vielen Sonnenstunden, ermöglichen überproportionale Stromerträge.

Entwicklungsbeeinträchtigende bzw. bestandsgefährdende Risiken sind aus Sicht der Geschäftsführung derzeit nicht erkennbar.

Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2) wurde am 11. März 2020 von der WHO zu einer Pandemie erklärt. Aufgrund der bereits erlassenen Vorschriften und Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus sind Einschränkungen im öffentlichen Leben und der Wirtschaft deutlich spürbar. Eine Abschätzung der Gesamtauswirkungen ist zum momentanen Zeitpunkt kaum belastbar möglich. Durch den Ausfall von Zulieferern und ganzer Lieferketten ist jedoch bereits absehbar, dass es in Einzelfällen zu Verzögerungen bei Investitionsvorhaben oder Wartungsarbeiten kommen kann.

2. Prognose

Im Laufe des Geschäftsjahres 2020 ist geplant die Solarparks Laufenselden und Wall-

rabenstein sowie das Quartierkraftwerk Laufenselden in Betrieb zu nehmen. Für den Solarpark Rabenwald wird die Offenlage des Bebauungsplans und die Änderung des Flächennutzungsplans erwartet. Zudem ist für das Quartierkraftwerk Schlossterrassen die Beauftragung und der Beginn der Baumaßnahmen vorgesehen. Im Projekt Quartierkraftwerk Fuchshöhl steht das Interessenbekundungsverfahren bevor und bei erfolgreicher Teilnahme der Übergang in die Auftragsvergabe.

Gemäß der vorliegenden Wirtschaftsplanung wird für das Geschäftsjahr 2020 ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. 85 T€ erwartet.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Mit Datum vom 26. Mai 2010 hat das Hessische Ministerium der Finanzen die Zustimmung zum Konzept des RTK erteilt, im Rahmen des Konjunkturpaketes II Photovoltaikanlagen auf Dächern kreiseigener Schulgebäude zu errichten. Die Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH als kommunal ersetzende Maßnahmenträgerin betreibt insgesamt 14 Photovoltaikanlagen auf Dächern von Schulen des RTK. Die Vertragswerke zum Betrieb dieser Anlagen (Konzessionsvertrag zwischen RTK und e²; Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen e² und SGEW) sind auf die neu errichteten Gebäude erweitert.

Die Gewinne, die aus Anlagen des Sonderinvestitionsprogrammes (SIP) stammen, werden sinnvoll und dem Förderzweck entsprechend reinvestiert.

Für die Anlagen auf den Dächern der Turnhalle der Astrid-Lindgren-Schule in Aarbergen-Kettenbach, der Gesamtschule Wallrabenstein und der Grundschule Eltville-Rauenthal gelten die Einspeisevergütungen des Jahres 2008 von 46,75 ct/kWh (bis 30 kW). Die Einspeisevergütung für den im Jahr 2009 in Betrieb gegangenen Anlagenteil der Anlage auf dem Dach der Grundschule Eltville-Rauenthal beträgt 43,01 ct/kWh (bis 30 kW).

Für die Anlagen aus dem Sonderinvestitionsprogramm gelten je nach Inbetriebnahme die Einspeisevergütungen des Jahres 2010 mit 33,03 ct/kWh (6 Anlagen) bzw. des Jahres

2011 mit 28,74 ct/kWh (4 Anlagen). Die zuletzt errichtete Anlage ist die im Januar 2013 in Betrieb genommene Anlage auf der Franz-Kade-Schule (heute Wörsbachschule) in Idstein-Wörsdorf.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

In 2019 schüttet die Gesellschaft 9 T€ aus, der Anteil des RTK beläuft sich auf 1.901,51 €.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind weiterhin erfüllt (siehe Beschluss des Kreistags vom 12.09.2017 KT X 9/2019).

XI. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Es erfolgt keine Vergütung der Geschäftsführung.

XII. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

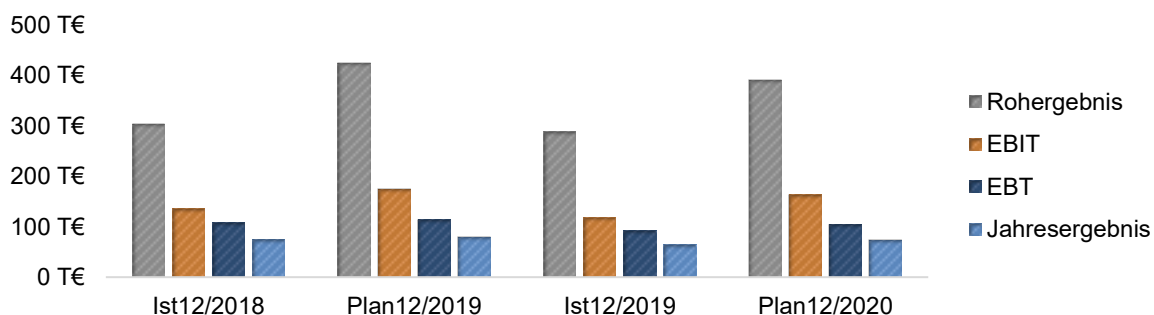
Aufgrund des positiven Jahresergebnisses steigt die Eigenkapitalquote von 23,9 % um 2,5 % auf 26,4 %. Die Fremdkapitalquote steigt um 0,1 % von 32,9 % auf 33,0 %.

Die Sonderposten sind mit 40,6 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Da die Gesellschaft über kein eigenes Personal verfügt, entstehen keine Personalkosten, so dass auch keine Personalaufwandsquote errechnet werden kann.

XIII. KENNZAHLEN

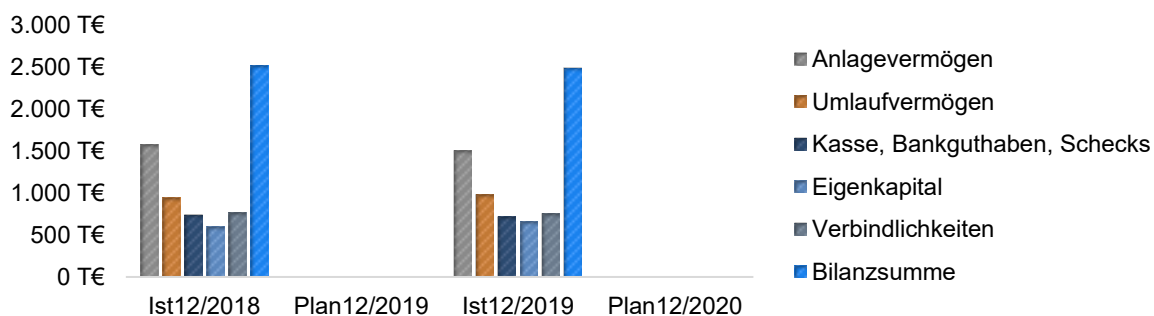
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	244	509	262	395
Bestandsveränderungen	-	-	6	0
Sonstige betriebliche Erträge	85	89	83	85
Gesamtleistung	329	598	351	479
Materialaufwand	26	174	63	89
Rohergebnis	303	424	288	391
Sonstige betriebliche Aufwendungen	36	36	38	33
Abschreibungen	131	213	131	193
EBIT	136	175	119	164
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29	61	27	59
EBT	107	114	92	105
Ergebnis nach Steuern	107	114	92	105
Sonstige Steuern	33	34	28	32
Jahresergebnis	75	80	64	73

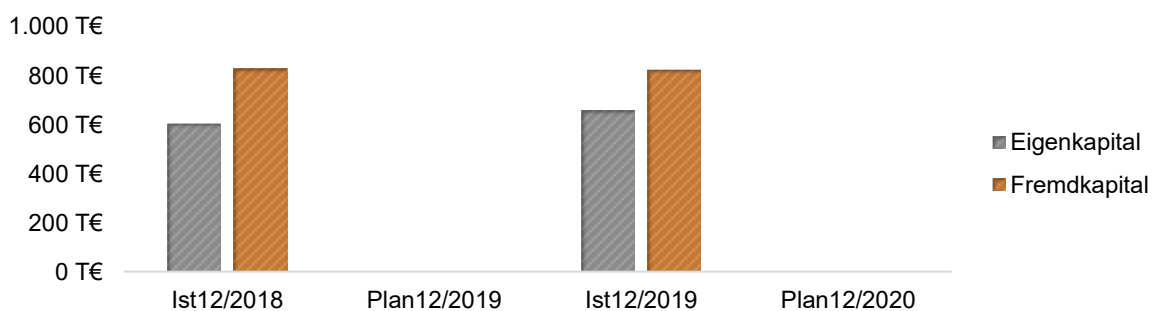
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	1.577	1.505
Sachanlagen	1.577	1.505
Umlaufvermögen	940	979
Vorräte	-	6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	204	258
Kasse, Bankguthaben, Schecks	736	715
Bilanzsumme	2.518	2.485
Eigenkapital	601	656
Gezeichnetes Kapital	25	25
Kapitalrücklage	13	13
Sonderposten	1.089	1.006
Rückstellungen	64	50
Verbindlichkeiten	763	756
Rechnungsabgrenzungsposten	-	16
Bilanzsumme	2.518	2.485

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Finanzergebnis	-29	-61	-27	-59
Eigenkapital	601	-	656	-
Fremdkapital	827	-	822	-
Eigenkapitalquote (in %)	23,9	-	26,4	-
Fremdkapitalquote (in %)	32,9	-	33,1	-

Die Sonderposten sind mit 56,8 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

5.4. Exina GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Klingholzstraße 16, 65189 Wiesbaden
Tel.: 061133 38 08 0, Fax: 061133 38 09 9
E-Mail: info@exina.de
Webseite: www.exina.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 04.12.2007

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Exina GmbH hilft Gründungswilligen, insbesondere aus der Arbeitslosigkeit, sich auf die Selbstständigkeit vorzubereiten, erfolgreich zu starten und sich nachhaltig auf dem Markt zu etablieren. In diesem intensiven Gründungsprozess steht Exina mit einem vielfältigen Qualifizierungsprogramm und Gesprächen zur Seite. Das Unternehmen übernimmt die Bewertung von Gründungsvorhaben sowie Businessplänen und erstellt fachkundige Stellungnahmen, z.B. bei der Vergabe von öffentlichen Fördergeldern.

Öffentlicher Zweck:

Bei der Exina handelt es sich um ein Unternehmen, das gem. § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht auf eine wirtschaftliche Betätigung gerichtet ist. Eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt somit

Kapital:

Stammkapital	27.000 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	33,33% / - / 33,33%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Viktoria Gheczy

Frau Christine Littek-Pohl

Gesellschafterversammlung

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

Vorsitz

Herr Sven Gerich (bis 30.06.2019)

Herr Gert-Uwe Mende (ab 02.07.2019)

Aufsichtsrat

Vorsitz

Herr Dr. Oliver Franz

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

Mitglied

Herr Arno Goßmann

Herr Axel Hagemüller

Herr Dr. Herbert Koch

Frau Simone Koch

Herr Andreas Krautwald (ab 01.01.2019)

Frau Monika Merkert

Frau Dorothee Nabrotzky

Frau Corina Sube

Frau Sandra Temmen

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

LH Wiesbaden	18.000,00 €	66,67 %
Rheingau-Taunus-Kreis	9.000,00 €	33,33 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Geschäftsverlauf, Darstellung der Lage

Das Jahr 2019 war für die EXINA GmbH ein erfolgreiches Geschäftsjahr. Alle Projekte sind gut verlaufen.

Die Projekte im Rahmen der Existenzgründung, die Betreuung von Selbstständigen, sowie das Projekt für Flüchtlinge und Migranten zur Kompetenzfeststellung sind nach wie vor

von hoher Qualität und erzielten sehr gute Ergebnisse.

Die Teilnehmerzahlen wurden zum großen Teil in den bestehenden Projekten erreicht. Im Projekt Betreuung von Selbstständigen wurden weniger Teilnehmer betreut als erwartet.

Im Rahmen des etablierten Qualitätsmanagements wurden kontinuierlich Optimierungen vorgenommen und somit Arbeitsprozesse verschlankt.

Die Zusammenarbeit mit der kommunalen Arbeitsvermittlung und dem Referat für Wirtschaft und Beschäftigung der Landeshauptstadt Wiesbaden, mit dem Rheingau-Taunus-Kreis und deren Job-Centern sowie mit der Agentur für Arbeit ist sehr positiv und zukunftsorientiert.

Bei der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2019 ist die Geschäftsführung von Umsätzen in Höhe von 649.125,00 EUR ausgegangen.

Der Jahresumsatz für das Jahr 2019 liegt bei 630.856,41 EUR (Vorjahr: 654.092,52 EUR). Dabei sind nicht berücksichtigt die Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 77.345,21 EUR (Vorjahr: 77.458,45 EUR).

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

S.o.

VI. AUSBLICK:

Prognosebericht

Aufgrund der Veränderung in der Gründerszene sind die Zahlen bei Gründungen mit schwierigen Ausgangslagen rückläufig. Die Zielgruppe hat sich verändert, Gründungen aus der Hochschule werden immer stärker und bedeutender. Aus diesem Grund wird die Geschäftsführung für das Jahr 2020 Dienstleistungen für diese Zielgruppe etablieren.

Aufgrund der positiven Auftragslage und den vorliegenden Verträgen kann für das Jahr 2020 mit einem stabilen Geschäftsverlauf gerechnet werden.

Im Jahr 2020 werden die angedachten Maßnahmen zur Umstrukturierung der EXINA

GmbH/ EXINA e.V. umgesetzt, sodass die EXINA GmbH ab dem Jahr 2021 eine veränderte Struktur haben wird.

Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der Veränderung im Gründermarkt hat die EXINA GmbH langfristig die Chance einer neuen Zielgruppe ihr erweitertes Dienstleistungsangebot anzubieten. Es zeigt sich, dass durch die hohe und langjährige Fachkompetenz des EXINA Teams das Potenzial für diese Erweiterung vorhanden ist.

Wir gehen davon aus, dass sich die positive Entwicklung der vorliegenden Projekte auch in den kommenden Jahren fortsetzen lässt.

Aufgrund des positiven Geschäftsverlaufes der letzten Jahre und der kontinuierlichen und überplanmäßigen Ergebniserfüllung und einer konstanten Auftragslage mit bereits abgeschlossenen Verträgen, geht die Geschäftsführung im Jahr 2020 von einem geringen Restrisiko aus.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Die Gesellschaft wurde mit Kreistagsbeschluss vom 01.12.2020 (zuvor 21.05.2017) mit Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) betraut.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Aufgrund der positiven Jahresergebnisse sind derzeit keine negativen Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des RTK zu erwarten.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind weiterhin erfüllt (siehe Beschluss des Kreistags vom 12.09.2017 KT X 9/2019). Bei der EXINA handelt es sich zudem um ein Unternehmen, das gem. § 121 Abs. 2 HGO nicht auf eine wirtschaftliche Betätigung gerichtet ist. Eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt somit

XI. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Der Aufsichtsrat ist ehrenamtlich tätig. Im Zusammenhang mit § 123 a, Abs. 2 der HGO

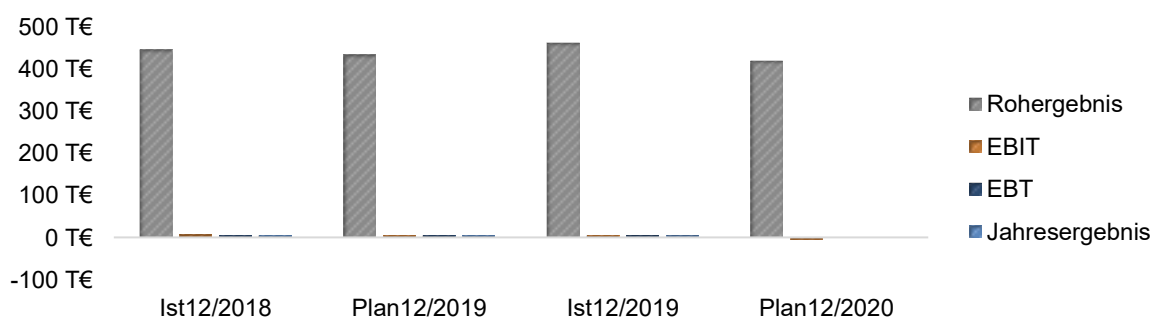
und § 286, Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angabe der Geschäftsführervergütung zu verzichten.

XII. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses steigt die Eigenkapitalquote von 45,1% um 4,3% auf 49,4 %. Die Fremdkapitalquote sinkt entsprechend von 54,9 % auf 50,6 %.

XIII. KENNZAHLEN

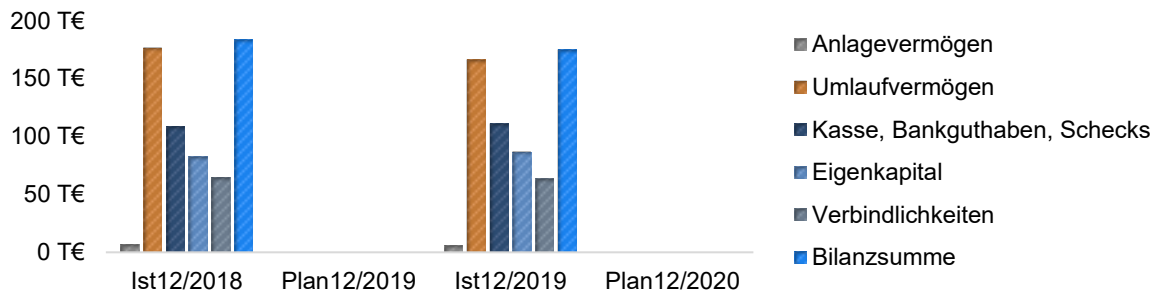
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	654	649	631	640
Sonstige betriebliche Erträge	77	43	77	-
Gesamtleistung	732	692	708	640
Materialaufwand	285	258	246	221
Rohergebnis	447	434	462	419
Personalaufwand	292	288	307	265
Sonstige betriebliche Aufwendungen	146	142	145	157
Abschreibungen	1	1	5	2
EBIT	7	4	5	-5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	-	-	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	-	1	1
EBT	5	4	4	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	0	-	-
Ergebnis nach Steuern	5	4	4	0
Sonstige Steuern	0	-	-	-
Jahresergebnis	5	4	4	0

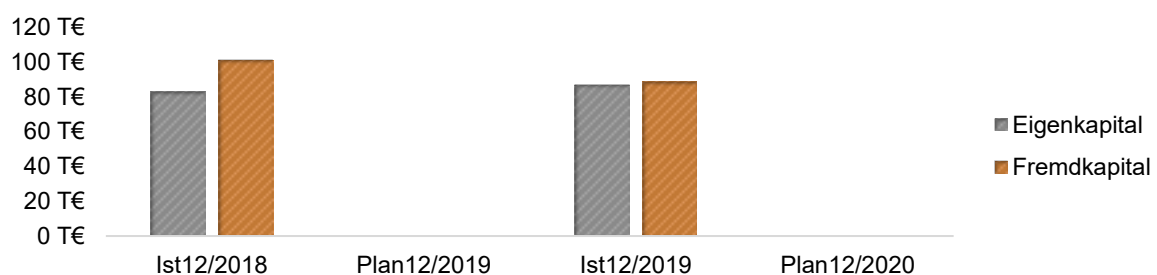
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	7	6
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	-
Sachanlagen	7	6
Umlaufvermögen	176	166
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	67	55
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	64	55
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	3	0
Kasse, Bankguthaben, Schecks	109	111
Rechnungsabgrenzungsposten	1	3
Bilanzsumme	183	175
Eigenkapital	83	86
Gezeichnetes Kapital	27	27
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-	6
Jahresergebnis	5	4
Rückstellungen	36	25
Verbindlichkeiten	65	63
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9	8
Sonstige Verbindlichkeiten	55	56
Bilanzsumme	183	175

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in%)	40,0	41,6	43,4	41,4
Finanzergebnis	-2	-	-1	5
Eigenkapital	83	-	86	-
Fremdkapital	101	-	89	-
Eigenkapitalquote (in %)	45,1	-	49,4	-
Fremdkapitalquote (in %)	54,9	-	50,6	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

5.5. ZVN Finanz GmbH

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Carl-Bosch-Straße 10, 65203 Wiesbaden
Tel.: 0611-36 42 7701
Fax.: 0611-364 277 999
E-Mail: andreas.diehl@naspa.de
Webseite: www.naspa.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 29.09.2006

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse, welches auf Seiten der Sparkasse als haftendes Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt ist, sowie die Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	20,00% / - / 20,00%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Andreas Diehl

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Westerwaldkreis	5.350,00 €	21,40 %
Rheingau-Taunus-Kreis	5.000,00 €	20,00 %
Rhein-Lahn-Kreis	4.100,00 €	16,40 %
Main-Taunus-Kreis	3.700,00 €	14,80 %
Hochtaunuskreis	2.850,00 €	11,40 %
Landkreis Limburg Weilburg	2.850,00 €	11,40 %
LH Wiesbaden	1.150,00 €	4,60 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Geschäftsentwicklung und Lage

Die ZVN Finanz GmbH hält bei der Nassauischen Sparkasse platzierte stille Einlagen von 62,0 Mio. EUR mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2025. Die bisherige Laufzeit bis 31. Dezember 2032 wurde im Wege einer Vertragsänderung gekürzt.

Zur Refinanzierung hat die ZVN Finanz GmbH ein kommunalverbürgtes Schuld-scheindarlehen von 62,0 Mio. EUR mit einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2025 und fester Verzinsung aufgenommen sowie als Sicherungsinstrument für das Darlehen einen Zinsswap mit einer Laufzeit ebenfalls bis zum 30. Dezember 2025 abgeschlossen (Mikro-Hedge).

Aus den Geschäften ergibt sich für die ZVN Finanz GmbH eine Marge.

Im Geschäftsjahr 2019 hat die ZVN Finanz GmbH einen Jahresüberschuss von 54 TEUR erzielt.

Nach dem 31. Dezember 2019 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

V. AUSBLICK:

Die Verzinsung der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlagen und des aufgenommenen Darlehens ist bis 30. Dezember 2025 fest vereinbart und der als Sicherungsinstrument für das Darlehen abgeschlossene Zinsswap hat eine Laufzeit bis 30. Dezember 2025. Daher bestehen für die der ZVN Finanz GmbH bis zum 30. Dezember 2025 keine Zinsänderungsrisiken, sodass das Geschäftsmodell weiterhin tragfähig ist.

Abweichungen können auftreten, wenn die Nassauische Sparkasse in einem Geschäftsjahr nicht in der Lage sein sollte, die Zinsverpflichtungen für die bei ihr platzierten stillen Einlagen aus dem Jahresüberschuss zu bedienen. In diesem Fall besteht ein Anspruch auf Nachholung der Verzinsung.

Besondere Chancen und Risiken werden zurzeit nicht gesehen.

VI. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Rheingau-Taunus-Kreises:

Bei der ZVN handelt es sich um ein Unternehmen, das gem. § 121 Abs. 2 HGO nicht auf eine wirtschaftliche Betätigung gerichtet ist. Eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt somit.

Es besteht eine Ausfallbürgschaft des RTK gegenüber der ZVN für die Finanzierung der stillen Einlage bei der Nassauischen Sparkasse in Höhe von 16 Mio. €. Für die Übernahme dieser Bürgschaft erhält der RTK eine Avalprovision von jährlich 2,3 % (368 T€ p.a.).

VII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Angesichts der bislang erfreulichen Ertrags- und Risikoentwicklung der Nassauischen

Sparkasse bestehen keine Bedenken, dass die ZVN die Stille Einlage zukünftig nicht bedienen kann.

Gezahlte Avalprovision: 368 T€ (2,3 %) p.a.

Mit Kreistagsbeschluss vom 18.06.2019 wurde einer Verkürzung der Gesamtlaufzeit der stillen Einlage bis zum 31.12.2025 zugestimmt.

VIII. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

IX. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind weiterhin erfüllt (siehe Beschluss des Kreistags vom 12.09.2017 KT X 9/2019).

X. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

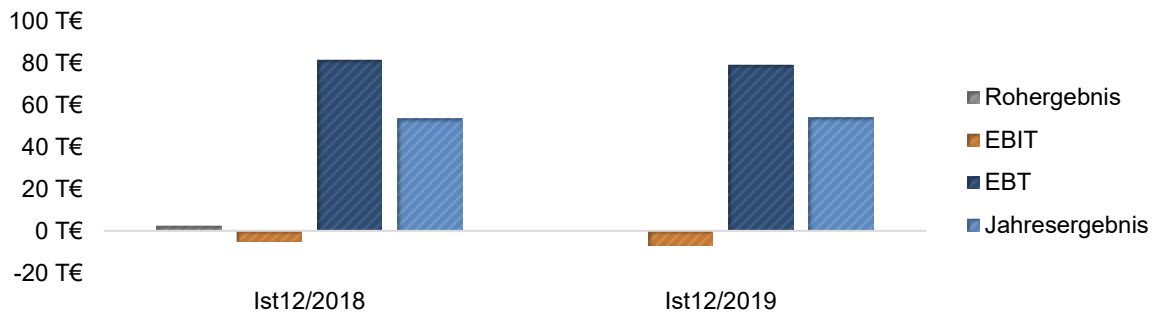
Vergütung der Geschäftsführung: 1.000,00 € p.a.

XI. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Da keine Erträge aus Umsatzerlösen oder sonstige betriebliche Erträge im Wirtschaftsjahr vorhanden sind, ist die Personalaufwandsquote null (siehe Definition der Kennzahl im Anhang).

XII. KENNZAHLEN

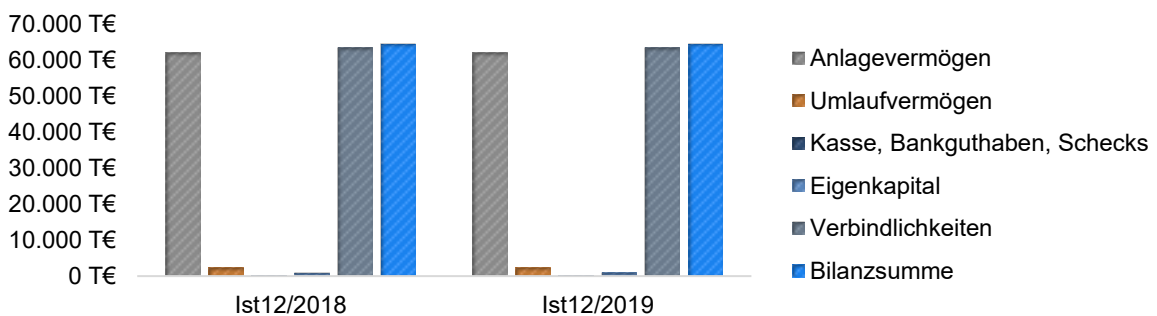
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Sonstige betriebliche Erträge	2	-
Gesamtleistung	2	-
Rohergebnis	2	-
Personalaufwand	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6	6
EBIT	-5	-7
Erträge aus Beteiligungen	1.683	1.724
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.596	1.638
EBT	81	79
Steuern vom Einkommen und Ertrag	28	25
Ergebnis nach Steuern	53	54
Jahresergebnis	53	54

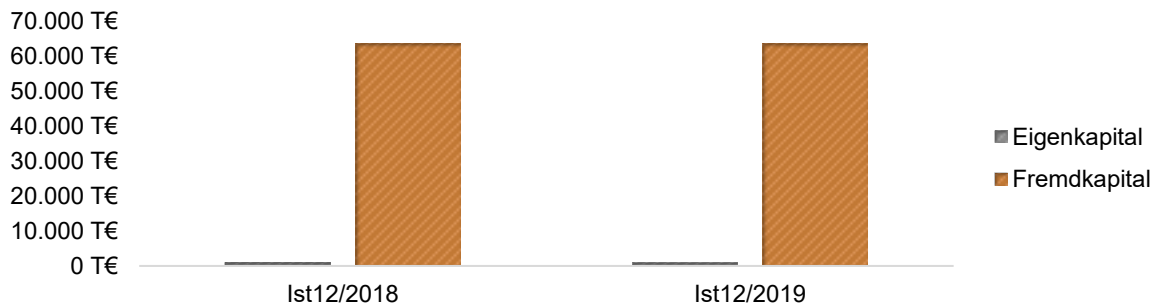
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	62.000	62.000
Finanzanlagen	62.000	62.000
Umlaufvermögen	2.289	2.343
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.215	2.156
Kasse, Bankguthaben, Schecks	73	187
Bilanzsumme	64.289	64.343
Eigenkapital	843	897
Gezeichnetes Kapital	13	13
Jahresergebnis	53	54
Rückstellungen	17	17
Verbindlichkeiten	63.429	63.429
Bilanzsumme	64.289	64.343

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	46,9	-
Finanzergebnis	86	86
Bilanzstruktur		
Eigenkapital	843	897
Fremdkapital	63.446	63.446
Eigenkapitalquote (in %)	1,3	1,4
Fremdkapitalquote (in %)	98,7	98,6

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

5.6. ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Bessie-Coleman-Straße 7
60549 Frankfurt am Main
Tel.: 069 – 66 07 59 0
Fax.: 069 – 66 07 59 90
E-Mail: info@ivm-rheinmain.de
Webseite: www.ivm-rheinmain.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.07.2005

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain. Die Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftszweck ableiten, sind in der Aufgabenvereinbarung als Anlage zum Gesellschaftsvertrag festgelegt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der ivm GmbH ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Kapital:

Stammkapital	241.000 €
--------------	-----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	3,21% / 0,48% / 3,69%
---------	-----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Dipl.-Ing. Heike Mühlhans

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Stadt Frankfurt am Main	60.500,00 €	25,10 %
Land Hessen	30.500,00 €	12,66 %
RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund	30.000,00 €	12,45 %
14 Anteilseigner der ivm (Landkreise und Städte) mit je	7.500,00 €	3,11 %
Rheingau-Taunus-Kreis	7.500,00 €	3,11 %
ivm GmbH	7.500,00 €	3,11 %

Beteiligungen

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	3,11 %
---	--------

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten.

Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2018: 24.068,07 €, 2019: 24.068,07 €, 2020 €: 24.068,07 €, Plan 2021: 24.100.00 €.

VI. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandschutz).

VII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

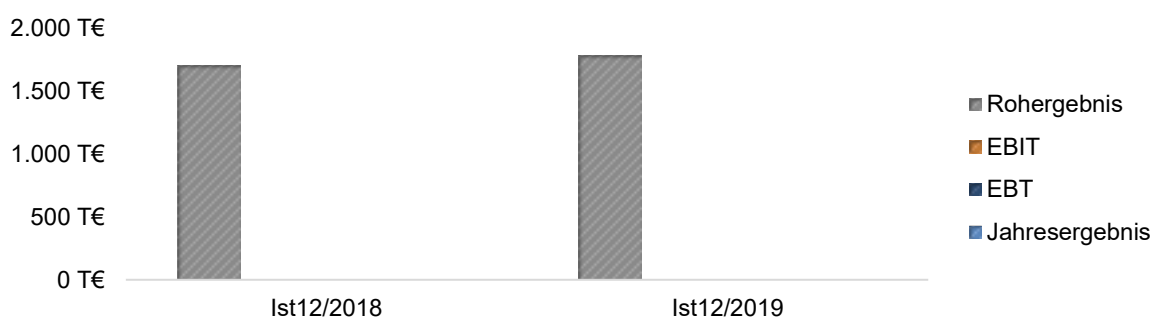
Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um

VIII. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

X. KENNZAHLEN

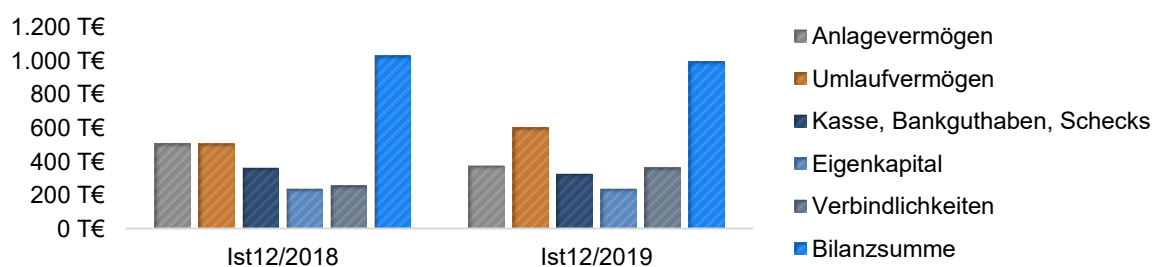
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	1.779	2.320
Erträge aus Zuwendungen	282	403
Sonstige betriebliche Erträge	9	8
Gesamtleistung	2.070	2.730
Materialaufwand	372	956
Rohergebnis	1.698	1.774
Personalaufwand	856	708
Sonstige betriebliche Aufwendungen	559	663
Abschreibungen	282	403
EBIT	1	1
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
EBT	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0
Ergebnis nach Steuern	0	0
Jahresergebnis	0	0

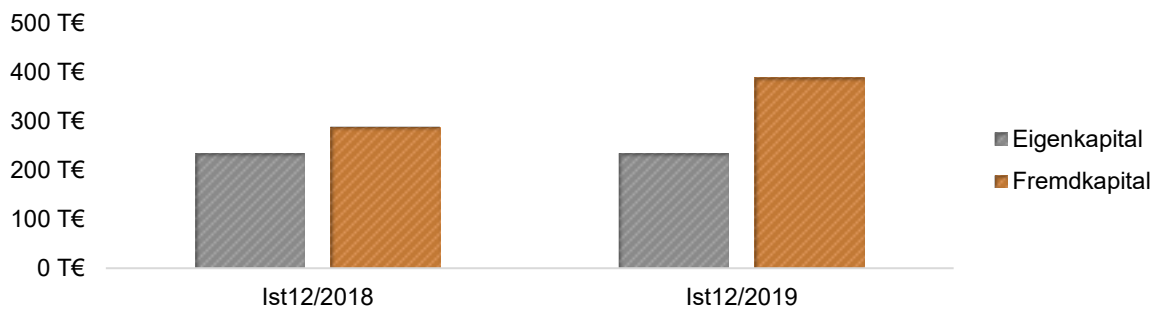
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Aktiva		
Anlagevermögen	507	372
Immaterielle Vermögensgegenstände	419	308
Sachanlagen	88	64
Umlaufvermögen	507	603
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	148	280
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	148	280
Kasse, Bankguthaben, Schecks	359	323
Rechnungsabgrenzungsposten	14	19
Bilanzsumme	1.028	994
Passiva		
Eigenkapital	234	234
Gezeichnetes Kapital	234	234
Sonderposten	507	372
Rückstellungen	33	24
Verbindlichkeiten	255	364
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	168	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	362
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0	1
Sonstige Verbindlichkeiten	87	2
Rechnungsabgrenzungsposten	0	-
Bilanzsumme	1.028	994

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	41,4	25,9
Finanzergebnis	0	0
Eigenkapital	234	234
Fremdkapital	288	388
Eigenkapitalquote (in %)	22,7	23,5
Fremdkapitalquote (in %)	28,0	39,1

Die Sonderposten sind mit 49,3 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

5.7. FrankfurtRheinMain GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Unterschweinstiege 8
60549 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 68 60 38 - 0
Fax.: 069 / 68 60 38 - 11
E-Mail: info@frm-united.com
Webseite: www.frm-united.com

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 24.03.2006

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Gegenstand gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Öffentlicher Zweck:

Der Rheingau-Taunus-Kreis sieht in der Gründung einer Standortmarketing Frankfurt RheinMain GmbH eine gute Möglichkeit, den Standort RheinMain weltweit gebündelt zu vermarkten, Fördermittel zu akquirieren, Messepräsentationen durchzuführen, den Internetauftritt für die Gesamtregion zu entwickeln. Mit einer solchen Einrichtung besteht eine gute Positionierungs- und Vermarktungsmöglichkeit, um sich bspw. gegen die Europäischen Metropolregionen wie „Greater London“, „Ile de France“, „Madrid“ usw. stärker zu behaupten. Die Aufgaben der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region spiegeln sich u.a. in folgenden Detailaufgaben wieder:

- Standortwerbung im Ausland und Unterstützung der regionalen Institutionen bei der Ansiedlung ausländischer Unternehmen
 - Betreuung von Expatriates, Business Communities und ausländischen Unternehmen in der Region in Zusammenarbeit mit den lokalen Wirtschaftsförderungen
 - Unterstützung lokaler Wirtschaftsförderungen bei der Ansiedlung von Institutionen und Unternehmen
- Die Unternehmensziele sind wie folgt definiert:
- Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
 - Entwicklung von Marketinginstrumenten und -strategien
 - Entwicklung der gemeinsamen Marke „FrankfurtRheinMain“
 - Vernetzung und Bündelung der Stärken des Wirtschaftsraumes FrankfurtRheinMain

Wesentlichen Zielgebiete der Frankfurt RheinMain GmbH; • USA, • Korea, • Japan, • China, • Indien, • EU + MOE • Russland/GUS, • Taiwan, • Asien-Pazifik

Die Länder werden durch vier Projektleiter der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region bearbeitet. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderungen nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Kapital:

Stammkapital	250.000	€
--------------	---------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	1,00% / - / 1,00%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Geschäftsführer/-in

Herr Eric Menges

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

Aufsichtsrat

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Michael Cyriax

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

Vorsitz

Herr Peter Feldmann

III. BETEILIGUNGEN

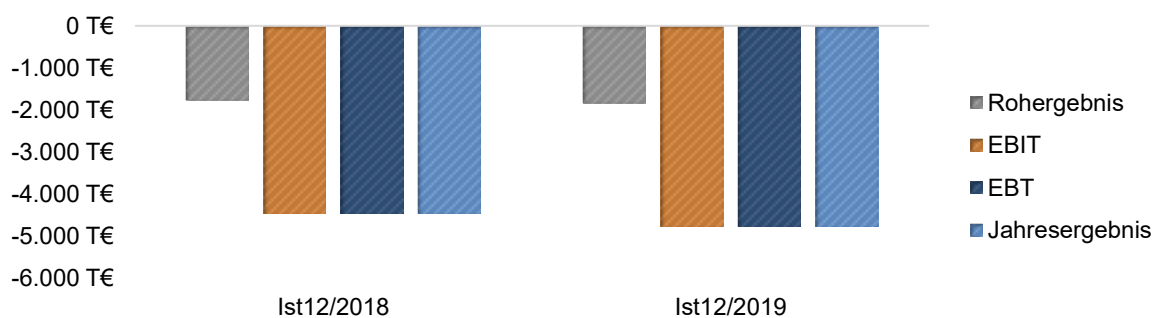
Gesellschafter

weitere Anteilseigner FRM	247.500,00 €	99,00 %
Rheingau-Taunus-Kreis	2.500,00 €	1,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IX. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG / AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2018: 40.0000 €, 2019: 40.000 €, 2019: 40.000 €, Plan 2021: 40.000 €.

VI. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind weiterhin erfüllt (siehe Beschluss des Kreistags vom 12.09.2017 KT X 9/2019).

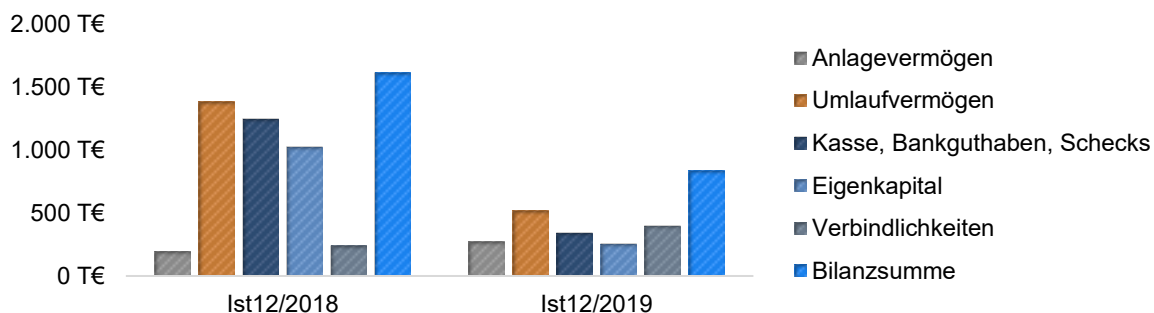
VIII. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	872	845
Sonstige betriebliche Erträge	54	54
Gesamtleistung	927	898
Materialaufwand	2.696	2.735
Rohergebnis	-1.769	-1.837
Personalaufwand	1.778	1.972
Sonstige betriebliche Aufwendungen	846	872
Abschreibungen	67	93
EBIT	-4.459	-4.773
EBT	-4.459	-4.773
Ergebnis nach Steuern	-4.459	-4.773
Sonstige Steuern	0	1
Jahresergebnis	-4.459	-4.774

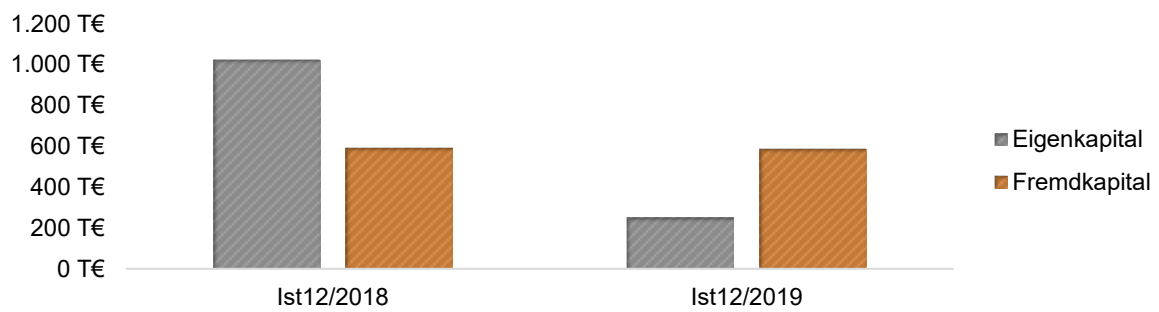
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	192	272
Immaterielle Vermögensgegenstände	123	187
Sachanlagen	69	86
Finanzanlagen	0	0
Umlaufvermögen	1.385	519
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	142	180
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55	85
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	87	95
Kasse, Bankguthaben, Schecks	1.242	339
Rechnungsabgrenzungsposten	35	46
Bilanzsumme	1.612	837
Eigenkapital	1.021	251
Gezeichnetes Kapital	246	250
Kapitalrücklage	25.050	24.591
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-23.876	-24.275
Rückstellungen	349	190
Verbindlichkeiten	242	395
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146	306
Sonstige Verbindlichkeiten	97	89
Bilanzsumme	1.612	837

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	191,8	219,5
Eigenkapital	1.021	251
Fremdkapital	591	585
Eigenkapitalquote (in %)	63,3	30,1
Fremdkapitalquote (in %)	36,7	69,9

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

5.8. Hessische Landgesellschaft mbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Wilhelmshöher Allee 157 – 159
34121 Kassel
Tel.: 0561/3085-0, Fax.: 0561/3085-153
E-Mail: info@hlg.org
Webseite: www.hlg.org

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.1970

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Landes Hessen, Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Sanierungs- u. Entwicklungsträger nach dem Baugesetzbuch Domänenverwaltung für das Land Hessen, Flächenmanagement, Straßenbau für das Land Hessen, Ökoagentur

Öffentlicher Zweck:

Gegenstand der Hessischen Landgesellschaft mbH ist die Durchführung von Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören insbesondere:

- die ländliche Siedlung sowie alle Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung, (einschließlich freiwilliger Nutzungstausch);
- die Bodenbevorratung für agrarstrukturelle und öffentliche Zwecke (einschließlich innerörtliche Entwicklung);
- Flächenmanagement für öffentliche und infrastrukturelle Maßnahmen;
- die An- und Verpachtung von Flächen für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege;
- die Planung und Durchführung von Maßnahmen für die allgemeine Strukturverbesserung im ländlichen Raum;
- die Tätigkeit als Beauftragte von Gemeinden bei der Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

men sowie

Verfahren der Einfachen Stadterneuerung und dem Stadtumbau Hessen;
-Domänenverwaltung für das Land Hessen;
-Integriertes Flächenmanagement, Grunderwerb, Kompensation
sowie Bevorratung und Verwaltung von Flächen für den
Straßenbau in Hessen; -Ökoagentur

Kapital:

Stammkapital	3.604.617	€
--------------	-----------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	0,02% / - / 0,02%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Vorsitz

Frau Prof. Dr. Martina Klärle (bis 31.03.2019)

Herr Dr. Gerald Kunzelmann (ab 01.02.2019)

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Land Hessen	2.231.978,85 €	61,92 %
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	1.337.673,37 €	37,11 %
14 Gesellschafter HLG (Kommunen u. Landkreise)	31.360,17 €	0,87 %
Rheingau-Taunus-Kreis	612,78 €	0,02 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten.

VI. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

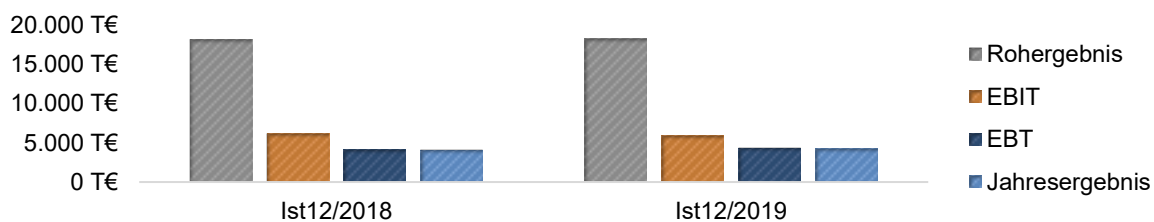
Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

VIII. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

IX. KENNZAHLEN

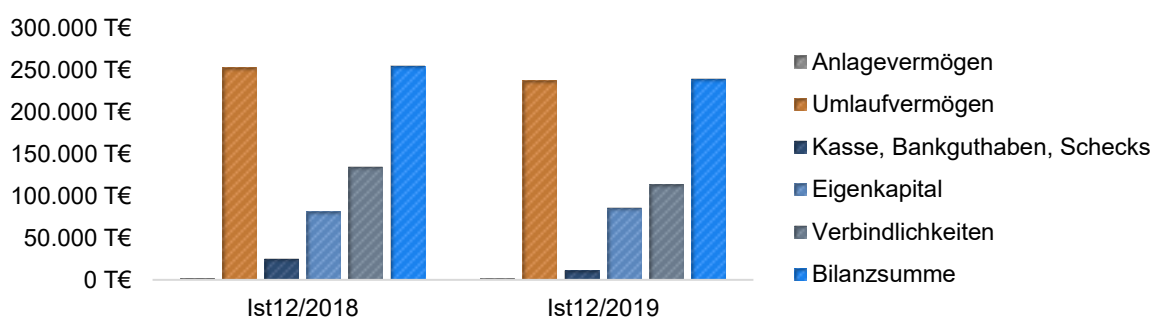
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	100.494	82.722
Bestandsveränderungen	-8.537	-868
Sonstige betriebliche Erträge	93	290
Gesamtleistung	92.051	82.145
Materialaufwand	73.972	63.878
Rohergebnis	18.078	18.266
Personalaufwand	8.611	9.248
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.043	2.754
Abschreibungen	294	370
EBIT	6.130	5.895
Erträge aus Beteiligungen	1	1
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46	46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.089	1.649
EBT	4.088	4.292
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0
Ergebnis nach Steuern	4.088	4.292
Sonstige Steuern	26	26
Jahresergebnis	4.062	4.265

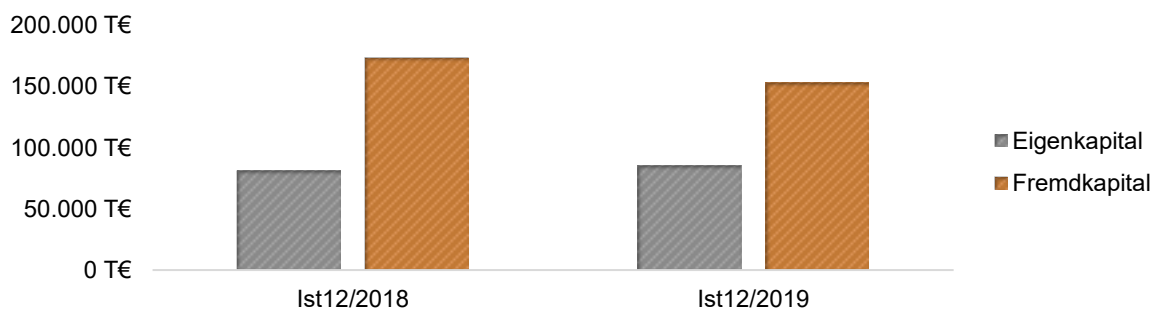
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Aktiva		
Anlagevermögen	1.496	1.675
Immaterielle Vermögensgegenstände	277	210
Sachanlagen	1.166	1.379
Finanzanlagen	54	86
Umlaufvermögen	252.559	236.672
Vorräte	223.780	219.501
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.082	6.263
Kasse, Bankguthaben, Schecks	24.697	10.908
Rechnungsabgrenzungsposten	51	43
Bilanzsumme	254.106	238.391
Passiva		
Eigenkapital	81.160	85.425
Gezeichnetes Kapital	3.605	3.605
Jahresergebnis	4.062	4.265
Rückstellungen	38.784	39.556
Verbindlichkeiten	133.773	113.033
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	112.225	92.176
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	10.423	12.891
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	10.156	5.955
Sonstige Verbindlichkeiten	969	2.012
Rechnungsabgrenzungsposten	390	376
Bilanzsumme	254.106	238.391

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	9,4	11,3
Finanzergebnis	-2.042	-1.603
Bilanzstruktur		
Eigenkapital	81.160	85.425
Fremdkapital	172.946	152.966
Eigenkapitalquote (in %)	31,9	35,8
Fremdkapitalquote (in %)	68,1	64,2

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Frankfurter Straße 76
 65439 Flörsheim am Main
 Tel.: 06145/936 36 20
 Fax.: 06145/936 36 44
 E-Mail: info@regionalpark-rheinmain.de
 Webseite: www.regionalpark-rheinmain.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 15.07.2003

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Zweck der Gesellschaft ist die übergreifende Planung, die Koordination und die Förderung des Regionalparks. Die Gesellschaft organisiert und verteilt Finanzierungszuschüsse an die Regionalparkträger auf der Durchführungsebene. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erstellung des kurz-, mittel- und langfristigen Projekt- und Maßnahmenplanes für den gesamten Regionalpark. Außerdem stellt sie Pflegestandards auf, gewährleistet ein einheitliches Beschilderungssystem und betreibt die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit. Die Gesellschaft ist gemeinnützig.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft fungiert als "Dachebene" innerhalb der Gesamtorganisation des Projektes Regionalpark RheinMain. Sie wird deshalb abgekürzt auch als "Regionalpark Dachgesellschaft" bezeichnet.

Kapital:

Stammkapital	187.500 €
--------------	-----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	6,67% / - / 6,67%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Kjell Schmidt

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Karl Ottens

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

14 Gesellschafter Regionalpark Ballungsraum RheinMain á 12.500 €	175.000,00 €	93,33 %
Rheingau-Taunus-Kreis	12.500,00 €	6,67 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Die Umlage wird zu 100% vom Zweckverband Rheingau an den RTK erstattet.

VI. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2018: 75.000,00 €, 2019: 100.000.00 €, 2020: 100.000 €, Plan 2021: 100.000 €

VII. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VIII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es

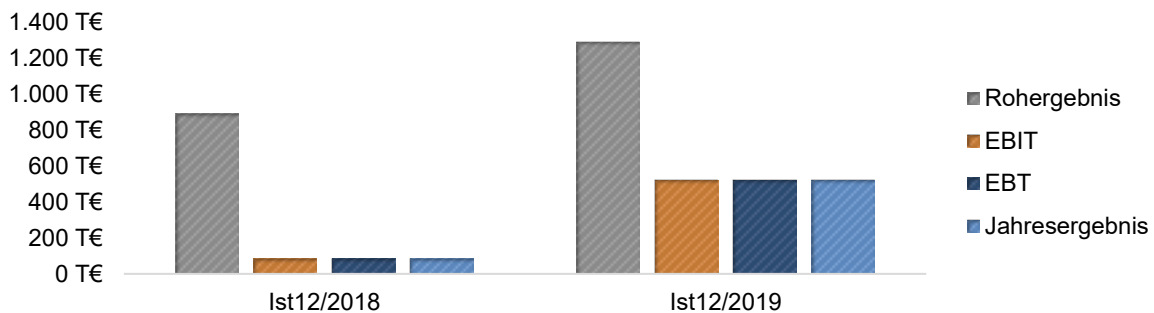
sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

IX. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

X. KENNZAHLEN

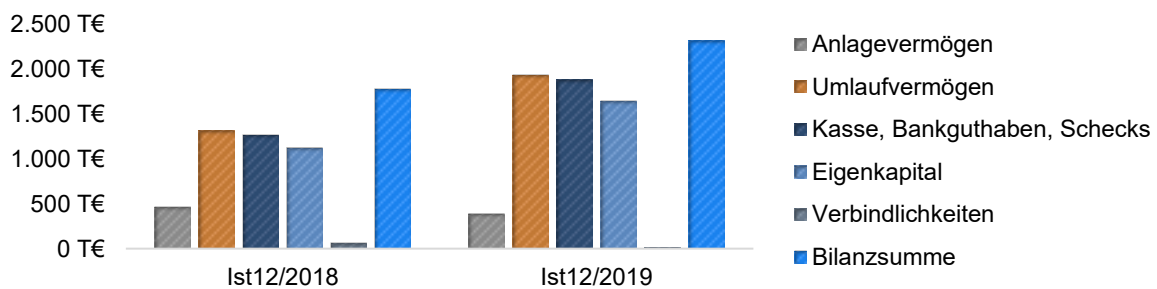
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	1.820	2.309
Sonstige betriebliche Erträge	8	29
Gesamtleistung	1.828	2.338
Materialaufwand	941	1.051
Rohergebnis	888	1.286
Personalaufwand	389	406
Sonstige betriebliche Aufwendungen	255	199
Abschreibungen	159	161
EBIT	85	520
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	0
EBT	85	520
Ergebnis nach Steuern	85	520
Jahresergebnis	85	520

Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	460	384
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	1
Sachanlagen	457	383
Umlaufvermögen	1.309	1.926
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	50	46
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	6
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	48	38
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	2	2
Kasse, Bankguthaben, Schecks	1.259	1.880
Rechnungsabgrenzungsposten	4	4
Bilanzsumme	1.773	2.315
Eigenkapital	1.116	1.636
Gezeichnetes Kapital	188	188
Jahresergebnis	85	520
Rückstellungen	597	668
Verbindlichkeiten	59	10
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24	7
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	31	-
Sonstige Verbindlichkeiten	4	3
Bilanzsumme	1.773	2.315

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	21,2	17,4
Finanzergebnis	0	0
Bilanzstruktur		
Eigenkapital	1.116	1.636
Fremdkapital	656	678
Eigenkapitalquote (in %)	63,0	70,7
Fremdkapitalquote (in %)	37,0	29,3

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Poststraße 16, 60329 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 2577-1700,
Fax.: +49 69 2577-1750
E-Mail: info@krfrm.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 21.12.2005

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur durch Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.

Kapital:

Stammkapital	35.450 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	4,09% / - / 4,09%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Vorsitz

Frau Sabine von Bebenburg

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian (ab 01.01.2019)

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian (ab 01.01.2019)

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

ca. 50 Städte u. Kreise, darunter Eltville, Geisenheim, Lorch	34.000,00 €	95,91 %
Rheingau-Taunus-Kreis	1.450,00 €	4,09 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VI. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

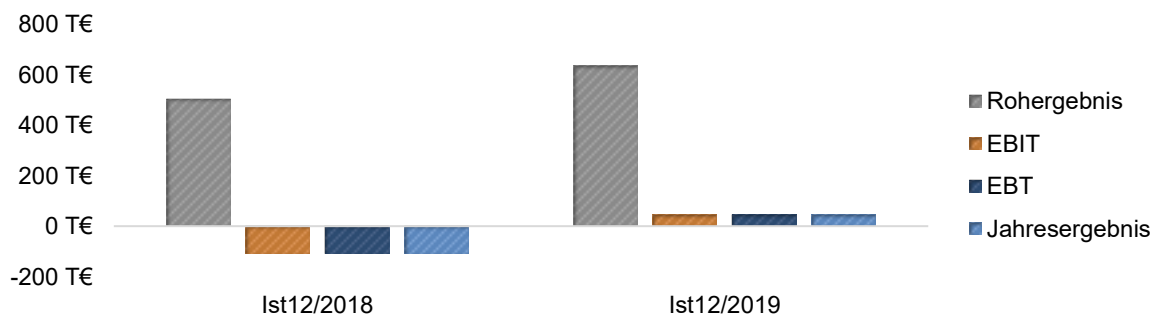
Nach § 121 Abs. 2 HGO handelt es sich um eine nicht wirtschaftliche Tätigkeit im Bereich der Kultur.

VII. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

VIII. KENNZAHLEN

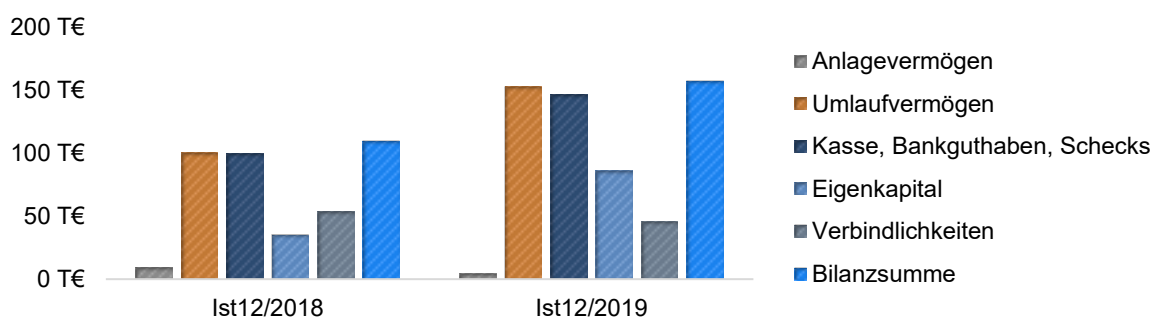
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	687	864
Sonstige betriebliche Erträge	6	7
Gesamtleistung	693	871
Materialaufwand	190	235
Rohergebnis	503	636
Personalaufwand	317	331
Sonstige betriebliche Aufwendungen	286	255
Abschreibungen	9	5
EBIT	-108	45
EBT	-108	45
Ergebnis nach Steuern	-108	45
Jahresergebnis	-108	45

Bilanz

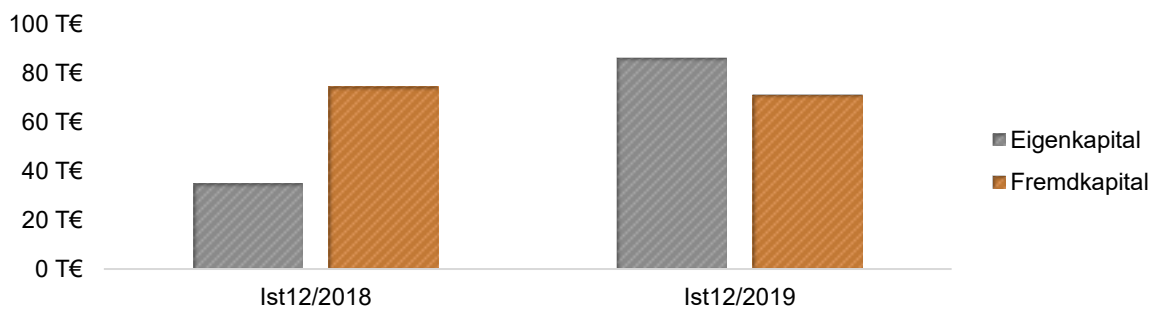


Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	9	5
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	1
Sachanlagen	6	4
Umlaufvermögen	100	152
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	6
Kasse, Bankguthaben, Schecks	100	146
Bilanzsumme	109	157

Eigenkapital	35	86
Gezeichnetes Kapital	25	31
Kapitalrücklage	126	126
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-7	-116
Jahresergebnis	-108	45
Rückstellungen	16	15
Verbindlichkeiten	53	46
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	17	11
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23	20
Sonstige Verbindlichkeiten	14	14
Rechnungsabgrenzungsposten	5	11
Bilanzsumme	109	157

Finanzkennzahlen



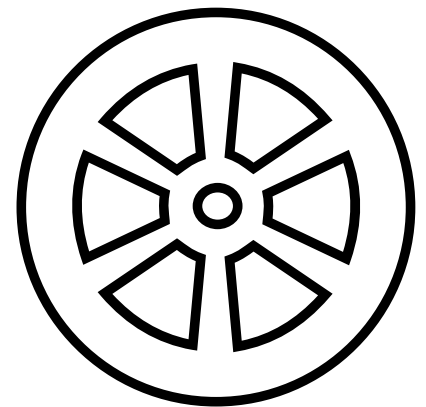
Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	45,6	38,0
Eigenkapital	35	86
Fremdkapital	74	71
Eigenkapitalquote (in %)	31,9	54,8
Fremdkapitalquote (in %)	68,1	45,2

Stand der Firmendaten: 31.12.2019



6. Mittelbare Beteiligungen





I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Europastraße 10, 65385 Rüdesheim
Tel.: 06722-90 02 0
Fax.: 06722-90 02 55
E-Mail: info@edzgmbh.de
Webseite: www.edzgmbh.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 21.12.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand der Gesellschaft ist das Management der Strom- und Wärmeversorgung sowie die Errichtung und der Betrieb der dazu notwendigen Anlagen in Liegenschaften des Kreises, von kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie Beteiligungsgesellschaften des Kreises und der Kommunen.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen versorgt öffentliche Gebäude, insbesondere die Schulen des Rheingau-Taunus-Kreises, Liegenschaften der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft im Rheingau-Taunus-Kreis (KWB), die Krankenhäuser in Bad Schwalbach (bis 2013), ab 2013 Kreisaltenzentrum Bad Schwalbach, sowie einige Liegenschaften von Städten und Gemeinden im und um das Kreisgebiet herum mit Wärme. Die Durchführung der Beheizung durch das Unternehmen bietet für die Eigentümer der Liegenschaften Vorteile durch Einsparung von Investitionen in neue Heiztechniken sowie bei der Beschaffung von Heizmaterialien. Im Rahmen des öffentlichen Kundenkreises hat das Unternehmen die Möglichkeit auch regenerative Heizstoffe z.B. Holz in den öffentlichen Gebäuden zum Einsatz zu bringen.

Kapital:

Stammkapital	652.000	€
--------------	---------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	- / 100,00% / 100,00%
---------	-----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Thorsten Reineck
Herr Manfred Vogel

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Alexander Bernstorff
Herr Alexander Cornelius
Herr Günter F. Döring
Herr Dr. Herbert Koch
Frau Monika Merkert
Frau Sabine Muth
Herr Dr. Clemens Mödden
Frau Dorothee Nabrotzky
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann
Herr Karl Ottes
Herr Hans-Joachim Pirschle
Herr Günter Retzmann
Herr Hans Rodius
Herr Thomas Schnell
Herr Rainer Scholl

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

RTK Holding GmbH	652.000,00 €	100,00 %
------------------	--------------	----------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Wirtschaftsbericht

1. Allgemeine Situation

Nach wie vor liegt der unternehmerische Schwerpunkt der edz GmbH in der Wärmeversorgung von Gebäuden. Die Bereiche Windkraft und Photovoltaik spielen im Unternehmen keine Rolle.

In größeren Objekten mit einer regelmäßigen Wärmeabnahme nutzt die edz GmbH den Einsatz von Block-Heiz-Kraftwerken (BHKW) um nicht nur Wärme, sondern auch Strom zu erzeugen.

Im Auftrag des Rheingau-Taunus-Kreis wurde durch die edz GmbH ein Energiemanagementsystem eingeführt. In diesem Zusammenhang erbringt die edz GmbH Dienstleistungen bei Erfassung und Auswertung von Verbrauchsdaten für Wärme, Strom und Wasser.

Neben den vom Rheingau-Taunus-Kreis am Gebäudebestand durchgeführten baulichen Veränderungen wird versucht durch technische Optimierungen, Hinweise auf verbraucherbedingte Einsparmöglichkeiten sowie Nutzer-Schulungen zwecks Verhaltensänderungen der Gesamtenergiebedarf in den Gebäuden des Rheingau-Taunus-Kreises zusätzlich zu senken und so dazu beizutragen, dass der Rheingau-Taunus-Kreis seine selbst gesetzten Klimaschutzziele erreichen kann.

1. Investitionen

Für die Modernisierung und den Neubau von Heizungsanlagen wurden im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 302,8 Tsd.-€ (Vorjahr 134,4 Tsd.-€) investiert.

Wie auch in zurückliegenden Jahren wurden die vor der Errichtung der Anlagen notwendigen Planungen sowie der größte Teil der Installationsarbeiten von eigenem Personal durchgeführt.

Die für Planung und Installation entstandenen Personalkosten wurden als Eigenleistungen im Wert von 50,7 Tsd.-€ zusammen mit den

Anlagen aktiviert und werden über die Laufzeit der Anlage planmäßig abgeschrieben.

Durch die Investitionstätigkeit in die Heizungsanlagen (Bilanzbuchwert zum 31.12.2019: 2,71 Mio.-€; 31.12.2018: 2,56 Mio.-€) ist das Unternehmen kapitalintensiv und muss nicht nur den Betrieb, sondern auch die Finanzierung der Anlagen sicherstellen.

1. Umsatz- und Erlössituation

Die edz GmbH erzielte im abgelaufenen Wirtschaftsjahr Umsatzerlöse im Wert von 3,11 Mio.-€ (Vorjahr: 3,14 Mio.-€).

Die meisten Vertragsverhältnisse konnten im Jahresverlauf 2019 unverändert fortgeführt werden. Da zum 31.12.2018 einzelne Wärmelieferverträge nach Ablauf der vertraglichen Laufzeiten endeten wurde durch die Übernahme von Dienstleistungen beim Betrieb einzelner Heizungsanlagen dem Umsatzrückgang entgegengewirkt.

Unter Berücksichtigung der witterungsbedingten Absatzsituation wurden im Jahresverlauf insgesamt 2.623 Tsd.-€ (Vorjahr: 2.639 Tsd.-€) Umsatz aus Wärmelieferungen erzielt.

Der Einsatz der BHKW's brachte der edz GmbH im abgelaufenen Geschäftsjahr 212,8 Tsd.-€ (Vorjahr: 232,3 Tsd.-€) zusätzlichen Umsatz. Davon wurden 145,4 Tsd.-€ (Vorjahr: 156,2 Tsd.-€) für Strom berechnet, der im gleichen Objekt verbraucht wurde, in dem auch das BHKW betrieben wird.

In Spitzenzeiten erfolgt eine Stromeinspeisung in das öffentliche Stromnetz, da nicht stets und zu jeder Zeit der produzierte Strom direkt vor Ort verbraucht werden kann. Die aus der Einspeisung erwirtschafteten Erlöse betragen 67,3 Tsd.-€ (Vorjahr: 76,1 Tsd.-€).

Zusätzlich wurden Erlöse in Höhe von 275,3 Tsd.-€ (Vorjahr: 266,6 Tsd.-€) aus anderen Dienstleistungen sowie sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 17,9 Tsd.-€ (Vorjahr: 6,3 Tsd.-€) erzielt. Zusammen mit den aktivierten Eigenleistungen (50,7 Tsd.-€) wird im Jahresabschluss eine Gesamtleistung des Unternehmens von 3,18 Mio.-€ (Vorjahr: 3,17 Mio.-€)

dokumentiert.

Unverändert zu den Vorjahren ist der Rheingau-Taunus-Kreis nach vor größter Kunde der Gesellschaft.

1. Aufwendungen

Die für den Umsatzprozess erzeugte Wärme wurde aus unterschiedlichen Energieträgern gewonnen.

Um sich vor steigenden Bezugspreisen zu schützen und Planungssicherheit zu erhalten hat die edz GmbH für die Jahre 2017 bis 2019 einen Gasliefervertrag mit einem Lieferanten zu festgelegten Konditionen abgeschlossen. Durch die Beendigung der Wärmelieferung bei einem kommunalen Kunden sank parallel zum Erlös auch der Brennstoffeinsatz. Zusätzlich wurden die holzbetriebenen Heizungen weiter optimiert um Spitzenlasten nicht so stark mit öl- oder gasbetriebenen Heizungen zu ergänzen. Daher konnte der Gasverbrauch um 5,1 Tsd.-€ im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden.

Die Aufwendungen für Holzbrennstoffe stiegen entsprechend leicht an.

Bei den Aufwendungen für Heizöl wurde im Jahresverlauf eine deutliche Kostensteigerung verzeichnet (Aufwand 2019: 92,4 Tsd.-€; Vorjahr 52,9 Tsd.-€). Einzelne Anlagen, die mit Holz beheizt werden besitzen einen zweiten Heizkessel, meist mit Heizöl als Energieträger betrieben, der im Störungs- oder Wartungsfall die Beheizung des Objektes übernimmt. Planmäßig wurden einzelne Holz-Anlagen im Jahresverlauf technisch überholt. In dieser Zeit wurde mit der ölbefeuerten Anlage die Wärme- und Warmwasserversorgung sichergestellt. Zusätzlich lag der durchschnittliche Einkaufspreis bei der Heizölbeschaffung im Jahr 2019 um 6,50 Euro je Hektoliter (+13,6%) über dem der Inventur zum Bilanzstichtag des Vorjahres zu Grunde liegenden Durchschnittspreises. Aufgrund des am Bilanzstichtag gültigen Marktpreises

für Heizöl musste eine aufwandswirksame Wertkorrektur in Höhe von 1,9 Tsd.-€ vorgenommen werden. Bei den Holzbeständen wurde keine Wertkorrektur notwendig.

Wie in den vergangenen Jahren konnten bei der Zollzahlstelle Steuererstattungsansprü-

che für den Brennstoffeinsatz geltend gemacht werden. Im Jahresabschluss 2019 sind 19,3 Tsd.-€ aufwandsmindernd ausgewiesen (Vorjahr 17,4 Tsd.-€)

Auch im Jahr 2019 wurde eine Rückstellung für die Zahlungsverpflichtung der EEG-Umlage an den Übertragungsnetzbetreiber gebildet.

Die EEG-Umlage für in den BHKW's erzeugten Strom aus vorangegangenen Jahren ist mit dem Übertragungs-Netzbetreiber abzurechnen. Eine Abrechnung fand in der Vergangenheit mit dem Versorgungs-Netzbetreiber statt.

Eine entsprechende Verrechnung ist im Jahr 2020 vorgesehen, jedoch ist bis zur tatsächlichen Abrechnung der Beträge die Rückstellung beizubehalten. Erstmals wurde dem Sachverhalt in 2011 Rechnung getragen. In den weiteren Jahren wurde diese Rückstellung auf den jeweils aktuellen Jahreswert angepasst (2019: + 49,4 Tsd.-€; 2018: + 57,3 Tsd.-€).

Die an den technischen Anlagen notwendigen Wartungsarbeiten und Reparaturen werden weitgehend von eigenem Personal durchgeführt.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr wurden höhere Reparaturaufwendungen als im Vorjahr erfasst. Das für die Reparaturen notwendige Material sowie darüberhinausgehende Aufwendungen betragen im Jahr 2019 108,4 Tsd.-€ (2018 75,1 Tsd.-€; 2017: 86,8 Tsd.-€; 2016: 91,1 Tsd.-€; 2015: 115,2 Tsd.-€; 2014: 174,3 Tsd.-€).

Wartungsarbeiten an Heizungsanlagen, die mit Holzhackschnitzel bzw. -pellets als Energieträger betrieben werden sowie an den BHKW's werden überwiegend von externen Dienstleistern durchgeführt. Hierfür wurden in 2019 Aufträge im Wert von 31,6 Tsd.-€ vergeben (2018: 34,2 Tsd.-€; 2017: 33,0 Tsd.-€). Zusätzlich fielen Schornsteinfegergebühren in Höhe von 10,0 Tsd.-€ (2018: 6,5 Tsd.-€; 2017: 9,2 Tsd.-€) an.

Der für die Investitionen notwendige Finanzierungsbedarf konnte auch im zurückliegenden Geschäftsjahr aus eigenen Mitteln gedeckt werden.

Für noch bestehende Kreditverpflichtungen wurden Zinsen in Höhe von 15,5 Tsd.-€ geleistet (2018: 24,6 Tsd.-€; 2017: 30,6 Tsd.-€).

1. Finanzierung und Liquidität

Die für die Investitionen notwendigen Finanzmittel konnten im Wirtschaftsjahr 2019 aus eigenen Mitteln bzw. vorhanden Liquiditätsreserven aufgebracht werden. Noch bestehende Kreditverpflichtungen bei der Nassauischen Sparkasse (Ursprungsbetrag 610 Tsd.-€; Restkreditbetrag am 31.12.2019 462,9 Tsd.-€) und der Rheingau Volksbank (Ursprungsbetrag 245,0 Tsd.-€; Restkreditbetrag am 31.12.2019 18,3 Tsd.-€) wurden planmäßig getilgt.

Der bei der Deutschen Bank beanspruchte Kredit (Ursprungsbetrag 1,62 Mio.-€) wurde in der Vergangenheit vierteljährlich prolongiert und hatte keinen festen Tilgungsplan. In Abhängigkeit von der Liquiditätssituation der GmbH wurden jeweils zum Verlängerungstag mindestens 50 Tsd.-€ zurückgezahlt (Restkreditbetrag am 31.12.2018 500,0 Tsd.-€). Aufgrund der guten Liquiditätssituation konnte dieser Kredit im Mai 2019 vollständig zurückgeführt werden.

Die Rheingauer Volksbank hat der edz GmbH für das Geschäftskonto einen Kredit auf Kontokorrentbasis in Höhe von 200 Tsd.-€ eingeräumt.

Ferner könnte die GmbH bei zusätzlichem Liquiditätsbedarf auf einen kurzfristigen Kredit bei der Muttergesellschaft zurückgreifen.

Beide Möglichkeiten wurden im Jahr 2019 nicht in Anspruch genommen.

Die Liquidität der Gesellschaft wird durch die Anforderung von monatlichen Abschlagsbeträgen auf die Wärmelieferungsrechnungen sowie die übrigen Dienstleistungen sichergestellt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gegeben.

Zur Vermeidung von Strafzinsen oder Verwarentgelten bei bestehenden Liquiditätsüberhängen auf dem Geschäftskonto leiht die edz GmbH der Muttergesellschaft RTK Holding GmbH für einen kurzen Zeitraum nicht

benötigte Liquidität aus. Die Mittel können bei eigenem Liquiditätsbedarf von der edz GmbH jederzeit wieder angefordert werden. Im Jahr 2019 wurden der RTK Holding GmbH 500 Tsd.-€ verzinslich zur Verfügung gestellt,

1. Vermögenslage

Die Gesellschaft konnte im zurückliegenden Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 371.651,37 € erzielen.

Die edz GmbH weist zum 31.12.2019 insgesamt ein Eigenkapital in Höhe von 2,709 Mio.-€ (Vorjahr: 2,369 Mio.-€) aus.

Während das Jahresergebnis die Bilanzsumme erhöht, führt die Tilgung von Fremdkapital zu einer im Vergleich zum Vorjahr insgesamt niedrigeren Bilanzsumme (2019: 3,905 Mio.-€; 2018: 4,200 Mio.-€; 2017: 4,462 Mio.-€; 2016: 4,583 Mio.-€).

Durch die erzielten Jahresüberschüsse und die reduzierte Bilanzsumme konnte die Eigenkapitalquote in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert werden. Nachdem die Eigenkapitalsituation seit Gründung des Unternehmens im Banken-Ranking lange Zeit als niedrig eingestuft war, kann inzwischen eine gute Bilanzrelation aufgezeigt werden.

(2010: 2,7%; 2011: 6,6%; 2012: 12,1%; 2013: 14,5%; 2014: 14,9%; 2015: 30,83%; 2016: 34,2%; 2017: 43,77%; 2018: 56,43%; 2019: 69,37%).

Erstmals in der Firmengeschichte hat die edz GmbH für das Geschäftsjahr 2018 eine Gewinnausschüttung vorgenommen.

Die Geschäftsführung schlägt auch für das Geschäftsjahr 2019 vor, 5% bezogen auf das gezeichnete Kapital (5% von 652 Tsd.-€ = 32,6 Tsd.-€) als Ausschüttung vorzunehmen. Zur Beibehaltung der Kapitalausstattung soll der verbleibende Jahresüberschuss des Jahres 2019 (339.051,37 €) auf neue Rechnung vorgetragen werden.

1. Personalsituation

Insgesamt ist die Personalsituation der Gesellschaft stabil. Der Fachkräftemangel führte dazu, dass eine Stelle im technischen Außendienst im Jahresverlauf nur zeitweise besetzt werden konnte. Daher waren durchschnittlich

acht (Vorjahr: neun) Mitarbeitende (davon vier männlich / vier weiblich) für das Unternehmen tätig.

Zusätzlich werden aktuell zwei geringfügig Beschäftigte eingesetzt um regelmäßige Funktionskontrollen an den Holzheizungsanlagen durchzuführen sowie eine Person um das Team bei Tätigkeiten im kaufmännischen Bereich zu unterstützen.

Die Anstellungsverträge sind in Anlehnung an den geltenden TVÖD (Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes) abgeschlossen. Im Rahmen der gesetzlichen Ansprüche der Belegschaft auf betriebliche Altersvorsorge können die Mitarbeitenden die Möglichkeit einer Gehaltsumwandlung nutzen.

Für nicht gewährte Urlaubsansprüche der Mitarbeitenden wurde wie in den Vorjahren entsprechend der zum Jahresende bestehenden Resturlaubsansprüche eine Rückstellung gebildet (2019: 45,3 Tsd.-€; 2018: 33,3 Tsd.-€; 2017: 27,9 Tsd.-€; 2016: 29,8 Tsd.-€).

1. Steuerliche Situation

Die edz GmbH unterliegt den Vorschriften des deutschen Umsatzsteuergesetzes. Umsätze mit Kunden außerhalb Deutschlands werden nicht erzielt. Umsatzsteuerbeträge aus getätigten Umsätzen werden mit Vorsteuerbeträgen aus Lieferantenrechnungen verrechnet. Die Regelungen zum innergemeinschaftlichen Erwerb finden beim Bezug von Lieferungen oder Leistungen aus dem europäischen Ausland Anwendung.

Ergeben sich bei den Jahresabrechnungen Gutschriften zu Gunsten der Kunden, werden die Besonderheiten für die Berichtigung von Umsatzsteuerbeträgen bei Energielieferungen beachtet.

Im Jahresabschluss sind Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer gegenüber den Finanzbehörden im Wert von 53,4 Tsd.-€ (Vorjahr: 59,9 Tsd.-€) bilanziert.

Die edz GmbH unterliegt auch der deutschen Körperschaftsteuer sowie der Gewerbesteuer.

Für die Körperschaftsteuer wurde eine Gesamtsteuerbelastung von

78,3 Tsd.-€ und 4,3 Tsd.-€ Solidaritätszuschlag berechnet und unter Berücksichtigung von geleisteten Vorauszahlungen im Jahresabschluss erfasst.

Für Gewerbesteuerzahlungen an die Stadt Rüdesheim am Rhein wurden insgesamt 67,6 Tsd.-€ im Jahresabschluss berücksichtigt.

1. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Aufgrund der Struktur des Unternehmens liegt das Hauptaugenmerk auf der koordinierten Beschaffung der Brennstoffe sowie der zielgerichteten Errichtung bzw. Erneuerung der Heizungsanlagen.

Beim Bezug von Heizungsanlagen und Ersatzteilen werden Einkaufsvorteile durch Großkundenkontingente sowie die Nutzung von Rabatt- und Skantomöglichkeiten generiert.

Bei der Beschaffung der Energieträger werden Marktpreisschwankungen unterschiedlich bewertet und in die tägliche Arbeit einbezogen. Preisgarantien in den Lieferverträgen für Gas sichern das Unternehmen vor möglichen Preissteigerungen ab. Für die Jahre 2017 bis 2019 war ein entsprechender Vertrag mit einem Gaslieferanten abgeschlossen. Im Jahresverlauf 2019 konnte im Rahmen einer Ausschreibung eine relative Preisstabilität auch für das Jahr 2020 erreicht werden, die inzwischen auch auf das Jahr 2021 ausgedehnt wurde.

Unverändert erfolgt die Beschaffung von Heizöl entsprechend der Marktlage und der Marktentwicklung. Aufgrund der Vorratshaltung bei Heizöl ist ein Einkauf größerer Bezugsmengen zu Zeiten von günstigen Preisen möglich. Die Vorratsbehälter von mit Holz betriebenen Anlagen müssen oft in kurzen Abständen gefüllt werden. Auch hierfür hat die edz GmbH Rahmenabkommen mit Lieferanten abgeschlossen um Marktpreisschwankungen zu entgehen. Üblicherweise werden hier die Preise nur auf ein Jahr fixiert. Derivative Preissicherungsmodelle werden aufgrund der Kostensituation nicht eingesetzt.

Preisgleitklauseln in den mit den Kunden abgeschlossenen Wärmelieferverträgen geben

der Gesellschaft die Möglichkeit, Preisveränderungen am Energiemarkt nachzuvollziehen und den Kunden in Rechnung zu stellen.

Mit Hilfe eines seit vielen Jahren eingerichteten Kostenstellensystems, in dem jede Anlage als eigene Kostenstelle hinterlegt ist, werden die Kosten und Leistungen jeder Heizungsanlage beobachtet. Weitere Informationen zur Unternehmenssteuerung erhält die Geschäftsführung durch tägliche Liquiditätsübersichten sowie quartalsweise Auswertungen aus Finanzbuchhaltung und Kostenstellenrechnung.

Um eventuelle Fehlfunktionen an den Heizungen frühzeitig zu erkennen wurden die Anlagen mit Technik zur Fernüberwachung ausgerüstet. Fehlermeldungen werden direkt an die technischen Mitarbeiter gesendet, so dass es möglich wird, die Störung zu beheben, oft bevor dem Nutzer des Gebäudes eine Temperaturveränderung auffällt. Konsequente Wartung, Überwachung der Anlagen sowie die 24/7-Rufbereitschaft der eigenen Mitarbeiter im Störfall führten dazu, dass auch in 2019 kein Unterrichtstag an den Schulen des Rheingau-Taunus-Kreises aufgrund von nicht beheizten Klassenräumen ausfallen musste.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

S.o.

VI. AUSBLICK:

Steigende Kosten für den Brennstoffbezug aufgrund der Marktpreisentwicklungen konnten über die vertraglichen Preisgleitklauseln an die Kunden weitergegeben werden. Die Ausweitung des Dienstleistungsangebotes ermöglichte leicht steigende Umsatzerlöse in diesem Bereich. Die Beendigung einzelner Wärmelieferverträge führte allerdings gleichzeitig zu Umsatzrückgängen. Insgesamt gingen die Umsatzerlöse im Jahresverlauf um nur 0,9% zurück. Da die Kunden vermehrt bauliche Veränderungen und Wärmedämmmaßnahmen an ihren Gebäuden durchführen

lassen, ist ein weiter rückläufiger Bedarf an Wärmemenge zu erwarten.

Die Dienstleistungen bei der Reparatur von Heizungs-, Lüftungs- oder Sanitäreinrichtungen sowie im Brennstoffmanagement für kundeneigene Heizungen stärken die Umsatzsituation des Unternehmens und bieten eine flexible Möglichkeit, das technische Personal einzusetzen.

Insgesamt zeigt der Jahresabschluss der edz GmbH erneut eine stabile Entwicklung des Unternehmens. Mit 371,7 Tsd.-€ liegt das Ergebnis zwar unter dem Wert des Vorjahres aber deutlich über dem Planansatz für das Jahr 2019 (Planüberschuss: 36,08 Tsd.-€)

Seit Gründung der Gesellschaft vor nunmehr über 25 Jahren hängt der Erfolg des Unternehmens von den Witterungsbedingungen, insbesondere in den Wintermonaten, ab. Die Temperaturen sowie das Nutzerverhalten in den beheizten Gebäuden bestimmen hauptsächlich die abzusetzende Wärmemenge. Die Veränderungen der an die Kunden zu berechnenden Wärmepreise erfolgt gemäß der vereinbarten Preisgleitklausel in Abhängigkeit der Entwicklung der Rohstoffpreise. Die Markt- vor allem aber die Witterungseinflüsse erschweren eine Prognose im Bereich der Umsatzerlöse. Die Wirtschaftsplanung basiert daher auf Erfahrungs- und Erwartungswerten und beinhaltet entsprechende Unsicherheiten, aber auch Sicherheitspositionen.

Die Geschäftsführung hat auf Basis der vorliegenden Erkenntnisse und einer vorsichtigen Schätzung der Entwicklungen einen Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 erstellt, der einen Jahresüberschuss in Höhe von 259,34 Tsd.-€ vorsieht. Die Generalversammlung hat am 25. November 2019 diesen Wirtschaftsplan sowie den Investitionsplan für das Jahr 2020 mit einem erwarteten Investitionsvolumen von rund 361,6 Tsd.-€ genehmigt. Für die Finanzierung der Investitionen ist auch in 2020 keine Kreditaufnahme vorgesehen.

Die Ertüchtigung von Mess- und Regeltechnik, Kommunikationstechnik und digitaler Bestandteile in und an den Anlagen ist weiterhin notwendig um die Effizienz der Heizanlagen zu erhalten bzw. zu steigern. Aber auch die

konsequente Wartung der Anlagen und Anlagenteile muss für einen sicheren und möglichst störungsfreien Betrieb der Heizungen weiterhin gewährleistet werden. Unabhängig davon ist die kontinuierliche Modernisierung des Anlagenbestandes notwendig, um den Brennstoffeinsatz zu reduzieren und neben einer Verbesserung des Deckungsbeitrages im Unternehmen auch zum Klimaschutz beizutragen.

Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit ist aufgrund der regionalen Struktur und den kommunalen Gegebenheiten mit dem im Jahr 2017 geänderten Geschäftszweck nur sehr begrenzt möglich. Durch die Änderung des Geschäftszweckes ist zu erwarten, dass Aufträge mit Kommunen außerhalb des Kreisgebietes aber auch mit einzelnen Kunden innerhalb des Rheingau-Taunus-Kreises nicht über die derzeit bestehende Laufzeit hinaus fortgesetzt werden. Durch die Stärkung des Dienstleistungsangebotes im technischen Segment und im Bereich des Brennstoff-Managements wird jedoch versucht, den befürchteten Konsequenzen im Bereich der Wärme-Lieferung entgegenzuwirken.

Welchen Einfluss die Corona-Pandemie auf die edz GmbH hat ist derzeit noch nicht absehbar. Da die Schulen auch außerhalb des regulären Schulbetriebes beheizt werden müssen und die wärmere Jahreszeit beginnt, ist derzeit ein massiver Umsatzrückgang nicht zu erwarten. Entscheidend wird sein, die personellen Ressourcen aufrecht zu halten um den störungsfreien Betrieb der Anlagen zu ermöglichen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Seit der Beendigung des ursprünglich in Schweizer-Franken abgeschlossenen Fremdwährungskredites ist kein Engagement in anderen Währungen als dem Euro mehr gegeben. Ferner nutzt die edz GmbH keine derivativen Finanzinstrumente. Zur Absicherung von Preisschwankungen beim Rohstoffbezug bestehen Gaslieferverträge zu festgelegten Konditionen.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Es bestehen gegenüber der EDZ GmbH folgende Bürgschaften (Inanspruchnahme bis zu):

Ausfallbürgschaft Deutsche Bank:
1.789.521,58 €

Ausfallbürgschaft Nassauische Sparkasse:
488.000,00 €

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Aufgrund der positiven Jahresergebnisse sind derzeit keine negativen Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des RTK zu erwarten.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

XI. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Im Zusammenhang mit § 123 a, Abs. 2 der HGO und § 286, Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angabe der Geschäftsführervergütung zu verzichten.

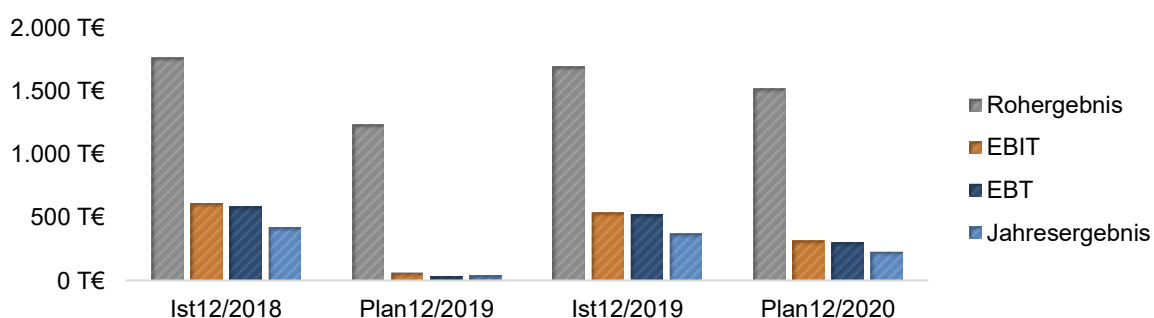
XII. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

13 % auf 69,4 %. Die Fremdkapitalquote sinkt um 13 % von 43,6 % auf 30,6 %.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses steigt die Eigenkapitalquote von 56,4 % um

XIII. KENNZAHLEN

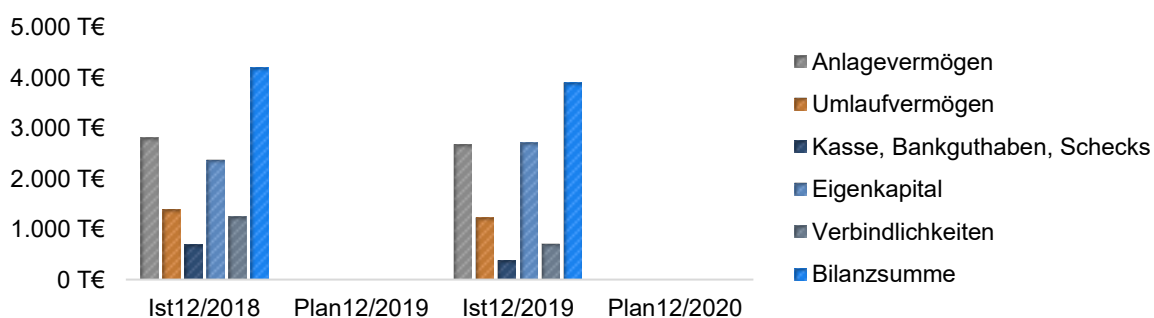
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	3.138	3.121	3.111	3.139
Andere aktivierte Eigenleistungen	22	40	51	20
Sonstige betriebliche Erträge	6	15	18	15
Gesamtleistung	3.166	3.176	3.179	3.174
Materialaufwand	1.401	1.938	1.482	1.656
Rohergebnis	1.764	1.238	1.697	1.518
Personalaufwand	554	560	544	591
Sonstige betriebliche Aufwendungen	178	183	191	193
Abschreibungen	423	436	425	418
EBIT	609	59	537	316
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25	28	15	15
EBT	585	31	523	302
Steuern vom Einkommen und Ertrag	168	-15	150	17
Ergebnis nach Steuern	417	46	373	285
Sonstige Steuern	1	10	1	60
Jahresergebnis	416	36	372	225

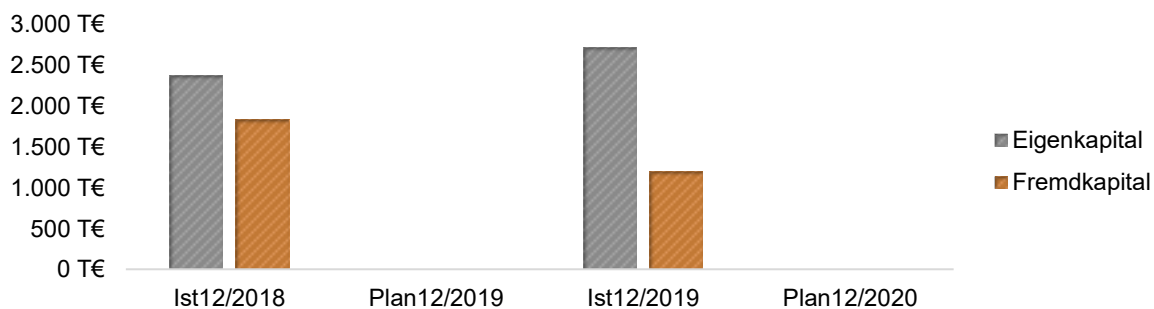
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	2.807	2.679
Immaterielle Vermögensgegenstände	96	80
Sachanlagen	2.711	2.599
Umlaufvermögen	1.390	1.224
Vorräte	107	99
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	592	743
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32	139
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2	-
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	500	-
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	59	604
Kasse, Bankguthaben, Schecks	691	382
Rechnungsabgrenzungsposten	2	2
Bilanzsumme	4.200	3.905
Passiva		
Eigenkapital	2.370	2.709
Gezeichnetes Kapital	652	652
Kapitalrücklage	51	51
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.250	1.634
Jahresergebnis	416	372
Rückstellungen	582	496
Verbindlichkeiten	1.248	700
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.033	482
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	78	153
Sonstige Verbindlichkeiten	136	65
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Bilanzsumme	4.200	3.905

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in %)	17,5	17,6	17,1	18,6
Finanzergebnis	-24	-28	-14	-14
Bilanzstruktur				
Eigenkapital	2.370	-	2.709	-
Fremdkapital	1.830	-	1.196	-
Eigenkapitalquote (in %)	56,4	-	69,4	-
Fremdkapitalquote (in %)	43,6	-	30,6	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

6.2. PROJOb Rheingau-Taunus GmbH

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Konrad-Adenauer-Str. 15
65232 Taunusstein
Tel.: 0612891470
Fax.: 06128914734
E-Mail: info@projob-rtk.de
Webseite: www.projob-rtk.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 25.10.1996

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Unterstützung des Rheingau-Taunus-Kreises bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe, Leistungsempfängern nach SGB II und SGB III die (Wieder-) Eingliederung in das Arbeitsleben zu ermöglichen oder diese hierbei zu unterstützen. Weiterhin wird das Unternehmen im Bereich der Qualifizierung, Aus- und Fortbildung für alle Erwachsenen und jungen Menschen tätig und arbeitet mit anderen Trägern zusammen.

Öffentlicher Zweck:

Die Eingliederung der Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt ist die Kernaufgabe der Arbeitsmarktpolitik. In Ausführung der Hartz-IV-Gesetze stellt das Unternehmen einen wichtigen Bestandteil der Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten der Förderung von ALG-II-Beziehern im Gesamtkonzept des Optionsträgers Rheingau-Taunus-Kreis dar.

Kapital:

Stammkapital	526.000	€
--------------	---------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	- / 100,00% / 100,00%
---------	-----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Christoph Burgdorf

Herr Martin Glaub

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Matthias Hannes

Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker

Herr Dr. Herbert Koch

Frau Sabine Muth

Herr Alexander Müller

Herr Günter Retzmann

Herr Thomas Schnell

Herr Paul Weimann

Alle RTK Holding GmbH

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

Aufsichtsrat

Mitglied

Frau Helga Becker

Herr Alexander Cornelius

Herr Günter F. Döring

Herr Dr. Herbert Koch

Frau Monika Merkert

Herr Dr. Clemens Mödden

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann

Herr Karl Ottes

Herr Thomas Schnell

Herr Rainer Scholl

Alle RTK Holding GmbH.

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

RTK Holding GmbH	526.000,00 €	100,00 %
------------------	--------------	----------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Entwicklungen der ProJob im abgelaufenen Geschäftsjahr

Die ProJob gliedert sich in folgende Geschäftsbereiche:

- **Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung (Arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen)**

Die ProJob setzt im Auftrag des Kommunalen Jobcenters des Rheingau-Taunus-Kreises (RTK) sowie der Bundesagentur für Arbeit unterschiedliche Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie im Bereich der Ausbildung und Umschulung für Menschen im Leistungsbezug nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) um.

Neben der Beauftragung und Finanzierung durch das Kommunale Jobcenter des Rheingau-Taunus-Kreises sowie der Bundesagentur für Arbeit erhält die ProJob Zuwendungen und Fördergelder zur Umsetzung vergleichbarer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen u.a. vom Land Hessen, verschiedenen Ministerien des Bundes (BMAS, BMFSFJ) sowie dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

- **Soziale Dienstleistungen**

Auf der Grundlage des Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz (GG) sind Kommunen im Auftrag des Bundes zur sogenannten Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Hierzu zählen u.a. Beratungsdienstleistungen wie beispielsweise die **Schuldner- und Insolvenzberatung**, die die ProJob im Auftrag des Rheingau-Taunus-Kreises für alle Bürgerinnen und Bürger des Rheingau-Taunus-Kreises vorhält. Ebenso zählt dazu die Unterstützung einiger Schulen des Rheingau-Taunus-Kreises bei der Umsetzung des sog. **Ganztagsprogramms** des Landes Hessen.

- **Flüchtlingsbetreuung**

Seit 2016 nimmt die ProJob im Auftrag des Rheingau-Taunus-Kreises die Betreuung und Qualifizierung von geflüchteten Menschen

wahr. Dieser Aufgabenbereich wurde im Geschäftsjahr 2019 weiter ausgebaut und intensiviert.

- **Gewerbliche Tätigkeit**

Neben der Wahrnehmung von gemeinnützigen Aufgaben im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge unterstützt die ProJob den Rheingau-Taunus-Kreis auch im Bereich seiner gesetzlichen Verpflichtungen als Schulträger. In diesem Kontext betreibt die ProJob im Auftrag des Rheingau-Taunus Kreises **Schulmensen** bzw. beliefert Schulen mit warmem Mittagessen. Darüber hinaus versorgt die ProJob zwei **kommunale Kindertagesstätten** mit warmem Mittagessen und betreibt die Kantine des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH) in Wiesbaden.

Seit Februar 2019 betreibt die ProJob im Auftrag des Rheingau-Taunus-Kreises ein **Facility-Management**, welches die Hausmeister des Fachdienstes Migration (FD II.3) der Kreisverwaltung bei der Erledigung der anfallenden Aufgaben in einigen Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge unterstützt.

Ferner führte die ProJob im Auftrag des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft (EAW) des Rheingau-Taunus-Kreises auch im Geschäftsjahr 2019 die **Kontrolle und Reinigung der Glas- und Grünschnittcontainer** im Kreisteil Untertaunus durch.

Darüber hinaus führte die ProJob im Auftrag der gemeinnützigen Baugenossenschaft e.G. Eltville die sog. **Objektbegehungen zur Verkehrssicherungskontrolle** durch. Dieser Auftrag endete zum 31.12.2019.

Mit allen aufgeführten Geschäftsbereichen verfolgt die ProJob das Ziel, Menschen so zu beraten, zu unterstützen, zu fördern und zu qualifizieren, dass diese ihre Leben möglichst unabhängig von staatlicher Alimentierung finanzieren können. Neben der direkten Förderung in den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Projekten, bieten die wirtschaftlichen Geschäftsbereiche regelhaft die Möglichkeit zur fach-praktischen Erprobung und Qualifizierung der arbeitssuchenden Maßnahmenteilnehmenden.

Als mittelbare 100 %ige Beteiligungsgesellschaft des Rheingau-Taunus-Kreis ist die

ProJob inhousefähig, was eine direkte Auftragsvergabe von Maßnahmen und Projekten durch das Kommunale Jobcenter und andere Fachdienste des Rheingau-Taunus-Kreises an die ProJob ermöglicht. Auf Grundlage des geltenden Wettbewerbsrechts muss dazu gewährleistet sein, dass mindestens 80% des Gesamtumsatzes durch Aufträge des Kommunalen Jobcenters und anderer Fachdienste des Rheingau-Taunus-Kreises erfolgt.

Nach transparent dargelegten Berechnungen der ProJob GmbH belief sich der Anteil der durch den RTK an die ProJob vergebenden Aufträge im Geschäftsjahr 2019 auf 80,26% (5.873.179,14 €) (Vorjahr 82,22%; EURO 6.293.350,42 €). Die vom RTK an die ProJob erteilten Aufträge im Rahmen der Inhousevergabe waren überwiegend finanziert aus Fördermitteln anderer Institutionen und Einrichtungen (Eingliederungstitel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, EU-Förderungen (ESF), Fördermittel von Bundesministerien sowie des Landes Hessens etc.). Die weiteren erzielten Umsätze und Erträge in Höhe von 1.444.498,44 € (19,33%) resultieren aus der erfolgreichen Akquise von weiteren Aufträgen bei unterschiedlichen Auftraggebern im Bereich arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (insbes. der Bundesagentur für Arbeit) und den Erträgen aus gewerblicher Tätigkeit.

Im Geschäftsbereich Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung (arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen) unterstützte und qualifizierte die ProJob (langzeit-) arbeitslose Personen durch deren Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Form von Feststellung und Beseitigung von sog. Vermittlungshemmnissen, Maßnahmen zur Berufsorientierung, Trainings- und Qualifizierungs- sowie Vermittlungsmaßnahmen.

Die durchgeführten Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen zeichneten sich insbesondere durch eine kontinuierliche und individuelle Betreuung und Unterstützung der Teilnehmenden, bspw. im gesamten Bewerbungsprozess sowie durch eine praxisnahe Kombination aus fachtheoretischer und fachpraktischer Kenntnisvermittlung aus. Dadurch konnten die Teilnehmenden wieder an das

Geschehen auf dem Arbeitsmarkt herangeführt und in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Sofern bei zugewiesenen Teilnehmenden erhebliche Beeinträchtigungen (insbes. gesundheitliche Beeinträchtigungen) erkennbar werden, die keine mittel- oder langfristige Chance auf eine (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt erkennen lassen, wird seitens der ProJob eine Überprüfung der Erwerbsfähigkeit eingeleitet. Sofern eine Erwerbsfähigkeit nicht bzw. auf absehbare Zeit nicht gegeben ist, werden die Personen aus dem SGB II-Bezug ausgesteuert und in andere Rechtskreise, wie z. B. der Rentenversicherung (SGB VI) oder der Sozialhilfe (SGB XII) zugeführt. Ziel dabei ist die Entlastung des Rheingau-Taunus-Kreises bei den Kosten für die SGB II-Beziehenden wie bspw. der Reduzierung der Kosten für die Unterkunft (KdU).

Entwicklungen der ProJob im abgelaufenen Geschäftsjahr

Die ProJob gliedert sich in folgende Geschäftsbereiche:

- **Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung (Arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen)**

Die ProJob setzt im Auftrag des Kommunalen Jobcenters des Rheingau-Taunus-Kreises (RTK) sowie der Bundesagentur für Arbeit unterschiedliche Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie im Bereich der Ausbildung und Umschulung für Menschen im Leistungsbezug nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) um.

Neben der Beauftragung und Finanzierung durch das Kommunale Jobcenter des Rheingau-Taunus-Kreises sowie der Bundesagentur für Arbeit erhält die ProJob Zuwendungen und Fördergelder zur Umsetzung vergleichbarer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen u.a. vom Land Hessen, verschiedenen Ministerien des Bundes (BMAS, BMFSFJ) sowie dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

- **Soziale Dienstleistungen**

Auf der Grundlage des Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz (GG) sind Kommunen im Auftrag des Bundes zur sogenannten Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Hierzu zählen u.a. Beratungsdienstleistungen wie beispielsweise die **Schuldner- und Insolvenzberatung**, die die ProJob im Auftrag des Rheingau-Taunus-Kreises für alle Bürgerinnen und Bürger des Rheingau-Taunus-Kreises vorhält. Ebenso zählt dazu die Unterstützung einiger Schulen des Rheingau-Taunus-Kreises bei der Umsetzung des sog. **Ganztagsprogramms** des Landes Hessen.

- **Flüchtlingsbetreuung**

Seit 2016 nimmt die ProJob im Auftrag des Rheingau-Taunus-Kreises die Betreuung und Qualifizierung von geflüchteten Menschen wahr. Dieser Aufgabenbereich wurde im Geschäftsjahr 2019 weiter ausgebaut und intensiviert.

- **Gewerbliche Tätigkeit**

Neben der Wahrnehmung von gemeinnützigen Aufgaben im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge unterstützt die ProJob den Rheingau-Taunus-Kreis auch im Bereich seiner gesetzlichen Verpflichtungen als Schulträger. In diesem Kontext betreibt die ProJob im Auftrag des Rheingau-Taunus Kreises **Schulmensen** bzw. beliefert Schulen mit warmem Mittagessen. Darüber hinaus versorgt die ProJob zwei **kommunale Kindertagesstätten** mit warmem Mittagessen und betreibt die Kantine des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH) in Wiesbaden.

Seit Februar 2019 betreibt die ProJob im Auftrag des Rheingau-Taunus-Kreises ein **Facility-Management**, welches die Hausmeister des Fachdienstes Migration (FD II.3) der Kreisverwaltung bei der Erledigung der anfallenden Aufgaben in einigen Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge unterstützt.

Ferner führte die ProJob im Auftrag des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft (EAW) des Rheingau-Taunus-Kreises auch im Geschäftsjahr 2019 die **Kontrolle und Reinigung der Glas- und Grünschnittcontainer** im Kreisteil Untertaunus durch.

Darüber hinaus führte die ProJob im Auftrag der gemeinnützigen Baugenossenschaft e.G. Eltville die sog. **Objektbegehungen zur Verkehrssicherungskontrolle** durch. Dieser Auftrag endete zum 31.12.2019.

Mit allen aufgeführten Geschäftsbereichen verfolgt die ProJob das Ziel, Menschen so zu beraten, zu unterstützen, zu fördern und zu qualifizieren, dass diese ihre Leben möglichst unabhängig von staatlicher Alimentierung finanzieren können. Neben der direkten Förderung in den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Projekten, bieten die wirtschaftlichen Geschäftsbereiche regelhaft die Möglichkeit zur fach-praktischen Erprobung und Qualifizierung der arbeitssuchenden Maßnahmenteilnehmenden.

Als mittelbare 100 %ige Beteiligungsgesellschaft des Rheingau-Taunus-Kreis ist die ProJob inhousefähig, was eine direkte Auftragsvergabe von Maßnahmen und Projekten durch das Kommunale Jobcenter und andere Fachdienste des Rheingau-Taunus-Kreises an die ProJob ermöglicht. Auf Grundlage des geltenden Wettbewerbsrechts muss dazu gewährleistet sein, dass mindestens 80% des Gesamtumsatzes durch Aufträge des Kommunalen Jobcenters und anderer Fachdienste des Rheingau-Taunus-Kreises erfolgt.

Nach transparent dargelegten Berechnungen der ProJob GmbH belief sich der Anteil der durch den RTK an die ProJob vergebenden Aufträge im Geschäftsjahr 2019 auf 80,26% (5.873.179,14 €) (Vorjahr 82,22%; EURO 6.293.350,42 €). Die vom RTK an die ProJob erteilten Aufträge im Rahmen der Inhousevergabe waren überwiegend finanziert aus Fördermitteln anderer Institutionen und Einrichtungen (Eingliederungstitel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, EU-Förderungen (ESF), Fördermittel von Bundesministerien sowie des Landes Hessens etc.). Die weiteren erzielten Umsätze und Erträge in Höhe von 1.444.498,44 € (19,33%) resultieren aus der erfolgreichen Akquise von weiteren Aufträgen bei unterschiedlichen Auftraggebern im Bereich arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (insbes. der Bundesagentur für Arbeit) und den Erträgen aus gewerblicher Tätigkeit.

Im Geschäftsbereich Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung (arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen) unterstützte und qualifizierte die ProJob (langzeit-) arbeitslose Personen durch deren Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Form von Feststellung und Beseitigung von sog. Vermittlungshemmnissen, Maßnahmen zur Berufsorientierung, Trainings- und Qualifizierungs- sowie Vermittlungsmaßnahmen.

Die durchgeführten Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen zeichneten sich insbesondere durch eine kontinuierliche und individuelle Betreuung und Unterstützung der Teilnehmenden, bspw. im gesamten Bewerbungsprozess sowie durch eine praxisnahe Kombination aus fachtheoretischer und fachpraktischer Kenntnisvermittlung aus. Dadurch konnten die Teilnehmenden wieder an das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt herangeführt und in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Sofern bei zugewiesenen Teilnehmenden erhebliche Beeinträchtigungen (insbes. gesundheitliche Beeinträchtigungen) erkennbar werden, die keine mittel- oder langfristige Chance auf eine (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt erkennen lassen, wird seitens der ProJob eine Überprüfung der Erwerbsfähigkeit eingeleitet. Sofern eine Erwerbsfähigkeit nicht bzw. auf absehbare Zeit nicht gegeben ist, werden die Personen aus dem SGB II-Bezug ausgesteuert und in andere Rechtskreise, wie z. B. der Rentenversicherung (SGB VI) oder der Sozialhilfe (SGB XII) zugeführt. Ziel dabei ist die Entlastung des Rheingau-Taunus-Kreises bei den Kosten für die SGB II-Beziehenden wie bspw. der Reduzierung der Kosten für die Unterkunft (KdU).

Für den RTK als Optionskommune ist die ProJob somit ein wichtiger Partner bei der Bekämpfung von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. Dies betrifft nicht nur die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II), sondern auch den Bereich der Arbeitsförderung (SGB III) und der Jugendberufshilfe im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII).

Der RTK profitiert durch seine Lage im Peripheriegebiet des Rhein-Main-Gebietes von ei-

ner nach wie vor guten Ausbildungs- und Beschäftigungssituation. Deutlich wird dies an der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringen Arbeitslosenquote (siehe Pkt. 2.1.).

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass langzeitarbeitslose Menschen nur dann eine realistische Chance auf (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt haben, wenn sie

- durch geeignete, passgenaue und sinnvolle Fördermaßnahmen fachpraktisch und fachtheoretisch **qualifiziert** werden und dabei
- kontinuierlich und individuell **sozialpädagogisch betreut** werden.

Parallel zur Betreuung und Integration von Langzeitarbeitslosen stellt die Qualifizierung von anerkannten Asylbewerber/innen eine weitere besondere Herausforderung dar. In den Jahren 2015 und 2016 nahm der RTK annähernd 3.000 Flüchtlinge auf. Mit der Anerkennung im Asylverfahren haben die geflüchteten Menschen einen Anspruch auf Leistungen im Rahmen des SGB II. Dies führte bereits in Geschäftsjahr 2016 zu einer signifikanten Zunahme an SGB II-Beziehenden im RTK. Waren im Februar 2016 insgesamt 127 Bedarfsgemeinschaften mit 271 anerkannten Flüchtlingen im SGB II-Bezug, so setzte sich diese Entwicklung in den Folgejahren fort und betrug im Dezember 2019 746 Bedarfsgemeinschaften mit 1.838 Leistungsbeziehenden (826 Frauen, 1.012 Männer). Davon waren 1.200 erwerbsfähige Leistungsberechtigte. [1].

Die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Flüchtlinge wurde im Geschäftsjahr 2019 auf gleichem quantitativem Niveau wie im Vorjahr fortgeführt. Ausschlaggebend dafür waren einerseits die zwischenzeitlich stabile Anzahl der anerkannten Flüchtlinge im SGB II-Bezug und andererseits die auch in 2019 zusätzlich bereitgestellten Fördermittel seitens des Landes und des Bundes. Dabei erfolgte nicht nur eine enge Kooperation mit dem Kommunalen Jobcenter, sondern auch mit der Jugendhilfe und dem Fachdienst Migration des RTK.

Im Geschäftsjahr 2019 konnte die ProJob das Volumen der vom Kommunalen Jobcenter und anderen Auftraggebern (z. B. der Agentur für Arbeit) beauftragten Bildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen deutlich ausweiten.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANES:

Lage des Unternehmens

Vermögenslage

Erstmals seit ihrer Gründung hat die ProJob GmbH im Wirtschaftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss erzielt. Dieser verbessert die Eigenkapitalsituation des Unternehmens. Dennoch ist das Eigenkapital nicht vollständig aufgefüllt. Aufgrund der Vorjahresergebnisse zeigt die Bilanz der ProJob GmbH zum 31.12.2019 unter Einbeziehung des gezeichneten Kapitals von 526,0 Tsd.-€ ein Eigenkapital in Höhe von 348,5 Tsd.-€. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin konnten im Jahresverlauf vollständig getilgt werden, so dass zum Bilanzstichtag lediglich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bzw. aus Steuern bestehen.

Die Abschreibungsmethoden der Vorjahre wurden unverändert beibehalten. Das Unternehmen besitzt kein wesentliches nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

Finanzlage

Die finanzielle Situation verbesserte sich im Geschäftsjahr 2019. Durch die Beteiligungen an Ausschreibungen, der Antragstellung von Maßnahmen im Rahmen von Förderrichtlinien und der kooperativen Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter RTK, konnten weitere Maßnahmen und Projekte erfolgreich akquiriert werden. Die dabei erzielten Mehreinnahmen, insbesondere bei den Verwaltungspauschalen, wirkten sich positiv auf die Finanzlage aus.

Die Liquidität war im Jahresverlauf durch Projektvergütungen des Rheingau-Taunus-Kreises sowie der anderen Zuschussgeber

jederzeit gewährleistet. Für das Geschäftskonto bei der Naspa bestand eine Kreditlinie von 200 Tsd.-€.

Parallel dazu bestand die Kreditlinie/Liquiditätshilfe bei der RTK Holding GmbH in Höhe von 300 Tsd.-€. Dies musste auch in 2019 vorübergehend in voller Höhe in Anspruch genommen werden, da einige Auftraggeber ihren Zahlungsverpflichtungen nicht zeitnah nachkamen. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte konnte die Liquiditätshilfe wie geplant sukzessive zurückgezahlt werden. Zum 31.12.2019 wurden keine Liquiditätshilfen mehr in Anspruch genommen.

Die vom RTK gewährte Möglichkeit einer Liquiditätshilfe in Höhe von bis zu 250 Tsd.-€ wurde in 2019 zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen. Am 31.12.2019 waren Außenstände in Höhe von 116.356 € (Vorjahr: 304.739 €) zu verzeichnen. Der Bestand der flüssigen Mittel am Abschlussstichtag lag bei 670,9 Tsd.-€ und hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht (Vorjahr: 338,5 Tsd.-€). Dennoch wird die Liquiditätssituation jedoch kontinuierlich weiter beobachtet. Bei einzelnen Projektfinanzierungen muss die ProJob GmbH auch zukünftig zum Teil mehrere Monate in Vorleistung treten, bevor die zugesagten Mittel ausgezahlt werden können.

Ertragslage

Das im Dezember 2018 aufgestellte und vom Aufsichtsrat genehmigte Wirtschaftsplanergebnis 2019 für die ProJob GmbH belief sich auf 11.744,65 €. Im Geschäftsjahr 2019 wurden die in den Vorjahren begonnenen Restrukturierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen weiter fortgeführt, so dass ein Jahresüberschuss in Höhe von 3.196,85 € erzielt wurde.

Die Gesellschaft erzielte im Jahresverlauf rund 1.003.830 € Umsatzerlöse und erhielt zur Erfüllung ihrer Aufgaben Zuschüsse und Kostenerstattungen in Höhe von 6.249.182 €.

Erneut wurden im Bereich Hauswirtschaft die meisten Umsätze erzielt (561.215 €).

Der Bereich Hauswirtschaft hat allerdings auch den größten Wareneinsatz aufgrund der

zu verarbeitenden Lebensmittel. Der Wareneinsatz im Bereich Hauswirtschaft betrug insgesamt 275,8 Tsd.-€.

Aufgrund des Unternehmenszweckes ist die ProJob GmbH ein sehr personalintensives Unternehmen. Im Geschäftsjahr 2019 wuchs die Anzahl der Beschäftigten aufgrund der Ausweitung von Maßnahmen und Projekten von Januar bis Dezember um 21 Mitarbeitende bzw. von 70,82 Vollzeitäquivalenten (VzÄ) auf 87,73 VzÄ. Der Personalaufwand inklusive Sozialabgaben lag mit 5.127,8 Tsd.-€ aufgrund der erhöhten Anzahl der Beschäftigten über dem Vorjahreswert (4.186,4 Tsd.-€). Gleichzeitig ging der Aufwand für den Einsatz von Honorarkräften von 384,3 Tsd.-€ auf 218,1 Tsd.-€ zurück.

Die Personalkosten betragen 70,11 % (Vorjahr: 69,71 %) der Gesamtkosten im Jahr 2019.

Die übrigen Unternehmenskosten konnten im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der gestiegenen Auftragslage nicht reduziert werden. Insbesondere die Raumkosten sind von 561,4 Tsd.-€ auf 622,2 Tsd.-€ angestiegen.

Trotz gestiegener Personalaufwendungen, Aufwendungen für die Renovierung und Instandhaltung von Unterrichts- und Seminarräumen (Umbauten und Renovierungen), erforderliche Anpassungen sicherheitstechnischer Anlagen, Neu- und Ersatzbeschaffungen im Bereich der Küchenausstattung (Mensen), schließt das Geschäftsjahr mit einem Ergebnis von 14.688,51 € ab.

Zeigten die Ergebnisse von 2016 ein Minus von 468,4 Tsd. €, 2017 ein Minus von 175,4 Tsd. € und 2018 ein Minus von 31,1 Tsd. €, hat die ProJob 2019 erstmals in ihrer Firmengeschichte ein positives Jahresergebnis erzielt.

VI. AUSBLICK:

Voraussichtliche Entwicklungen

Gestärkt von den zahlreichen im Jahr 2019 erfolgreich umgesetzten Anpassungsmaßnahmen und den „vollen Auftragsbüchern“, blickt die ProJob zuversichtlich auf das kommende Jahr 2020.

Aufgrund der für das Jahr 2020 bereits bestehenden Verträge und Vereinbarungen, geht die Geschäftsführung davon aus, dass die dem genehmigten Wirtschaftsplan für 2020 zu Grunde liegenden Annahmen realistisch sind und es im kommenden Jahr zu keinen erheblichen Abweichungen kommen wird.

Die Planungen für das Jahr 2020 weisen aus Sicht der Geschäftsführung im Vergleich zu den Vorjahren deutlich weniger Unsicherheiten auf. Insbesondere steuerliche Themen (bspw. Umsatzsteuer) sowie sozialversicherungsrechtliche Fragestellungen sind sämtlich geklärt und stellen für die Geschäftsführung eine verlässliche Arbeits- und Bewertungsgrundlage dar.

Im Bereich der Liegenschaften werden die planerischen Vorarbeiten für mögliche Veränderungen in der Nutzung der Konrad-Adenauer-Str. 15 sowie der Erich-Kästner-Str. 5 in Taunusstein beginnen.

Abhängig von den baurechtlichen Vorgaben werden ggfs. erforderliche bauliche Veränderungen in der Konrad-Adenauer-Str. 15 in Zusammenarbeit mit dem Vermieter durchzuführen sein.

Die im Jahresverlauf 2019 vorangetriebenen Maßnahmen zu Identifizierung bestehender Potentiale zur Optimierung der ProJob in allen Geschäftsbereichen, werden im Jahr 2020 die Gesamtlage des Unternehmens in den Bereichen Personal, Organisation und Finanzen weiter verbessern.

Das Risikomanagement wird aufgrund geänderter bzw. neuer Vereinbarungen zur Finanzierung (bspw. Betrieb von Schulmensen, Anpassungen des Anteils für Gemeinkosten, Liquiditätssicherung) die Berechenbarkeit und Planbarkeit des Wirtschaftsbetriebs weiter verbessern.

Vor dem Hintergrund des erheblichen Ausbaus der ProJob in 2019 und der damit einhergehenden gestiegenen quantitativen und qualitativen Anforderungen an die zentrale Personal- und Maßnahmenverwaltung sowie die Steuerung des Gesamtunternehmens, will die Geschäftsführung hierzu zusätzliche Fachkompetenz in der ProJob verankern.

Voraussichtlich im zweiten Quartal 2020 wird dafür eine zusätzliche Stelle für das zentrale Controlling und zur Führung der Maßnahmenverwaltung besetzt werden.

Ein weiterer quantitativer Ausbau im Bereich „Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung“ kann aus Sicht der Geschäftsführung – wenn überhaupt – nur sehr moderat erfolgen, da sowohl die bestehenden räumlichen Ressourcen, als auch die Verwaltung insgesamt bereits heute an der Leistungs- und Kapazitätsgrenze angelangt sind.

Vielmehr gilt es aus Sicht der Geschäftsleitung, die Arbeitsprozesse in allen Unternehmensbereichen weiter zu verbessern und darüber die Qualität der Arbeit zu steigern.

Überdies zeichnet sich aus Sicht der Geschäftsführung ab, dass es aufgrund der niedrigen Arbeitslosenzahlen in Deutschland in absehbarer Zeit nicht zu einer Erhöhung der vom Bund den zugelassenen kommunalen Trägern (zKT/§ 6a SGB II) zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für die Eingliederung von Arbeitssuchenden kommen wird. Perspektivisch ist sogar davon auszugehen, dass sich die derzeit dem Kommunalen Jobcenter im Eingliederungstitel (EGT) zur Verfügung stehenden Mittel verringern werden. Insofern muss die ProJob dies bei ihrer mittelfristigen Planung berücksichtigen.

Besonderes Augenmerk will die ProJob in den kommenden Jahren u.a. auch auf folgende Themen legen:

- Verbesserung der zentralen Verwaltungsabläufe durch Prozessoptimierung und Einsatz moderner und zeitgemäßer Instrumente (bspw. Elektronische Zeiterfassung einschl. Urlaubs- und Abwesenheitsmanagement, elektronische Gehaltsnachweise);
- Optimierung der Planungs- und Controlling-Prozesse im Bereich Personal und Finanzen (u.a. Verbesserung des bestehenden Personal- und Finanzcontrollings, Entwicklung relevanter Kennzahlen)
- Prozessoptimierung im Bereich der unterstützenden zentralen Dienste

(u.a. EDV/IT, Arbeitssicherheit, Facility-Management)

- Auf- und Ausbau eines betrieblichen Gesundheitsmanagements (u.a. zur Reduzierung krankheitsbedingter Kosten).
- Verbesserung des Zusammenwirkens der Maßnahmen und Projekte mit dem Arbeitsmarkt (Ausbildung und Beschäftigung).
- Verbesserung der Aufbau- und Ablauforganisation sowie auch der Reichweite im Bereich „Ausbildung“. In diesem Kontext bietet das Projekt „ProJob-CARE“ die Chance, um gemeinsam mit dem Rheingau-Taunus-Kreis u.a. erneut über eine Krankenpflegehilfeschule (KPH) nachzudenken.
- Erarbeitung strategischer Eckpunkte zur weiteren inhaltlichen und thematischen Ausrichtung der ProJob unter Berücksichtigung landes-, bundes- und europäischer Förderschwerpunkte in der beruflichen Bildung unter besonderer Berücksichtigung der verstärkten Nutzung digitaler Lern- und Förderangebote.
- Stabilisierung der Aktivierungs- und Förderzentren sowie ggfs. erforderliche konzeptionelle Weiterentwicklungen.

Chancen

Die sich aus den Konsolidierungsmaßnahmen sowie der strukturellen und konzeptionellen Neuausrichtung der ProJob ergebenden Chancen für die kommenden Jahre, lassen sich aus Sicht der Geschäftsführung wie folgt skizzieren:

- Aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Situation können bestehende Investitionsstaus in Gebäude und Ausstattung sukzessive abgearbeitet werden. Dadurch verbessern sich sowohl die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, wie auch die Lernbedingungen für die Teilnehmenden.

- Die beabsichtigte stärkere Ausrichtung auf und Verzahnung mit dem Arbeitsmarkt im Bereich Ausbildung und Beschäftigung, wird sowohl die Erfolgsquote der Maßnahmen und Projekte i.S. erfolgreicher Ausbildungs- und Erwerbsintegrationen, als auch die Wahrnehmung der ProJob in der Öffentlichkeit weiter verbessern. Ein gutes Renommee in der Öffentlichkeit wiederum wirkt sich auf vielfältige Art und Weise positiv auf die Arbeit der ProJob aus (Personalgewinnung, Spenden etc.).

Die im Rahmen der Umsetzung der Maßnahme „Aktiv II“ gewonnenen Erfahrungen und vielfältigen neuen Kontakte zu Betrieben, sollen im Zuge dieser strategischen Zielsetzung aktiv einfließen. Mittelfristig könnte daraus der Aufbau einer auf Vermittlung ausgerichteten Organisationseinheit resultieren.

- Die beabsichtigte Ausweitung des sozialräumlichen Arbeitsansatzes eröffnet neue Chancen für Teilnehmende an Maßnahmen und Projekten, insbesondere dann, wenn diese schon viele Jahre arbeitslos sind und bisherige Förderansätze erfolglos geblieben sind. Für die ProJob als Beteiligungsgesellschaft des Rheingau-Taunus-Kreises, ist eine verbesserte Wahrnehmung ihrer Arbeit durch die Städte und Gemeinden von grundlegender Bedeutung. Die Zukunftsfähigkeit der ProJob wird sich neben der Qualität der Arbeit mit den Teilnehmenden selbst und der Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter, vor allem in der Wertschätzung durch Politik und Öffentlichkeit entscheiden.

Sozialräumliche Arbeitsansätze sollen zusätzlich zum laufenden Sozialraumprojekt u.a. auch im Bereich der Arbeitsgelegenheiten (§ 16d SGB II) realisiert werden. Hierzu sollen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden bereits im 1. Halbjahr 2020 mögliche gesetzeskonforme Einsatzmöglichkeiten im kommunalen Bereich identifiziert werden.

- Der von der Bundesregierung beschlossene *Rechtsanspruch auf*

Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, der ab 2025 bundesweit umzusetzen ist, wird den Bedarf an warmer Mittagsverpflegung einschließlich des dafür erforderlichen Personals in den Schulmensen gegenüber der aktuellen Situation im Rheingau-Taunus-Kreis erheblich erhöhen. Für die ProJob als Kreisbeteiligungsgesellschaft mit langjähriger Erfahrung in diesem Arbeitsfeld, besteht hierbei die Chance, ihre Expertise aktiv in den Planungsprozess des Rheingau-Taunus-Kreises einzubringen und Arbeitslose sowohl bezogen auf den zukünftigen Personalbedarf hin zu qualifizieren und auszubilden, wie auch ggfs. die entsprechenden Dienstleistungen in den Mensen selbst zu erbringen.

Risiken

Wir sind gesetzlich verpflichtet, auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdende oder wesentliche Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können, hinzuweisen.

Grundsätzliche Ertragsrisiken sehen wir in konjunkturellen Einflüssen und im haushaltspolitisch geprägten Auftragsvergabeverhalten der öffentlichen Hand. Angesichts dessen lässt sich eine künftige Beeinträchtigung der operativen Ergebnissituation, insbesondere in unserer Branche, nicht ausschließen.

Für die ProJob bestehen grundsätzlich die gleichen Risiken, wie für alle Unternehmen, die wesentlich durch staatliche Zuschüsse, Zuwendungen und Leistungsentgelte finanziert sind. Die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen unterliegt primär der politischen Entscheidung und ist insofern immer auch von ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmt.

Mittel- und langfristige Verträge bzw. Finanzzusagen sind seitens der öffentlichen Hand eher selten, da die entsprechenden Haushaltsordnungen (insbes. des Bundes/BHO) diese grundsätzlich nicht vorsehen.

Im Übrigen lässt sich der Einfluss der genannten Risiken auf unsere wirtschaftliche

Lage nicht hinreichend quantifizieren. Bestandsgefährdende Risiken sind nach unseren Erkenntnissen aber nicht gegeben.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Die Gesellschaft wurde mit Kreistagsbeschluss vom 06.12.2016 mit Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) betraut.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des RTK sind weiterhin nicht absehbar und werden sich bei den an die Gesellschaft durch den Gesellschafter RTK Holding zu zahlenden Verlustabdeckungen etc. widerspiegeln. Um entsprechende finanzielle Maßnahmen zu ergreifen und diese in einem EU-Beihilfekonformen Rahmen abwickeln zu können, erfolgte die og. Betrauung der ProJob mit Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse durch den RTK.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.
Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz). Bei der ProJob handelt es sich zudem um ein Unternehmen, das gem. § 121 Abs. 2 HGO nicht auf eine wirtschaftliche Betätigung gerichtet ist. Eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt somit.

XI. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

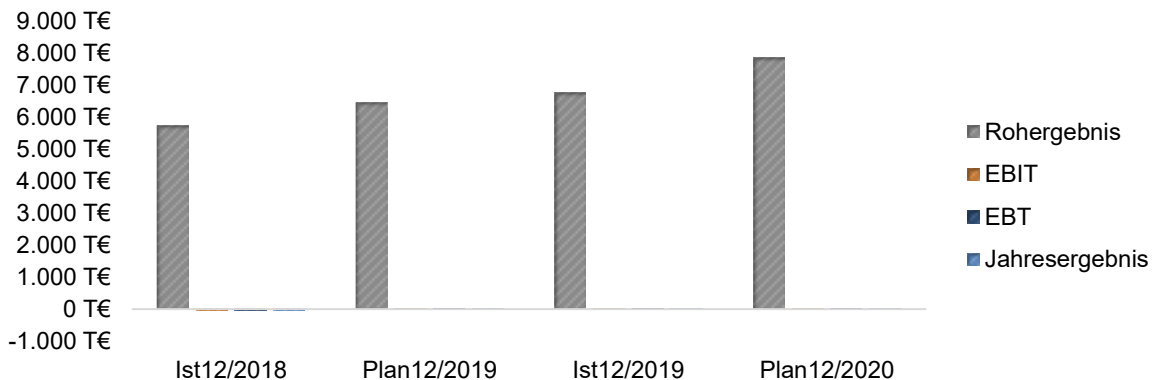
Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Anzahl der Geschäftsführer wird von der Gesellschafterversammlung bestimmt. Solange nur ein Geschäftsführer bestellt ist, vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft gemeinschaftlich durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einem Prokuristen vertreten. Die zustimmungsbedürftigen Handlungen und Rechtsgeschäfte sind in § 8 des Gesellschaftsvertrages geregelt.

XII. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des erstmals seit 2013 wieder positiven Jahresergebnisses stieg die Eigenkapitalquote von 32,7 % um 0,8 % auf 33,5 %. Die Fremdkapitalquote sank entsprechend von 67,3 % auf 66,5 %.

XIII. KENNZAHLEN

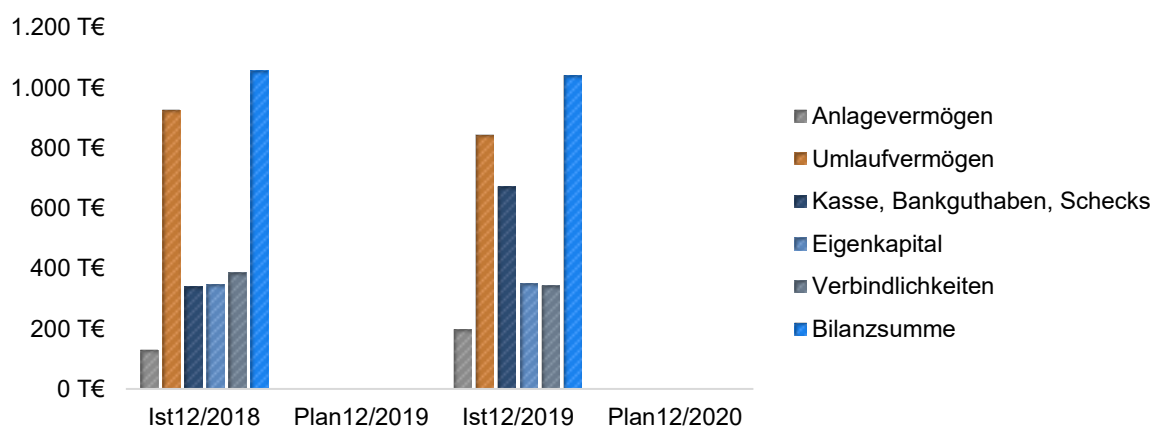
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	934	682	1.004	8.140
Sonstige betriebliche Erträge	5.504	6.020	6.314	0
Gesamtleistung	6.438	6.701	7.318	8.140
Materialaufwand	710	259	567	293
Rohergebnis	5.728	6.442	6.750	7.847
Personalaufwand	4.186	4.626	5.128	5.942
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.521	1.741	1.560	1.836
Abschreibungen	50	63	55	60
EBIT	-29	12	8	10
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	0	-	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	3	0
EBT	-29	12	5	10
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2	0	2	0
Ergebnis nach Steuern	-31	12	3	10
Sonstige Steuern	-	-	-	0
Jahresergebnis	-31	12	3	10

Bilanz

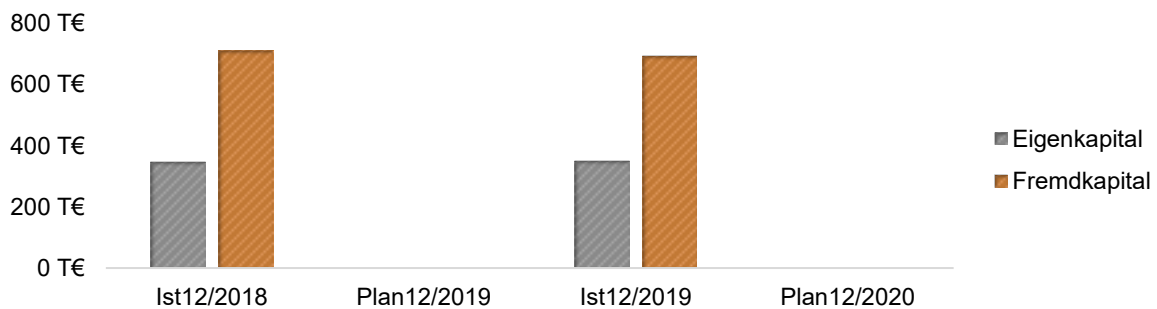


Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	128	198
Immaterielle Vermögensgegenstände	19	23
Sachanlagen	109	175
Finanzanlagen	0	0
Umlaufvermögen	924	841
Vorräte	17	5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	569	165
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	305	116
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	264	49
Wertpapiere	-	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	339	671
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1
Bilanzsumme	1.055	1.040

Passiva		
Eigenkapital	345	349
Gezeichnetes Kapital	526	526
dar.: andere Gewinnrücklagen	713	713
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-862	-894
Jahresergebnis	-31	3
Rückstellungen	315	263
Verbindlichkeiten	385	343
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	0	-
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	126
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	111	102
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	-	-
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	155	4
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	119	110
Rechnungsabgrenzungsposten	10	85
Bilanzsumme	1.055	1.040

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in %)	65,0	69,0	70,1	73,0
Finanzergebnis	0	0	-3	0
Eigenkapital	345	-	349	-
Fremdkapital	709	-	691	-
Eigenkapitalquote (in %)	32,7	-	33,5	-
Fremdkapitalquote (in %)	67,3	-	66,5	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

6.3. Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Rheinweg 30, 65375 Oestrich-Winkel

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.02.1996

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist die werbewirksame Darstellung, Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit des Rheingau-Taunus-Kreises auf den Gebieten der Wirtschaftsförderung (Fremdenverkehr, Kurz- und Langzeittourismus, Kuren), des Weinbaus und der Weinwerbung, der kulturellen Angebote (Theater, Musik, Museen) und sportlichen Angebote.

Öffentlicher Zweck:

Durch die öffentlichkeitswirksame Präsentation ist das Unternehmen Teil der öffentlichen Aufgabe für Wirtschafts- und Tourismusförderung der Region. Zusätzlich ist die Gesellschaft die Informationsfunktion, indem sie neben den Touristen auch die Bürger des Rheingau-Taunus-Kreises über die touristische Infrastruktur und z.B. die Veranstaltungen in der Region informiert (Unterkunftsverzeichnis, Veranstaltungskalender, Internethomepage).

Kapital:

Stammkapital	178.920	€
--------------	---------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	- / 69,74% / 69,74%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung:

Herr Thorsten Reineck

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian, RTK Holding GmbH

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Jochen Becker-Köhn

Frau Andrea Engelmann

Herr Michael Hermann

Herr Patrick Kunkel

Herr Mathias Marschollek

Herr Karl Ottens

Herr Frank Schönleber

Herr Friedhelm Seekatz

Herr Peter Seyffardt

Herr Winfried Steinmacher

Herr Klaus-Peter Willsch

Vorsitz: Herr Landrat Frank Kilian

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

RTK Holding GmbH	124.780,00 €	69,74 %
21 Gesellschafter RTKT GmbH	21.420,00 €	11,97 %
Rheingauer Weinwerbung GmbH	20.450,00 €	11,43 %
Rheingau-Taunus Marketing e.V.	12.270,00 €	6,86 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Geschäftsverlauf

Die Aktivitäten der RTKT GmbH lassen sich in die Hauptaufgabenbereiche

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Online- / Social-Media

- Printmedien
- Veranstaltungen / Messen / Ausstellungen
- Produktentwicklung / Qualitätssicherung
- Kooperationen / Netzwerke

unterteilen.

Bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zeigte auch im zurückliegenden Jahr die Organisation und Durchführung von Pressereisen gute Erfolge. Die fortschreitende Digitalisierung führte auch in diesem Bereich zu einer verstärkten Nutzung von Online-Medien zur Verbreitung der von den Redakteuren und Bloggern gewonnenen Erkenntnissen. Während die traditionellen Beiträge in Printmedien oft nur regional oder national genutzt wurden, können die Inhalte durch Einsatz von Facebook, Instagram und Co. weltweite Gäste und Interessenten erreichen.

Die Nutzung dieser Online-Kanäle erfolgte durch die RTKT aber auch mit eigenen Beiträgen, Fotos, Stories und Berichten über aktuelle Ereignisse sowie Veranstaltungen.

Ergänzend wurde die Voraussetzung für die Modernisierung des Internet-Auftritts geschaffen. Um eine bessere Auffindbarkeit zu ermöglichen, wurde die URL-Adresse von kulturland-rheingau.de auf rheingau.com umgestellt. Zeitgleich erfolgte die Einführung eines einheitlichen Buchungsportals für die gesamte Region und die Nutzung von Zusatzinformationen über interessante Ziele in der Umgebung, um den Internetauftritt zu vervollständigen.

Weiterhin werden Veranstaltungen, Workshops und Arbeitsgruppen von der RTKT GmbH geplant und realisiert. Während die Workshops hauptsächlich im Bereich der Qualitätssicherung eingesetzt werden, finden die Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Akteuren und Verantwortlichen aus der Region zur Netzwerkbildung und dem allgemeinen Erfahrungsaustausch statt.

Traditionell werden in Zusammenarbeit mit der Rheingauer Weinwerbung GmbH die jährlich stattfindenden Rheingauer Schlem-

merwochen organisiert. Darüber hinaus stellen weitere Veranstaltungen insbesondere im Bereich Wandern, zum Beispiel auf dem Klostersteig, einen wichtigen Beitrag zur Imageverbesserung und Attraktivierung der Region dar.

Als herausragende Veranstaltung konnte die Region sich im Mai 2019 in Zusammenarbeit mit den touristischen Partnern aus Wiesbaden und mit der Unterstützung des Landes Hessen auf dem Germany Travel Mart präsentieren. Diese jährlich von der Deutschen Zentrale für Tourismus durchgeführte Veranstaltung für Einkäufer touristischer Leistungen, lockte knapp 1.200 Fachbesucher und Tourismusinteressierte aus der ganzen Welt für zwei Tage nach Wiesbaden und in den Rheingau. Insbesondere bei der Abendveranstaltung in Kloster Eberbach am 13. Mai 2019, gelang es mit hessischen Spezialitäten aus Küche und Keller sowie mit der Rheingauer Fröhlichkeit die Gäste für die Region zu begeistern [1].

Beibehalten wurde die Durchführung von Weiterbildungs- und Informationsworkshops für Mitglieder des Rheingau-Taunus Marketingverein e.V., des Rheingauer Weinbauverbandes e.V. und des Vereins für Wirtschaftsförderung und Tourismus Rüdeshheim e.V. sowie die „Rheingau Konferenz“, bei der sich im Rahmen von Impuls-Vorträgen, Best-Practice-Beispielen und Workshops die Teilnehmenden verschiedenster touristisch aktiven Unternehmen und Institutionen informieren, aber auch untereinander austauschen konnten.

Zur identitätsstiftenden Außendarstellung der Region wurde vor einigen Jahren unter der Leitung des Zweckverbandes Rheingau ein Logo entwickelt, das im Jahresverlauf erneuert und modernisiert wurde. Nun gilt es, dieses Logo durch den Einsatz bei den Produkten der Gastronomie, Hotellerie, Gewerbetreibenden und Winzer sowie der Kommunen einzusetzen und ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges Angebot für Gäste und Einwohner zu schaffen.

Aufgrund der Mitgliedschaft im Verein zur Förderung der Regionalentwicklung (REK) Rheingau sowie im Verein Regionalentwicklung (REK) Untertaunus ist die RTKT GmbH

in die Entwicklungsschritte der Region ebenso eingebunden wie durch die Mitarbeit im Beirat des Naturpark Rheingau-Taunus Wiesbaden.

Überregional erfolgt die Mitwirkung der RTKT GmbH in weiteren Arbeitskreisen auf lokaler und auf Landesebene, zum Beispiel mit Wiesbaden Marketing, der Hessen Agentur, der Region Frankfurt Rhein-Main, dem Taunus Touristik Service e. V. (TTS e. V.), dem Hessischen Tourismus Verband (HTV), usw., sowie der Kooperation mit Wirtschaftsverbänden, zum Beispiel im Tourismusausschuss und im Kulturausschuss der Industrie und Handelskammer Wiesbaden (IHK), dem Hotel und Gaststättenverband und vielen anderen Organisationen sowie den Kommunen im Gebiet des gesamten Rheingau-Taunus-Kreises und den benachbarten Landkreisen, insbesondere im Main-Taunus-Kreis.

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat für die beiden Kreisteile Rheingau und Untertaunus ein Tourismuskonzept entwickelt, das dem Kreistag im Februar 2019 zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Darauf aufbauend wurde im Rheingau eine Arbeitsgruppe gebildet, der die jeweiligen Vorsitzenden der im Rheingau touristisch aktiven Organisationen, Vereine und Gruppen angehören. In ständigem Austausch mit dieser Arbeitsgruppe wurde vom Vorstand der Rudesheim Tourist AG sowie von der Geschäftsführung der Rheingauer Weinwerbung, dem Zweckverband Rheingau und der RTKT ein Konzept entwickelt, das die bisherige personelle Ist-Situation anhand von über 50 Aktivitäten in den 5 vom tourismuspolitischen Handlungsrahmen des Landes Hessen vorgegebenen Handlungsfeldern untersucht. Dem werden die notwendigen Soll-Größen gegenübergestellt und die daraus notwendigen Schritte der künftigen touristischen Ausrichtung definiert.

Die Ergebnisse wurden den einzelnen Organisationen, der Arbeitsgruppe und in verschiedenen politischen Sitzungen vorgestellt und bilden die Basis für die kommenden Aufgaben zur Erhaltung des Destinationsstatus.

Weiterhin erfolgt die Einbindung der RTKT projektbezogen insbesondere bei der Entwicklung, Umsetzung und Vermarktung von Wanderkonzepten, wie z.B. dem Rheinsteig,

dem Wispersteig und dem Klostersteig, Angeboten für Radfahrer, z.B. Quer-Rhein-Radweg, und Veranstaltungen.

Wirtschaftsbericht

Nach wie vor werden die zur Durchführung der Projekte und Maßnahmen benötigten finanziellen Mittel überwiegend aus Marketingzahlungen der Gesellschafter erbracht. Diese Zahlungen stellen mit rund 302,7 Tsd.-Euro (Vorjahr 298,5 Tsd.-Euro) die größte Einnahmenposition dar. Die drei größten Einzelpositionen leisten die RTK Holding GmbH (237,8 Tsd.-Euro), die Rheingauer Weinwerbung GmbH (25,6 Tsd.-Euro) sowie der Marketingverein Rheingau-Taunus (21,8 Tsd.-Euro).

Zusätzlich werden Einnahmen durch finanzielle Einbindung von Partnerbetrieben und Anzeigenverkäufen in verschiedensten eigenen Medien eingeworben. So konnten im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 97,3 Tsd.-Euro (Vorjahr 72,5 Tsd.-Euro) erzielt werden. Der Sponsoring-Vertrag mit der Mineralwassermarke SELTERS wurde erfolgreich zu unveränderten Konditionen fortgesetzt.

Seit Oktober 2016 wird die Geschäftsführung durch den Geschäftsführer der Mehrheitsgesellschafterin RTK Holding GmbH wahrgenommen. Eine in den vergangenen Jahren vorgesehene Nachbesetzung der Geschäftsführungsposition wurde bereits in der Wirtschaftsplanung nicht mehr vorgesehen.

Die Personalaufwendungen waren auch im zurückliegenden Geschäftsjahr die zweitgrößte Kostenposition der Gewinn- und Verlustrechnung. Trotz gleichbleibender Beschäftigtenzahl stiegen die Personalaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr an, da erstmal seit vielen Jahren wieder eine Mitarbeiterin in Vollzeit für das Unternehmen tätig ist. Des Weiteren wurden zum 01. Januar 2019 Vergütungsanpassungen nachgeholt, die in zurückliegenden Jahren aufgrund der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens ausgesetzt wurden.

Die Gesellschaft beanspruchte im Berichtsjahr keine Kredite bei Kreditinstituten und

konnte stets auf Liquiditätsreserven zurückgreifen. Durch die Zahlungen der Gesellschafter war die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens zu jeder Zeit sichergestellt.

Der Finanzplan der RTKT GmbH für das Geschäftsjahr 2020 sieht erneut regelmäßige Zahlungen der Gesellschafter und keine Kreditaufnahme vor.

[1]<https://www.hessen.tourismusnetzwerk.info/terminkalender/gtm-germany-travel-mart-2019/>

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Während aufgrund der Geschäftsstruktur und den Aufgabenfeldern in den Anfangsjahren der Gesellschaft negative Geschäftsergebnisse zu verzeichnen waren, wurden in den zurückliegenden Jahren von der RTKT meist niedrige aber immerhin positive Jahresergebnisse erzielt. Nachdem das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresfehlbetrag beendet wurde, gelang es der neuen Geschäftsführung für die Jahre 2015 bis 2018 wieder positive Jahresabschlüsse zu erreichen. Das Geschäftsjahr 2019 war aufgrund der Durchführung des Germany Travel Mart 2019 (GTM) und den damit verbundenen Aufwendungen mit einem Jahresfehlbetrag geplant (-35,0 Tsd.-Euro). Das Jahresergebnis konnte jedoch verbessert werden, so dass ein Fehlbetrag in Höhe von nur 20,9 Tsd.-Euro erreicht wurde.

VI. AUSBLICK:

Die künftige Entwicklung der Region und die Implementierung einer nachhaltigen Finanzierung des Tourismusmarketings im gesamten Rheingau sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Unternehmens.

Die Landesregierung Hessens hat bereits 2007 einen tourismuspolitischen Handlungsrahmen (TPH) erstellt und 2015 weiterentwickelt.

Unter anderem wurde durch Vergleich von vielen Tourismusregionen bundesweit ermit-

telt, welche Voraussetzungen eine Destinations- und Marketingorganisation (DMO) erfüllen muss, um erfolgreiches Tourismusmarketing durchzuführen. Damals wurden elf Regionen in Hessen als Destinationen definiert. Für die Destination Rheingau wurde die Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH als DMO eingesetzt. Mit der Unterstützung der Destinationen bei der Umsetzung des TPH wurde der Hessische Tourismusverband beauftragt.

Der TPH sieht vor, dass eine DMO mit mindestens sieben Mitarbeiterstellen (Vollzeit-äquivalente) auszustatten ist, die überwiegend mit im Tourismus ausgebildeten Fachkräften besetzt sein sollen. Gleichzeitig soll die DMO über ein Budget von mindestens 800 Tsd.-Euro für die Umsetzung von Marketingaktivitäten verfügen. Die Erfüllung dieser Kriterien soll die Leistungsfähigkeit der DMO stärken und erweitert die Möglichkeiten der Vermarktung im Sinne der gesamten Region und der einzelnen Kommunen, im Sinne der touristischen Leistungsträger und allem voran den Gästen aus nah und fern.

Anfang 2018 beauftragte der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises die Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes für den Kreisteil Rheingau und den Kreisteil Untertaunus. Die Konzepte wurden dem Kreistag im Februar 2019 vorgelegt und von diesem beschlossen.

Gleichzeitig konnte in 2018 mit Unterstützung des Hessischen Tourismusverbandes ein Konzept zur Destinationsentwicklung im Rheingau begonnen werden. Für beide Ausarbeitungen konnte auf gleichartige Daten und eine gemeinsame Zielrichtung zurückgegriffen werden.

Die seit Anfang 2019 durchgeführte Fortsetzung der Destinationsentwicklung basiert daher auf dem Tourismuskonzept des Kreises und dem tourismuspolitischen Handlungsrahmen.

Ziel ist die Beibehaltung des Status „Destination Rheingau“, um weiterhin auf Landes- und auch auf Bundesebene in der Kommunikation, Präsentation und werbewirksamen Darstellung bei Messen, Veranstaltungen und weiteren Themenfeldern vertreten zu sein.

Zusätzlich hat das Land Hessen den Destinationen, die die Kriterien des TPH erfüllen, eine projektbezogene Fördersumme von 125.000,00 Euro jährlich in Aussicht gestellt.

Im Rahmen der Konzeptentwicklung wurde von den größten tourismusbezogenen Organisationen im Rheingau (RTKT GmbH, RÜD AG, Rheingauer Weinwerbung GmbH und Zweckverband Rheingau) eine Soll-Ist-Analyse erstellt, die die Personaleinsatzstärke in den Handlungsfeldern und Aufgabenbereichen gemäß TPH untersuchte. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass aktuell bereits rund 6 Vollzeitäquivalente von den Organisationen für Destinationsaufgaben eingesetzt werden. Allerdings wurden auch Defizite, insbesondere in der Umsetzung des Markenmanagements und der Wegeinfrastruktur, deutlich. Die Ergebnisse wurden in unterschiedlichen Arbeitsgruppen und bei den Spitzen der touristischen Interessensgruppen präsentiert und diskutiert.

Schon zu Beginn der ersten Ausarbeitungen zeigte sich, dass die Finanzierung der DMO im Rheingau nicht ausreichend gegeben ist, so dass über eine Verbesserung der Finanzausstattung nachgedacht werden muss. Neben der Erhöhung von Marketingumlagen der Gesellschafter, höheren Zahlungen der Rheingau-Kommunen oder Einwerbung von Sponsorengeldern ermöglicht das kommunale Abgabengesetz (KAG) inzwischen die Erhebung eines Tourismusbeitrages in zertifizierten Tourismusorten. Die sieben im Gebiet des Rheingau-Taunus-Kreises gelegenen Rheingau-Kommunen sowie die Stadt Hochheim am Main erfüllen alle Kriterien für eine Anerkennung als Tourismusort und haben die Anerkennung bereits bekommen bzw. erhalten diese voraussichtlich im ersten Quartal 2020.

Zur Sicherstellung der Finanzierung haben die Interessenvertreter sich für die Einführung einer rheingauweit einheitlichen, vom privatreisenden Gast zu tragende, Tourismusabgabe ausgesprochen. Die dazu notwendigen Verwaltungsschritte wurden im Spätherbst 2019 begonnen und sollen bis zur Sommerpause 2020 abgeschlossen sein.

Auch der Ausbau und die Weiterentwicklung der bereits seit vielen Jahren gepflegten Zusammenarbeit mit der Stadt Frankfurt am Main und die Kooperation mit der Region Frankfurt Rhein-Main, mit der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie der Region Rheinhessen bieten Chancen auf eine zu Gunsten des Gastes verbesserte und möglicherweise einheitlichere Angebotsstruktur. Die Verzahnung von Städte- und Tagungstourismus aus dem nahegelegenen Ballungsraum Rhein-Main mit den Erholungsangeboten sowie Wander- und Genussmöglichkeiten im Rheingau schaffen Raum für neue Angebote nicht nur für bisher etablierte Zielgruppen, sondern auch für die Erschließung weiterer Gästegruppen. Vom Land Hessen wurde auf Basis des TPH der strategische Marketingplan 2019 – 2024 entwickelt. Dieser greift unter anderem auch die Verbindung von urbanen Strukturen und ländlichem Raum als Möglichkeit der Attraktivierung auf. Der Marketingplan wird zu Beginn des Jahres 2020 der breiten interessierten Öffentlichkeit vorgestellt [2].

Dennoch ist aufgrund der geografischen Lage und den begrenzten räumlichen Gegebenheiten im Rheingau eine Ausweitung der Übernachtungskapazitäten nur in Maßen möglich. Nach wie vor werden die vorhandenen Übernachtungsmöglichkeiten von den Gästen hauptsächlich am Wochenende genutzt, so dass durch die Entwicklung von Programmbausteinen, Veranstaltungen und Erlebnissen unter der Woche die Chance ausgeht, in der Zeit von Sonntag bis Donnerstag die Übernachtungszahlen zu steigern und weitere Wirtschaftskraft in die Region zu holen.

Gleichzeitig zur Erstellung des Tourismuskonzeptes für den Rheingau wurde unter Federführung des Rheingau-Taunus-Kreises auch ein Konzept für die Region Untertaunus erstellt. Das Konzept sieht die künftige Vermarktung der Untertaunus-Kommunen durch die für die Destination „Taunus“ zuständigen Destinations- und Marketingorganisation „Taunus Touristik Service e.V.“ vor. Dazu ist der Rheingau-Taunus-Kreis im Sommer 2019 als Mitglied dem TTS beigetreten. Die im Rheingau-Taunus-Kreis gelegenen Untertaunus-Kommunen können sich nun ohne

eine eigene Mitgliedschaft im TTS zu besitzen von der Marketingorganisation betreuen lassen.

5. Risiken der künftigen Entwicklung

Solange die Finanzierung der RTKT als DMO nicht grundlegend verbessert wird, ist ein marktgerechtes und leistungsstarkes Marketing für die Region nicht zu erfüllen.

Die Einführung der oben beschriebenen Tourismusabgabe ist eine Möglichkeit zur Schaffung der finanziellen Ressourcen für die künftige Arbeit.

Die Entscheidung über die Einführung der Tourismusabgabe und die entsprechende Verwendung der eingenommenen Mittel obliegt allerdings nicht der RTKT selbst, sondern den jeweiligen Kommunalparlamenten in den insgesamt neun Rheingau-Kommunen. In Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Rheingau und enger Abstimmung mit den Städten Hochheim am Main und Flörsheim am Main sollen die Fragen der Kommunalpolitiker geklärt werden und jeweils eine einheitliche Satzung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dennoch bleiben die Kommunalpolitiker frei in Ihrer Entscheidung über die Einführung oder Ablehnung einer Tourismusabgabe in ihrer Kommune.

Sollte es nicht gelingen die vom Land Hessen geforderten Kriterien für eine Destination zu erfüllen, wird die Vermarktung der Region künftig als „touristische Arbeitsgemeinschaft“ (TAG) erfolgen. Die unter 4. beschriebenen Chancen der Destination sind dann nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen zu realisieren. Ergänzend wären mögliche Schritte zur Bildung einer gemeinsamen Destination mit der Landeshauptstadt Wiesbaden oder dem Anschluss an die Destination Frankfurt Rhein-Main zu prüfen.

[1] **Tourismuspolitischer Handlungsrahmen Hessen 2015; Hrsg.: Hessisches Ministerium**

für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Strategischer Marketingplan Hessen 2019-2024; Hrsg.: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Keine.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Das negative Jahresergebnis hat kurzfristig keine Auswirkungen auf den Kreishaushalt.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

XI. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

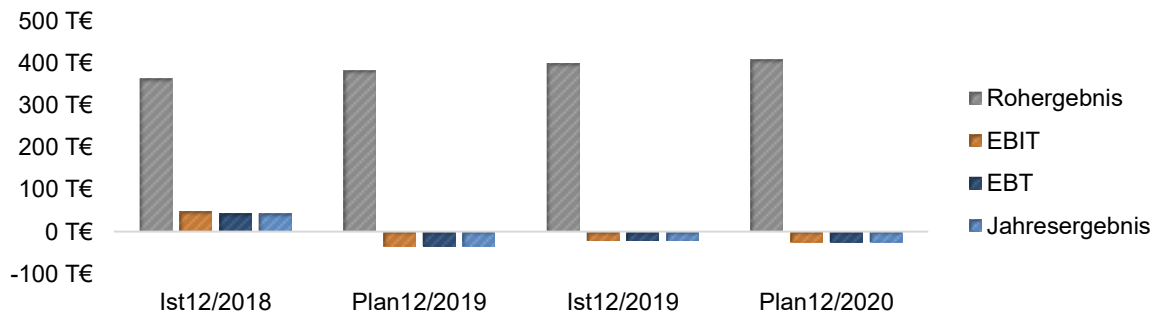
Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

XII. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des negativen Jahresergebnisses sank die Eigenkapitalquote von 60,0 % um 0,8 % auf 59,2 %. Die Fremdkapitalquote stieg um 0,8 % von 40,0 % auf 40,8 %.

XIII. KENNZAHLEN

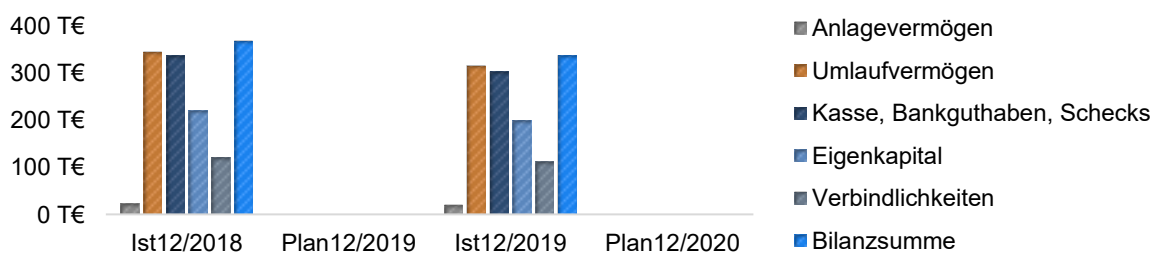
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	371	361	401	383
Sonstige betriebliche Erträge	7	31	10	28
Gesamtleistung	378	392	411	412
Materialaufwand	15	8	11	3
Rohergebnis	363	384	400	409
Personalaufwand	154	180	178	191
Sonstige betriebliche Aufwendungen	156	233	236	237
Abschreibungen	5	5	6	6
EBIT	48	-35	-21	-25
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	0	0	0
EBT	43	-35	-21	-25
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-	0	0
Ergebnis nach Steuern	43	-35	-21	-25
Sonstige Steuern	-	0	0	-
Jahresergebnis	43	-35	-21	-25

Bilanz

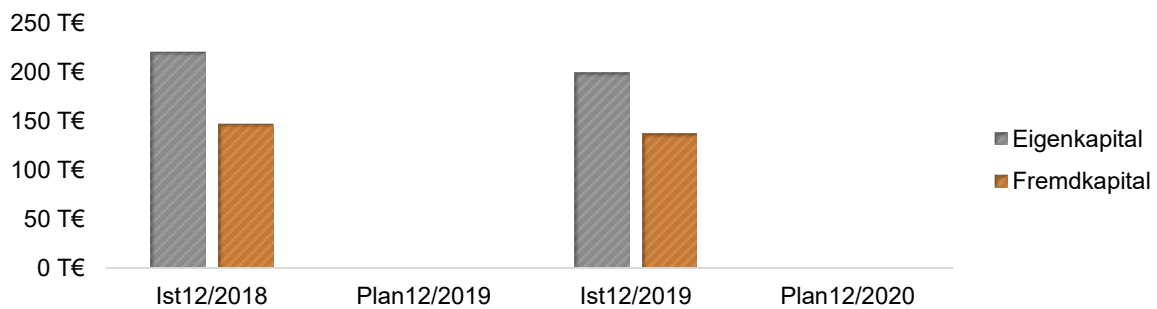


Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	23	20
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	1
Sachanlagen	21	19
Umlaufvermögen	344	314
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8	12
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	6
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	7	6
Kasse, Bankguthaben, Schecks	336	302
Rechnungsabgrenzungsposten	-	2
Bilanzsumme	367	336

Passiva		
Eigenkapital	220	199
Gezeichnetes Kapital	178	178
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-2	41
Jahresergebnis	43	-21
Rückstellungen	27	25
Verbindlichkeiten	120	112
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15	7
Sonstige Verbindlichkeiten	105	104
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Bilanzsumme	367	336

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in %)	40,8	46,0	43,4	46,4
Finanzergebnis	-5	0	0	0
Eigenkapital	220	-	199	-
Fremdkapital	147	-	137	-
Eigenkapitalquote (in %)	60,0	-	59,2	-
Fremdkapitalquote (in %)	40,0	-	40,8	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

6.4. kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Martin-Luther-Str. 13
65307 Bad Schwalbach
Tel.: 0612470840

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 28.01.1949

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsverversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck)

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheim und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsverversorgung von breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck).

Kapital:

Stammkapital	17.406.567
--------------	------------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	- / 29,66% / 29,66%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Joest Ditmar

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Christian Aßmann

Herr Daniel Bauer

Herr Volker Diefenbach

Herr Marco Eyring(01.03.2019)

Herr Michael Heil (bis 31.08.2019)

Herr Jürgen Helbing

Herr Christian Herfurth

Herr Markus Hies

Herr Martin Hußmann

Herr Landrat Frank Kilian

Herr Manfred Kohl

Herr Jan Kraus

Herr Patrick Kunkel

Herr Volker Mosler

Herr Joachim Reimann

Herr Matthias Rudolf (ab 01.08.2019)

Herr Udo Scheliga (bis 16.04.2019)

Herr Michael Schlepper (bis 28.02.2019)

Herr Winfried Steinmacher

Herr Kay Tenge (ab 05.09.2019)

Herr Sandro Zehner

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Michael Heil (bis 04.09.2019)

Herr Landrat Frank Kilian

Herr Manfred Kohl

Herr Patrick Kunkel

Herr Udo Scheliga (bis 16.04.2019)

Herr Kay Tenge (ab 05.09.2019)

Herr Sandro Zehner

Vorsitz

Herr Christian Herfurth

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Stadt Idstein	5.259.000,00 €	30,21 %
RTK Holding GmbH	5.162.200,00 €	29,66 %
Stadt Taunusstein	2.760.067,00 €	15,86 %
Stadt Eltville	900.500,00 €	5,17 %
Gemeinde Hünstetten	658.300,00 €	3,78 %
Stadt Oestrich-Winkel	602.900,00 €	3,46 %
Gemeinde Niedernhausen	398.900,00 €	2,29 %
Stadt Bad Schwalbach	348.900,00 €	2,00 %
Stadt Rüdesheim	286.000,00 €	1,64 %
Stadt Lorch	209.000,00 €	1,20 %
Gemeinde Schlangenbad	162.400,00 €	0,93 %
Gemeinde Aarbergen	113.700,00 €	0,65 %
Stadt Kiedrich	114.000,00 €	0,65 %
Gemeinde Hohenstein	110.600,00 €	0,64 %
Gemeinde Walluf	107.000,00 €	0,61 %
Gemeinde Heidenrod	94.800,00 €	0,54 %
Gemeinde Waldems	70.700,00 €	0,41 %
Stadt Geisenheim	47.600,00 €	0,27 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist in 2019 im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,6 % und liegt damit unter dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von +1,3 %⁽²⁾.

Der Blick auf die Sektoren zeigt ein geteiltes Bild: Einerseits verzeichneten die Dienstleistungsbereiche und das Baugewerbe überwiegend kräftige Zuwächse. In Bauten wurde

preisbereinigt 3,8 % mehr investiert als ein Jahr zuvor. Besonders stark war der Anstieg im Tiefbau und im Wohnungsbau. Ebenso blieb der Konsum eine stabile Stütze der Konjunktur. Die privaten Konsumausgaben stiegen um 1,6 %, die Konsumausgaben des Staates um 2,5 %. Belastet wurde die Wirtschaftsleistung vor allem durch die Industrie. So ging die Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe), das rund ein Viertel der Gesamtwirtschaft ausmacht, um 3,6% zurück. Zudem belasten die Handelskonflikte sowie der zyklische Rückgang nach Investitionsgütern den Welthandel und die internationale Investitionstätigkeit ⁽²⁾.

Der Arbeitsmarkt hat sich in 2019 trotz der konjunkturellen Schwäche robust entwickelt, wobei der Beschäftigungsaufbau eine geringere Dynamik als in den Vorjahren aufwies. Erstmals waren im Jahresdurchschnitt in Deutschland mehr als 45 Millionen Erwerbstätige registriert. Der Anstieg von 0,9 % auf 45,3 Mio. beruht vor allem auf einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden laut Statistik in den Bereichen qualifizierte Dienstleistung, Gesundheitswesen und IT, während im verarbeitenden Gewerbe die Spuren der konjunkturellen Schwächephase sichtbar wurden und nur noch zu geringen Zuwächsen bzw. ersten Rückgängen führten. Im Dezember 2019 stieg die Arbeitslosigkeit erstmals seit sechs Jahren wieder im Jahresvergleich an und lag bei 4,9%⁽²⁾. Aufgrund des Lockdown infolge der Corona-Pandemie ist für die Jahre 2020 und 2021 mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Viele Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen und versuchen durch Inanspruchnahme von Soforthilfen und Kurzarbeitergeld Stellenabbau zu vermeiden.

Der Reallohnindex in Deutschland ist im Jahr 2019 um durchschnittlich 1,2 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Nominallöhne lagen im Jahr 2019 um 2,6 % über dem Jahreswert, dagegen stand der Anstieg der Verbraucherpreise um 1,4 %⁽³⁾. Im Jahresdurchschnitt 2019 fiel damit die Teuerungsrate deutlich niedriger aus als im Jahr zuvor (1,9%). Dies lag vor allem daran, dass sich

der Preisauftrieb bei Energie und Mieten verlangsamt. Dagegen stieg die Rate ohne die beiden volatilen Komponenten Energie und Nahrungsmittel geringfügig auf 1,4% an (3).

Das statistische Bundesamt geht nach aktuellen Schätzungen davon aus, dass Ende 2019 rund 83,2 Mio. Menschen in Deutschland gelebt haben und somit einen neuen Höchststand erreicht. Allerdings wuchs die Bevölkerung mit einem Anstieg von 200 Tsd. im Vergleich zu den Vorjahren schwächer. Die Zunahme ist allein auf die Nettozuwanderung zurückzuführen, die das Geburtendefizit überkompensiert (4).

Die EZB hat den Leitzins seit 2016 auf 0,0 % belassen. Infolgedessen ist das Baugeld günstig. Haushalte müssen über alle Laufzeiten hinweg einen durchschnittlichen Zinssatz von rund 1,28% zahlen. Dies begünstigt Investitionen in den Wohnungsbestand (1). Diese Marktlage eröffnet den Unternehmen des Baugewerbes derzeit erhebliche Preissetzungsspielräume. Etwas bremsen dürften die in Teilen langsamen Baugenehmigungen und die fortwährende Debatte um den Mietendeckel.

In 2019 wurden rund 311 Tsd. neu zu errichtende Wohnungen in Deutschland genehmigt. Das waren 3,0% mehr als im Jahr 2018. Trotz hoher Genehmigungszahlen konnte auch im Jahr 2019 der Jahresbedarf an neuen Wohnungen nicht erreicht werden (5).

Quelle (1): Statista, Studie BIP 2005-2019; Prognose Bundesregierung bis 2024 v. 30.04.2020

Quelle (2): Statistisches Bundesamt (Destatis), Pressemitteilung Nr. 18 v. 15.01.2020; Deutsche Bundesbank 02/2020

Quelle (3): Statistisches Bundesamt (Destatis); Pressemitteilungen Nr. 110 v. 25.03.2020

Quelle (4): Statistisches Bundesamt (Destatis), Pressemitteilung Nr. 22 v. 17.02.2020

Quelle (5): Baulinks

Wohnungsmarkt in Hessen

Der Wohnungsmarkt in Hessen wird nicht nur durch Bevölkerungszuwächse aufgrund von

Zuwanderung und einem Anstieg der Haushaltszahlen, sondern auch durch die altersstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung und der damit einhergehenden Anforderungen geprägt. Es fehlen jährlich bis zu 37.000 Wohnungen. Diese Lücke zwischen Bedarf und Angebot und die damit einhergehende Entwicklung der Wohnungsmieten bzw. Kaufpreise tragen nach wie vor zu einer starken Beunruhigung des Marktes bei. Im ersten Halbjahr 2019 hat sich dies insbesondere in der bundesweiten Diskussion um die „Enteignung von Wohnungsunternehmen“ niedergeschlagen. Erschwert wird die Lage dadurch, dass die Zahl der Baugenehmigungen und Fertigstellungen auch im Jahr 2019 hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Stetig steigende Baukosten und fehlende Kapazitäten des Bauhauptgewerbes verschärfen die Situation zusätzlich.

Für das originäre Handlungsfeld der **kwb**, den geförderten Wohnungsbau, bietet das Land Hessen Förderprogramme um Bestandhalter und kommunale oder kreiseigene Wohnungsgesellschaften zum Bau bezahlbarer Wohnungen zu bewegen. Eine vertretbare Kostenmiete kann trotz Nutzung der Förderkulisse nur mit einer deutlich über der Mindestbeteiligung von 10.000 EUR/Wohneinheit (WE) liegenden Beteiligung der Kommunen dargestellt werden. Dies ist im Rheingau-Taunus-Kreis bei knappen kommunalen Haushalten schwierig. Nichtsdestotrotz hat der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises in seiner Sitzung vom 30.10.2019 beschlossen eine Eigenkapitalerhöhung in Höhe von 8,34 Mio. EUR bei der **kwb** durchzuführen, um so der Gesellschaft die Realisierung der sich derzeit in der Umsetzung befindlichen Projekte des öffentlich geförderten Wohnungsbaues zu ermöglichen.

Der Verdrängungswettbewerb in den Städten führt unverändert zu einer spürbar erhöhten Nachfrage in den gut erschlossenen Randlagen. Das gilt auch für den Rheingau-Taunus-Kreis, der von den Entwicklungen des Ballungsraumes Rhein-Main, aber insbesondere des städtischen Großraumes Mainz / Wiesbaden profitiert.

Entscheidender Faktor für Pendler ist dabei die Dauer der Fahrt von und zur Arbeit.

Der Rheingau-Taunus-Kreis als Ganzes ist nicht gut an das Netz der Bundesautobahnen und des Schienenverkehrs angebunden. Die langfristigen Sanierungsarbeiten an der Schiersteiner Brücke A643 und der Salzbachtalbrücke A66 behindern den Pendlerverkehr nachhaltig.

Die erwähnten Behinderungen im Individualverkehr können durch den öffentlichen Personennahverkehr nicht aufgefangen werden. Die anhaltende Diskussion um die Erweiterung der geplanten Citybahn Mainz / Wiesbaden incl. der Reaktivierung der Aartalbahn zwischen Wiesbaden und Bad Schwalbach zeigt, wie langwierig und schwierig sich eine rasche Umsetzung von verkehrsentlastenden Maßnahmen gestaltet.

Kurzfristige Entlastung ist von dieser Seite sicher nicht zu erwarten. Für den Wohnungsmarkt der **kwb** ein Nachteil. Trotz dieser Nachteile war am Wohnungsmarkt des ganzen Rheingau-Taunus-Kreises, bis in die Regionen Aarbergen oder Heidenrod hinein, ein spürbarer Aufschwung zu verzeichnen.

Einige maßgebliche Daten für Hessen haben sich wie folgt entwickelt:

Immobilienkennzahlen für Hessen	2019	2018
Anstieg der Nettokaltmieten, um	1,6 Punkte	1,5 Punkte
Anstieg der Verbraucherpreise, um	1,3 Punkte	1,7 Punkte
Anzahl Baugenehmigungen für den Hochbau (Geschosswohnungsbau, mehr als 3 Wohnungen)	1.400 Stk.	1.130 Stk.
Anzahl Baugenehmigungen für den Fertigteilbau (Geschosswohnungsbau, mehr als 3 Wohnungen)	256 Stk.	94 Stk.
Anstieg Baupreisdindex für Wohngebäude	4,7 Punkte	4,6 Punkte

Quelle (8): Statistisches Bundesamt (Destatis); Pressemitteilungen 03-05/2020

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2019 war durch intensive Bau- und Finanzierungstätigkeit geprägt. Es wurden zwei Bauvorhaben mit einem Investitionsvolumen von rund 54,5 Mio. EUR auf den Weg gebracht. Die in dem Zusammenhang abgeschlossenen Neufinanzierungen über 37,1 Mio. EUR sichern die für den Bau von insgesamt 129 Sozialwohnungen und sieben Gewerbeeinheiten notwendige Liquidität. Das Land Hessen beteiligt sich mit Förderdarlehen

Die Bilanzsumme stieg zum Stichtag 31. Dezember 2019 um 10.111,8 TEUR (8%) auf 141.068,4 TEUR an. Die im Anlagevermögen gehaltenen Immobilien weisen zum Ende 2019 einen Buchwert von 129.753,9 TEUR (VJ 119.391,1 TEUR) aus und stellen damit nach wie vor den größten Aktivposten dar. Korrespondierend dazu sind die Finanzverbindlichkeiten um 7.449,4 TEUR (9%) auf 90.924,7 TEUR auf der Passivseite angestiegen.

Maßgeblich für die Veränderungen des Sachanlagevermögens sind die laufenden und fertiggestellten Bauvorhaben. Die Fertigstellung von 3 Objekten führte zu einem Anstieg bei den Wohnbauten um 6.477,2 TEUR auf 115.189,2 TEUR (VJ 108.712,0 TEUR), während die laufenden Baumaßnahmen zu einer Erhöhung der Anlagen im Bau um 4.825,4 TEUR auf 11.0330 TEUR (VJ: 6.207,6TEUR) führten

Das Umlaufvermögen (incl. Rechnungsabgrenzungsposten) hat sich um – 257,5 TEUR infolge der Inanspruchnahme von Bausparguthaben vermindert.

Das Eigenkapital ist infolge des positiven Jahresergebnisses auf 40.684,8 TEUR (VJ: 39.049,6 TEUR) angestiegen. Die Eigenkapitalquote ist investitionsbedingt zum Stichtag dennoch um 0,98% auf 28,84 % (VJ: 29,82 %) gesunken.

Finanzlage

Unser Finanzmanagement sorgt dafür, die Zahlungsfähigkeit der kwb jederzeit sicherstellen zu können und eine möglichst hohe Stabilität gegenüber externen Einflüssen zu erreichen. Die Liquiditätsplanung hat im Rahmen dessen eine hohe Priorität. Die Stetigkeit

unseres Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit erlaubt uns eine detaillierte Prognose an der wir unseren Mitteleinsatz und bedarf ausrichten können. Den Finanzierungsbedarf decken wir klassisch über Bank- und Förderdarlehen ab.

in TEUR	2019	2018
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	6.250,7	6.272,7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	12.675,2	5.466,3
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	5.861,1	462,6
Zahlungswirksame Veränderungen	- 563,4	1.269,0
Finanzmittel-fond zum 31. Dezember	5.712,5	6.275,9

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich trotz der durch das letztjährige Verkaufsprogramm abgehenden Mieterlöse auf dem Niveau des Vorjahres gehalten. Dies ist zum Teil durch Kompensationseffekte aus Erst- und Neuvermietungen von Neubauten bzw. vormals strukturellen Leerständen sowie auf rückläufige Mittelabflüsse für betriebliche Ausgaben zurückzuführen. Der konstant positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit versetzt die kwb in die Lage die planmäßigen Zins- und Tilgungsleistungen - 4.451,7 TEUR zu bestreiten und einen Teil der Investitionstätigkeit eigen zu finanzieren.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit spiegelt das umfangreiche Bau- und Modernisierungsprogramm wider. In Neubauvorhaben haben wir 11.117,9 TEUR und in unseren Bestand 2.447,6 TEUR investiert. Dies führte insgesamt zu einem Mittelabfluss von - 12.675,2 TEUR.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit weist in diesem Jahr einen Überhang der Mit-

telzuflüsse von 5.861,1 TEUR aus. Den Darlehensaufnahmen von 11.498,8 TEUR standen Zins- und Tilgungsleistungen für Darlehen in Höhe von - 4.451,7 TEUR sowie Darlehensrückzahlungen von - 1.094,9 TEUR gegenüber.

Die jährliche Annuität ist gegenüber dem Vorjahr um 107,5 TEUR auf 4.451,7 TEUR gestiegen. Der Tilgungsanteil entspricht mit rund 2,9 Mio. EUR (VJ: 2,9 Mio. EUR) bezogen auf den Nominalbetrag insgesamt 2,4 % (VJ 2,6 %).

Wir schließen unsere Finanzierungen grundsätzlich langfristig über meist 15 – 30 Jahre ab. Dadurch bleibt unsere durchschnittliche Restlaufzeit mit rund 27 Jahren stabil und wir sichern uns gegen das Zinsänderungsrisiko ab. Zum Stichtag waren 77% (VJ 80%) unserer Finanzschulden langfristig.

Der Verschuldungsgrad (Finanzverbindlichkeiten abzgl. Bankguthaben / Sachanlagevermögen) betrug zum Stichtag 67,8 % (VJ: 68,1 %).

Ertragslage

Die **kwb** hat im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.635,3 TEUR (VJ: 3.092,4 TEUR) erzielt und liegt damit deutlich über den Planwert von 865,0 TEUR, aber auch deutlich unter dem Vorjahreswert.

Das Jahr 2018 wurde durch Gewinne aus dem Immobilienverkaufsprogramm in Höhe von 1.648,1 TEUR beeinflusst. Nach Bereinigung des Vorjahresergebnisses um diesen Sondereffekt (JÜ bereinigt 1.444,3 TEUR) ergibt sich für das Jahr 2019 gegenüber 2018 eine Ergebnisverbesserung um 191,0 TEUR.

Die Abweichung zwischen dem Jahresergebnis 2019 und dem Planwert in Höhe von 770,3 TEUR, ist das Ergebnis mehrerer Effekte, die zum Teil kompensatorisch aufeinander einwirken. Den größten Einfluss haben die Hausbewirtschaftungskosten, die mit 654,6 TEUR unter dem Planwert von 7.914,5 TEUR liegen. Dies ist insbesondere auf den um 662,0 TEUR (Plan 1.100,0 TEUR) geringeren Modernisierungsaufwand zurückzuführen. Die kwb hat im Geschäftsjahr 2019 verstärkt Investitionen in den Immobilienbestand

durchgeführt und den Fokus von den ursprünglich geplanten Kleinmodernisierungsmaßnahmen genommen. Ferner wurde das Modernisierungskonzept dahingehend verändert, dass nicht mehr ausschließlich das Gesamtobjekt modernisiert wird, sondern bereits einzelne Leerstandwohnungen. Durch dieses Vorgehen soll die Vermietbarkeit der Wohnungen und konstante Mieterträge sichergestellt werden.

Daneben hatten die um 190,9 TEUR (Plan 176,0 TEUR) höheren sonstigen betrieblichen Erträge sowie die um 183,9 TEUR geringeren Personalkosten (Plan 2.519,0 TEUR) positiven Einfluss auf das Ergebnis. Geringere Mieteneinnahmen in Höhe von 449,8 TEUR (Plan 16.541,1 TEUR) sowie um 114,8 TEUR (Plan 1.471,2 TEUR) höhere Zinsaufwendungen wirkten ergebnismindernd entgegen.

Unser Verkaufsprogramm aus dem Vorjahr und eine leicht höhere Fluktuation haben dazu geführt, dass die Leerstandquote von 3,00% Ende 2018 auf 3,43% Ende 2019 angestiegen ist. Entgegen dieser Entwicklung hat die **kwb** mit 11.953,6 TEUR (VJ 11.875,8 TEUR) insgesamt 77,8 TEUR mehr Sollmieten als im Jahr 2018 erwirtschaftet. Das ist auf die Bereitstellung von neuem Wohnraum als auch auf Mieterhöhungen zurückzuführen. Dass die Bruttomieten insgesamt hinter den Erwartungen von 16.446,8 TEUR und mit 15.991,2 TEUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres (16.112,9 TEUR) geblieben sind, resultiert aus den verspäteten Fertigstellungen unserer Neubauten und aus Effekten aus der Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2018 (133,8 TEUR). Für das Jahr 2020 zeichnet sich bereits eine positive Entwicklung bei den Neu- und Bestandsvermietungen ab. Bis Ende Mai 2020 wurde die Leerstandquote auf 2,89% abgebaut.

Trotz des erhöhten Finanzierungsbedarfs liegt der Zinsaufwand mit 1.586,1 TEUR nur leicht über dem Vorjahreswert von 1.547,6 TEUR. Aufgrund von Verzögerungen bei unseren Bauvorhaben fielen für einige Darlehen Bereitstellungszinsen an, so dass wir unseren Planwert 1.471,2 TEUR um 114,9 TEUR überschritten haben. Nach wie vor profitiert die **kwb** bei Refinanzierungen bzw. Darle-

hensneuaufnahmen vom anhaltenden Niedrigzinsniveau. Der Durchschnittszins der Finanzverbindlichkeiten hat sich auf 1,74 % (VJ 1,85%) reduziert. Die durchschnittliche Fremdkapitalverzinsung beträgt 1,58 % (VJ: 1,68 %).

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Siehe oben.

VI. AUSBLICK:

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die durch die Corona-Pandemie ausgelösten wirtschaftlichen Entwicklungen und ihre rezessiven Tendenzen können hinsichtlich Ihrer Auswirkungen auf die **kwb** gegenwärtig nur schwer beurteilt werden. Sachverhalte wie beispielsweise die zunehmende Knappheit von baurelevanten Rohstoffen (Sand, Kies, Kupfer) sowie die Internationalisierung des deutschen Wohnungsmarktes und dessen Attraktivität für ausländische Anleger, beeinflussen das Geschäftsfeld der **kwb** nachhaltig. So steigen bereits seit Jahren die Baukosten, die am Investmentmarkt über Kaufpreiserhöhungen weitergegeben werden, bei Bestandshaltern wie der **kwb** aber nicht durch entsprechende Mieterhöhungen kompensiert werden und somit zu herausfordernden Liquiditätslage führen können.

Die Bevölkerungsentwicklung im Rheingau-Taunus-Kreis war im Jahr 2019 noch leicht positiv. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren nach Einschätzung des RTK abschwächen. Ab 2025 wird seitens des Kreises ein beginnender Rückgang erwartet. Aus Sicht der **kwb** stellt sich der Sachverhalt folgendermaßen dar:

Wesentliche Impulse zur Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung hat in der jüngeren Vergangenheit das Forschungsinstitut empirisch ag - Forschung und Beratung, Berlin gesetzt. Nach aktuellen Untersuchungen ist das Wanderungsverhalten getrennt nach Alterskohorten zu beurteilen. Dabei wird unterschieden in 1. Ausbildungswanderung 2. Berufsanfängerwanderung 3. Siedlungswande-

rung 4. Mittelalterwanderung 5. Altenwanderung. Bei keiner Kohorte schneidet der Rheingau-Taunus-Kreis dabei schlecht ab, bei der entscheidenden Altersgruppe „Settelment“ steht er sogar in der Spitzengruppe (9).

Ob sich dieser aktuell positive Sachverhalt zu einer nachhaltig positiven Entwicklung verstärkt, hängt unserer Einschätzung nach davon ab, wie gut es gelingt den Rheingau-Taunus-Kreis verkehrlich, sowohl in Hinblick auf den Individualverkehr, als auch auf den öffentlichen Personennahverkehr, an das Rhein-Main-Gebiet anzuschließen. Diese Fragestellung wird sich auf die wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und insbesondere auf die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt auswirken. Die Wohnungsnachfrage im Rhein-Main-Gebiet übersteigt das Angebot. Ein Ausweichen auf die gut erschlossenen Ränder ist die Folge.

Quelle (7): Statistik Rheingau-Taunus-Kreis, Bevölkerungsentwicklung 2014-2030

Zum Stand des Vorhabens „Am Eichert 41+43, Hünstetten-Wallbach“ hat die zuständige Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass die Staatsanwaltschaft ein Gutachten zwecks Beurteilung des Sachverhalts in Auftrag gegeben hat.

Ausblick auf 2020

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet die **kwb** eine Steigerung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung auf ca. 16,7 Mio. EUR und einen voraussichtlichen Jahresüberschuss von 1,0 Mio. EUR. Bei der Planung für 2020 wurde berücksichtigt, dass zwei Bau- und ein Modernisierungsvorhaben abgeschlossen und ab Mitte des Jahres der Vermietung zugeführt werden können. Diesen Erlösen stehen vor allem die Aufwendungen zur Durchführung des operativen Geschäfts bzw. zur Finanzierung gegenüber. Der Zinsaufwand wird wegen der Neufinanzierungsvolumina auf 1,6 Mio. EUR ansteigen.

Die **kwb** hat im Jahr 2018 ein Investitionsprogramm begonnen, nach dessen Umsetzung im Jahr 2023 rund 70,4 Mio. EUR in den Bestand geflossen und insgesamt 184 Wohnungen und 10 Gewerbeeinheiten fertiggestellt sein werden. Bereits in 2019 wurden zwei

Bauvorhaben mit insgesamt 27 Wohneinheiten dem Wohnungsmarkt zugeführt. Für das Jahr 2020 wird die Fertigstellung von 14 weiteren Wohneinheiten erwartet. Im ersten Quartal 2020 war der Baubeginn für zwei Großprojekte durch die 129 Wohneinheiten neu entstehen. Ihre Fertigstellung wird für Ende 2021 und 2022 erwartet.

Auch im Geschäftsjahr 2020 wird die **kwb** die Instandhaltung und Modernisierung der Bestandsimmobilien weitervorantreiben. Nach der Beendigung einer umfangreichen Modernisierung eines Objektes mit 9 Wohnungen Anfang des Jahres, werden wir im zweiten Halbjahr im Zuge einer seriellen Modernisierung 24 Wohnungen energetisch sanieren. Dieses Vorhaben generiert eine Investitionssumme von rund 3,0 Mio. EUR, die wir über Förderdarlehen der KfW-Bank finanzieren.

Auch für die Folgejahre sind bei der **kwb** Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen von jährlich rund 2,5 Mio. EUR geplant. Diese Investitionen werden die Ausstattungsstandards unserer Wohnungen und damit die Vermietbarkeit weiter verbessern. Die Arbeiten an diesem äußerst umfangreichen Maßnahmenpaket haben die **kwb** im Berichtsjahr und werden diese auch in den Folgejahren stark beanspruchen. Ziel ist es, zusammen mit den Städten und Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises, den Anforderungen des Wohnungsmarktes gerecht zu werden und qualitativ gute und bezahlbare Wohnfläche bereitzustellen.

Durch die kontinuierliche Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre ist die Bilanzsumme deutlich gestiegen. Nach der sich abzeichnenden Entwicklung wird das auch weiterhin der Fall sein. Die Gesellschafter und Gremien der **kwb** haben aufgrund dessen in 2019 den Grundstein für eine Eigenkapitalerhöhung in Höhe von 8,34 Mio. EUR gelegt, deren Umsetzung bis Ende des ersten Halbjahres 2020 erwartet wird. Ferner plant die **kwb** über ein Verkaufsprogramm ab 2021 weitere Finanzmittel für Investitionszwecke zu generieren.

In unserer Planung für das Geschäftsjahr 2020 gehen wir trotz der nur schwer einschätzbaren Folgen der Corona-Pandemie unveränderten rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen aus. Wir rechnen mit

einer positiven Unternehmensfortführung. Mögliche Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung sind angemessen berücksichtigt, bestandsgefährdende Risiken sehen wir derzeit nicht.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Es bestehen gegenüber der kwb GmbH folgende Bürgschaften (Inanspruchnahme bis zu):

kwb (Ausfallbürgschaft) 30.524,13 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 61.099,38 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 61.099,38 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 131.197,50 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 56.000,00 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 69.900,00 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 56.500,00 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 56.600,00 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 59.100,00 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 68.400,00 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 71.300,00 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 96.700,00 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 151.200,00 €

kwb (Ausfallbürgschaft) 13.191,71 €

Summe: 984.211,71 €

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen sind, mit Ausnahme bei einer andauernden hohen Investitionstätigkeit seitens der kwb, für den RTK weiterhin nicht zu erwarten.

In seiner Sitzung am 28.10.2019 beschloss der Kreistag daher folgende Maßnahmen zur Liquiditätsverbesserung und Eigenkapitalerhöhung der Kommunalen Wohnungsbau GmbH (kwb):

1. Gewährung einer zeitlich befristeten Liquiditätshilfe des RTK in Höhe von 2,0 Mio. € bis zum 3. Dezember 2020.

2. Kapitalerhöhung der RTK Holding in Höhe von 2,0 Mio. €.
3. Forderungsübergang Darlehen i.H.v. rd. 1,35 Mio. € vom RTK an die RTK Holding zur Eigenkapitalerhöhung bei der kwb.
4. Gewährung einer zeitlich befristeten Liquiditätshilfe der RTK Holding in Höhe von 2,0 Mio. € bis zum 31. Dezember 2020.
5. Stammkapitalerhöhung des RTK bei der RTK Holding in Höhe von 5,0 Mio. €, in gleicher Summe Erhöhung des Stammkapitalanteils bei der kwb.

Die Maßnahmen wurden erst im Wirtschaftsjahr 2020 vollzogen.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

XI. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

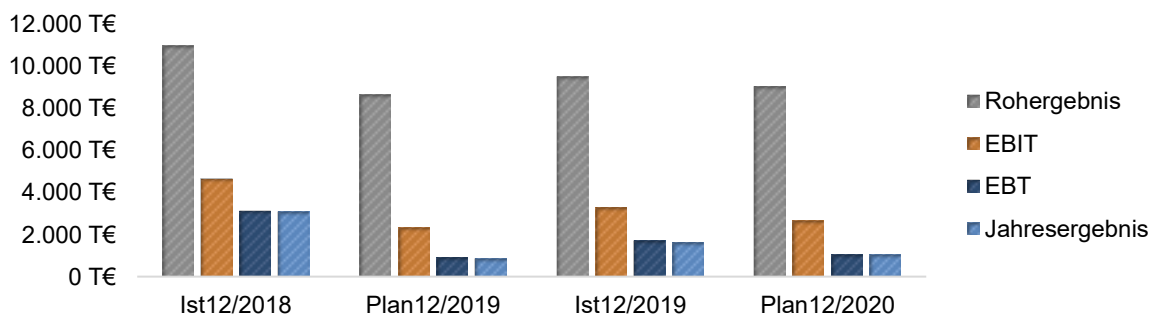
Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

XII. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund der hohen Investitionstätigkeit und der damit verbundenen Aufnahme von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sinkt die Eigenkapitalquote von 29,8 % um 1,0 % auf 28,8 %. Die Fremdkapitalquote steigt um 1,0 % von 70,2 % auf 71,2 %.

XIII. KENNZAHLEN

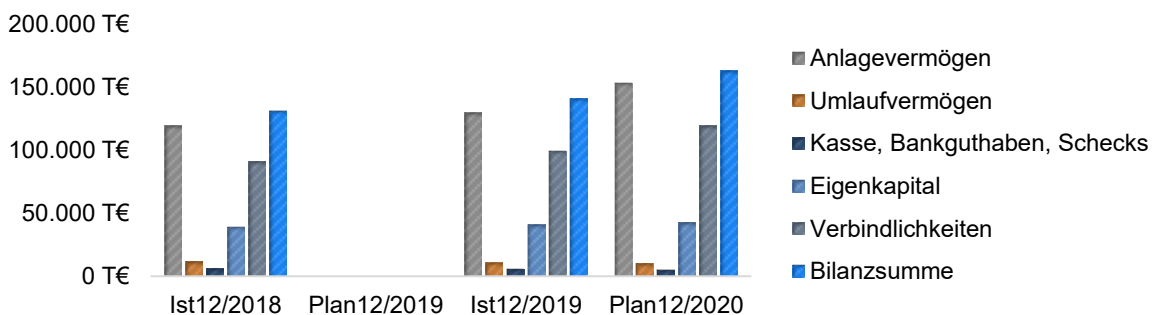
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	16.203	16.541	16.091	17.173
Erlösschmälerungen	-	-	-	460
Bestandsveränderungen	-249	-260	136	-240
Andere aktivierte Eigenleistungen	118	100	162	85
Sonstige betriebliche Erträge	1.883	176	367	200
Gesamtleistung	17.955	16.557	16.757	16.758
Materialaufwand	6.976	7.915	7.260	7.706
Rohergebnis	10.979	8.643	9.497	9.052
Personalaufwand	2.474	2.519	2.335	2.405
Sonstige betriebliche Aufwendungen	919	850	857	834
Abschreibungen	2.953	2.926	3.009	3.162
EBIT	4.633	2.347	3.295	2.651
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	-	11	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.548	1.460	1.586	1.612
EBT	3.100	887	1.720	1.049
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1	2	77	0
Ergebnis nach Steuern	3.102	885	1.644	1.049
Sonstige Steuern	9	20	8	12
Jahresergebnis	3.092	865	1.635	1.037

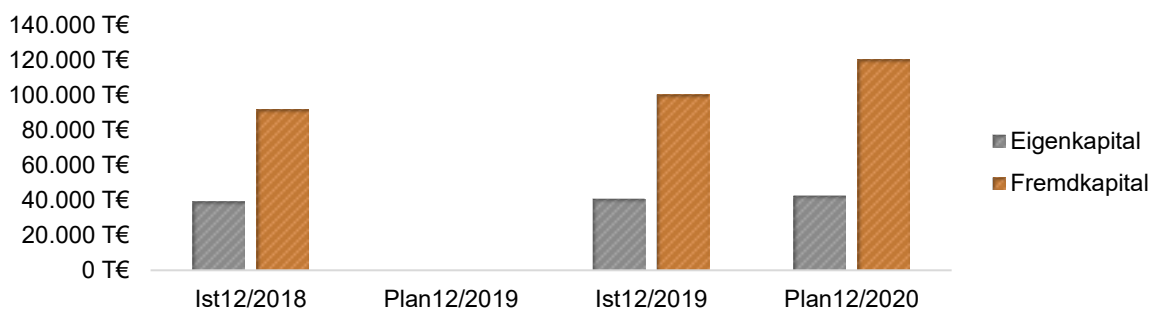
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	119.393	129.762
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	8
Sachanlagen	119.391	129.754
Finanzanlagen	1	1
Umlaufvermögen	11.405	10.870
Vorräte	4.540	4.669
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	589	488
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	259	220
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	-	12
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	330	256
Kasse, Bankguthaben, Schecks	6.276	5.712
Rechnungsabgrenzungsposten	158	436
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-	-
Bilanzsumme	130.957	141.068
Passiva		
Eigenkapital	39.050	40.685
Gezeichnetes Kapital	17.407	17.407
Kapitalrücklage	18.860	21.807
Rückstellungen	507	599
Verbindlichkeiten	90.591	99.063
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	79.595	90.925
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	5.383	5.376
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.363	2.730
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	3.881	-
Sonstige Verbindlichkeiten	337	-
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	33	33
Rechnungsabgrenzungsposten	809	721
Bilanzsumme	130.957	141.068

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in %)	13,8	15,2	13,9	14,4
Finanzergebnis	-1.533	-1.460	-1.575	-1.602
Eigenkapital	39.050	-	40.685	-
Fremdkapital	91.907	-	100.384	-
Eigenkapitalquote (in %)	29,8	-	28,8	-
Fremdkapitalquote (in %)	70,2	-	71,2	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

6.5. CityBahn GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Gartenfeldstraße 18, 65189 Wiesbaden
Tel.: (0611) 45022-450
Fax.: (0611) 45022-850
E-Mail: info@citybahn-verbindet.de
Webseite: www.citybahn-verbindet.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 03.08.2017

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft sind die Planung, der Bau (Bauleitung, Steuerung und Überwachung) und der Betrieb für die CityBahn Mainz - Wiesbaden - Bad Schwalbach (in Verbindung mit dem vorhandenen Mainzer Straßenbahnnetz).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Kapital:

Stammkapital	77.041 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	- / 25,47% / 25,47%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Mitglied

Herr Günther Döring Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH
Frau Eva Kreienkamp Mainzer Stadtwerke AG
Herr Prof. Dr.-Ing. Hermann Zemlin ESWE Verkehr

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Mainzer Stadtwerke AG	25.000,00 €	32,45 %
WVV Wiesbaden Holding GmbH	25.000,00 €	32,45 %
Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH	19.337,00 €	25,10 %
RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund	7.704,00 €	10,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Wirtschaftsbericht

Die CityBahn GmbH ist i. S. d. § 267a HGB eine Kleinstkapitalgesellschaft. Gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrages vom 07.12.2018 gelten jedoch die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften gemäß § 267 Abs. 3 HGB.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 77.041 € und ist wie folgt in vier Geschäftsanteile eingeteilt:

- die WVV Wiesbaden Holding GmbH hält einen Geschäftsanteil mit einem Nennwert von 25.000 €,
- die Mainzer Stadtwerke AG hält einen Geschäftsanteil mit einem Nennwert von 25.000 €,
- die Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH hält einen Geschäftsanteil mit einem Nennwert von 19.337 €,
- die Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH hält einen Geschäftsanteil mit einem Nennwert von 7.704 €.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Vorplanungsleistungen überwiegend durch die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH vorfinanziert und koordiniert. Die dafür angefallenen Kosten sowie laufenden Verwaltungskosten sind im

Jahresabschluss der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH enthalten. Die Kosten, die die anderen Gesellschafter und Verkehrsunternehmen betreffen, wurden an diese weiter verrechnet.

In der Bilanz stehen den Guthaben bei Kreditinstituten (76.685 €) sonstige Rückstellungen (5.245 €) und das Eigenkapital in Höhe von 71.276 € gegenüber. Zum Ende des Berichtsjahres beträgt die Eigenkapitalquote des Unternehmens 92,9 %.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft entspricht den Verhältnissen einer neugegründeten Gesellschaft, die ihre operative Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat. Da sich der Baubeginn entgegen der ursprünglichen Planung verzögert hat, verschieben sich die ursprünglich für 2019 geplanten Aufwendungen in die kommenden Jahre.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

Siehe oben.

VI. AUSBLICK:

Die Vorplanung für den Streckenabschnitt „Theodor-Heuss-Brücke bis Hochschule RheinMain“ der CityBahn in Wiesbaden ist abgeschlossen. Insgesamt erbrachte die Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) für die gesamte Strecke von Bad Schwalbach bis zur Hochschule Mainz den hohen NKU-Quotienten von 1,5. (Stand 2017). Dieser Wert, der sich insbesondere durch Linienänderungen noch verändern kann, belegt, dass bei der CityBahn der gesamtwirtschaftliche Nutzen die Kosten des Projekts deutlich übersteigt. Damit ist der Bau der CityBahn förderungsfähig und kann von Land und Bund bezuschusst werden. Die Untersuchung wurde nach einem standardisierten, vom Bundesverkehrsministerium vorgegebenen Bewertungsverfahren durchgeführt, welches Kriterien wie Reisezeiten von ÖPNV-Fahrgästen, vermiedene Pkw-Fahrten, Klima- und Umweltwirkungen, Verkehrssicherheitsaspekte sowie die Kosten des ÖPNV-Betriebs berücksichtigt und Auskunft über die Wirtschaftlichkeit des untersuchten Vorhabens gibt.

Die Gesellschaft soll zukünftig als Projektgesellschaft tätig werden und zunächst die Planung und den Bau der CityBahn für ihre Gesellschafter übernehmen. Auf Basis des Konsortialvertrages sind in 2020 noch abschließend die Modalitäten der Leistungserbringung, der Leistungsabrechnung und der Finanzierung der CityBahn GmbH zu vereinbaren.

Aufgrund der vorgesehenen Tätigkeit als Projektgesellschaft zum Bau einer Straßenbahnstrecke wird die Gesellschaft mit den branchentypischen Risiken in der Baubranche konfrontiert sein, die u. a. vom Risiko von Kostensteigerungen, Bauzeitverzögerungen, Auftragsnachträgen bis hin zu Rechtstreitigkeiten reichen. Durch die Zusammenarbeit mit der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH können die Erfahrungen der Mainzer Seite aus dem eigenen Straßenbahnstreckenbau genutzt und Risiken von vornherein gegengesteuert werden. Die Chancen liegen ebenfalls in der Zusammenarbeit der Gesellschafter und den daraus resultierenden Synergien und Effizienzen.

Die Gesellschafterversammlung vom 10. April 2019 beschloss den Wirtschaftsplan 2019 mit einem prognostizierten negativen Jahresergebnis in Höhe von 414 T€. Die Mittelfristplanung sieht Verluste für 2020 in Höhe von 261 T€ und 2021 in Höhe von 1,835 Mio. € vor.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Siehe Vorbericht.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Siehe Vorbericht.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

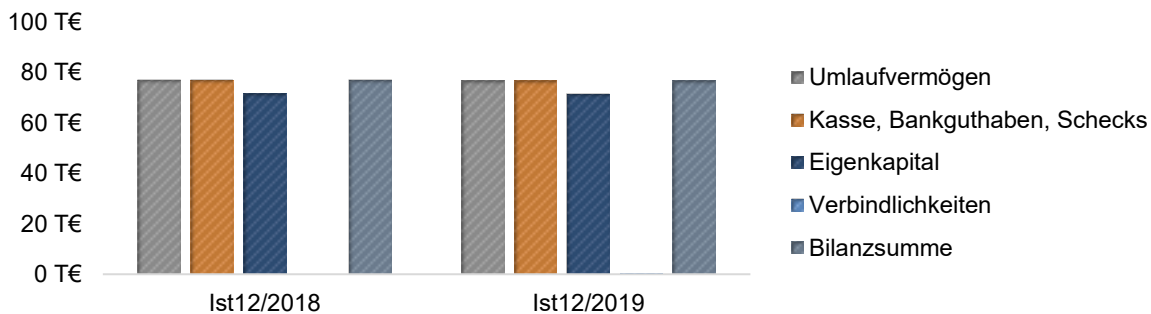
X. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Die Geschäftsführer sind unentgeltlich tätig.

XI. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Da die Projektgesellschaft CityBahn noch keine operative Tätigkeit aufgenommen hat, entfällt die Darstellung von Kennzahlen.

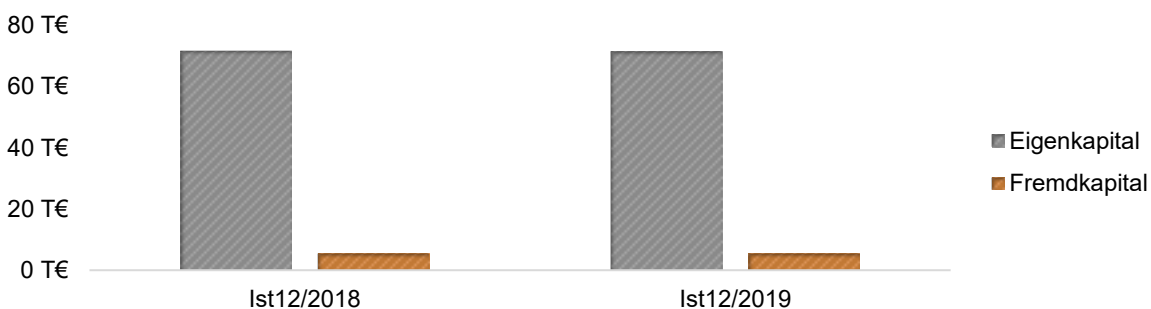
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	-	-
Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-
Sachanlagen	-	-
Finanzanlagen	-	-
Umlaufvermögen	77	77
Kasse, Bankguthaben, Schecks	77	77
Bilanzsumme	77	77
Passiva		
Eigenkapital	72	71
Rückstellungen	5	5
Bilanzsumme	77	77

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Eigenkapital	72	71
Fremdkapital	5	5
Eigenkapitalquote (in %)	93,0	92,9
Fremdkapitalquote (in %)	7,0	7,1

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

6.6. RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Alte Bleiche 5
65719 Hofheim a. Ts.
Tel.: 06192-29 40
Fax.: 06192-29 49 00
E-Mail: info@rmv.de
Webseite: www.rmv.de

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 18.05.1995

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Gesellschaft dient dem Zwecke die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs im Verkehrsverbund Rhein-Main sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr. Folgende Aufgaben werden wahrgenommen:

- Regionaler Schienen-/Buspersonennahverkehr,
- Verkehrsplanung, -konzeptionen und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinfo.
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Integriertes Plandatensystem

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, den ÖPNV in Hessen flächendeckend und bedarfsgerecht nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Sie bietet somit der Bevölkerung auch ohne eigenes Verkehrsmittel Mobilität. Über die Schnittstellen im Verbund mit den lokalen Verkehrsgesellschaften, den Nahverkehrsunternehmen sowie der Deutschen Bahn AG wird Mobilität hessenweit mit einer festgelegten Tarifstruktur geschaffen.

Kapital:

Stammkapital	690.244 €
--------------	-----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	- / 3,70% / 3,70%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Dr. André Kawai

Herr Knut Ringat

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

Beirat

Mitglied

Herr Thomas Brunke

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

26 Mitgesellschafter á 3,7 %	664.620,37 €	96,29 %
------------------------------	--------------	---------

RTK Holding GmbH	25.539,03 €	3,70 %
------------------	-------------	--------

Beteiligungen

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	12,45 %
---	---------

CityBahn GmbH	10,00 %
---------------	---------

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2018: 186.641,00 €, 2019: 198.334,76 €, 2020: 207.990,17 €, Plan 2021: 200.000,00 €.

VI. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

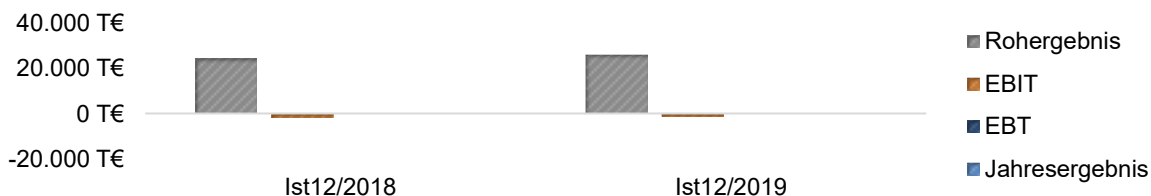
Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

VIII. KENNZAHLEN

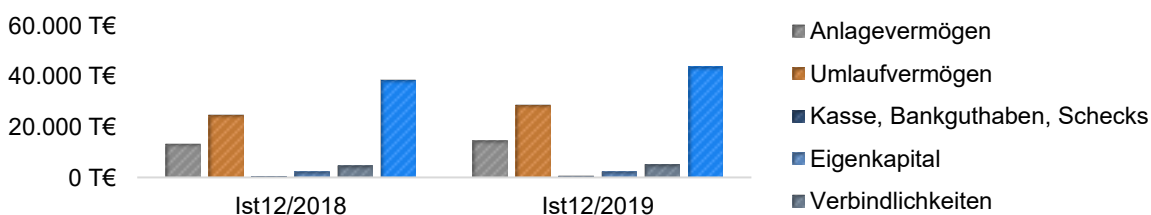
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	4.452	4.380
Erträge aus Zuwendungen	50.992	56.302
Sonstige betriebliche Erträge	1.393	1.394
Gesamtleistung	56.837	62.076
Materialaufwand	32.833	36.371
Rohergebnis	24.004	25.705
Personalaufwand	13.108	14.327
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.526	9.482
Abschreibungen	3.071	3.201
EBIT	-1.702	-1.305
Erträge aus Beteiligungen	117	5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	34
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	445	434
EBT	2	1
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2	1
Jahresergebnis	0	0

Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	13.126	14.647
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.560	7.990
Sachanlagen	454	546
Finanzanlagen	5.112	6.112
Umlaufvermögen	24.597	28.639
Vorräte	34	197
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.583	27.678
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.345	2.686
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.891	1.807
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	19.347	23.185
Wertpapiere	709	230
Kasse, Bankguthaben, Schecks	271	535
Rechnungsabgrenzungsposten	679	545
Bilanzsumme	38.402	43.831
Passiva		
Eigenkapital	2.172	2.172
Gezeichnetes Kapital	690	690
dar.: andere Gewinnrücklagen	1.481	1.481
Sonderposten	13.126	14.647
Rückstellungen	18.475	21.823
Verbindlichkeiten	4.629	5.190
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.499	2.120
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	1.666	2.148
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	39	206
Sonstige Verbindlichkeiten	426	463
Bilanzsumme	38.402	43.831

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	23,1	23,1
Finanzergebnis	1.704	1.306
Eigenkapital	2.172	2.172
Fremdkapital	23.104	27.013
Eigenkapitalquote (in %)	5,7	5,0
Fremdkapitalquote (in %)	60,2	61,6

Die Sonderposten sind mit 34,1 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2019



6.7. Ruedesheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Oberstraße 37, 65385 Ruedesheim am Rhein
Tel.: 06722 2402 , Fax.: 06722 3574
E-Mail: info@seilbahn-ruedesheim.de
Webseite: www.seilbahn-ruedesheim.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Gründungsdatum: 03.11.1953

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Seilbahn zur Personenbeförderung zwischen Ruedesheim am Rhein und dem Niederwald und die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte

Öffentlicher Zweck:

Der Betrieb einer Seilbahnanlage nördlich der Alpen ist ein touristischer Anziehungspunkt, der neben der Steigerung der Bekanntheit des Rheingau-Taunus-Kreises auch zur Wirtschaftsförderung beiträgt.

Kapital:

Kommanditeinlage	125.650	€
Kommanditeinlage	25.600	€
Kommanditeinlage	25.600	€
Komplementäreinlage	0	€

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	- / 14,48% / 14,48%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Rainer Orben

Beirat

Mitglied

Herr Volker Mosler

Herr Peter Ohlig

Herr Rainer Schlotter

Vorsitz

Herr Ludwig Rölz

III. BETEILIGUNGEN

Kommanditisten

Hotel- u. Gaststättenbetriebe und Privatpersonen, überwiegend aus Ruedesheim	125.650,00 €	71,0 5 %
Fremdenverkehrsgesellschaft der Stadt Ruedesheim am Rhein mbH	25.600,00 €	14,4 8 %
RTK Holding GmbH	25.600,00 €	14,4 8 %

Komplementär

Ruedesheimer Seilbahngesellschaft mbH

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG / AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Da es sich bei der Gesellschaft um eine Personengesellschaft handelt, an der der Rheingau-Taunus-Kreis über nicht mehr als den fünften Teil der Anteile verfügt (§ 123a Abs. 1 HGO) und der übrige Gesellschafterkreis überwiegend aus Privatpersonen besteht, wird zur Wahrung des Finanzgeheimnisses zu Gunsten dieser Privatpersonen auf die Wiedergabe der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung verzichtet.

Im Jahr 2019 erzielte die RTK Holding Erträge i.H. von 220 T€ (Vorjahr: 186 T€) aus der Beteiligung an der Seilbahn.

Daten und Fakten zur Gesellschaft:

Einseil-Umlaufbahn, 85 halbgeschlossene Kabinen, Höhenunterschied 203 m, Fahrstreckenlänge 1400 m, Antriebsleistung 200 kw, Fahrzeit 10 Minuten, einfacher Ein- und Ausstieg, Beförderung 720 Personen in jeder Richtung je Stunde,

Niederwalddenkmal und Seilbahn - eine Geschichte für sich

In den Jahren zwischen 1877 und 1883 erbaute man das Niederwalddenkmal mit der "Germania". Man wollte mit dem fast 38 m hohen Monument ein Andenken an den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und die Wiedererrichtung des Deutschen Kaiserreiches schaffen. Das Denkmal war der Grundstock für den modernen Tourismus. Um den zahlreichen Besuchern, die das Monument besichtigen wollten, gerecht zu werden, baute man eine Zahnradbahn, die ab 1884, als Vorläufer der heutigen Seilbahn, die Besucher durch die Weinberge zum Denkmal beförderte. 1954 löste die Seilbahn die Zahnradbahn ab. In den 2-Personen-Gondeln schwebten bis zum Jahr 2004 30 Millionen Menschen aus aller Welt über die Reben zum Niederwalddenkmal. Im Jahr 2005 wurde die Bahn durch eine moderne Anlage ersetzt.

V. AUSBLICK:

Ab dem Winter 2020 soll die Talstation, in der die Bahn bisher nur über mehrere Stufen auf dem Vorplatz und zwei Stockwerke mit rund 40 Stufen im Inneren des Gebäudes erreicht werden kann, barrierefrei umgestaltet werden. Mit den Arbeiten wurde planmäßig begonnen.

VI. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

6.8. Süwag Energie AG

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Schützenbleiche 9-11
65929 Frankfurt am Main
Tel.: 069 3107-0
E-Mail: info@suewag.de
Webseite: www.suewag.com

Rechtsform: AG

Gründungsdatum: 01.06.2001

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas und Wärme sowie der Bau und der Betrieb der dazu notwendigen Anlagen;
- die Sammlung, Aufbereitung und Verteilung von Wasser, Abwasser und Entsorgungsgut;
- die Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Breitbandkommunikation.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Süwag Energie AG ist u.a. die Energieversorgung im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes.

Kapital:

Aktien	184.320.000	€
--------	-------------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	- / 1,49% / 1,49%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Beirat

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

Vorstand

Mitglied

Herr Dr. Markus Coenen

Herr Dipl.-Kfm. Mike Schuler

III. BETEILIGUNGEN

Aktionäre

Innogy Beteiligungsholding GmbH	143.000.985,60 €	77,58 %
weitere kommunale Anteilseigner	41.097.830,40 €	22,30 %
RTK Holding GmbH	2.737.678,08 €	1,49 %
Freie Aktionäre	221.184,00 €	0,12 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG / AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Ertragslage

Das Jahresergebnis der Süwag Energie AG liegt mit 72,6 (Vj. 67,9) Mio. € insgesamt über dem im Vorjahr prognostizierten Niveau. Die wesentlichen Umsatzerlöse der Süwag Energie AG betreffen die Erlöse aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze sowie von Erzeugungsanlagen, die Erlöse aus dem Straßenbeleuchtungsgeschäft und die Erlöse für die Erbringung von Leistungen für die Unternehmender Süwag-Gruppe.

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 264,3 Mio. € und liegen aufgrund geringerer Netzpachterträge leicht unter dem Vorjahreswert von 267,8 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 16,9 (Vj. 42,1) Mio. €. Hier haben sich im Vorjahr primär die Erträge aus dem Abgang von Strom- bzw. Gasnetzen in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit den auf Basis vergangener Konzessionsentscheidungen erzielten Lösungen ausgewirkt.

Die Erhöhung des Materialaufwands von 60,9 Mio. € auf 63,4 Mio. € ist insbesondere auf höhere Aufwendungen für bezogene Leistungen im Zusammenhang mit Netzbaumaßnahmen

men bei Netzeigentumsgesellschaften zurückzuführen, denen entsprechend höhere Umsatzerlöse gegenüberstehen.

Der geringere Personalaufwand (19,4; Vj. 21,3 Mio. €) ist vor allem auf geringere Aufwendungen aus der Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zurückzuführen. Im Vorjahr sind diese durch die Umstellung der biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln der Heubeck-Richttafeln-GmbH) geprägt gewesen.

Die Abschreibungen sind investitionsbedingt auf 52,6 (Vj. 49,9) Mio. € angestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich von 62,5 Mio. € auf 61,3 Mio. € verringert. Hier wirken sich im Wesentlichen geringere Aufwendungen aus Konzessionsabgaben infolge von Energieeffizienzmaßnahmen, Eigenverbrauch sowie Netzabgängen aus.

Insgesamt beläuft sich das Betriebsergebnis auf 85,7 (Vj. 115,3) Mio. €. Die Entwicklung des Zinsergebnisses der Süwag Energie AG von -26,3 Mio. € auf -9,2 Mio. € ist im Wesentlichen auf Erträge aus der gesetzlich vorgeschriebenen Zeitbewertung des Deckungsvermögens für Pensionsrückstellungen infolge der positiven Kursentwicklungen an den Kapitalmärkten zurückzuführen.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz sind die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (39,8; Vj. 19,7 Mio. €) im Vorjahr im Wesentlichen durch Auflösungen von Steuerrückstellungen geprägt.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 37,7 (Vj. 0,5) Mio. € resultiert neben Erträgen aus Spezialfondsanteilen (7,7; Vj. 7,8 Mio. €) im Wesentlichen aus den Ergebnisentwicklungen der Beteiligungen an der Süwag Vertrieb AG & Co. KG, der Syna GmbH und der Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG. Die Süwag Vertrieb AG & Co. KG weist für das Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung von 45,5 Mio. € aus, der leicht über dem Vorjahreswert von 43,7 Mio. € liegt. Hier wirken sich insbesondere Erträge aus der gesetzlich vorgeschriebenen Zeitbewertung des Deckungs-

vermögens für Pensionsrückstellungen infolge der positiven Kursentwicklungen an den Kapitalmärkten aus.

Die Syna GmbH hat im Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss vor Ergebnisübernahme in Höhe von -17,8 Mio. € erzielt, der maßgeblich durch erlösmindernde Verpflichtungen aus den Regulierungskonten Strom und Gas resultiert. Der Vorjahreswert in Höhe von -51,0 Mio. € ist im Wesentlichen durch die Aufwendungen aus der gesetzlich vorgeschriebenen Zeitbewertung des Deckungsvermögens für Pensionsrückstellungen infolge der negativen Kursentwicklungen an den Kapitalmärkten geprägt.

Der geringere Jahresfehlbetrag vor Ergebnisübernahme der Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG in Höhe von -4,6 (Vj. -6,8) Mio. € ist neben der operativen Geschäftsentwicklung auf die Erträge aus der gesetzlich vorgeschriebenen Zeitbewertung des Deckungsvermögens für Pensionsrückstellungen infolge der positiven Kursentwicklungen an den Kapitalmärkten zurückzuführen.

Aus dem Jahresüberschuss der Süwag Energie AG haben wir einen Betrag in Höhe von 19,8 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Es verbleibt somit ein Bilanzgewinn in Höhe von 52,8 Mio. €. Aufsichtsrat und Vorstand der Süwag Energie AG werden der Hauptversammlung 2020 für das Geschäftsjahr 2019 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende in Höhe von 1,10 € je Aktie auszuschütten.

Investitionen und Desinvestitionen

Die Investitionen beliefen sich im Geschäftsjahr 2019 auf 163,7 (Vj. 120,5) Mio. €. Davon entfielen 140,5 (Vj. 107,9) Mio. € auf Sachanlagen und 6,3 (Vj. 3,9) Mio. € auf immaterielle Vermögensgegenstände sowie 16,9 (Vj. 8,7) Mio. € auf Finanzanlagen.

Bei den Sachinvestitionen standen der Ausbau, die Erweiterung und die Erneuerung der Strom und Erdgasverteilungsanlagen sowie der Bau von regenerativen Erzeugungsanlagen im Vordergrund. Hierzu gehören beispielsweise die Umspannanlagen am Frankfurter Flughafen, in Hochheim am Main und in Winnenden sowie die Generalüberholung

und die ökologische Aufwertung des Wasserkraftwerks Elisenhütte in Nassau an der Lahn (Rheinland-Pfalz). Darüber hinaus wurde die Revitalisierung des B-Gebäudes am Standort Frankfurt abgeschlossen.

Die Investitionen in Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen Zugänge bei den Wertpapierend Anlagevermögens (Spezialfondsanteile) in Höhe von 7,6 (Vj. 7,7) Mio. €. Im Zuge der Finanzierung des Erwerbs des Stromverteilnetzes in der Kernstadt Leimen und im Stadtteil Sankt Ilgen durch die Energiegesellschaft Leimen GmbH & Co. KG, Leimen, von der Süwag Energie AG hat diese im Rahmen einer Kapitalerhöhung in 2019 rund 2,2 Mio. € in das Eigenkapital der Gesellschaft eingezahlt.

Im Geschäftsjahr 2019 hat die Süwag EnergieAG gemeinsam mit den Stadtwerken Bad Homburg vor der Höhe und der Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG), Friedberg(Hessen), die Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe gegründet. Im Rahmen der Gründung sowie der Stromverteilnetzerwerbe von der Süwag Energie AG und der OVAG hat die Süwag Energie AG rund 3,1 Mio. € in das Eigenkapital der Gesellschaft eingezahlt. Die Süwag Energie AG hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2019 in ihrem Eigentum stehende Gashochdruckleitungen und Gaszähler im Netzgebiet im Umfang von rund 14,4 Mio. € an die Syna GmbH veräußert.

Vermögens- und Finanzlage

Zum Bilanzstichtag betrug der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch das Eigenkapital, einschließlich der dem Eigenkapital zuzurechnenden Mittel, 62,4 % (Vj. 61,4 %).

Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente der Gesellschaft umfassen im Geschäftsjahr 2019 hauptsächlich Wertpapiere in Form von Anteilen an einem Spezialfonds, Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Liefer- und Leistungsverkehr sowie gegenüber verbundenen Unternehmen. Der Finanzbedarf für die Investitionstätigkeit konnte im Berichtsjahr ohne Aufnahme von Fremdmitteln gedeckt werden. Der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember

2019 setzt sich im Wesentlichen aus den kurzfristigen Finanzforderungen/-verbindlichkeiten gegenüber den Süwag-Tochterunternehmen und der innogy SE zusammen. Der negative Bestandspiegel der bei den Süwag-Tochterunternehmen gebundenen Finanzmittel aus Sicht der SüwagEnergie AG wieder. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2019 auf 62,3 (Vj. 108,0) Mio. €. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus Zahlungen der Verlustausgleichsverpflichtungen an Süwag-Tochterunternehmen. Das höhere Investitionsvolumen sowie die Rückzahlung einer Ausleihung an ein verbundenes Unternehmen prägen die Veränderung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit.

Wertmanagement

Unsere Steuerungskennzahlen dienen der Beurteilung des wirtschaftlichen Erfolgs der Unternehmensbereiche und operativen Segmente sowie der Süwag-Gruppe insgesamt. Die für uns wesentliche finanzwirtschaftliche Steuerungsgröße ist das bereinigte EBIT (IFRS). An diese Kennzahl sind auch Elemente der Vergütung eines Teils der Belegschaft, insbesondere von gesetzlichen Vertretern und Führungskräften, gekoppelt. Die langfristige Wertschaffung stellen wir über ein Wertmanagementsystem sicher, bei dem Investitionen geschäftsbereichsspezifische Kapitalkostenanforderungen erfüllen müssen.

Personal, Organisation und Soziales

Mit dem demografischen Wandel und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel sowie der digitalen Transformation der Arbeitswelt wandelt sich auch die Rolle des Personalbereichs der Süwag-Gruppe. Die Gewinnung von geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Bigrößer werdende Herausforderungen dar. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurden ausgehend von der Personalstrategie „die besten Mitarbeiter zu finden und zu binden“ die Strukturen des Bereichs Personal & Organisation kundenorientierter ausgerichtet. Insbesondere durch eine stärkere Integration der verschiedenen Abteilungen wird eine noch schnellere und effizientere Reaktion auf Bedarfe und Marktveränderungen ermöglicht. Gemeinsam können auf diese Weise innovative und sich an den

stetig verändernden Marktanforderungen ausgerichtete Konzepte entwickelt und umgesetzt werden. Darauf aufbauend fokussieren wir uns noch stärker auf das Personalmarketing. Die Karriereseite der Süwag wurde in 2019 bewerberorientiert neu aufgesetzt und neue zielgruppenspezifische Formate zur Personalgewinnung umgesetzt, wie beispielsweise regionale Events in Kooperation mit einem Kino oder Feuerwehren. Zugleich haben wir unsere Aktivitäten sowohl auf digitalen Plattformen wie kununu, whatchado und XING als auch auf jobspezifischen Karrieremessen intensiviert. Insgesamt haben wir uns über zwanzigmal als attraktiver Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb persönlich Vorort präsentiert. Die eigene Ausbildung nimmt bei Süwag eine bedeutende Stellung ein. Sie ist ein wichtiger Kanal für die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs und ein bedeutender Faktor für die Arbeitgeberattraktivität. Im Geschäftsjahr 2019 ist es uns in Zusammenarbeit mit einer Organisation für die Integration geflüchteter Personen gelungen, Praktikanten von der Einstiegsqualifikation in die Ausbildung zu überführen. Auch für unser prämiertes Trainee-Programm konnten wir wieder 10 neue Trainees im Jahr 2019 gewinnen. An unserem Programm, das wir stetig weiterentwickeln, schätzen die Trainees insbesondere den fairen Bewerbungsprozess, die Kollegialität sowie die interessanten Arbeitsaufgaben. Zudem beteiligen wir uns am Nachwuchskräfteprogramm „Digital Booster“ der innogy SE. Auf diese Weise konnten wir in 2019 digitale Fachexperten in den Bereichen Digital Marketing und Software Development gewinnen, die die digitale Transformation in der Süwag mit vorantreiben. Eine Besonderheit dieses Programms besteht darin, dass die Teilnehmer nicht nur die Fachbereiche der Süwag kennenlernen, sondern auch in spannenden Projekten anderer Konzerngesellschaften mitarbeiten. Die Entdeckung und spezifische Weiterentwicklung von Potenzialen gehört ebenfalls zu den strategischen Personalthemen der Süwag. Durch die Teilnahme von mehr als zwanzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Potenzialträgerprogramm Talent+ in den letzten beiden Jahren konnten bereits neun einen Fach- oder Führungswechsel erreichen. Begleitet wurden sie

mit Entwicklungsangeboten sowie durchinterne Mentoren, um gemeinsam an persönlichen Zielen zu arbeiten und ihr Netzwerk zu erweitern. Einen offenen und vertrauensvollen Austausch zwischen Mentee und Mentor über Unternehmensgrenzen hinweg bietet das Regionale Frankfurter Mentoring für weibliche Führungskräfte, an dem wir das zweite Jahr in Folge mit zwei Mentees und zwei Mentoren teilnehmen.

Süwag Energie AG Geschäftsbericht 2019 Einem hohen Stellenwert nimmt ebenso die Fort- und Weiterbildung ein. Mit analogen, interaktiven und digitalen Lernformaten entwickelt die Süwag ihre Mitarbeiter stetig weiter. Dabei wird ein großer Teil an Trainings und Workshops auch von internen Trainern und Moderatoren begleitet. Die im Projekt Human-Resources-Instrumente erarbeiteten personalwirtschaftlichen Instrumente sind in die Umsetzung gegangen. Ausgehend von einem neu entwickelten Süwag-Führungsleitbildkommen innovative IT-gestützte Personalinstrumente mit dem Fokus auf Kompetenz, Leistung und Potenzial zum Einsatz, wie beispielsweise der eigens konzipierte „Süwag-Leistungskompass“. Auf diese Weise unterstützen wir unsere Führungskräfte noch besser bei ihrer Führungsarbeit und schaffen zugleich für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine noch größere Transparenz hinsichtlich ihrer Leistung, ihrer Entwicklung und ihrer Vergütung. Aus organisatorischer Sicht flankiert das Programm New Way of Working (NWoW) weiterhin erfolgreich die Umsetzung von prozessualen Themen und Projekten in der Süwag. Nach dem Abschluss des Programms in der Süwag Vertrieb AG & Co. KG werden aktuell weitere spezifische Arbeitsweisen in der Syna GmbH implementiert. Zusätzlich sind im Jahr 2019 insbesondere in den Bereichen IT und Personal der Süwag Energie AG sowie in der Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG Projekte gestartet. So wurde beispielsweise die kundenorientierte Ausrichtung des Bereichs Personal & Organisation strategisch mit der Konzeption steuerungsrelevanter Kennzahlen begleitet. Auch bei der Umsetzung des Projekts Human-Resources-Instrumente kommen unter anderem NWoW-Workshops zu den Themen Leistungsorientierung, Entfaltung von

Potenzialen oder Förderung von Innovationen und Verbesserungen im Führungsalltag zum Einsatz und stoßen auf positive Resonanz bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Zum 31. Dezember 2019 beschäftigten wir in der Süwag Energie AG 155 (Vj. 151) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Aufsichtsrat der Süwag Energie AG hat in seiner Aufsichtsratssitzung vom 4. Mai 2017 für den am 1. Juli 2017 beginnenden Erfüllungszeitraum nach dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst eine Zielquote von Frauen im Vorstand von 0 % und im Aufsichtsrat von 33,3 % sowie eine Erfüllungsdauer von 5 Jahren beschlossen. Für die erste und zweite Führungsebene unterhalb des Vorstands hat der Vorstand mit Beschluss vom 22. Juni 2017 eine Zielgröße von 33,3 % für die erste Führungsebene und von 35,3 % für die zweite Führungsebene beschlossen.

Compliance-Managementsystem und Internes Revisionssystem

Die Gesamtheit der Grundsätze und Maßnahmen eines Unternehmens zur Einhaltung bestimmter Regeln und damit zur Vermeidung von Regelverstößen wird als Compliance-Managementssystem bezeichnet. Die Sicherstellung Compliance-konformen Verhaltens in den Bereichen Geldwäscheprävention, Außenwirtschaftsrecht und schwerpunktmäßig in Fragen der Korruptionsbekämpfung bei allen geschäftlichen Aktivitäten ist für die Süwag Energie AG und ihre Mehrheitsbeteiligungen sowohl aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht als auch unter Imagegesichtspunkten unerlässlich. Dadurch sollen negative wirtschaftliche Auswirkungen in Form von Bußgeldern oder finanziellen Haftungspflichten von der Süwag Energie AG und ihren Mehrheitsbeteiligungen vermieden werden. Mittels eines geeigneten Compliance-Managementsystems (CMS) und einer Compliance-Beauftragten stellt die Süwag Energie AG dies sicher. Die Compliance-Beauftragte der Süwag Energie AG führte im Berichtsjahr Schulungen für relevante Mitarbeitergruppen durch und berät die Arbeitnehmer und die

Führungskräfte der Unternehmen bei der Einhaltung der Compliance-Regelungen. Die Interne Revision der Süwag Energie AG ist ein wesentliches Element des vom Vorstandsgerichteten Corporate Governance Systems der Gesellschaft. Sie ist einer der zentralen Bestandteile des Überwachungssystems, das der Früherkennung von wesentlichen Unternehmensrisiken dient, insbesondere solcher, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können. Die Interne Revision unterstützt den Vorstand der Süwag Energie AG flexibel und risikoorientiert bei der Wahrnehmung seiner Kontroll- und Überwachungspflichten. Die Angemessenheit und Wirksamkeit des bei der Süwag Energie AG eingerichteten Internen Revisionssystems entspricht den Anforderungen des Revisionsstandards Nr. 3 „Prüfung von internen Revisionssystemen (Quality Assessments)“ des DIIR (Deutsches Institut für Interne Revision).

Abhängigkeitsbericht

Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung und wurde durch die im Bericht angegebenen getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns zum Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.

Risiken und Chancen

Jedes unternehmerische Handeln birgt neben Chancen auch Risiken. Unser Ziel ist es, Chancenerfolgsorientiert zu nutzen und möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und die daraus resultierenden Auswirkungen zu gewinnen, um mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern zu können. Bei der Süwag Energie AG sorgt ein gruppenweites Risikomanagementsystem dafür, dass Risiken frühzeitig erkannt, standardisiert erfasst, bewertet, gesteuert und überwacht werden. Das Risikomanagement ist dabei in die Strategie-, Planungs- und Controllingprozesse der Süwag Energie AG integriert. Die Führungs- und Aufsichtsgremien der Süwag-Gruppe werden über die aktuelle Risikosituation halbjährlich und zu neuen Sachverhalten bei wesentlichen Risiken durch ein unverzügliches

Einzelcase-Reporting im Rahmen einer standardisierten Berichterstattung informiert. Zusätzlich wird der Umgang mit Commodity-, Kredit- und Vertragsrisiken innerhalb der Süwag-Gruppe durch klar definierte Richtlinien geregelt. Diese sehen vor, dass alle als wesentlich anzusehenden Geschäfte mit Süwag-externen Vertragspartnern vor Vertragsabschluss durch das Risikocontrolling zu prüfen bzw. zu genehmigen sind. Nach Vertragsabschluss werden die eingegangenen Risiken durch das Risikocontrolling überwacht und quartalsweise an den Vorstand der Süwag Energie AG berichtet. Die Chancen und Risiken der Süwag Energie AG sind im Wesentlichen durch die Chancen und Risiken der Beteiligungsunternehmen bzw. Tochtergesellschaften geprägt. In der Süwag-Gruppe wird nach folgenden konzerneinheitlich festgelegten Risikokategorien differenziert: – **Marktrisiken:** Das Vertriebsgeschäft der Süwag-Gruppe wird vom wettbewerblichen Umfeld auf den Strom- und Gasmärkten sowie von der konjunkturellen Entwicklung beeinflusst. Hierdurch entstehen der Süwag Absatz-, Marktpreis- und Kreditrisiken. Die Markt- und Kreditrisiken werden identifiziert, bewertet und regelmäßig auf Einzelgeschäfts- und Portfolioebene überwacht. Weitere Ergebnisrisiken können aus dem Verlust von Netzkonzessionen sowie im Vertriebsgeschäft durch den Verlust von Kunden entstehen. – **Betriebsrisiken:** Die Betriebsrisiken erfassen negative Effekte aus der spezifischen inhaltlichen und prozessualen Geschäftstätigkeit. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Kraftwerks-, EDV-technischen oder administrativen Bereich. – **Finanzrisiken:** Die wesentlichen potenziellen Risiken in diesem Bereich sind Kursrisiken aus Wertpapieranlagen mit eventuell negativen Auswirkungen auf das Finanzergebnis. Hier wird der eingeschlagene Weg einer langfristigen, breit gestreuten Anlagestrategie fortgesetzt. Des Weiteren zählen zu diesem Risikobereich die Quantifizierung eines möglichen Ausfalls von Dividenden und Gesellschafterdarlehen. Durch regelmäßige Impairment-Tests belegen wir die Werthaltigkeit der Beteiligungen bzw. Finanzanlagen. – **Umfeld- und Regulierungsrisiken:** Die Umfeld- und Regulierungsrisiken umfassen negative Auswirkungen aus der

Änderung energiepolitischer, steuerrechtlicher, regulierungsrechtlicher und kartellrechtlicher Regelungen und Gesetze. Hierzu zählen für die Süwag-Gruppe insbesondere die Festlegung der Erlösobergrenze im regulierten Netzgeschäft, die Höhe der gesetzlichen Umlagen (u. a. EEG, Offshore-Netzzulage) und die Höhe der Energiesteuern. Die damit verbundenen Ergebnisrisiken unterliegen unserer besonderen Beobachtung. – **Sonstige Risiken:** In dieser Kategorie werden alle Risiken erfasst, die nicht einer der vorgenannten Risikokategorien zuzuordnen sind. Hierzu zählen auch die allgemeinen unternehmerischen Risiken. Sowohl bei der Süwag Energie AG als auch bei den übrigen Unternehmen der Süwag-Gruppe werden einheitliche Standards zur Risikoerfassung und -bewertung angewandt. Die Funktionalität der Prozesse wird durch den Risikomanagementbeauftragten für die Gesellschaften der Süwag-Gruppe überwacht. Für die Süwag-Gruppe sind Risiken ab einer Schadenshöhe von mindestens 10 Mio. € wesentlich. Hierzu gehören das Risiko von Kursverlusten bei Wertpapieranlagen mit einer niedrigen Eintrittswahrscheinlichkeit sowie das Risiko der Nichtrealisierung von Erträgen aus Netzverkäufen mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit. Die kritische Prüfung des Risikoportfolios zum 31. Dezember 2019 führte zu dem Ergebnis, dass keine den Fortbestand der Gesellschaftsgefährdenden Risiken bestehen und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch nicht erkennbar sind. Soweit eine hinreichende Konkretisierung von Risiken vorliegt, treffen wir hierfür unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften bilanzielle Vorsorge. – **Chancen:** Zur Aufrechterhaltung und Ausweitung unserer Position auch im Vertriebsgeschäft der Süwag-Gruppe passen wir unsere Unternehmensstrukturen und Prozesse regelmäßig an den Markt an. Damit sind die Voraussetzungen zur Wahrnehmung künftiger Chancengeschäften geschaffen worden. Chancen ergeben sich sowohl im Bereich der Geschäftskunden als auch im Bereich der Privat- und Gewerbekunden aus der Verzahnung von klassischen Energielieferungen mit Dienstleistungspaketen. Die Chancen für die Zyan GmbH liegen insbesondere in Effizienzvorteilen im regulatorischen Umfeld aufgrund der

von der Bundesnetzagentur genehmigten Erlösobergrenzen. Die Zyan GmbH wird sich auch weiterhin konsequent an den regulatorischen Anforderungen im Hinblick auf Effizienzsteigerung und Kostensenkung ausrichten.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANES:

Siehe Lagebericht.

VI. AUSBLICK:

Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich angesichts der derzeitigen Schwächephase in einer konjunkturellen Krise. Vielmehrdurchläuft die heimische Industrie nach Jahren der Hochkonjunktur im Wesentlichen einen Prozess der zyklischen Normalisierung, bei gegenwärtig immer noch normal ausgelasteten Kapazitäten. Die konsumnahen Dienstleistungen entwickeln sich demgegenüber weiterhin robust, sie profitieren von Einkommenszuwächsen und fiskalischen Impulsen. Auch das Baugewerbe expandiert weiter. Nach Einschätzung der Bundesregierung dürften sich im Verlauf des Jahres 2020 die Wachstumskräfte allmählich wieder zeigen. Der Welthandel kann wieder an Fahrt aufnehmen. Dies wird den deutschen Exporten und den damit eng zusammenhängenden Investitionen etwas Auftrieb verleihen. Zudem wird die Binnennachfrage weiterhin expandieren. Beschäftigung und Löhne steigen weiter an und mit ihnen die privaten Konsumausgaben. Hinzu kommen Impulse aus der Umsetzung von Maßnahmen des Koalitionsvertrags, wie zum Beispiel Entlastungen bei der Einkommensteuer. Schließlich sorgen günstige Kreditkonditionen und der hohe Bedarf für eine weiter florierende Bauwirtschaft. Im Ergebnis geht die Bundesregierung für das Gesamtjahr 2020 von einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von rund 1 % aus. Insbesondere der Klimawandel, eine nachhaltige Energieversorgung sowie die Energiewendestellen für die Energiebranche zentrale Herausforderungen dar. Mit dem kürzlich verabschiedeten Bundes-Klimaschutzgesetz sind die nationalen auf Basis der europäischen Klimaschutzziele erstmals

gesetzlich normiert und die Sektorziele des Klimaschutzplans 2050 in jährliche Emissionsbudgets für die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft übertragen worden. Auf diese Weise sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 um mindestens 55 % schrittweise gemindert werden. Aus den Emissionsminderungspflichten resultieren 28 Süwag Energie AG Geschäftsbericht 2019 nicht nur Pflichten für die betroffenen Akteure in den jeweiligen Sektoren, sondern auch Chancen. Für die Energiewirtschaft können diese unter anderem im Ausbau und der Förderung der Elektromobilität oder neuen Produkten und Dienstleistungen in den Bereichen Wärme und Energieeffizienz bestehen. Für das Jahr 2020 ergeben sich insgesamt höhere Belastungen durch die gesetzlichen Abgaben und Umlagen. Infolge des verstärkten Ausbaus der erneuerbaren Energien steigt die EEG-Umlage von 6,405 ct/kWh netto auf 6,756 ct/kWh netto. Zugleich hat sich die Umlage nach § 19 Stromnetzentgeltverordnung für den Ausgleich der Belastungen individueller niedrigerer Netzentgelte für bestimmte Letztverbraucher von 0,305 ct/kWh netto auf 0,358 ct/kWh netto erhöht. Bei den Netzentgelten ist zwischen den einzelnen Netzbetreibern und den unterschiedlichen Kundengruppen je nach Spannungsebene zu differenzieren, wobei sich insgesamt höhere Netzentgelte ergeben. Wesentlicher Preistreiber ist jedoch die Entwicklung an den Großhandelsmärkten für Strom und Gas. Hierbei zeichnet sich die Marktlageweiterhin durch tendenziell kurzfristig sehr volatile Preise aus. Als Folge kann sich die Wettbewerbsintensität im Endkundengeschäft weiter erhöhen und mit weiteren Maßnahmen der Automatisierung und Digitalisierung von Kundenlösungen begegnet werden. Insgesamt hält der Trend zur Digitalisierung über alle Wertschöpfungsstufen in der Energiewirtschaft weiter an. Die Digitalisierung wirkt als Innovationstreiber für neue Geschäftsmodelle, Produkte und Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere intelligente Kundenlösungen, die über eine reine Energiebelieferung hinausgehen, wie beispielsweise Angebote zur Eigenerzeugung, zur Energieeffizienz oder zur Elektromobilität. Eine moderne,

zuverlässige Netzinfrastruktur, Breitbandversorgung sowie eine intelligente Steuerung von Erzeugung und Verbrauch sind dafür essenziell. Während der Einbau moderner Messseinrichtungen in 2019 weiter vorangeschritten ist, hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mit dem dritten zertifizierten Smart Meter Gateway das notwendige Startsignal für den flächendeckenden Rollout intelligenter Messsysteme gegeben und gezeigt, dass Digitalisierung auch bei hohen Vorgaben an Datenschutz und Informationssicherheit gelingt. Das Smart Meter Gateway ist die Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung der Energiewende. Es versorgt die Akteure, vom Netzbetreiber über den Stromlieferanten bis zum Verbraucher, mit den Informationen zu Erzeugung und Verbrauch. Mit dieser Hilfe können Verteilnetze intelligent gesteuert und effizienter genutzt werden. Im regulierten Geschäft mit Netzen und Konzessionen wird insbesondere wegen noch auslaufender Konzessionen ein erhöhter Wettbewerbsdruck erwartet. Neben vorteilhaften Rahmenbedingungen für den Ausbau der Verteilnetze und der Entwicklung innovativer Technologien wird die Sektorkopplung in Gestalt der Kopplung der Sektoren Wärme, Kälte und Verkehr ein wesentlicher Bestandteil eines integrierten Energiesystems sein. Das zentrale Paradigma wird darin bestehen, in Infrastrukturen zu denken. **Strategie** Mit ihrer langjährig bewährten Strategie „grüner, kommunaler und digitaler“ sowie ihrer Vision „Wir liefern Lebensqualität in die Region“, stellt sich die Süwag proaktiv den Rahmenbedingungen in einem dynamischen Marktumfeld. Wir agieren als ganzheitlicher Lösungsanbieter und Infrastruktur-Dienstleister mit intelligenten Kundenlösungen. Diese umfassen insbesondere flexible Konzessions- und Netzkooperationsmodelle, einen intelligenten und versorgungssicheren Netzbetrieb, nachhaltige Netz- und Energiedienstleistungen, zeitgemäße Energielieferungen sowie dezentrale Erzeugungs- und Wärmelösungen. Unserer Strategie folgend realisieren wir Wachstumspotenziale in bestehenden Geschäftsfeldern und eröffnen neue Geschäftschancen unter anderem in den Bereichen Breitband, Mobilität und energiebezogener Vermittlungsportale. Kooperationen und Partnerschaften, insbesondere mit unseren

Kunden, Lieferanten und kommunalen Partnern, sehen wir als bedeutenden Erfolgsfaktor an. Nur gemeinsam kann die Energiewende vor Ort gelingen. Über unsere bereits etablierten Partnerschaften hinaus bietet die Übernahme der Mehrheit der Anteile an unserer Muttergesellschaft innogy durch die E.ON von RWE und die damit verbundene Einbeziehung der Süwag in den E.ON-Konzern neue Innovations- und Wachstumspotenziale. Die Ziele von E.ON, den Wandel in der Energiewelt mit ihren Netzen und Kundenlösungen entscheidend mitzugestalten und den Kunden in den Mittelpunkt ihres Geschäfts zu stellen, korrespondieren mit der erfolgreichen Süwag-Strategie „grüner, kommunaler und digitaler“. Diese geht mit der regionalen Kundennähe als „Meine Kraft vor Ort“ einher. Im Vertriebsgeschäft streben wir mit unserer nachhaltigen Markt- und Kundenorientierung eine wertorientierte Weiterentwicklung unserer Kundenbasis an. Im Fokus steht die Kundenbindung und ein effizienter Kundenservice. Dabei messen wir uns kontinuierlich an der Kundenzufriedenheit. Persönliche Kundenbetreuung, kurze Wartezeiten am Telefon, schnelle Antwortzeiten auf E-Mails und Briefe, Beratungskompetenz und regionale Präsenz sind dabei unsere fünf zentralen Service-Versprechen. Die Digitalisierung bleibt ein Wachstumstreiber im Vertriebsgeschäft, um sowohl unsere Kundenservice-Prozesse als auch unsere Kostenbasis kontinuierlich zu optimieren. Mit der Etablierung des Süwag Digital Studios „Höchst Digital“ als interdisziplinäre Projektorganisation kann noch schneller mit digitalen Innovationen auf Kundenanforderungen reagiert werden. Im Angebot von Energiedienstleistungen bieten sich aus unserer Sicht weitere Geschäftschancen. Diese reichen von Energieberatungen und Verbrauchsvisualisierungen bis hin zu dezentralen Energielösungen wie beispielsweise Blockheizkraftwerke, Solar- und Heizungsanlagen sowie Speicherlösungen und LED-Konzepte. Im B2C-Segment positioniert sich die Süwag als Ansprechpartner in allen Energiefragen rund um das Zuhause, während im B2B-Segment ganzheitliche Lösungen für Unternehmen entwickelt werden. Dazu gehören Energiemonitoring- und Prozessleitsysteme, Energieaudits und das Submetering

zum Erfassen und Abrechnen von Energiemengen im Segment der Wohnungswirtschaft. Sowohl für das Netz- als auch das Energiedienstleistungsgeschäft sehen wir in der Elektromobilität ein deutliches Wachstumspotenzial. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Angebot privater und teilöffentlicher Ladeinfrastruktur. Hieraus können sich Geschäftschancen für technische Netzdienstleistungen im Geschäftskundensegment sowie im Privatkundensegment über das ganzheitliche Angebot von Hardware, Installation und passendem Stromprodukt für zu Hause und unterwegs ergeben. Darüber hinaus deuten unsere positiven Erfahrungen mit der Vermietung von Elektrorollern im Frankfurter Stadtgebiet („Frank-e“) auf weitere Geschäftschancen im Geschäftsfeld der Mobilität hin. Dem Wachstum im Mobilitätssektor sowie den zunehmend dezentralen, volatilen Einspeisungen von Erneuerbare-Energien-Anlagen begegnen wir trotz zunehmend herausfordernder regulatorischer Rahmenbedingungen mit Investitionen in unsere Verteilnetze, die sich weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen. Dabei setzen wir auf intelligente Netzinfrastruktur, die wir beispielsweise mit dem Bau intelligenter Ortsnetzstationen vorantreiben. Als eines der größten Projekte im Netzgeschäft wird der Smart Meter Rollout auch das kommende Geschäftsjahr prägen. Die stufenweise Umrüstung von insgesamt rund einer Million Zählern im Netzgebiet auf moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme soll voraussichtlich bis zum Jahr 2032 abgeschlossen sein. Im Bereich Hochspannung profitieren wir unter anderem von der sehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar. Die Vergrößerung und die Neuansiedlung von Groß- und Industriekunden führen in unseren Hochspannungsnetzen zu einem steigenden Investitionsbedarf. Im Großraum Frankfurt am Main entstehen immer mehr Rechenzentren, die die Nähe des größten Internet-Knotenpunkts der Welt suchen. Die damit einhergehende Nachfragenach Anschlussleistung sehen wir als Chance sowohl für unser technisches Dienstleistungsgeschäft als auch für vertriebliche Produkte und Dienstleistungen. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisie-

rung erachten wir den Ausbau und das Angebot von Glasfaserinfrastruktur in unserem Netzgebiet als interessantes Wachstumsfeld. Mit der Kompetenz in der Planung von Energieversorgungsnetzen, der Dezentralität, den Ortskenntnissen sowie den Netzwerken vor Ort fühlen wir uns bestens aufgestellt, um auch im Geschäftsfeld Breitbandinfrastruktur erfolgreich zu sein. Wir werden auch im kommenden Geschäftsjahr verstärkt in den Breitbandausbau in unserem Netzgebiet investieren. Entsprechend unserer Vision „Wir liefern Lebensqualität in die Region“ trägt die Süwag somit aktiv zur Verbreitung und Nutzung des schnellen Internets bei. Im Erzeugungsgeschäft investieren wir in die Leistungssteigerung unserer Wasserkraftanlagen. Daneben setzen wir mit den Süwag-Quartier Kraftwerken auf dezentrale Wärme und Nahwärmelösungen. Mit kommunalen Partnern treiben wir die Umsetzung von Erneuerbare-Energien-Anlagen voran. Über die Errichtung der Anlagen durch regionale Partnerunternehmen im Rahmen kommunaler Kooperationsmodelle profitieren die Beteiligten vom Betrieb der Erzeugungsanlagen und übernehmen zugleich einen wichtigen Beitrag zur dezentralen und umweltfreundlichen Energieerzeugung. Ausgehend von unserer Unternehmensstrategie wollen wir gemeinsam mit allen Akteuren die Energiewende vor Ort umsetzen und den erfolgreichen Weg der Süwag fortsetzen. Für das Geschäftsjahr 2020 wird daher –unter Vernachlässigung von Sondereffekten –ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2019 mit einer Schwankungsbreite von +/- 10 % prognostiziert. Die im Ausblick getroffenen Aussagen beziehen sich auf die zukünftige Entwicklung der Süwag Energie AG. Diese Aussagen sind Erwartungen, die wir ausschließlich auf Basis unseres aktuellen Informationsstandes formulieren. Sollten sich die zugrunde gelegten Prämissen ändern oder weitere Chancen und Risiken eintreten, so sind Ergebnisabweichungen möglich.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Keine.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Dadurch, dass die Aktienanteile seitens der RTK Holding gehalten werden, würden sich ggf. eintretende Verringerungen oder der Wegfall der Dividendenausschüttung nur mittelbar über die Jahresergebnisse der RTK Holding auf die Haushaltswirtschaft des Kreises auswirken.

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandschutz).

XI. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Auf die Angabe gemäß § 285 Nr. 9a HGB wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

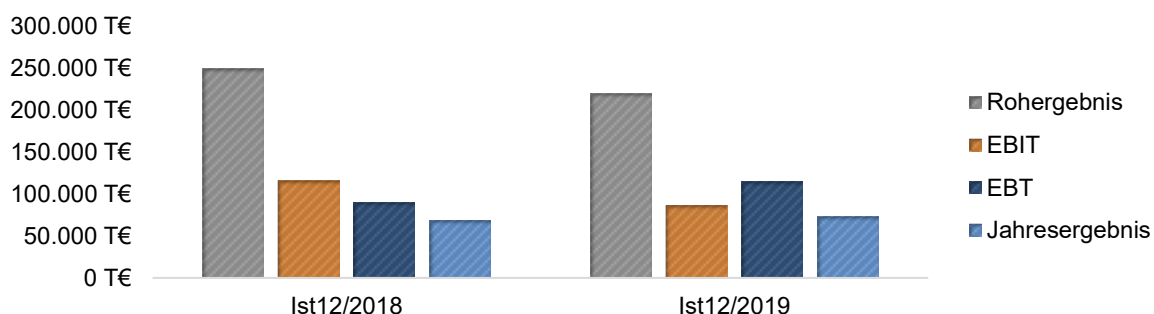
Die Bezüge des Aufsichtsrats betragen im Berichtszeitraum 346 T €, die des Zentralen Beirats 80 T €.

XII. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Keine

XIII. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust

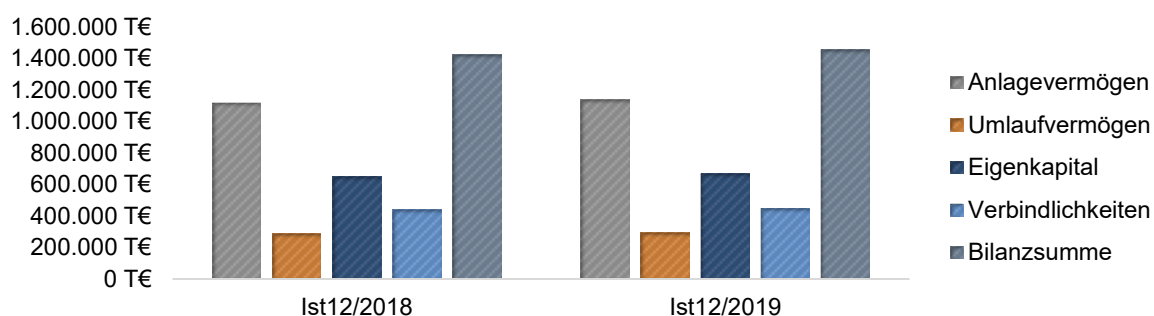


Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	267.820	264.285
Bestandsveränderungen	-3	1.088
Sonstige betriebliche Erträge	42.052	16.943
Gesamtleistung	309.869	282.316
Materialaufwand	60.920	63.399
Rohergebnis	248.949	218.917
Personalaufwand	21.277	19.351
Sonstige betriebliche Aufwendungen	62.494	61.269
Abschreibungen	49.867	52.574
EBIT	115.311	85.723
Erträge aus anderen Wertpapieren und Finanz-AV	490	37.675
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-26.309	-9.229

Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
EBT	89.492	114.169
Steuern vom Einkommen und Ertrag	19.702	39.814
Ergebnis nach Steuern	69.790	74.355
Sonstige Steuern	1.940	1.728
Jahresergebnis	67.850	72.627

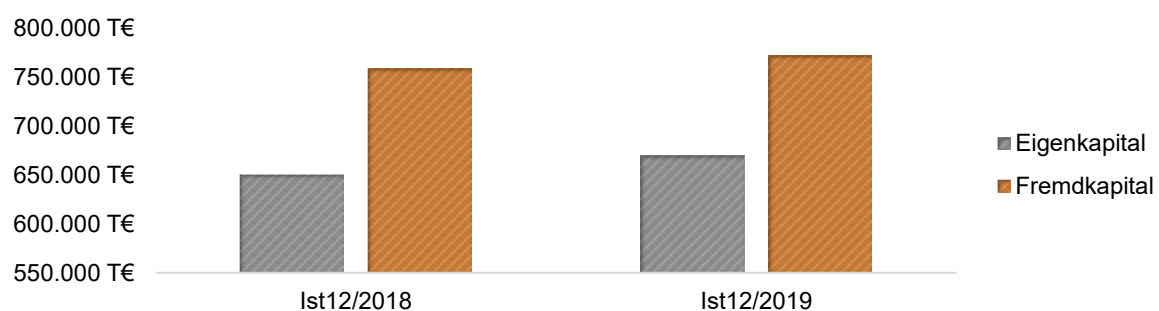
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	1.114.105	1.135.411
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.808	14.169
Sachanlagen	709.594	769.789
Finanzanlagen	393.703	351.453
Umlaufvermögen	288.163	294.283
Vorräte	1.150	1.553
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	287.013	292.730
Rechnungsabgrenzungsposten	17.936	22.521
Bilanzsumme	1.422.964	1.455.078
Passiva		
Eigenkapital	649.555	669.382
Gezeichnetes Kapital	184.320	184.320
Kapitalrücklage	30.989	30.989
Sonderposten	15.250	14.439
Gesellschafterdarlehen	-	-
Rückstellungen	186.970	184.426
Verbindlichkeiten	440.514	447.868
Anleihen	-	-
Rechnungsabgrenzungsposten	130.675	138.963
Bilanzsumme	1.422.964	1.455.078

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

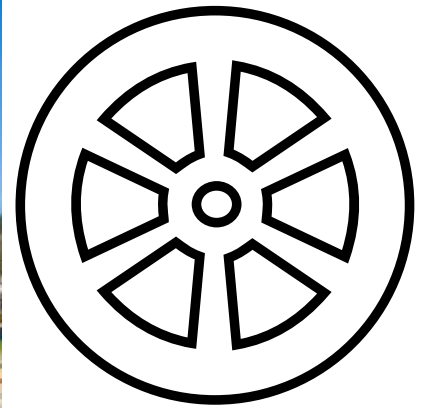
	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	6,9	6,9
Finanzergebnis	-25.819	28.446
Eigenkapital	649.555	669.382
Fremdkapital	758.159	771.257
Eigenkapitalquote (in %)	45,6	46,0
Fremdkapitalquote (in %)	53,3	53,0

Die Sonderposten sind mit 1,1 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2019



7. Zweckverbände / Eigenbetriebe



7.1. Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Veitenmühlweg 5, 65510 Idstein
Tel.: 061264379, Fax.: 06126955955
E-Mail: info@naturpark-rhein-taunus.de
Webseite: www.naturpark-rhein-taunus.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 19.03.1968

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Der Zweckverband hat die Aufgabe, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes den „Naturpark Rhein-Taunus“ mit dem Ziel zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum die heimische Pflanzen- und Tierwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu gestalten sowie zu pflegen und dadurch den Menschen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen.

Öffentlicher Zweck:

Der Zweckverband hat die Aufgabe, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes den „Naturpark Rhein-Taunus“ mit dem Ziel zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum die heimische Pflanzen- und Tierwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu gestalten sowie zu pflegen und dadurch den Menschen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen.

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	50,00% / - / 50,00%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Andreas Wennemann

Verbandsversammlung

Mitglied

Herr Karl-Heinz Augustin
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Hans-Josef Becker
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Volker Diefenbach
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Calus-Peter Große
LH Wiesbaden

Herr Matthias Hannes
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Alexander Hofmann
LH Wiesbaden

Herr Dr. Klaus-Dieter Lork
LH Wiesbaden

Herr Karl Mayer
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Annette Reineke-Westphal
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Hans Rodius (Vorsitz)
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Nadine Ruf
LH Wiesbaden

Frau Nicole Röck-Knüttel
LH Wiesbaden

Herr Harald Schmelzeisen
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Regina Schmidt
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Lucas Schwalbach
LH Wiesbaden

Herr Jörg Sobek
LH Wiesbaden

Herr Dr. Gerhard Uebersohn
LH Wiesbaden

Frau Astrid Wallmann
LH Wiesbaden

Herr Paul Weimann
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Sarah Weinerth
LH Wiesbaden

Vorstand

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

Mitglied

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Helga Skolik
LH Wiesbaden

Vorsitz

Herr Andreas Kowol
LH Wiesbaden

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder/Stimmen

LH Wiesbaden	10
Rheingau-Taunus-Kreis	10

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Geschäftsverlauf

Umfeldbetrachtung

Die Suche nach naturnaher Erholung sowohl im direkten Lebensumfeld als auch in der Urlaubzeit, hat in den vergangenen Jahren einen deutlichen Aufschwung erfahren. Wandern und Radfahren (E-Bike) sind bei uns die stärksten Trends. Das Bewusstsein in Bevölkerung und Wirtschaft für den Standortfaktor „lebenswertes naturnahes Umfeld“ für Entscheidungen wie die Wohnortwahl oder die Suche eines Investitionsstandortes ist gestiegen. Die Klimaveränderung hinterlässt mit den heißen Sommern 2018 und 2019 tiefe Spuren in den biologischen Lebensgemeinschaften unseres walddreichen Naturparks. Neben den wirtschaftlichen Folgen für Land- und Forstwirtschaft stellt diese Entwicklung eine erhebliche Belastung für die äußerst beachtenswerte biologische Vielfalt unserer Region vom Rheingau über den Taunus bis nach Wiesbaden dar. Auch die Verkehrssicherung wird durch große Mengen Totholz in den Kronen der Bäume oder den Eichenprozessionsspinner ein zunehmendes Problem für die Wald-Erholungsräume im Naturpark.

Die Regionen "Rheingau" und "Taunus" sind aktuell als LEADER-Regionen anerkannt.

Den Einsatz von Fördergeldern der Europäischen Union begleitet der Naturpark aktiv oder nutzt diese Finanzierungsquelle für eigene Projekte. Im Jahr 2019 ist vor allem die Förderung und Umsetzung einer Ausbildung von rund 20 Naturparkführerinnen und Naturparkführern im Naturpark als Förderprojekt erfolgreich umgesetzt worden.

Investitionen

Durch die getroffenen und umgesetzten Entscheidungen der vergangenen Jahre ist es gelungen den Verlust in der Grundsubstanz im Naturpark zu beenden. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Anlagen oder deren Bestandteile instandgesetzt. Derzeit wird verstärkt in die Büro-Infrastruktur, -Hardware und -Software investiert, um die Leistungsfähigkeit der Geschäftsstelle zu erhöhen. Im Jahr 2019 wurde viel Zeit auf die ersten Schritte zur Umsetzung des Naturpark-Konzepts verwandt. Derzeit beginnt die Umsetzung der ersten Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ und „Nachhaltiger Tourismus“.

Leider können durch Vorgaben im Rahmen der Institutionellen Förderung die geplanten Personalstellen im Naturpark nicht oder nur unter größten Schwierigkeiten besetzt werden. Dies behindert die Realisierung von Projekten enorm. So bleibt das Umfeld von hoher Arbeitsbelastung, teilweise langwierigen Antragsprozeduren und fehlender Arbeitskapazität geprägt.

Die Premium-Wanderwege „Wisper-Trails“ wurden 2019 etabliert. Wesentliche Grundlage der Wege bilden Anlagen des Naturparks, wie z.B. Parkplätze. Der Qualitätswanderweg von Idstein nach Wiesbaden ist in Bearbeitung, hat sich allerdings aufgrund von Arbeitskapazitäts-Engpässen bei Dienstleistern und kooperierenden Kommunen verzögert. Die finale Umsetzung ist für 2020 geplant.

Die Konzentration der Arbeit des Pflge-trupps lag im Jahr 2019 weiterhin auf der Erneuerung von Bestandteilen der Anlagen und in der Konsolidierung des verbesserten Pflegezustands im Naturparkgebiet.

Die erfolgreiche Arbeit ist nach wie vor an der Entwicklung der Zugriffszahlen auf die Website des Naturparks abzulesen. Seit der Neugestaltung des Internetauftritts im Jahr 2010 steigen diese stetig an. Mit unserem zeitgemäßen Web-Auftritt erreichen wir, zusammen mit der zweiten Website des Naturparks "www.bechsteinfledermaus.eu", mittlerweile monatliche Zugriffszahlen von bis zu 40 Tsd. Nutzern/Monat. Der Webauftritt wird derzeit überarbeitet und durch ein leistungsfähiges Veranstaltungskalender-Modul ergänzt.

In Gänze betrachtet stehen im Haushaltsjahr 2019 Erträgen von 350.995,60 €, mit einer Reduzierung um 130.894,40€ gegenüber dem Ansatz, ordentliche Aufwendungen in Höhe von 320.574,85€, mit einer Reduzierung von 169.869,15€ zum ursprünglichen Ansatz, gegenüber. Das geplante Jahresergebnis von -8.124,00 € fällt im positiven Jahresabschluss mit 30.839,89 € um 38.963,89 € höher aus. Für 2019 hatten die Träger des Verbandes ihre Beiträge um je Euro 20.000 erhöht. Dies war eine spürbare Reaktion auf die Mahnungen sowohl der Fördermittelstelle des Landes Hessen beim RP Gießen als auch der Genehmigungsbehörde beim RP Darmstadt, die beide eine auskömmliche Finanzierung des Naturparks zu sichern. Dieser Effekt wird durch die sehr positive Entscheidung des Landes Hessen, die Stelle für die Geschäftsführung statt mit einer halben Stelle (bis 2017) zukünftig mit einer ganzen Stelle zu finanzieren, verstärkt.

Durch diesen Schritt wurden ab dem Haushaltes Jahres 2018 spürbare Finanzmittel frei. Das im Juni 2018 beschlossene und im Rahmen der Jubiläumsfeier „50 Jahre Naturpark Rhein-Taunus“ vorgestellte Naturpark-Konzept lässt eine gesicherte Entwicklung des Naturparks erwarten, auch wenn viele dort geplante Projekte von zu beantragenden Fördermitteln oder der Bereitschaft zur Kooperation der Kommunen und weiterer Institutionen abhängig sind. Das Projekt Bechstein Fledermaus ist im Jahr 2019 ausgelaufen, der Verwendungsnachweis ist zur Prüfung erstellt.

Unverändert sind die Personalaufwendungen einer der größten Kostenblöcke im Haushalt. Auf längere Sicht betrachtet, wurden durch

die Veränderung der Abläufe und den zielgenaueren Einsatz der Ressourcen wichtige Erfolge zur Kosteneinsparung und Erlössteigerung erzielt. Das derzeit größte Problem stellt die Behinderung der Stellenbesetzung durch die Besserstellungsprüfung der Institutionellen Förderung sowie die schwer abschätzbaren Folgen der aktuellen Covid19-Epidemie dar. Auch höhere Tarifabschlüsse sind bei zunehmender Personaldecke eine wichtige Größe für die finanzielle Ausstattung des Naturparks. Bei den Erträgen gab es im HHJ 2019 folgende Veränderungen zur Planung: • der Ansatz für sonstige Umsatzerlöse wurde mit TEUR -15,8 nicht erreicht, da ursprünglich geplante Einnahmen nicht wie geplant realisiert werden konnten. Auch wetterbedingt durch die Sperrung der Grillhütten und Jugendzeltplätze • Die Eigenleistungen konnten durch Aktivierungen im Bereich Anlagenbau und – Instandsetzung, z.B. bei Wanderweg Via Mattiacorum oder beim Bau von Bänken um TEUR 2 gesteigert werden. • Erträge- und Zuschüsse fielen um TEUR -120,5 geringer aus, da Projekte nicht wie geplant beantragt werden konnten und das Wegemanagement der Wispertrails über die Kommunen realisiert wird. Bei den Aufwendungen gab es im HHJ 2019 folgende Veränderungen im Vergleich zur Planung: • Personalaufwendungen sind durch nicht erfolgte Stellenbesetzungen und daraufhin nicht realisierbarer Projekte um TEUR 139 geringer ausgefallen als geplant. • Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen vielen um TEUR -15 geringer aus, da Projekte nicht wie geplant beantragt werden konnten. Die wesentliche Ursache ist die fehlende Arbeitskapazität (s.o.) um beispielsweise den Antrag für das Folgeprojekt für das Naturschutzprojekt Bechsteinfledermaus zu erarbeiten und das resultierende Projekt zu beginnen.

Die Durchführung eines Lehrgangs für zertifizierte Natur- und Landschaftsführer wurde ebenso finanziert wie der Aufwand für die Beteiligung des Naturparks am Einsteigerprogramm „Ökoprotit“ in den Jahren 2018/2019. Gemeinsam mit der Gemeinde Hohenstein konnte eine Machbarkeitsstudie für ein Natur- und Kulturlandschaftszentrum in der Burg Hohenstein erarbeitet werden. •

Der Aufwand für Abschreibungen stieg um TEUR 9,5 aufgrund getätigter Investitionen, unter anderem in eine Hüttensanierung und gestiegene Eigenleistungen. • Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen entfielen vor dem Hintergrund der fehlenden Projekte.

Personalsituation

Bis auf weiteres ist der Geschäftsführer zu 100% seiner regelmäßigen Arbeitszeit an den Zweckverband abgeordnet. Seit Jahresbeginn 2014 beschäftigt der Zweckverband nur einen fest angestellten Mitarbeiter im Außendienst. Dieser wird durch zwei Bundesfreiwillige und einen Geringfügig-Beschäftigten unterstützt. Für 2022 ist die (Wieder-)Besetzung einer zweiten Stelle und weiterer Stellen in der Geschäftsstelle geplant. Die übrige Verwaltung war im Jahr 2019 unverändert durch eine halbe Stelle für eine Bürokräft besetzt. Im Aufgabenbereich der Handlungsfelder des Naturparks konnten die Mitarbeiterinnen aus dem Bechsteinfledermausprojekt mit 1,13 Stellen dauerhaft übernommen werden. Aus rechentechnischen Gründen können in den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen von +/- einer Einheit (EUR, TEUR, Prozent usw.) auftreten.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

S.o.

VI. AUSBLICK:

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung.

Die jährliche Einschätzung der Chancen und Risiken fällt vor dem Hintergrund des beschlossenen Naturpark-Konzepts und der bisherigen Umsetzungen einerseits deutlich zu Gunsten der Chancen aus. Mit der derzeitigen Finanz- und Personalausstattung kann der Naturpark Rhein-Taunus diverse aktuelle Entwicklungen aufgreifen, beispielsweise in der Bildung für Nachhaltige Entwicklung oder für zeitgemäße Wegesystemen in der Freizeitnutzung. Insbesondere die im Jahr 2018 beschlossene Naturpark-Planung ist ein zentral wirkender Schritt, bedarf aber auch einer nachhaltigen Realisierung.

Wichtig ist die gemeinsame Entwicklung von Erholungsangeboten, wie beispielsweise bei den Wispertrails. Diese dürfen nicht zu Parallelstrukturen führen. Die Einbindung des Naturparkkonzepts in die Schritte regionaler Entwicklung ist dabei essenziell. Mit den Haushaltsentscheidungen Ende 2018 für das HHJ 2018 konnte das Haushaltsdefizit vorerst abgebaut werden. Der nächste Schritt zur Aktivierung des Naturparks steht im HHJ 2022 an, wenn eine weitere Personalstärkung und gezielte Investitionen beispielsweise in die Erholungsinfrastruktur anstehen.

Neue Trends wie das E-Bike müssen eine Berücksichtigung in den Angeboten des Naturparks finden, auch um hier Lenkungswirkung zu entfalten. Integrative Wirkungen und Bildungsangebote kann der Naturpark durch sein neues Angebot an Natur-Erlebnisführungen mit den zertifizierten Naturpark-Führer/Innen entfalten. Die Folgen der Covid 19/ Corona-Krise für die öffentlichen Haushalte und somit auch für den Naturpark Rhein-Taunus sind in diesem Zusammenhang schwer einzuschätzen. Die Krise hat allerdings auch gezeigt, wie elementar wichtig ballungsraumnahe Naturparke für eine räumlich nahe Erholung breiter Bevölkerungsschichten ist. Die vorhandenen Anlagen haben geholfen, den Ansturm der Besucher im Frühjahr 2020 aufzufangen und zu lenken. Dabei haben viele Einwohner den Wert ihrer Region wiederentdeckt, so dass weiterhin von einer verstärkten Nutzung ausgegangen werden muss. Kernthema war, ist und bleibt die Ausstattung des Naturparks mit den erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen.

Die Qualitätsoffensive des Verbands Deutscher Naturparke im Jahr 2020 zeigt durch die Bestätigung der Stufe „Qualitätsnaturpark“ mit erreichten 338,5 Punkten ebenfalls die steigende Leistungsfähigkeit unseres Naturparks. Mit diesem Ergebnis wurde gegenüber der ersten Teilnahme im Jahr 2015 (257,5 Punkte) eine Ergebnisverbesserung von plus 31,5 % erreicht!

Das Hauptrisiko für den Naturpark Rhein-Taunus, die Unterschätzung seiner Wirkung und Bedeutung für die Region und die daraus folgende zu knappe Ausstattung mit Ressourcen, wurde erkannt und wird derzeit durch

das aktive Handelnder Träger auf der Basis des Naturpark-Konzepts Zug um Zug verringert! Vergleichen wir unseren Naturpark mit den „Top Ten“ der 105 Naturparks und nationalen Naturlandschaften in Deutschland lässt sich folgende Aussage treffen:

➤ Mit dem Potential unseres Naturparks Rhein-Taunus hinsichtlich der Wertigkeit von Kultur- und Naturlandschaft gehören wir eigentlich in das 25 % Spitzenfeld.

➤ Die Lage in der Metropolregion Rhein-Main bedingt eine besondere Bedeutung der Erholungswirkung „Naturpark“. Von diesem Potential und den aus ihm resultierenden monetären und ideellen Erträgen wird gegenwärtig nur ein Bruchteil realisiert.

➤ Die „Top Ten“-Naturparks leisten erheblich mehr für die jeweilige Region. Sei es in den Bereichen der Erholungswirkung oder Bildung, sei es im Tätigkeitsfeld des Erhalts und der Entwicklung der natürlichen Ressourcen von Stadt und Land.

➤ Dieses Potenzial kann mit den aktuell zur Verfügung stehenden Mitteln und Strukturen im Naturpark Rhein-Taunus zunehmend abgerufen werden und wesentlich mehr ist möglich! Das im Jahr 2018 beschlossene Naturpark-Konzept ist mehr als nur ein Schritt in diese Richtung.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten.

Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2018: 87.500 €, 2019: 107.500 €, 2020: 110.000 €, Plan 2021: 115.000 €

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten.

Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2018: 87.500 €, 2019: 107.500 €, 2020: 110.000 €, Plan 2021: 115.000 €

IX. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

X. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

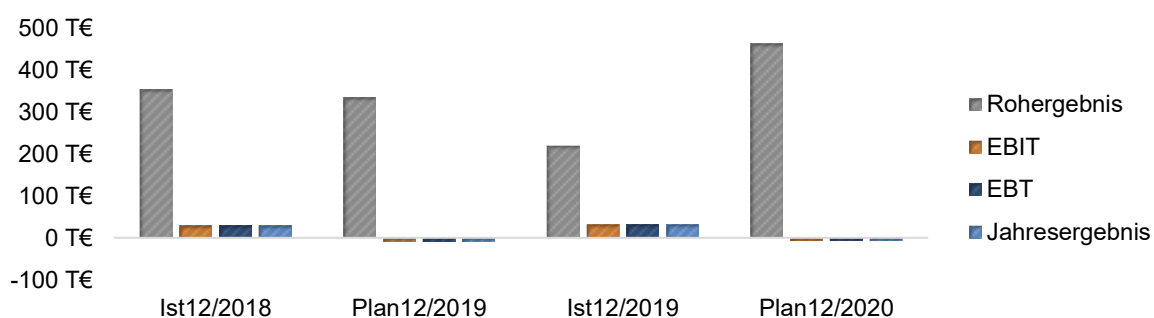
Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandschutz).

XI. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des erneut positiven Jahresergebnisses steigt die Eigenkapitalquote von 50,3 % um 14,3 % auf 64,6 %. Die Fremdkapitalquote sinkt um 11,9 % von 35,3 % auf 23,4 %.

XII. KENNZAHLEN

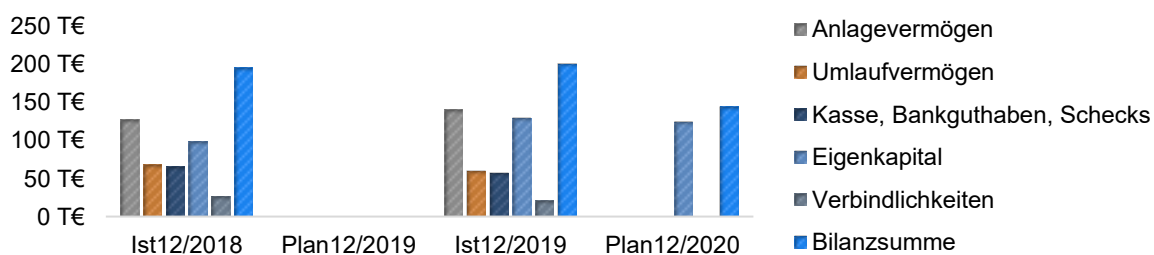
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

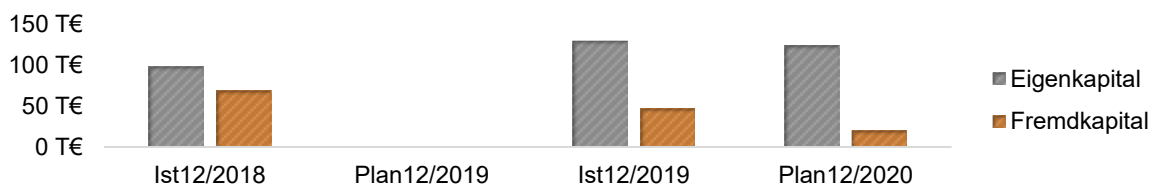
	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	35	54	38	457
Erlösschmälerungen	-	-	-	0
Bestandsveränderungen	10	3	5	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	4
Erträge aus Zuwendungen	496	425	307	2
Sonstige betriebliche Erträge	1	0	1	0
Gesamtleistung	542	482	351	462
Materialaufwand	190	149	134	0
Rohergebnis	352	333	218	462
Personalaufwand	147	297	157	306
Sonstige betriebliche Aufwendungen	145	25	0	142
Abschreibungen	31	20	29	21
EBIT	29	-8	31	-6
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-	-	0
EBT	29	-8	31	-6
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-	0
Ergebnis nach Steuern	29	-8	31	-6
Sonstige Steuern	-	-	-	0
Jahresergebnis	29	-8	31	-6

Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	128	140
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0
Sachanlagen	124	140
Umlaufvermögen	68	59
Vorräte	1	1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	2
Kasse, Bankguthaben, Schecks	65	57
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Bilanzsumme	195	200
Passiva		
Eigenkapital	98	129
Gezeichnetes Kapital	91	91
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-22	-
Jahresergebnis	29	31
Sonderposten	28	24
Rückstellungen	25	25
Verbindlichkeiten	26	21
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	3	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	13
Sonstige Verbindlichkeiten	14	8
Rechnungsabgrenzungsposten	18	-
Bilanzsumme	195	200

Finanzkennzahlen

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in %)	27,2	61,6	44,8	66,1
Finanzergebnis	0	-	0	0
Eigenkapital	98	-	129	124
Fremdkapital	69	-	47	20
Eigenkapitalquote (in %)	50,3	-	64,6	-
Fremdkapitalquote (in %)	35,3	-	23,4	-

Die Sonderposten sind mit 14,4 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

7.2. Sparkassenzweckverband Nassau



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Rheinstraße 42-46, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611-364 029 01
Fax.: 0611-364 00 298
E-Mail: Sparkassenzweckverband-
Nassau@naspa.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.01.1989

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis und der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen und der Rhein-Lahn-Kreis und der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz bilden einen Zweckverband im Sinne des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften sowie Wasser- und Bodenverbände vom 07.12.1973. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Öffentlicher Zweck:

Durch den Wegfall der Anstaltslast ist der Verband ab dem 19.07.2005 der Träger der Nassauischen Sparkasse. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Der Träger haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Nassauischen Sparkasse.

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	12,50% / - / 12,50%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Andreas Diehl

Verbandsversammlung

Mitglied

Herr Georg Mahr Rheingau-Taunus-Kreis
Herr Alexander Müller Rheingau-Taunus-Kreis

Vorsitz

Herr Gert-Uwe Mende (ab 02.07.2019)
Herr André Stolz (bis 30.06.2019) Rheingau-Taunus-Kreis

Verbandsvorstand

Mitglied

Frau Ingrid Reichbauer

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder/Stimmen

Hochtaunuskreis	3
LH Wiesbaden	3
Landkreis Limburg Weilburg	3
Main-Taunus-Kreis	3
Rhein-Lahn-Kreis	3
Rheingau-Taunus-Kreis	3
Stadt Frankfurt am Main	3
Westerwaldkreis	3

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Der Verband hat keine Einnahmen und Ausgaben, so dass sich keine weiteren Anmerkungen ergeben.

V. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.
Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VI. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

7.3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Am Brunnengewännchen 5
68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Tel.: 06256 - 851164
E-Mail: gf@zv-tkb-hs.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.07.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Der Verband wurde am 01.07.1994 gegründet. Sitz des Verbandes ist Lampertheim im Kreis Bergstraße. Das Einzugsgebiet erstreckt sich über drei Bundesländer, auf der Grundlage eigens hierfür erlassener Gesetze und abgeschlossener Staatsverträge. Nach der Satzung übernimmt der Verband für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte Aufgaben der Tierkörperbeseitigung nach den jeweils geltenden Gesetzen und bedient sich hierfür eines privaten Unternehmens. Ab dem 01.01.2019 wurde die Beseitigungspflicht gem. Tierkörperbeseitigungsgesetz auf die Fa. SecAnim Südwest GmbH vom Regierungspräsidium Darmstadt übertragen (weshalb der Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen Süd ein ruhender Verband ist). Die Übertragung wurde zunächst auf 10 Jahre befristet.

Öffentlicher Zweck:

siehe Unternehmenszweck

Kapital:

Stimmrechte	100
-------------	-----

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	5,26% / - / 5,26%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Verbandsversammlung

Mitglied

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann
Rheingau-Taunus-Kreis

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder

18 weitere Verbandsmitglieder	18
Rheingau-Taunus-Kreis	1

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

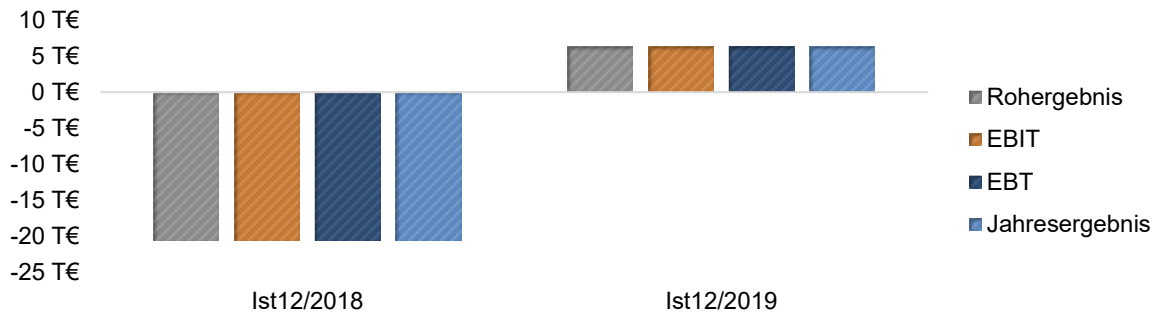
Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VI. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

VII. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	-	30
Sonstige betriebliche Erträge	-	1
Gesamtleistung	0	31
Materialaufwand	21	24
Rohergebnis	-21	6
EBIT	-21	6
EBT	-21	6
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Ergebnis nach Steuern	-21	6
Sonstige Steuern	-	-
Jahresergebnis	-21	6

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

7.4. Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Wellmicher Straße 25
56346 St. Goarshausen
Tel.: 06771-59 94 45, Fax.: 06771-59 96 07
E-Mail: info@welterbe-oberes-mittelrheintal.de
Webseite: www.welterbe-oberes-mittelrheintal.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 11.05.2005

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Das Welterbe Oberes Mittelrheintal, die Kulturlandschaft zwischen Bingen/Rüdesheim und Koblenz, ist der südliche, rund 65 Kilometer lange Abschnitt des Mittelrheingebiets im Bereich Stromkilometer 527 bis 592. Das obere Mittelrheintal ist einerseits eine bemerkenswert geschlossene naturräumliche Einheit, andererseits ein besonders malerischer Stromabschnitt mit hochrangigen Baudenkmalern, aufs Engste mit der Europäischen Romantik (Rheinromantik) verbunden. Dies alles gibt der Region ein einzigartiges, unverwechselbares Profil. Diese Einzigartigkeit der Kulturlandschaft zu bewahren und zu gestalten sowie die Schaffung einer einheitlichen Identität ist Ziel des Zweckverbandes. Der für das Tal so bedeutende Wirtschaftsfaktor „Tourismus“ ist zu stärken und auszubauen und die Einzelprojekte sind zu vernetzen. Weiterhin hat der Zweckverband das Ziel, in den Grenzen des Verbandsgebiets die örtliche und regionale Zusammenarbeit im Bereich jener Themenfelder, die in den eigenen Zuständigkeitsbereich seiner Mitglieder fallen, zu fördern, zu unterstützen, zu koordinieren und für die Umsetzung Sorge zu tragen sowie gegebenenfalls gemeinsame Projekte durchzuführen oder deren Trägerschaft zu übernehmen.

Öffentlicher Zweck:

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als die vom rheinland-pfälzischen Ministerium

des Inneren und für Sport gem. Artikel 3 Abs. 1 des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über Zweckverbände, öffentliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften sowie Wasser- und Bodenverbände vom 17.12.1973 bestimmte Errichtungsbehörde errichtet den „Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal“ mit Wirkung zum 11.05.2005.

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	1,91% / - / 1,91%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Verbandsversammlung

Mitglied: Herr Karl Ottens
Rheingau-Taunus-Kreis

Verbandsvorstand

Vorsitz: LRat Herr Frank Puchtler

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder/Stimmen

weitere kommunale Zweckverbandsmitglieder	205
Rheingau-Taunus-Kreis	4

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund des bei Redaktionsschluss noch nicht vorgelegten Jahresabschlusses 2019 entfallen weitere Anmerkungen. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2018: 4.857,50 €, 2019: 4.837,00 €, 2020: 4.837,00 €, Plan 2021: 5000 €.

V. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

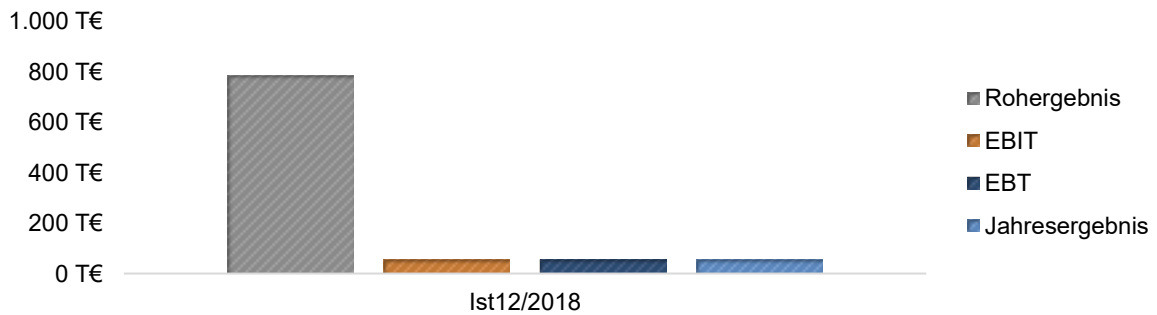
VI. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind weiterhin erfüllt (siehe Beschluss des Kreistags vom 12.09.2017 KT X 9/2019).

Es wird der letzte, festgestellte Jahresabschluss dargestellt

VII. KENNZAHLEN

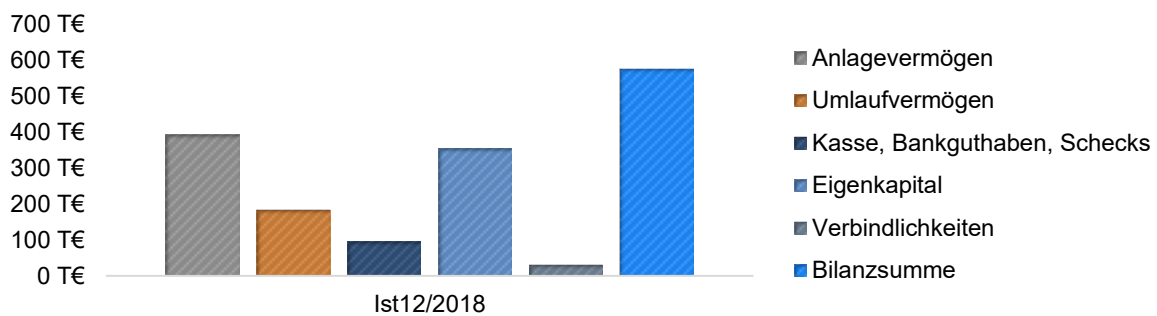
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018
Umsatzerlöse	1
Erträge aus Zuwendungen	831
Sonstige betriebliche Erträge	0
Gesamtleistung	832
Materialaufwand	49
Rohergebnis	783
Personalaufwand	361
Sonstige betriebliche Aufwendungen	342
Abschreibungen	25
EBIT	56
EBT	56
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0
Ergebnis nach Steuern	56
Sonstige Steuern	0
Jahresergebnis	56

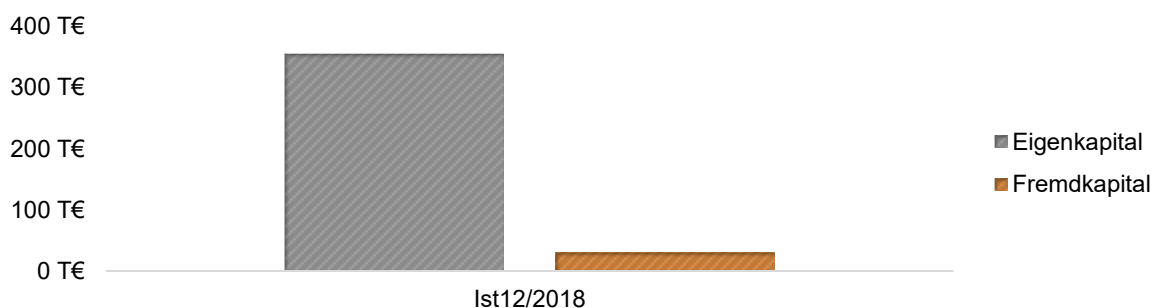
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018
Anlagevermögen	391
Immaterielle Vermögensgegenstände	335
Sachanlagen	56
Umlaufvermögen	183
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	88
Kasse, Bankguthaben, Schecks	94
Bilanzsumme	574
Eigenkapital	354
Kapitalrücklage	298
Jahresergebnis	56
Sonderposten	190
Verbindlichkeiten	30
Bilanzsumme	574

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018
Personalaufwandsquote (in %)	43,3
Eigenkapital	354
Fremdkapital	30
Eigenkapitalquote (in %)	61,6
Fremdkapitalquote (in %)	5,2

Die Sonderposten sind mit 33,2 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2019



7.5. Zweckverband Rheingau

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Rheinweg 30, 65375 Oestrich-Winkel
Tel.: 06723 - 60 27 231
Fax.: 06723 - 99 22 21
E-Mail: zweckverband@eltille.de
Webseite: www.zweckverband-rheingau.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 27.02.2007

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Regionalparks im Rheingau, die Vorbereitung und Durchführung des Stadtumbaus und die Förderung der Regionalentwicklung.

Öffentlicher Zweck:

Ziel der Regionalentwicklung ist es, die regionale Identität des Rheingaus hervorzuheben sowie das vielfältige wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Potential zu erhalten und nachhaltig zu entwickeln und die regionalen Ressourcen zum Erhalt und zur Schaffung von Einkommensmöglichkeiten zu erschließen. Unter diesem Aspekt initiiert und unterstützt der Zweckverband eine eigenständige integrierte Entwicklung der Region Rheingau.

Hierbei erfüllt der Zweckverband mit seinen Organen die Funktion/Aufgabe einer regionalen Entwicklungsgruppe bzw. eines rechtsfähigen Regionalforums.

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	12,50% / - / 12,50%
---------	---------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Verbandsversammlung

Mitglied

Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker (ab 01.02.2019)

Frau Ingrid Reichbauer (bis 31.01.2019)
--

Herr Paul Weimann

Verbandsvorstand

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

Vorsitz

Herr Christian Aßmann (bis 30.08.2019)
--

Herr Volker Mosler (ab 01.09.2019)

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder/Stimmen

7 Rheingaukommunen	22
Rheingau-Taunus-Kreis	2

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2018: 50.062,90 €, 2019: 50.062,90 €, 2020: 50.052,03 €, Plan 2021: 76.000 €.

VI. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

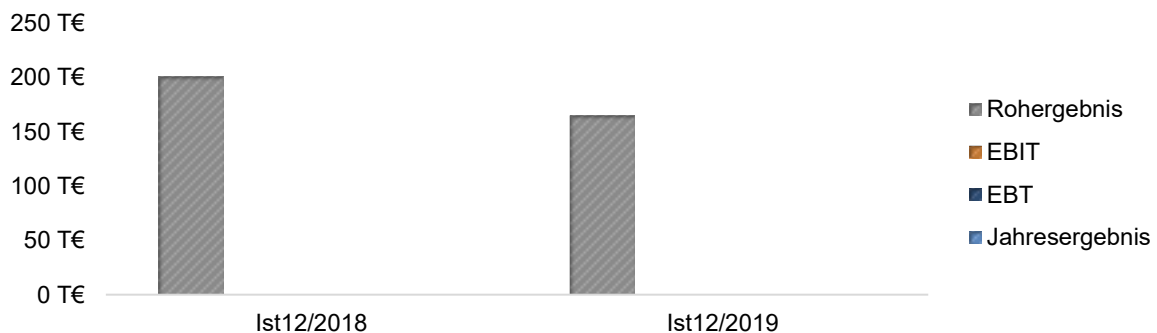
Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind weiterhin erfüllt (siehe Beschluss des Kreistags vom 12.09.2017 KT X 9/201

VIII. KENNZAHLEN

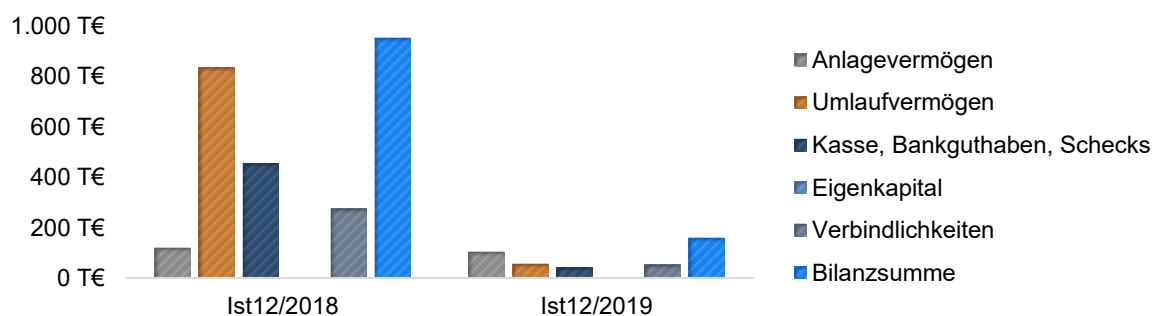
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	405	448
Erträge aus Zuwendungen	923	186
Sonstige betriebliche Erträge	-	36
Gesamtleistung	1.328	669
Materialaufwand	1.128	505
Rohergebnis	200	164
Personalaufwand	183	149
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2	-
Abschreibungen	15	15
Jahresergebnis	0	0

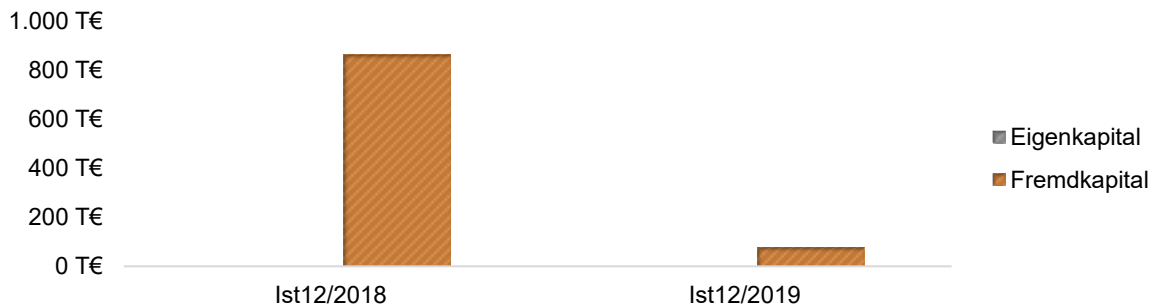
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	117	102
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	-
Sachanlagen	117	102
Umlaufvermögen	834	54
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	379	12
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	214	9
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	165	3
Kasse, Bankguthaben, Schecks	454	42
Bilanzsumme	951	156
Eigenkapital	0	0
Jahresergebnis	0	0
Sonderposten	88	80
Rückstellungen	588	25
Verbindlichkeiten	275	51
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	262	48
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	7	0
Sonstige Verbindlichkeiten	5	3
Bilanzsumme	951	156

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	13,8	22,3
Finanzergebnis	0	0
Eigenkapital	0	0
Fremdkapital	863	76
Eigenkapitalquote (in %)	0,0	0,0
Fremdkapitalquote (in %)	90,8	48,7

Die Sonderposten sind mit 9,2 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

7.6. Kommunales Gebietsrechenzentrum

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Konrad-Adenauer-Ring 60,
65197 Wiesbaden
Tel.: 0611-174 59 46
E-Mail: kgrz-wiesbaden@t-online.de

Rechtsform: KdöR**Gründungsdatum:** 01.02.1970**Geschäftsjahresbeginn:** Januar**Unternehmenszweck:**

Am 01.02.1970 wurde das KGRZ aufgrund des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16.12.1969 gegründet. Der RTK ist mit einem Anteil von 5,217 % Mitglied des Zweckverbandes KGRZ. Das KGRZ befindet sich weiterhin in der Auflösung, es gilt als Zweckverband nach wie vor als fortbestehend im Sinne von § 22 KGG, da der Zweck der Abwicklung dieses erfordert und dort weiterhin Beamte beschäftigt sind, deren Dienstherr unverändert das KGRZ ist. Ein Geschäftsbetrieb des Rechenzentrums findet nicht mehr statt. Es werden lediglich noch die aktuellen Zahlungsverpflichtungen für die Restabwicklung der Gehälter, Beamten- und Versorgungsbezüge aus dem Sozialplan abgewickelt. Mit Schreiben vom 16.06.2010 hat das Regierungspräsidium Gießen dem KGRZ in Anbetracht der nicht mehr vorhandenen Geschäftstätigkeit bis auf Widerruf Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung und Prüfung eines Wirtschaftsplanes erteilt.

Im November 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossen, mit dem KGRZ Gespräche zu Übernahme zu führen. Derzeit befindet sich der Übernahmevertrag in Abstimmung mit den Mitgliedern. Ziel ist eine Übernahme der Dienstherreneigenschaft zum nächstmöglichen Zeitpunkt durch die Landeshauptstadt Wiesbaden gegen Erstattung der Kosten der bestehenden Beamtenverhältnisse.

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	5,22% / - / 5,22%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:**Verbandsversammlung**Mitglied

Herr Dr. Herbert Koch

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder/Stimmrechte

Rheingau-Taunus-Kreis	5
-----------------------	---

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund des ruhenden Geschäftsbetriebes werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

In der Kreistagssitzung am 27.08.2019 wurde die Übernahme der Dienstherreneigenschaft des KGRZ Wiesbaden i.L. (KGRZ) ab 01.01.2020 auf die Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossen, damit stünde einer Auflösung des KGRZ nichts mehr im Weg.

Künftig wird eine Erstattung der Aufwendungen des verbliebenen Personals (z.B. Besoldung, Versorgung, Beihilfen etc.) zum Mitgliedsanteil des RTK von 5,217% an die LH Wiesbaden zuzüglich von Kostenpauschalen erfolgen, was zu erwartenden jährlichen Aufwendungen i.H. von rd. 20 T€ für den RTK führt.

Gezahlte Altlastenumlage:

2019: 26.085,00 €, 2020: 26.085,00 €.

VI. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

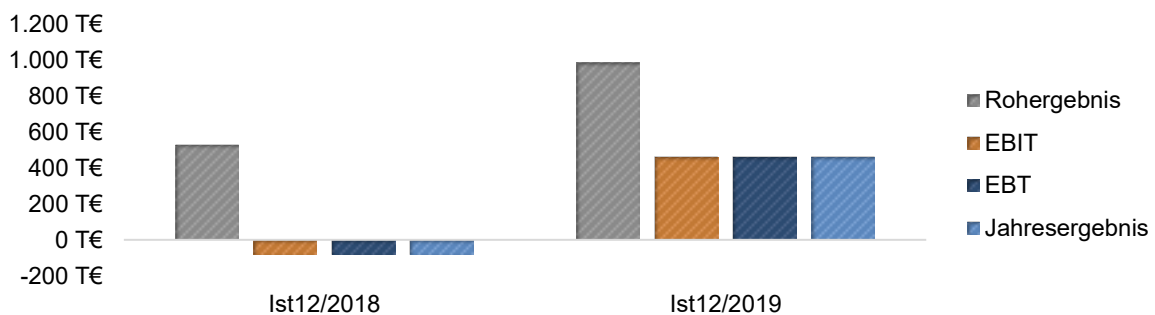
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.
Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

VIII. KENNZAHLEN

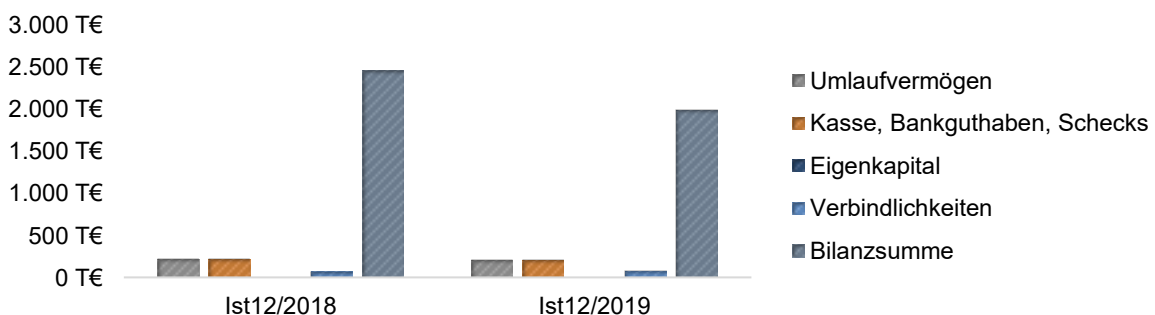
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	0	-
Sonstige betriebliche Erträge	526	983
Gesamtleistung	526	983
Materialaufwand	-	-
Rohergebnis	526	983
Personalaufwand	610	528
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4	-4
Abschreibungen	-	-
EBIT	-80	459
EBT	-80	459
Ergebnis nach Steuern	-80	459
Sonstige Steuern	0	0
Jahresergebnis	-80	459

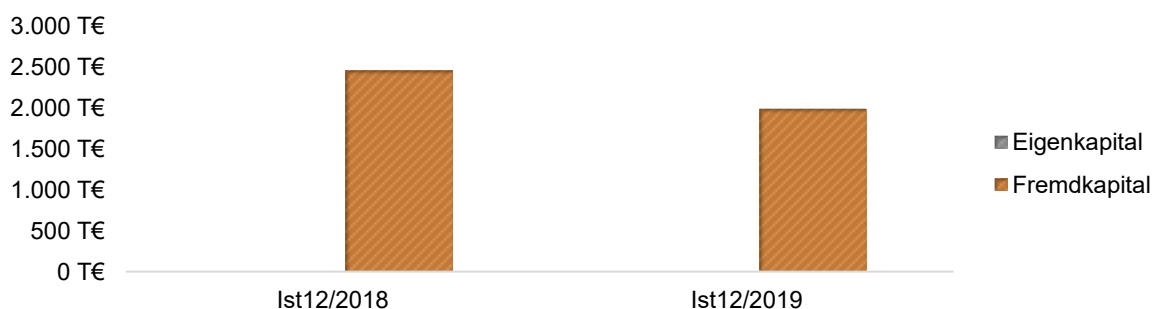
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	-	-
Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-
Sachanlagen	-	-
Finanzanlagen	-	-
Umlaufvermögen	216	206
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	3
Kasse, Bankguthaben, Schecks	216	203
Rechnungsabgrenzungsposten	54	48
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.193	1.734
Bilanzsumme	2.463	1.989
Passiva		
Eigenkapital	0	0
Gezeichnetes Kapital	2.556	2.556
dar.: andere Gewinnrücklagen	22.441	22.441
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-27.111	-27.190
Jahresergebnis	-80	459
Nicht gedeckter Fehlbetrag	2.193	1.734
Sonderposten	-	-
Rückstellungen	2.393	1.914
Verbindlichkeiten	70	75
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	65	62
Sonstige Verbindlichkeiten	6	13
Bilanzsumme	2.463	1.989

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	115,9	53,7
Finanzergebnis	0	-
Eigenkapital	0	0
Fremdkapital	2.463	1.989
Eigenkapitalquote (in %)	0,0	0,0
Fremdkapitalquote (in %)	100,0	100,0

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Carlo-Mierendorff-Str. 11
35398 Gießen

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.08.2008

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (ekom21 - KGRZ Hessen) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die mit Wirkung zum 1. Januar 2008 aus dem Zusammenschluss der ehemaligen kommunalen Gebietsrechenzentren Kassel und KIV in Hessen hervorgegangen ist. Der Sitz der Körperschaft ist Gießen. Sie unterhält weitere Standorte in Kassel und Darmstadt.

Die ekom21 - KGRZ Hessen bietet für öffentliche Verwaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandte Einrichtungen, folgende Leistungen an:

- Bereitstellung von Informationstechnischen Anlagen und Lösungen,
- Entwicklung, Wartung und Vertrieb von Informationstechnologien
- Betriebliche Abwicklung von Verfahren der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie
- Beratung, Schulung und Dienstleistungen aller Art auf dem IuK Sektor

Für die ekom21 - KGRZ Hessen sind das hessische Datenverarbeitungsverbundgesetz (DV-VerbundG), das hessische Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG), das Hessische Eigenbetriebsgesetz (EigBG) sowie die Satzung der ekom21 - KGRZ Hessen in der jeweils gültigen Fassung maßgebend.

Das Geschäftsgebiet der ekom21 - KGRZ Hessen umfasst räumlich die kreisfreien Städte Kassel, Darmstadt, Frankfurt am Main

und Offenbach sowie die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Fulda, Gießen, Groß-Gerau, Hersfeld-Rotenburg, Hochtaunuskreis, Kassel, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-Weilburg, Main-Taunus-Kreis, Marburg-Biedenkopf, Main-Kinzig-Kreis, Odenwaldkreis, Offenbach, Rheingau-Taunus-Kreis, Schwalm-Eder, Vogelsbergkreis, Wetterau, Werra-Meißner.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Unternehmenszweck.

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	0,20% / - / 0,20%
---------	-------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Verbandsversammlung

Mitglied

Herr Roland Reichenauer (ab 03.04.2019)

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

498 Mitglieder der ekom21

Rheingau-Taunus-Kreis

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

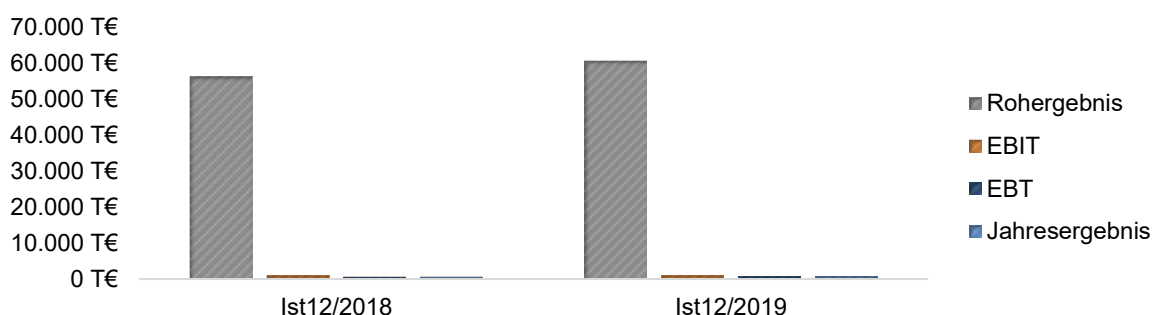
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VI. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Nach § 121 Abs. 3 HGO handelt es sich um eine nicht wirtschaftliche Tätigkeit zur Deckung des Eigenbedarfs.

VII. KENNZAHLEN

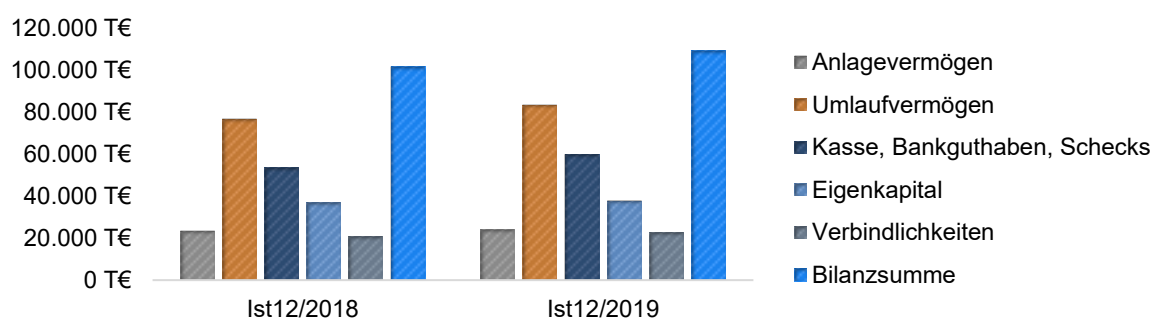
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Umsatzerlöse	129.749	154.207
Sonstige betriebliche Erträge	5.032	5.730
Gesamtleistung	134.781	159.937
Materialaufwand	78.705	99.452
Rohergebnis	56.076	60.486
Personalaufwand	43.038	45.485
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.388	9.351
Abschreibungen	3.802	4.662
EBIT	848	988
Erträge aus Beteiligungen	26	46
Erträge aus Wertpapieren	1	29
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	641	598
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.051	1.037
EBT	465	624
Steuern vom Einkommen und Ertrag	8	-6
Ergebnis nach Steuern	457	630
Sonstige Steuern	19	20
Jahresergebnis	438	609

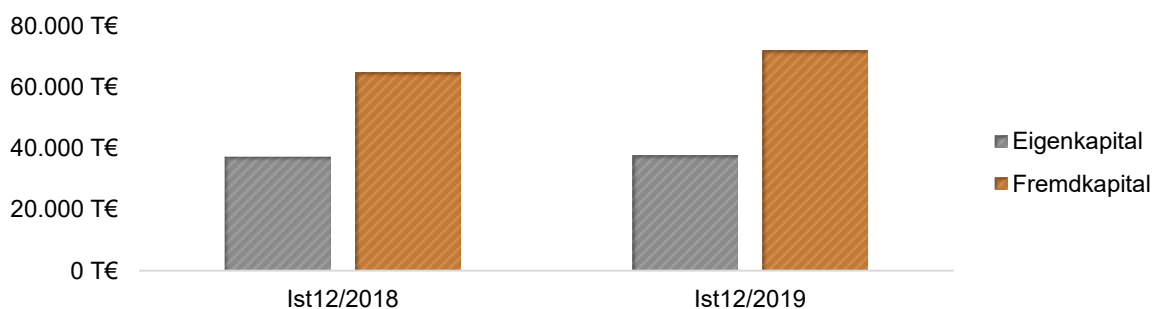
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	23.365	24.151
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.357	8.808
Sachanlagen	10.983	10.298
Finanzanlagen	5.024	5.045
Umlaufvermögen	76.466	83.248
Vorräte	6.208	4.052
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.724	19.390
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.101	17.841
Forderungen gg. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	31	26
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	1.593	1.523
Kasse, Bankguthaben, Schecks	53.534	59.806
Rechnungsabgrenzungsposten	1.802	1.851
Bilanzsumme	101.632	109.250
Passiva		
Eigenkapital	36.987	37.597
Gezeichnetes Kapital	11.600	11.600
Kapitalrücklage	24.790	24.790
Jahresergebnis	438	609
Sonderposten	-	-
Rückstellungen	43.794	48.963
Verbindlichkeiten	20.849	22.677
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.500	1.827
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	629	1.336
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.260	16.235
Sonstige Verbindlichkeiten	2.461	3.278
Rechnungsabgrenzungsposten	2	13
Bilanzsumme	101.632	109.250

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Personalaufwandsquote (in %)	31,9	28,4
Finanzergebnis	-384	-364
Eigenkapital	36.987	37.597
Fremdkapital	64.645	71.653
Eigenkapitalquote (in %)	36,4	34,4
Fremdkapitalquote (in %)	63,6	65,6

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

7.8. Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Passavant Geiger Str. 1, 65326 Aarbergen
Tel.: 06124510 493, Fax.: 06124510 300
Webseite: www.eaw-rheingau-taunus.de

Rechtsform: Eigenbetrieb

Gründungsdatum: 01.01.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Abfallwirtschaft des Rheingau-Taunus-Kreises wird nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes, den Bestimmungen der Betriebssatzung und dem Abfallwirtschaftskonzept des Rheingau-Taunus-Kreises als Eigenbetrieb geführt.

Öffentlicher Zweck:

Zweck der Abfallwirtschaft des Rheingau-Taunus-Kreises ist die geordnete Abfallbewirtschaftung nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften.

Ziele der Abfallwirtschaft sind Maßnahmen zur Abfallvermeidung und zur Wiederverwertung zu ergreifen und soweit wie möglich zu fördern, die Menge der Abfälle und ihrer Schadstoffe so gering wie möglich zu halten und soweit als möglich zu verwerten, eine umfassende Beratung der Bürger/innen und Gewerbetreibenden über die Möglichkeit der Vermeidung und Verminderung von Abfällen anzubieten, der Vorrang der Eigenkompostierung vor allen anderen Verwertungsmaßnahmen.

Organe

II. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2019):

a) Ergebnis

Im Jahr 2019 beläuft sich der Jahresverlust auf 90.124,15 €. Der veranschlagte Jahresverlust von 1.637.400,00 € wurde nicht ausgeschöpft.

Ausschlaggebend für den im Ergebnis geringeren strukturellen Verlust sind insbesondere die positive Entwicklung der Einnahmen der Wertstoffhöfe und die zwar reduzierten aber immer noch erfreulichen Vergütungen im Bereich Altpapier. Ebenfalls wurden höhere Einnahmen bei den Hausmüllgebühren im Untertaunus durch den Anstieg der gebührenpflichtigen Behälter erzielt. Statt der geplanten Inanspruchnahme der Gebührenaussgleichsrückstellung von T€ 154, konnten aufgrund des guten Ergebnisses 2018 T€ 1.005 ergebniswirksam verbraucht werden.

Im Rahmen des Geschäftsverlaufs konnten keine bedeutsamen finanziellen Vorkommnisse verzeichnet werden. Die Prognosen der Aufwendungen aus dem Wirtschaftsplan konnten weitestgehend eingehalten werden. Der Materialaufwand ist insgesamt betrachtet im gleichen Rahmen wie 2018 geblieben.

Der Wirtschaftsplan 2019 weist im Erfolgsplan Erträge von T€ 10.826 und Aufwendungen von T€ 12.463 sowie einen Jahresverlust von T€ 1.637 aus. Im Vermögensplan sind Einnahmen und Ausgaben von T€ 3.227 geplant.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist dagegen Erträge von T€ 12.233 und Aufwendungen von T€ 12.323 sowie einen Jahresverlust von T€ 90 aus. Dies resultiert bei den Erträgen im Wesentlichen aus gestiegenen Umsatzerlösen (+ T€ 502), infolge höherer Erlöse aus Hausmüllgebühren und den Ergebnissen der Papierverwertung.

Es gibt höhere sonstige betriebliche Erträge (+ T€ 870) aufgrund der Inanspruchnahme der Gebührenaussgleichsrückstellung (Plan: T€ 154; Ist: T€ 1.005).

Bei den Aufwendungen ergaben sich Planabweichungen vor allem durch geringeren Materialaufwand (- T€ 142) und niedrigere betriebliche Aufwendungen (- T€ 19). Geplant waren Investitionen in Höhe von T€ 1.380 tatsächlich wurden aber für T€ 1.928 Investitionen getätigt. Die Planüberschreitungen resultieren aus den tatsächlich angefallenen Auf-

wendungen für Investitionen in den Wertstoffhöfen und konnten aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus Vorjahren gedeckt werden.

b) Wirtschaftliche und technische Entwicklung

Abfallberatung

Es wurden ca. 8000 allgemeine telefonische und digitale Beratungen mit den Schwerpunkten Sperrmüll, Sonderabfallentsorgung, Abfallvermeidung und allgemeine Entsorgungsinformationen und gegen Ende des Jahres Überwiegend zur „Verpackungstonne mit gelbem Deckel“, durchgeführt. Es wurden 21 Schulungstermine des Kindergartenprojekts „Die kleinen Abfalldetektive“ mit 278 Kindern und 7 Schulungstermine am „Außerschulischen Lernort“ durchgeführt.

Europaweite Ausschreibung der Entsorgungsdienstleistung

Die europaweite Ausschreibung der „Sammlung und Transport verschiedener Abfallfraktionen im Rheingau-Taunus—Kreis ab 01.01.2021“ erfolgte in Kooperation mit dem AVR und unter juristischer Begleitung durch die Kanzlei GGSC auf der Vergabepattform eHAD. Die Auswertung der eingegangenen Angebote führte zum Wertungsausschluss aller Bieter und damit zur Aufhebung dieser Ausschreibung. Diese Aufhebung wurde von allen Bietern gerügt. Nach einem erneuten Ausschreibungsverfahren wurde das Los für den Rheingau vergeben. Das Los für den Kreisteil Untertaunus ist nach wie vor beklagt. Am 15. September 2020 wird eine erste Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht erfolgen. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Beschränkte Ausschreibung Dienstleistungen

Es wurden 2 Ausschreibungen zur Altholzentsorgung bzw. Containergestellung auf den Wertstoffhöfen im beschränkten Verfahren nach den Vergaberichtlinien durchgeführt und vergeben.

Ausbau Wertstoffhöfe

Der Umbau und die Erweiterung des Wertstoffhofes in Taunusstein-Orlen wurde fertiggestellt und in Betrieb genommen. Der Ausbau des Wertstoffhofes in Idstein wurde bis auf Restarbeiten fertiggestellt. Es wurden Überwachungssysteme zur Einbruchsvermeidung in Orlen und Idstein installiert. Ein einheitliches Schließenanlagen-System mit Zugangskontrolle wurde an allen Wertstoffhöfen installiert. Die Zeiterfassungsterminals für die Mitarbeiter auf den Wertstoffhöfen in Orlen, Idstein und Eltville wurden in Betrieb genommen.

Verpackungstonne mit gelbem Deckel | Duale Systeme | Mitbenutzung PPK

Die Einführung der Verpackungstonne als Nachfolge für den „gelben Sack“ wurde per Rahmenvorgabe an die dualen Systeme durchgesetzt. Die Tonnenverteilung erfolgte durch die Beauftragten der dualen Systeme bis Ende des Jahres, damit ab Beginn des Jahres 2020 eine 14-tägige Tonnenleerung für Verpackungsmüll erfolgen kann.

Die Gespräche zum Abschluss von Abstimmungsvereinbarungen zur z. B. Kostenbeteiligung bei der Mitbenutzung der Altpapier-tonnen, der Durchführungsart der Altglassammlung, wurden abgebrochen und die Klage zur Kostenbeteiligung der dualen Systeme für die Mitbenutzung des PPK — Sammelsystems wurde ausgearbeitet. Bisher konnte noch keine Einigung zu einer gültigen Abstimmungsvereinbarung erzielt werden. Die Klage wurde eingereicht. Von Seiten der Systembetreiber wurde eine Fristverlängerung bis Dezember 2020 beantragt. Die Fristverlängerung wurde von Seiten des Gerichts gewährt. Die Mitbenutzungsentgelte können bis zum Abschluss des Verfahrens nicht vereinnahmt werden, daneben bestehen die üblichen Klagerisiken.

Jubiläum 25 Jahre EAW und Tag der offenen Tür Wertstoffhof Orlen

Nach Fertigstellung des Wertstoffhofes Orlen erfolgte eine gemeinsame Jubiläumsfeier zu 25 Jahre Bestehen des EAW und Einweihung des nun leistungsfähigsten Wertstoffhofes des EAW unter Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger.

Personalangelegenheiten

Es wurden 3 neue Vollzeitkräfte und eine 24h Kraft als Mitarbeiter für die Wertstoffhöfe eingestellt.

Grünschnittboxen

Es wurden 3 Grünschnittboxen generalsaniert oder neu errichtet und 20 umfangreiche Instandsetzungen an Bohlenwänden ausgeführt.

4. Lage des Eigenbetriebes

a) Ertragslage

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresverlust von T€ 90 erzielt.

Bei den Umsatzerlösen war eine Erhöhung von T€ 68 auf T€ 11.172 zu verzeichnen. Diese ist im Wesentlichen auf gestiegene Erlöse aus Hausmüllgebühren aufgrund des Anstiegs der Behälterzahl und der Zusatzentleerungen zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um T€ 572 auf T€ 1.025. Dies resultiert aus der höheren Inanspruchnahme der Gebührenaussgleichsrückstellung (T€ 1.005; Vorjahr: T€ 373).

Der Anstieg des Materialaufwands ist insbesondere auf gestiegene Deponiegebühren (+ T€ 82) sowie höheren Aufwendungen für die Altpapiersammlung (+ T€143) zurückzuführen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergaben sich insbesondere höhere Rechts- und Beratungskosten im Vergleich zum Vorjahr (+ T€ 127).

b) Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt -T€ 911, aus der Investitionstätigkeit - T€ 1.941 und aus der Finanzierungstätigkeit - T€ 233, so dass sich der Finanzmittelfonds um T€ 3.085 auf T€ 2.997 verminderte.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme verminderte sich zum 31. Dezember 2019 von T€ 11.266 auf T€ 9.723 (- T€ 1.543). Den größten Anteil an den Vermögenswerten auf der Aktivseite hat dabei

mit T€ 6.318 das Anlagevermögen mit einem Anteil von 65,0 % (Vorjahr: 41,9 %). Die liquiden Mittel haben mit T€ 2.997 einen Anteil von 30,8 % (Vorjahr: 54,0 %).

Den Investitionen von T€ 1.982 stehen Abschreibungen von T€ 384 gegenüber, sodass sich das Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.598 erhöhte.

Auf der Passivseite weist das Eigenkapital mit T€ 5.640 einen Anteil von 58,1 % (Vorjahr: 50,9 %) am Gesamtkapital auf.

Die Rückstellungen vermindern sich um T€ 1.042 von T€ 2.161 auf T€ 1.119. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringern sich von T€ 1.244 auf T€ 1.085. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich von T€ 1.115 auf T€ 872. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis reduzierten sich von T€ 998 auf T€ 937.

III. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Angabepflichten gemäß § 26 Eigenbetriebsgesetz

Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte.

Mit notariellem Kaufvertrag vom 13. Juni 2018 wurde von der Kreisstadt Bad Schwalbach ein Grundstück im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ mit einer Fläche von 4.493 m² erworben. Der Besitzübergang war am Tag nach vollständiger vertragsgerechter Zahlung des Kaufpreises. Wegen der erforderlichen Beseitigung von Mängeln wurde der Zweite Teilbetrag des Kaufpreises erst am 08. Januar 2019 gezahlt, so dass der Besitzübergang am 09. Januar 2019 stattfand.

Mit notariellem Kaufvertrag vom 23. Oktober 2019 wurden von der Hessischen Hausstiftung in Kronberg mehrere Grundstücke in der Gemarkung Geisenheim und Winkel mit einer Fläche von 4.220 ha erworben. Der Besitzübergang war am Tag nach vollständiger vertragsgerechter Zahlung des Kaufpreises.

Weitere Änderungen haben sich nicht ergeben.

IV. AUSBLICK:

Durch den Landkreis als Aufgabenträger wird eine hohe Qualität bei der Verwertung und Beseitigung der angefallenen und zu überlassenden Abfälle sichergestellt. Der Eigenbetrieb trägt durch die Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen bei.

Die Abfallwirtschaft unterliegt einer Vielzahl von gesetzlichen Vorschriften. Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft ist damit grundsätzlich stets Risiken aus der Veränderung dieser rechtlichen Regelungen und der damit einhergehenden Rahmenbedingungen ausgesetzt, kann aber im Einzelfall auch sich daraus ergebende Chancen wahrnehmen.

Zu den im Eigenbetrieb bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten, Guthaben und Darlehen bei Kreditinstituten sowie Rückstellungen. Der Eigenbetrieb setzt im Rahmen der Finanzierung seiner Geschäftstätigkeit keinerlei derivative Finanzinstrumente, z. B. zur Absicherung gegen Zinssatz- und andere Marktschwankungen, ein. Er unterliegt damit nur üblichen Finanzierungsrisiken.

Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ist der Eigenbetrieb aufgrund der öffentlich-rechtlichen Regelungen nur in geringem Umfang ausgesetzt. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein Forderungsmanagement.

Die Bewältigung der Corona-Pandemie hat bisher insbesondere im operativen Bereich des Eigenbetriebes zu Veränderungen der Arbeitsbedingungen sowie der Leistungserbringung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern geführt, deren primäres Ziel die Aufrechterhaltung der Grundfunktionen der Entsorgungssicherheit sowie der Verkehrssicherung war. So wurden temporär die Wertstoffhöfe sowie die Schadstoffsammelstelle geschlossen; zwischenzeitlich sind keine Einschränkungen im Leistungsangebot mehr gegeben.

Erfolgsgefährdende Auswirkungen auf die finanzielle Lage des Eigenbetriebes waren und sind zum jetzigen Zeitpunkt hiermit nicht verbunden

Hinsichtlich der Auswirkungen des Klageverfahrens im Zusammenhang mit der Kostenbeteiligung der dualen Systeme für die Mitbenutzung des PPK-Sammelsystems verweisen wir auf unsere vorangegangenen Ausführungen.

Der Wirtschaftsplan 2020 weist im Erfolgsplan Erträge von T€ 11.181 und Aufwendungen von T€ 12.922 sowie einen Jahresverlust von T€ 1.741 aus. Im Vermögensplan sind Einnahmen und Ausgaben von T€ 2.616 geplant. Die geplanten Investitionen von T€ 665 betreffen vor allem Erneuerungsmaßnahmen auf diversen Wertstoffhöfen.

Die Betriebsleitung geht davon aus, dass die günstige Geschäftsentwicklung kurzfristig stabil sein wird. Die mittelfristige Betrachtung ist insbesondere von den 2020 anstehenden Ausschreibungen für z.B. den Hauptentsorgungsvertrag abhängig.

Die vorhandenen Rücklagen die aus Gebührenaufkommen gebildet wurden werden es ermöglichen die Gebühren in 2020 konstant zu halten,

V. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Rheingau-Taunus-Kreises (EAW) hat im Jahr 2010 / 2011 eine europaweite Ausschreibung für ein Kooperationsmodell in Bezug auf die langfristige Sicherung der Grünabfallentsorgung im Kreisgebiet durchgeführt. Erfolgreich aus der Ausschreibung hervorgegangen ist die Kopp Umwelt GmbH aus Heidenrod. Dieses Unternehmen ist über ihren beherrschenden Gesellschafter Harald Gschweg mit der Biomasse Heidenrod GmbH & Co. KG im Sinne der §§ 15 AktG verbunden, die gegenwärtig in Heidenrod ein Biomasse-Kraftwerk betreibt. Beteiligungsbericht 2017 des Rheingau-Taunus-Kreises

Die Grünabfälle aus dem Rheingau-Taunus-Kreis werden in diesem Biomasse-Kraftwerk verwertet (Vertragspflicht von Kopp). Kopp hat dem Rheingau-Taunus-Kreis, vertreten

durch den EAW, in diesem Zusammenhang vertraglich den Erwerb von Kommandit-Anteilen an der Biomasse Heidenrod GmbH & Co. KG angeboten.

Nach umfassenden rechtlichen und wirtschaftlichen Prüfungen des Anteilserwerbs ist mit der Firma Kopp bzw. der Biomasse Heidenrod GmbH ein Vertragswerk, bestehend aus dem Anteilskaufvertrag und dem angepassten Gesellschaftsvertrag der Biomasse Heidenrod GmbH & Co. KG, für den Erwerb eines 25%-igen Kommandit-Anteils, unterzeichnet worden. Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Rheingau-Taunus-Kreis ist nunmehr Miteigentümer an der Biomasse Heidenrod GmbH & Co. KG.

Den Sicherungsinteressen des Kreises wird wie folgt Rechnung getragen: Neben Garantieerklärungen, die von der Verkäuferseite zugunsten des Kreises abgegeben werden, erhält der Kreis das vertragliche Recht, innerhalb von zwei Jahren ab Fertigstellung des Kraftwerks wieder vom Kauf zurück zu treten.

Das Biomassekraftwerk ging im November 2013 erstmals in den Probetrieb und wurde im März 2014 offiziell eröffnet.

VI. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

In seiner Sitzung am 25.01.2021 beschloss der Kreisausschuß die Gewährung einer zunächst bis 31. Dezember 2021 befristeten, zinsfreien Liquiditätshilfe für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft in Höhe von 1,5 Mio. €.

Im Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft des Rheingau-Taunus-Kreises waren Kassenkredite in Höhe von 4,0 Mio. € geplant. Die Liquidität war im Jahr 2021 erstmals seit 1995 nur durch die Aufnahme von Kassenkrediten gewährleistet. In seiner Stellungnahme an die Aufsichtsbehörde RP Darmstadt im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Wirtschaftsplan

2021 wurde seitens des EAW ausgeführt, dass die vom RP geforderte Nachkalkulation der Gebühren bis März 2021 erstellt und dann den Gremien vorgelegt werden soll. Der Liquiditätsstand des EAW wurde dabei mit 378 T€ beziffert, wovon 200 T€ als Festgeld angelegt waren.

VII. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wieder.

VIII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

IX. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Eine Angabe der Vergütung der Betriebsleitung erfolgte entsprechend § 286 Absatz 4 HGB nicht.

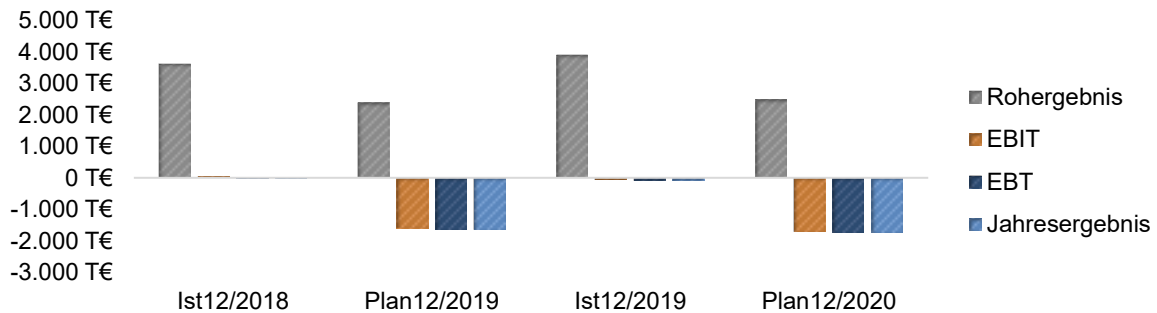
Die Sitzungsgelder für die Betriebskommissionsmitglieder betragen im Jahr 2019 TEUR 1.

X. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund der Verringerung der Bilanzsumme von 11.266 T€ auf 9.723 € erhöhte sich die Eigenkapitalquote von 50,9% um 7,1 % auf 58,0 %. Die Fremdkapitalquote sank um 7,1 % von 49,1 % auf 42,0 %.

XI. KENNZAHLEN

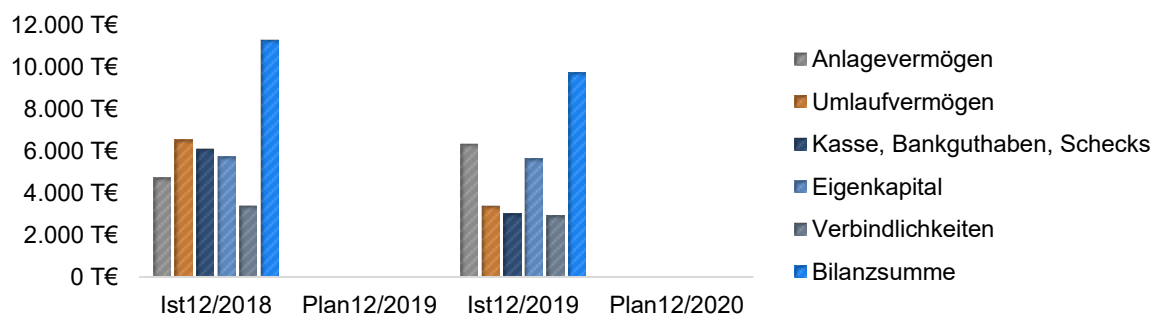
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	11.104	10.670	11.172	11.180
Sonstige betriebliche Erträge	452	155	1.025	1
Gesamtleistung	11.556	10.825	12.197	11.181
Materialaufwand	7.952	8.451	8.310	8.702
Rohergebnis	3.604	2.374	3.887	2.479
Personalaufwand	1.851	1.900	1.929	1.950
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.331	1.651	1.631	1.778
Abschreibungen	391	420	384	460
EBIT	30	-1.596	-57	-1.708
Erträge aus Beteiligungen	38	-	38	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-6	1	-1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	64	42	61	33
EBT	-2	-1.637	-81	-1.741
Steuern vom Einkommen und Ertrag	25	-	8	-
Ergebnis nach Steuern	-27	-1.637	-89	-1.741
Sonstige Steuern	1	-	1	-
Jahresergebnis	-28	-1.637	-90	-1.741

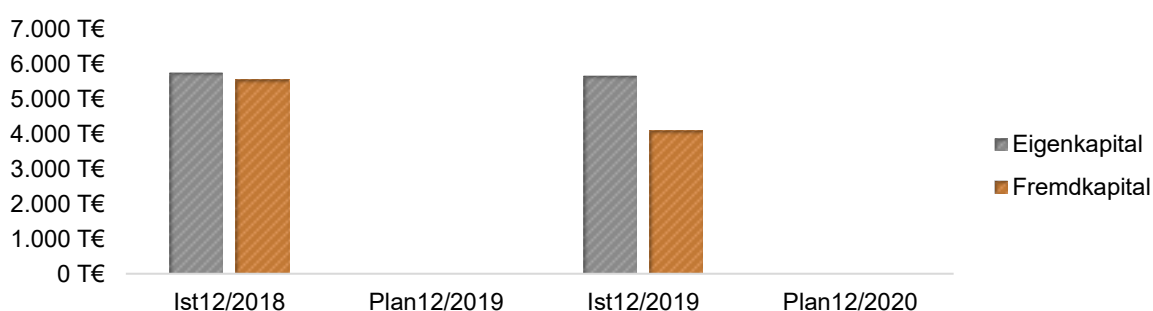
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	4.720	6.318
Immaterielle Vermögensgegenstände	8	6
Sachanlagen	3.337	4.937
Finanzanlagen	1.375	1.375
Umlaufvermögen	6.518	3.374
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	436	377
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	199	184
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	237	192
Kasse, Bankguthaben, Schecks	6.082	2.997
Rechnungsabgrenzungsposten	27	31
Bilanzsumme	11.266	9.723
Passiva		
Eigenkapital	5.730	5.640
Gezeichnetes Kapital	26	26
Kapitalrücklage	5.732	5.705
Jahresergebnis	-28	-90
Sonderposten	-	-
Rückstellungen	2.161	1.119
Verbindlichkeiten	3.372	2.930
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.244	1.085
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.115	872
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	998	937
Sonstige Verbindlichkeiten	15	36
Rechnungsabgrenzungsposten	3	33
Bilanzsumme	11.266	9.723

Finanzkennzahlen



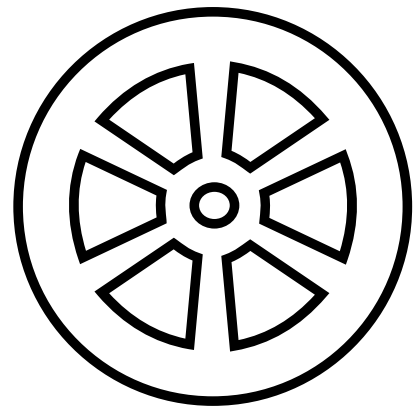
Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in %)	16,0	17,6	15,8	17,4
Finanzergebnis	-32	-41	-24	-33
Eigenkapital	5.730	-	5.640	-
Fremdkapital	5.536	-	4.083	-
Eigenkapitalquote (in %)	50,9	-	58,0	-
Fremdkapitalquote (in %)	49,1	-	42,0	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2019



8. Maßgebliche Vereine



8.1. Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Erich-Kästner-Str. 5, 65232 Taunusstein
Tel.: 0612892 77 0, Fax.: 0612892 77 35
E-Mail: info@vhs-rtk.de
Webseite: www.vhs-rtk.de

Rechtsform: e. V.

Gründungsdatum: 14.11.1977

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Volkshochschule hat die Aufgabe den Teilnehmern/innen ihrer Veranstaltungen die Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten für Leben, Beruf und gesellschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen. Ihr Bildungsangebot wendet sich an alle, die ihr Wissen und ihre Bildung erweitern wollen und durch Weiterlernen eine ständige Auseinandersetzung mit den Veränderungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erstreben.

Der Verein dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken und hat seinen Sitz in Taunusstein.

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Holger Lamm

Vorstand

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian (bis 03.12.2019)

Mitglied

Frau Rita Czymai (bis 03.12.2019)
Herr Markus Enders (ab 04.12.2019)

Herr Markus Hies

Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker

Frau Petra Müller-Klepper

Frau Tanja Pfenning

Herr Uwe Schneider

Frau Monika Schwarz

Stellvertretung Vorsitz

Frau Rita Czymai (ab 04.12.2019)

Herr Gunnar Dehmel

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
(ab 04.12.2019)

Herr Frieder Rothenberger
(bis 03.12.2019)

III. BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen hat keine Gesellschafter.

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Mit Beschluss des Kreisausschusses vom 11.12.2017 wurde für die VHS eine Liquiditätshilfe i.H.v. 200.000 € bereitgestellt. Eine Inanspruchnahme erfolgte zum Redaktionsschluss nicht.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Mitgliedsbeitrag 2018: 28.707,56 € (0,16 € pro Kreiseinwohner), Zuschuss Erwachsenenbildung: 300.000 €.

VI. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS:

Der Verein „Volkshochschule Rheingau-Taunus“ ist der vom Rheingau-Taunus-Kreis beauftragte Träger für die Volkshochschularbeit im Rheingau-Taunus-Kreis.

VII. VORLIEGEN DER VORAUSSETZUNGEN DES § 121 HGO:

Da die Tätigkeit bereits vor dem 01.01.2004 ausgeübt wurde, handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Bestandsschutz).

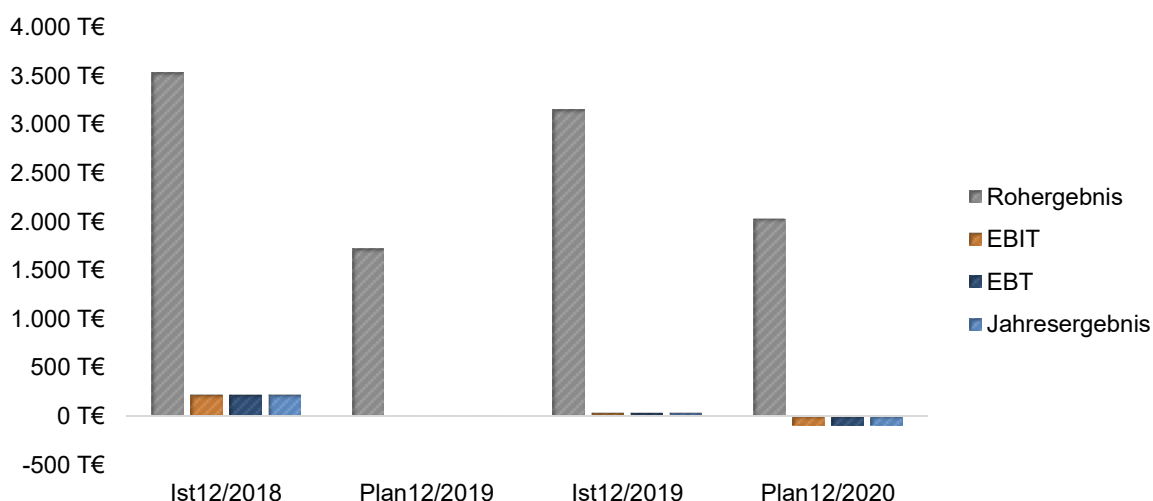
VIII. REGELUNGEN ZU DEN GESELLSCHAFTSORGANEN/ORGANBEZÜGE:

Im Zusammenhang mit § 123 a, Abs. 2 der HGO und § 286, Abs. 4 HGB wurde von der

Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angabe der Geschäftsführervergütung zu verzichten.

IX. KENNZAHLEN

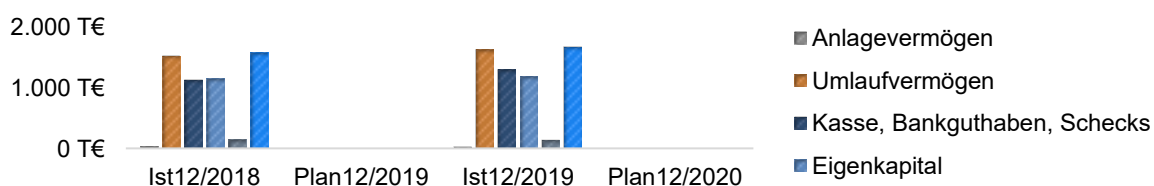
Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Umsatzerlöse	3.524	3.203	3.127	2.313
Erträge aus Zuwendungen	-	-	-	611
Sonstige betriebliche Erträge	25	9	40	37
Gesamtleistung	3.549	3.212	3.168	2.960
Materialaufwand	16	1.491	14	933
Rohergebnis	3.533	1.721	3.153	2.027
Personalaufwand	1.694	1.648	1.593	1.638
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.596	40	1.493	451
Abschreibungen	28	27	39	32
EBIT	215	7	29	-94
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	-	0	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-	-
EBT	215	7	29	-94
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-	-
Ergebnis nach Steuern	215	7	29	-94
Sonstige Steuern	-	-	-	-
Jahresergebnis	215	7	29	-94

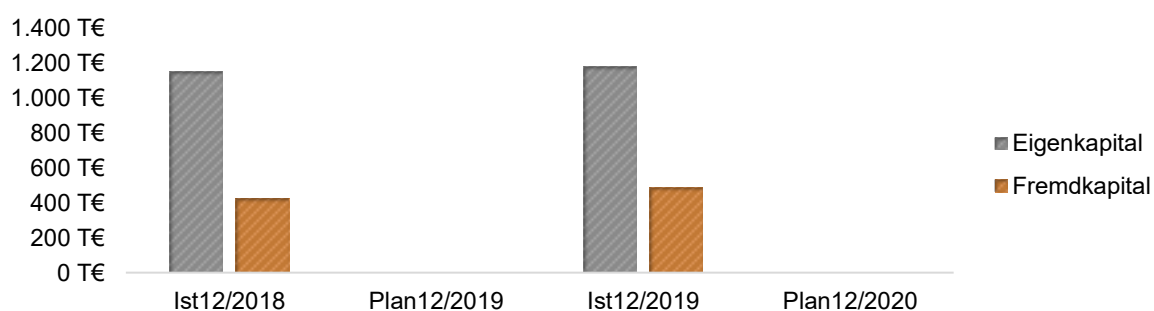
Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Ist 12/2019
Anlagevermögen	29	19
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0
Sachanlagen	54	59
Finanzanlagen	1	1
Umlaufvermögen	1.511	1.617
Vorräte	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	390	331
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	294	262
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	-	-
Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	-	-
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	96	69
Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital	-	-
Wertpapiere	-	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	1.121	1.286
Rechnungsabgrenzungsposten	31	25
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-	-
Bilanzsumme	1.571	1.661
Passiva		
Eigenkapital	1.147	1.176
Kapitalrücklage	153	153
dar.: andere Gewinnrücklagen	920	951
Sonderposten	-	-
Rückstellungen	231	282
Verbindlichkeiten	146	137
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14	18
Sonstige Verbindlichkeiten	27	24
dar.: aus Steuern	27	24
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	105	95
Rechnungsabgrenzungsposten	47	67
Bilanzsumme	1.571	1.661

Finanzkennzahlen



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2018	Plan 12/2019	Ist 12/2019	Plan 12/2020
Personalaufwandsquote (in %)	47,7	51,3	50,3	55,3
Finanzergebnis	0	-	0	-
Eigenkapital	1.147	-	1.176	-
Fremdkapital	424	-	486	-
Eigenkapitalquote (in %)	73,0	-	70,8	-
Fremdkapitalquote (in %)	27,0	-	29,2	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2019

9. Unmittelbare Mitgliedschaften

Auf die Darstellung von mittelbaren Mitgliedschaften, z.B. Mitgliedschaften von Schulen in Vereinen, wurde verzichtet.

Verein / Verband	Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen
Beitrittsdatum:	Beschluss KA vom 19.09.2016
Beitrag (jährlich):	Ohne
Zweck:	Die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) fördert und stärkt den Fuß- und Radverkehr in Hessen. Die AGNH wurde durch das Land Hessen initiiert, um den Austausch von Ideen und Erfahrungen sowie die Vernetzung von Kommunen, Verbänden, Hochschulen, Wirtschaft und Verkehrsverbänden zu fördern.
Sitz:	Wiesbaden

Verein / Verband	Deutscher Kinderschutzbund Regionalverband Rheingau e.V., Regionalverband Untertaunus e.V.
Beitrittsdatum:	Beschluss JSA vom 14.11.1991 KA vom 16.12.2002
Beitrag (jährlich):	jeweils 1.023,00 €
Zweck:	Die Regionalverbände verpflichten sich im Auftrag des RTK im gesamten Kreisgebiet als Kinderbeauftragte tätig zu werden. Sie arbeiten kooperativ mit den zuständigen Institutionen bzw. Einrichtungen im RTK zusammen. Sie sollen in einzelnen, hierfür angezeigten Fällen an entsprechende, zuständige Stellen verweisen; sie können nicht Aufgaben übernehmen oder wahrnehmen, die in die Zuständigkeit bspw. der Gerichte oder der behördlichen Beratungsstellen fallen.
Sitz:	Geisenheim, Taunusstein

Verein / Verband	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
Beitrittsdatum:	unbekannt
Beitrag (jährlich):	816,19 €
Zweck:	Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer und Vertreter der Wissenschaft für alle Bereiche der sozialen Arbeit und der Sozialpolitik. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme und der Pflege und Rehabilitation.
Sitz:	Berlin

Verein / Verband **DVWG Deutsche Vereinigung des Gas und Wasserfachs e.V.**

Beitrittsdatum: KA- Beschluss vom 31.03.2008

Beitrag (jährlich): 250,00 €

Zweck: Der DVGW ist der technisch-wissenschaftliche Verein im Gas- und Wasserfach, der seit mehr als 150 Jahren die technischen Standards für eine sichere und zuverlässige Gas- und Wasserversorgung setzt, aktiv den Gedanken- und Informationsaustausch in den Bereichen Gas und Wasser anstößt und begleitet sowie durch praxisrelevante Hilfestellungen die Weiterentwicklung im Fach motiviert und fördert.

Sitz: Bonn

Verein / Verband **Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht**

Beitrittsdatum: 1969

Beitrag (jährlich): 3.013,00 €

Zweck: Der Verein hat den Zweck, die Jugendhilfe, insbesondere die Hilfe für nichteheliche Kinder und für Kinder Alleinerziehender, zu fördern.

Sitz: Heidelberg

Verein / Verband **Exina e.V.**

Beitrittsdatum: KT-Beschluss vom 03.07.2017

Beitrag: 100,00 €

Zuschuss: 21.250 € in 2019

Zweck: EXINA begleitet Jungunternehmer in allen Phasen der Gründung und steht mit Rat und Tat nach dem Unternehmensstart zur Verfügung

Sitz: Wiesbaden

Verein / Verband **Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.**

Beitrittsdatum: 1983

Beitrag (jährlich): 50,00 €

Zweck: Der Verband ist eine frei berufliche Vereinigung der Kommunalkassenverwalter(innen) auf Bundesebene. Zweck und Aufgabe sind insbesondere:

a) die fachliche Beratung und Weiterbildung seiner Mitglieder b) die Ausarbeitung von Änderungsvorschlägen auf den Gebieten des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens sowie des Verwaltungsvollstreckungsrechts mit dem Ziel der Verwaltungsvereinfachung und der Rechtsangleichung.

Sitz: Köln

Verein / Verband **Fluglärmenschutzverein Rhein-Main****Beitrittsdatum:** KT vom 06.11.2012**Beitrag (jährlich):** 2.000,00 €.

Zweck: Zweck des Vereins ist der Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm und anderen nachteiligen Auswirkungen des Luftverkehrs. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch -die Unterstützung der Tätigkeit der Fluglärmkommission Frankfurt und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen -die Förderung von Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes -die Förderung der Zusammenarbeit aller Interessensgruppen - die Beauftragung und Erstellung von Gutachten und Studien-die Organisation von Veranstaltungen zur Unterstützung der vorgenannten Aktivitäten -alle sonstigen Aktivitäten die geeignet sind, den satzungsmäßigen Zweck zu erfüllen

Sitz: Kelsterbach**Verein / Verband** **Gesellschaft Bürger und Polizei e.V.****Beitrittsdatum:** KA vom 28.03.1990**Beitrag (jährlich):** 75,00 €

Zweck: Zweck und Ziel der Gesellschaft ist die ständige Pflege der Beziehung zwischen der Bevölkerung und der Polizei zur Gewährleistung und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses

Sitz: Wiesbaden**Verein / Verband** **Gemeinnütziger Verein für Behindertenhilfe Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis e.V.****Beitrittsdatum:** 1973**Beitrag (jährlich):** Ohne

Zweck: Die Aufgaben des gemeinnützigen Vereins für Behindertenhilfe Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis e.V. (Reg.Nr. 1752) bestehen insbesondere in der Eingliederung, beruflichen Bildung und Förderung von Behinderten, der beruflichen und sozialen Integration von beeinträchtigten und/oder benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen. Ziel der Gesellschaft ist die ständige Pflege der Beziehung zwischen der Bevölkerung und der Polizei zur Gewährleistung und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses.

Sitz: Wiesbaden

Verein / Verband	Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum
Beitrittsdatum:	KA- Beschluss vom 18.12.1991
Beitrag (jährlich):	Mitgliedschaft ruht beitragsfrei
Zweck:	Die Akademie verfolgt die Förderung der Wissenschaft, Forschung und Bildung im ländlichen Raum.
Sitz:	Marburg

Verein / Verband	Hessischer Förderverein MRE NetzwerkRhein-Main e.V.
Beitrittsdatum:	KA- Beschluss vom 06.02.2012
Beitrag (jährlich):	100,00 €
Zweck:	Multiresistente Erreger (MRE) sind Bakterien, gegen die die meisten Antibiotika unwirksam sind. Diese MRE haben sich in den letzten Jahren zu einem enormen Problem entwickelt. Das MRE Netz Rhein-Main ist ein Zusammenschluss von Gesundheitsämtern der Region (bisher Städte Frankfurt am Main, Offenbach, Wiesbaden sowie der Kreise Hochtaunus, Main-Taunus, Offenbach, Wetterau), der Landesärztekammer Hessen, Kassenärztlichen Vereinigung, Krankenkassen, stationären und ambulanten Einrichtungen unter der Schirmherrschaft des Hessischen Sozialministeriums. Der hessische Landkreistag unterstützt die Hygieneoffensive Hessen.
Sitz:	Frankfurt am Main

Verein / Verband	Hessischer Landkreistag
Beitrittsdatum:	unbekannt
Beitrag (jährlich):	98.963,00 €
Zweck:	Der Hessische Landkreistag tritt für den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung im demokratischen Staat ein und hat hierbei insbesondere den Zweck, 1. die Landkreise in ihren Angelegenheiten zu beraten. 2. die gemeinschaftlichen Interessen der Landkreise zu fördern und zu vertreten. 3. einen Meinungs austausch über alle die Landkreise berührenden Fragen zu pflegen und auf eine einheitliche Stellungnahme hierzu hinzuwirken. 4. in Fragen, welche die Interessen der Landkreise berühren, die zuständigen Stellen bei der Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsanordnungen zu beraten oder ihnen Anregungen zu geben.
Sitz:	Wiesbaden

Verein / Verband	Hessische Tierseuchenkasse Anstalt des öffentlichen Rechts
Beitrittsdatum:	01.01.2001
Beitrag (jährlich):	nach Aufwand (2019: 16.684,87 €)
Zweck: Durch das Gesetz zur Neureglung der Ausführungsvorschriften zum Tierseuchengesetz und zum Tierkörperbeseitigungsgesetz vom 22.12.2000 tragen die Kosten der Tierkörperbeseitigung zu je 1/3 das Land Hessen, die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Hessische Tierseuchenkasse.	
Sitz:	Wiesbaden

Verein / Verband	Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände
Beitrittsdatum:	unbekannt, mindestens seit 1978
Beitrag (jährlich):	6.435,25 €
Zweck: Der Verband ist Tarifvertragspartei im Sinne des Tarifvertragsgesetzes. Er hat den Zweck, die gemeinsamen Angelegenheiten der Verbandsmitglieder auf tarif-, arbeits- und sozialrechtlichem Gebiet gegenüber Gewerkschaften, staatlichen Stellen und anderen Organisationen zu vertreten.	
Sitz:	Frankfurt

Verein / Verband	Hessischer Verwaltungsschulverband
Beitrittsdatum:	15.12.1972
Umlage (jährlich):	27.938,11 €
Zweck: Zweck des Verbandes ist die schulmäßige Förderung der beruflichen Vorbildung, Ausbildung und Fortbildung der Beschäftigten der Verbandsmitglieder im Sinne einer demokratischen Staatsauffassung	
Sitz:	Darmstadt

Verein / Verband	Institut der Rechnungsprüfer
Beitrittsdatum:	KA Beschluss vom 29.09.2008
Mitgliedsbeitrag:	150,00 €
Zweck: Mit dem Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IDR) ist eine Plattform geschaffen worden, die die öffentliche Rechnungsprüfung bei der Umsetzung der neuen Anforderungen unterstützt und länderübergreifend weiterentwickelt. Ziele des IDR e.V.: - Förderung der Fachgebiete des Rechnungsprüfers und der Rechnungsprüferin -Unterstützung und Beratung bei Fragen der öffentlichen Rechnungsprüfung -Verbesserung der Qualität der öffentlichen Rechnungsprüfung durch Vernetzung und Austausch - Ermöglichung eines systematischen Erfahrungsaustauschs - Entwicklung moderner Prüfungsmethoden-Interessenvertretung der Rechnungsprüfer und der Rechnungsprüferinnen - Weiterentwicklung der öffentlichen Rechnungslegung	
Sitz:	Köln

Verein/Verband:	Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus e.V.
Rechtsform:	Eingetragener Verein
Gründungsdatum	09.09.2010
Adresse:	Europastraße 10, D-65385 Rüdesheim am Rhein
Zweck:	Zweck des Vereins ist es, die Allgemeinheit, insbesondere private Haushalte, Unternehmen, den Rheingau-Taunus-Kreis, die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet auf dem Weg der Energiewende hin zu einer Beschleunigung der effizienteren Nutzung der Energie, der Energieeinsparung sowie dem Ausbau eines gleichwertigen Mix von erneuerbaren Energien zu unterstützen.
Mitgliedsbeitrag:	24,00 € jährlich
Sitz:	Rüdesheim

Verein / Verband	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt
Beitrittsdatum:	KA vom 22.11.1984
Beitrag (jährlich):	4.859,35 €
Zweck:	Die KGSt unterstützt ihre Mitglieder in allen Fragen des kommunalen Managements. Sie entwickelt Grundsätze und Regeln für eine wirtschaftlich und effektiv arbeitende Verwaltung, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt ihre Mitglieder bei der Aufgabenerfüllung.
Sitz:	Köln

Verein / Verband	Kommission zur Abwehr des Fluglärms
Beitrittsdatum:	unbekannt
Beitrag (jährlich):	ohne
Zweck:	Die Fluglärmkommission ist ein gesetzlich nach § 32b Luftverkehrsgesetz installiertes Beratungsgremium der nachfolgenden Behörden und Institutionen: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL); DFS Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS); Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF). Die Arbeit der Kommission soll den beratenen Stellen für die von ihnen zu treffenden Entscheidungen das besondere Fachwissen, die Ortskenntnis und den Sachverstand der FLK-Mitglieder zur Verfügung stellen. Die Beratung umfasst dabei Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm und gegen Luftverunreinigungen durch Luftfahrzeuge.
Sitz:	Kelsterbach

Verein / Verband **Kreisverkehrswacht RT**

Beitrittsdatum: KA vom 28.03.1990

Beitrag (jährlich): 75,00 €

Zweck: Zweck des Vereines ist, in freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit das Verkehrsverhalten der Verkehrsteilnehmer durch Verkehrsaufklärung zu beeinflussen, Unfälle im Straßenverkehr mit den damit verbundenen persönlichen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen zu vermeiden helfen und alle die Verkehrssicherheit berührenden Interessen von Verkehrsteilnehmern zu vertreten und interessierte Stellen und die Öffentlichkeit zu beraten.

Sitz: Hünstetten

Verein / Verband **Kulturinitiative Rhein-Main e.V.**

Beitrittsdatum: KA- Beschluss vom 22.12.1999

Beitrag (jährlich): 50,00 €

Zweck: Zweck des Vereins ist die Förderung der Arbeit der Kulturinstitutionen und kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten im Rhein-Main-Gebiet

Sitz: Frankfurt am Main

Verein / Verband **Landschaftspflegeverband Rheingau-Taunus e.V.**

Beitrittsdatum: Wiedereintritt zum 01.01.2002 gemäß KT vom 14.08.2001

Beitrag (jährlich): Über Verein für Regionalentwicklung, 10.230 € p.a.

Zweck: Der Verein widmet sich der Durchführung und Förderung von Pflege und Entwicklungsmaßnahmen, die aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege notwendig sind.

Sitz: Bad Schwalbach

Verein / Verband **Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. –
Kreisvereinigung Untertaunus**

Beitrittsdatum: KT- Beschluss vom 04.06.1969

Beitrag (jährlich): 419,26 €

Zweck: Ausschließlicher und unmittelbarer Zweck des Vereins ist die Bereitstellung und der Betrieb von Einrichtungen, die eine wirksame Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung aller Altersstufen bedeutet, z.B. Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von Sonderkindergärten.

Sitz: Aarbergen-Michelbach

Verein / Verband **Lebenshilfe Rheingau-Taunus e.V.**

Beitrittsdatum: 21.11.1989

Beitrag (jährlich): kein Beitrag

Zweck: Die Lebenshilfe e.V. erbringt für den Rheingau-Taunus-Kreis Leistungen nach § 26 SGB IX Abs. 2 Nr.2. Die Frühförder- und Frühberatungsstelle hat die Aufgabe, eine bestehende wesentliche Behinderung eines Kindes, dessen gewöhnlicher Aufenthalt im Rheingau-Taunus-Kreis liegt, zu mildern oder eine drohende wesentliche Behinderung zu erkennen und deren Auswirkung zu vermindern sowie die Eltern oder Sorgeberechtigten zu informieren, zu beraten und zu betreuen sowie weitere geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Sitz: Aarbergen-Michelbach

Verein/Verband: **Marketinggesellschaft – Gutes aus Hessen e.V.**

Beitrittsdatum: 21.06.2018

Zweck: Die MGH GUTES AUS HESSEN GmbH wurde im Jahr 2005 gegründet und hat ihren Sitz in Friedberg/Hessen. Das Land Hessen hat dem Unternehmen die Aufgabe übertragen, das Marketing für die hessische Land- und Ernährungswirtschaft durchzuführen.

Mitgliedsbeitrag: 770,00 € jährlich

Verein / Verband **Nassauische Touristikbahn e.V. (NTB)**

Beitrittsdatum: KA vom 21.12.1988

Beitrag (jährlich): 100,00 €

Zweck: Die NTB ist ein Zusammenschluss von Interessierten an Historie und Technik des Eisenbahnwesens unserer Region, vor allem der Eisenbahnstrecke Wiesbaden – Diez („Langenschwalbacher Bahn“)

Sitz: Wiesbaden

Verein / Verband **pro regionale energie e.G.**

Beitrittsdatum: Beschluss HFA 06:12:2012, Beitritt zum 29.01.2014

Beitrag (jährlich): Ohne

Anteil: 100,00 €

Jahresergebnis: gezahlte Dividende: 2,21 €

Zweck: Die pro regionale energie eG ist eine Genossenschaft, die in Anlagen zur Erzeugung von regenerativer Energie wie Solar- / Photovoltaik-, Wind- und Wasserkraftanlagen investiert. Zweck der Unternehmung ist die Planung, Finanzierung und der Betrieb dieser Anlagen mit Beteiligung von Kommunen und Bürgern.

Sitz: Diez

Verein / Verband	Rheingauer Museum – Museum für Geschichte des Weines – Brömserburg
Beitrittsdatum:	KA 19.03.1963
Beitrag (jährlich):	150,00 €
Zweck:	Der Verein wurde gegründet, um das bereits seit 1948 in der Brömserburg in Rüdesheim bestehende Museum zu betreiben, aufrechtzuerhalten, zu entwickeln und auszubauen.
Sitz:	Rüdesheim am Rhein

Verein / Verband	Streuobstroute im Nassauer Land
Beitrittsdatum:	KA vom 20.12.2000
Beitrag (jährlich):	255,00 €
Zweck:	Der Verein dient der Schaffung und Erhaltung einer Streuobstroute im Nassauer Land und deren weiteren Ausbau.
Sitz:	Wiesbaden

Verein / Verband	Taunus Touristik Service e.V. (TTS)
Beitrittsdatum:	KT vom 28.10.2019
Beitrag (jährlich):	73.909,80 €
Zweck:	Der Taunus Touristik Service e.V. (TTS) ist der touristische Dachverband des Taunus. Im Auftrag des Landes Hessens ist er zuständig für die Bewerbung der Tourismusregion als Gesamtheit (Destinationsmarketing). Die Gebietsgrenzen aller zehn hessischen Destinationen sind vom Hessischen Wirtschaftsministerium vorgegeben. Das Gebiet der Destination „Taunus“ reicht demnach in sechs Landkreise: Hochtaunus, Main-Taunus, Rheingau-Taunus, Limburg-Weilburg, Lahn-Dill und Wetterau.
Sitz:	Oberursel

Verein / Verband	Verein „Freunde der Bundesgartenschau 2031 im Welterbe Oberes Mittelrheintal e.V.“
Beitrittsdatum:	01.07.2016
Beitrag (jährlich):	150,00 €
Zweck:	Der Verein „Freunde der Bundesgartenschau 2031 im Welterbe Oberes Mittelrheintal“ wurde in der Gründungsversammlung am 18. Januar 2016 gegründet. Der Verein ist eine identitätsstiftende Bürgerbewegung und wird sich für die Förderung und Unterstützung der Freiraumgestaltung des Welterbes Oberes Mittelrheintal im Rahmen der Bundesgartenschau „Welterbe Oberes Mittelrheintal 2031“ und darüber hinaus engagieren.
Sitz:	St. Goarshausen

Verein / Verband	Verein „Opfer- und Zeugenhilfe Wiesbaden“
Beitrittsdatum:	unbekannt
Beitrag (jährlich):	ohne
Zweck:	Die Opfer- und Zeugenhilfe Wiesbaden ist eine professionelle Beratungsstelle für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen: wenn Sie beleidigt, bedroht oder belästigt wurden, wenn Sie überfallen, beraubt oder verletzt wurden, wenn Sie misshandelt, missbraucht oder vergewaltigt wurden, wenn eine Angehörige oder ein Angehöriger oder eine Vertrauensperson getötet wurde, wenn Sie Zeugin oder Zeuge einer Straftat wurden, berät und unterstützt der Verein kostenlos und vertraulich.
Sitz:	Wiesbaden

Verein / Verband	Verein zur Regionalentwicklung Taunus e.V.
Beitrittsdatum:	28.06.2007
Beitrag (jährlich):	33.520,00 € (zzgl. 10.230 € zur Weiterleitung an den Landschaftspflegeverband)
Zweck:	Vereinsziel ist es, die regionale Identität des Untertaunus hervorzuheben, sowie das vielfältige, ökologische, kulturelle und ökonomische Potential im Dialog mit den regionalen Akteuren zu erhalten und nachhaltig ideell zu fördern sowie die regionalen Ressourcen zur Zukunftssicherung des Untertaunus zu erschließen. Unter diesem Aspekt initiiert und unterstützt der Verein eine eigenständige integrierte Entwicklung der Region Untertaunus. Hierbei soll der Verein mit seinen Organen die Aufgaben einer regionalen Entwicklungsgruppe bzw. eines rechtsfähigen Regionalforums erfüllen.
Sitz:	Bad Schwalbach

Verein / Verband	VHW Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.
Beitrittsdatum:	KA Beschluss vom 01.12.2008, Beitritt 01.01.2009
Mitgliedsbeitrag:	300,00 €
Zweck:	Der Verband dient ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken und Zwecken der Bildungsförderung durch Forschung, Lehre und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen den Akteuren auf den Wohnungsmärkten und bei der Entwicklung der Städte und Gemeinden zu verbessern. Hierbei wirkt der Verband darauf hin, die Voraussetzungen zu schaffen, die den Bürgern eine an ihren Vorstellungen und Bedürfnissen orientierte aktive und gestaltende Mitwirkung bei der Entwicklung der Wohnverhältnisse und bei der nachhaltigen Entwicklung der Städte und Gemeinden ermöglichen, mittels der wissenschaftlichen Tätigkeit und der Bildungsförderung ist die am Leitbild der Bürgergesellschaft auszurichtende Weiterentwicklung des Wohnungswesens, des Städtebaus, der Raumordnung und der Umwelt zu betreiben und das Zusammenwirken aller am Bau-, Wohnungs- und Planungsgeschehen Beteiligten und Interessierten zu fördern.
Sitz:	Berlin

10. Weitere Bürgschaften (Hinweis EU-Beihilferecht)

Zur Gewährung von Bürgschaften verweisen wir auf die grundsätzlich anzuwendenden Regularien des EU-Beihilferechts; insbesondere der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften.

	<u>Stand der Bürgschaften zum 31.12.2018</u>	Inanspruchnahme bis zu:	Inanspruchnahme bis zu:
		DM	€
1.	Nassauische Touristik-Bahn e.V. (Ausfallbürgschaft)	300.000,00	153.387,56
2.	Bereits bei der jeweiligen Beteiligung genannte Bürgschaften	36.718.230,79	18.773.733,30
	Summe Bürgschaften:	37.018.230,79	18.927.120,86
	Leasingbürgschaften:	139.925.687,23	71.542.867,85
	INSGESAMT:	176.943.918,02	90.469.988,71

Es existiert ein Gewährvertrag vom 19.12.2000 zugunsten der ZVK Wiesbaden für den Fall, dass die Wittgensteiner Kliniken AG als Übernehmer der Betriebsgesellschaft der Krankenhäuser / Kreisaltenzentrums des RTK ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber der ZVK für die übernommenen Bediensteten nicht nachkommen kann.

11. Anhang

11.1. Anlage Begriffserläuterungen

Abschreibungen	Abschreibungen erfassen die Wertminderungen der Anlagegüter, die durch Nutzung, technischen Fortschritt, wirtschaftliche Entwertung oder durch außergewöhnliche Ereignisse verursacht werden. In der Gewinn- und Verlustrechnung stellen Abschreibungen Aufwand dar.
Aktiva	Die Aktivseite der Bilanz gibt Auskunft über die Anlage bzw. über die Verwendung des Kapitals (Anlagevermögen und Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.). Sie zeigt also die Mittelverwendung oder Investierung. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anlagevermögen	Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert über EUR 410 netto und Gegenstände in Sachgesamtheiten (Zusammenfassung mehrerer selbständig nicht nutzungsfähiger Gegenstände, z.B. Schreibtischkombinationen), die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Das Anlagevermögen ist neben dem Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Teil der Bilanz eines Unternehmens; es steht auf der Aktivseite und umfasst Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen, gewährte Investitionszuwendungen).
Aufwendungen	Jeden Werteverzehr eines Unternehmens an Gütern, Diensten und Abgaben bezeichnet man als Aufwand. Aufwendungen vermindern, sofern Ihnen keine entsprechenden Erträge gegenüber stehen, über die Gewinn- und Verlustrechnung das Eigenkapital .
Betriebsergebnis	Gegenüberstellung der betrieblichen Aufwendungen (z.B. Materialaufwand, Personalaufwand, Abschreibungen , Mieten) und der betrieblichen Erträge (z.B. Umsatzerlöse, Eigenleistungen u.a.) = Leistungen ergibt das Ergebnis der eigentlichen betrieblichen Tätigkeit = Betriebsergebnis.
Bilanz	Aufstellung der Herkunft und Verwendung des Kapitals zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres) in Kontenform. Sie enthält auf der linken Seite die Vermögensgegenstände (Aktiva), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Passiva) als Ausgleich (Saldo). Beide Seiten der Bilanz (ital. Bilancia = Waage) weisen daher die gleichen Summen aus.
Bilanzgewinn/-verlust	Wird das Jahresergebnis um einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Entnahmen aus den Gewinnrücklagen erhöht oder um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Einstellungen in die Gewinnrücklagen vermindert, so erhält man den Bilanzgewinn bzw. -verlust (nur bei Kapitalgesellschaften).
EBIT	Englisch: „earnings before interest and taxes“, Deutsch „ Gewinn vor Zinsen und Steuern“
EBT	Englisch: „earnings before taxes“, Deutsch „ Gewinn vor Steuern“
Eigenkapital	Kapital, welches einem Unternehmen von seinen Eigentümern ohne zeitliche Begrenzung und ohne festen Verzinsungsanspruch zur Verfügung gestellt wird. Das Eigenkapital steht auf der Passivseite, gliedert sich in das Gezeichnetes Kapital , je nach Rechtsform als Grund-, Nenn- oder Fehler! Verweisquelle konnte nicht

	gefunden werden. bezeichnet, und die Rücklagen sowie den Gewinnvortrag und den Jahresüberschuss. Soweit die Rücklagen durch Einbehaltung von Gewinnen entstanden sind, werden sie als Gewinnrücklagen bezeichnet. Die Kapitalrücklagen wurden durch Kapitalerhöhungen oder einen Aufschlag auf das eingezahlte Stammkapital gebildet.
Erträge	Alle Wertzuflüsse in ein Unternehmen die, sofern Ihnen keine entsprechenden Aufwendungen gegenüberstehen das Eigenkapital erhöhen.
Fremdkapital	Ein Teil der Bilanz , der auf der Seite der Passiva aufgeführt wird und die fremden Mittel darstellt, mit denen das Unternehmensvermögen finanziert wurde. Es bezeichnet also die Verbindlichkeiten (Schulden) des Unternehmens, insbesondere Kredite und Rückstellungen für zukünftige Verpflichtungen.
Gesamtleistung	Umsatzerlöse zzgl. sonstige ordentliche Erträge, Bestandsveränderungen
Gesellschafterversammlung	Entscheidungsgremium der Gesellschafter einer GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den Jahresabschluss fest und beschließt die Ergebnisverwendung.
Gewinn- und Verlustrechnung	Periodische Erfolgsrechnung durch Gegenüberstellung der Erträge und Aufwendungen eines bestimmten Abrechnungszeitraums. Sie ist Bestandteil des handelsrechtlichen Jahresabschlusses und muss zum Ende des Wirtschaftsjahres erstellt werden.
Gewinnrücklage	Wird aus dem bereits versteuerten Jahresgewinn durch Einbehaltung bzw. Nichtausschüttung von Gewinnanteilen gebildet. Man unterscheidet vor allem zwischen gesetzlichen, satzungsmäßigen und anderen (freien) Gewinnrücklagen.
Gewinnvortrag	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.).
Gezeichnetes Kapital	Ist das im Handelsregister eingetragene Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter beschränkt ist. Es ist Bestandteil des Eigenkapitals . Bei der GmbH stellt das Stammkapital, bei der AG das Grundkapital das „Gezeichnete Kapital“ dar. Es ist stets zum Nennwert auszuweisen. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am „Gezeichneten Kapital“ bestimmt sich die Beteiligungsquote.
Investitionen	In der Regel nur Geldverwendungen für den Erwerb von Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw.). Für die betriebswirtschaftliche Planung und Steuerung der Investitionstätigkeit ist jedoch eine weiter gefasste Definition zweckmäßig: Investition ist der zukunftsorientierte Einsatz finanzieller Mittel für Güter, die zur Erfüllung bestimmter Ziele längerfristig genutzt werden sollen. Investition ist die zielgerichtete Bindung von Kapital. Man unterscheidet zw. Sach-, immateriellen und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen , steht am Ende der Gewinnermittlung (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag).
Kapitalrücklage	Sie kommt in der Bilanz auf der Passivseite vor und gehört zum Eigenkapital . Die Kapitalrücklage eine die von Kapitalgesellschaften zu bildende Rücklagen . Als Kapitalrücklage auszuweisen sind: <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinaus erzielt wird.

2. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen zum Erwerb von Anteilen erzielt wird.
3. Der Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten.
4. Der Betrag von anderen Zuzahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.

Liquidität	Ist die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens, die sich aus dem Verhältnis der liquiden Mittel zu den fälligen Verbindlichkeiten ermitteln lässt. Es ist zu prüfen, ob die liquiden Mittel ausreichen, das kurzfristig fällige Fremdkapital zu decken. Zahlungsunfähigkeit (Illiquidität) führt meist zum Konkurs.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz ist die Aufteilung des Vermögens in Eigenkapital und Fremdkapital dargestellt. Sie gibt also Auskunft über die Mittelherkunft des Unternehmens. Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktiva) bzw. Einnahmen (Passiva) vor dem 31.12., soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (Aktive bzw. Passive Rechnungsabgrenzung). Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitraumrichtigen Abgrenzung der Aufwendungen und Erträge , damit das Gesamtergebnis periodengerecht zum Jahresabschluss ermittelt werden kann.
Rohergebnis	Umsatzerlöse zzgl. Sonstige betriebliche Erträge abzgl. Materialaufwand
Rücklagen	Sind variable Eigenkapitalteile auf der Passivseite, die aufgrund von Gesetzen, der Satzung oder auch einfach freiwillig gebildet werden. Rücklagen sind einbehaltene Gewinne oder zusätzliches Eigenkapital aus einem Agio (der Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinausgeht).
Rückstellungen	Sind Bilanzpositionen auf der Passivseite. Sie haben den Charakter von ungewissen Verbindlichkeiten, da ihre Höhe und Fälligkeit ungewiss ist. Man unterscheidet in Pensions-Rückstellungen, andere Rückstellungen (z.B. für Prozesskosten, Garantieleistungen, Steuern) und Aufwandsrückstellungen (z.B. für Großreparaturen, Werbekampagnen, künftige Preissteigerungen).

11.2. Anlage Kennzahlen

Personalaufwandsquote (in %)	Personalaufwand / Gesamtleistung
Finanzergebnis	Erträge aus Beteiligungen, Ergebnisabführung, Wertpapieren, Ausleihungen, Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge - Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV - Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Eigenkapitalquote (in %)	Eigenkapital / Bilanzsumme
Fremdkapitalquote (in %)	Fremdkapital / Bilanzsumme
Bilanzstruktur	

11.3. Anlage Abkürzungen

AN-Vertreter	Arbeitnehmervertreter/in
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
EEG-Umlage	Erneuerbare Energien Gesetz - Umlage
EK	Eigenkapital
GWh	Gigawattstunde
HGB	Handelsgesetzbuch
m ²	Quadratmeter
MW	Megawatt
SGB II	Zweites Sozialgesetzbuch
Stv.	Stadtverordnete(r)
T	Tausend
t	Tonnen

Gesellschaftsformen

AG	Aktiengesellschaft
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
i. L.	Gesellschaft in Liquidation
KG	Kommanditgesellschaft

11.4. Impressum

Herausgeber: Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises
Heimbacherstr. 7, 65307 Bad Schwalbach, (Tel.: 06124-5100)

Redaktion: Stabsstelle Controlling/Beteiligungen, Stephan Vay (Tel.:06124/510502)

Mail: Stephan.Vay@Rheingau-Taunus.de

Homepage: www.Rheingau-Taunus.de

www.facebook.com/RheingauTaunusKreis